campus



Thomas Kuban

Blut muss fließen

Undercover unter Nazis

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Über das Buch

Der mit den Nazis tanzt.

Der Rechtsrock schlägt den Takt, der eine ganze Jugendkultur bewegt – europaweit. Unter Lebensgefahr hat der Undercover-Journalist Thomas Kuban über Jahre hinweg Konzerte mit versteckter Kamera gefilmt und unzählige weitere Veranstaltungen dokumentiert. Getarnt als brauner Kamerad gewann er das Vertrauen von Szenegrößen. In dieser packenden Reportage schildert Kuban, wie die Neonazi-Bewegung so stark werden konnte, dass sie eine politisch motivierte Mörderbande wie den NSU möglich machte. Das Netzwerk, das dabei zum Vorschein kommt, reicht bis in die Mitte der Gesellschaft.

Über den Autor

Thomas Kuban ist das Pseudonym eines freien Journalisten, der sich auf Undercover-Recherchen spezialisiert hat. Seit einem Jahrzehnt arbeitet er dabei mit versteckter Kamera. Er hat mit Fernsehmagazinen in Deutschland, Belgien, Österreich und der Schweiz zusammengearbeitet, darunter *Spiegel TV*, *Stern TV* und *Panorama*. Seine Reportagen erscheinen in der *Süddeutschen Zeitung*, im *Spiegel* und in anderen Medien. Der auf Thomas Kubans Recherchen basierende Film *»Blut muss fließen« – Undercover unter Nazis* (Regie: Peter Ohlendorf) wurde 2012 auf der Berlinale gezeigt.

INHALT

ANMERKUNG

»Blut muss fließen« ist ein Zitat aus dem antisemitischen *Blutlied.* Es basiert auf dem *Heckerlied,* das anno 1848/49 von Aufständischen gesungen wurde und damals noch einen anderen Text hatte. Mit verändertem Inhalt – »Blut muss fließen knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik« – wurde es nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Schlachtlied der SA. In den 1990er Jahren veröffentlichte die Mannheimer Skinhead-Band »Tonstörung« eine Rockversion des Titels, die zu einem Evergreen in der Neonazi-Bewegung geworden ist und bei fast jedem Konzert angestimmt wird, zumindest vom Publikum, das den Text auswendig grölt: »Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. […] Zerrt die Konkubine aus dem Fürstenbett, schmiert die Guillotine mit dem Judenfett. […] In der Synagoge hängt ein schwarzes Schwein, in die Parlamente schmeißt die Handgranaten rein.«

Thomas Kuban

VORWORT

Dieses Buch ist der Abschlussbericht einer rund 15-jährigen Recherche in der Neonazi-Szene. Knapp neun Jahre davon war ich mit versteckten Kameras unterwegs. Unter taktischen und handwerklichen Aspekten hätte ich diese Recherche noch mehrere Jahre fortsetzen können, aber das mangelnde Medieninteresse an meinen Arbeitsergebnissen hat mich gezwungen, aus finanziellen Gründen aufzuhören.

Dieses berufliche Großprojekt hat mich in neun europäische Länder geführt. Ich habe erlebt, wie sich die neonazistische Jugendkultur international ausbreitet: in Deutschland, Österreich, Italien, Ungarn, Polen, Frankreich, Belgien, England und der Schweiz. Mein Schwerpunktgebiet war die konspirativ organisierte Rechtsrockszene. Von dort aus bin ich den Nationalisten und Rassisten in das Black-Metal-, Hooligan- und Rockermilieu gefolgt. Und ich habe mir die Geschäftsstrukturen angeschaut, die aus der CD-Produktion heraus entstanden sind. Außerdem war ich in der politischen Grauzone unterwegs. Meine statistische Bilanz: rund 90 Undercover-Drehs, darunter knapp 50 Neonazi-Konzerte, von denen ungefähr 30 konspirativ organisiert waren. Hinzu kamen ungezählte Veranstaltungsbesuche ohne Kamera-Ausrüstung.

Es ergibt sich aus meiner Recherchemethode, dass ich Beobachtungen und Erkenntnisse schildern kann, die kein anderer Journalist und offensichtlich auch kein staatlicher Ermittler gewonnen hat. Dieses Buch bietet Informationen, die in keinem Verfassungsschutzbericht und in keiner ministerialen Lagebeschreibung stehen. Ich berichtete über meine Ergebnisse im Gesamtzusammenhang und vergleiche sie mit Darstellungen der Sicherheitsbehörden. Ich habe erlebt und beobachtet, wie »die Politik«, »der Verfassungsschutz«, »die Polizei« und obendrein »die Medien« im Umgang mit der Neonazi-Bedrohung versagt haben – in einem Ausmaß, das ich vor meinen Recherchen nicht einmal ansatzweise für möglich gehalten hätte. Meine Überraschung darüber ist zwar inzwischen verflogen, aber das Entsetzen ist geblieben.

Folgende Feststellung ist mir allerdings wichtig: In allen Bereichen, in denen ich katastrophale Fehlleistungen aufzeige, gibt es auch Leute, die eine gute bis exzellente Arbeit machen! Einige von ihnen habe ich kennengelernt. Sie kritisieren die mangelhaften Strukturen und Handlungsbilanzen der »Apparate« in ähnlicher Weise wie ich in diesem Buch, im Unterschied zu mir aber normalerweise nicht öffentlich.

Was die journalistische Arbeit betrifft, so halte ich es für das wichtigste Ziel, die Realität so originalgetreu wie irgend möglich darzustellen. In konspirativen Strukturen der Neonazi-Szene ist das in offizieller Mission nicht möglich. Berichterstatter bekommen keinen Zutritt – und wenn im Einzelfall doch, dann präsentieren ihnen die Kader kein authentisches Bild von der Wirklichkeit. Um unzensierte Einblicke zu gewinnen, blieb mir nichts anders übrig, als mich in die Bewegung einzuschleusen.

Dem ersten Dreh mit Spionagetechnik sind fast sechs Recherchejahre vorausgegangen. Eine neonazistische Skinhead-Party nahe meiner Wohnsiedlung hatte im Jahr 1997 mein Interesse an der Szene geweckt. Einige Wochen später lernte ich zufällig einen »Nazi-Jäger« kennen, der ein Keller und Büro füllendes Archiv aufgebaut hatte. Er vermittelte mir Grundlagenwissen, kopierte mir Skin-Zines, wie die Szenehefte heißen, und schickte mir erste Hinweise auf konspirativ organisierte Veranstaltungen.

»Nationale Info-Telefone« bildeten mein erstes Informationsmedium. Es handelte sich um Anrufbeantworter, die mit Nachrichten für die Szene besprochen wurden. Zwei Jahre lang habe ich regelmäßig die entsprechenden Nummern angewählt und eine Art Tagebuch geführt, in das ich alle Informationen notiert habe, die mir wichtig erschienen. Auf diese Weise erfuhr ich die Termine von Feiern, Hüttenwochenenden, nationalen Fußballturnieren, Rechtsschulungen, Demonstrationen, Mahnwachen und Konzerten – aber auch von Hausdurchsuchungen, polizeilichen Anwerbeversuchen in der Szene (um V-Leute zu gewinnen) und Kontenbeschlagnahmungen. Die Nummern der Kontakt-Handys für Veranstaltungen habe ich in einer Liste erfasst, die alsbald mehrere Seiten lang war.

Besonders ergiebig waren das Nationale Infotelefon Karlsruhe und das Nationale Infotelefon Schweiz. Sie informierten regelmäßig über

Rechtsrockkonzerte. Die nationalistischen Badener hatten abseits der Informationen sogar einen gewissen Unterhaltungswert. So berichteten sie im Februar des Jahres 2000 von dem »wohl teuersten Hakenkreuz der Geschichte« an der Tür eines Kameradschaftsraumes, das eine Geldstrafe von 14 000 Mark nach sich gezogen haben soll. Der NIT-Sprecher spottete: »Früher konnte sich das Hakenkreuz noch jeder leisten.« Ein anderes Mal gab er sich als Kriegsgegner aus. Als der Bundestag über den Bundeswehreinsatz im Kosovo debattierte, forderte der Karlsruher: »Kein Blut für albanische Hütchenspieler.« Und wieder ein anderes Mal gab er Tipps für Kameraden: »Haltet euer Maul gegenüber den Behörden.«

Insgesamt existierten mehr als 20 dieser Infotelefone in Deutschland sowie im deutschsprachigen Ausland. Sie wurden zunehmend vom Internet abgelöst, dessen Foren für mich wie geschaffen waren, um mit Pseudonymen zu experimentieren. Meine Legenden waren meist nahe an der Realität. Begonnen habe ich als junger Szeneeinsteiger, um ungeniert Fragen stellen zu können. Später habe ich als Skinhead-Veteran CD-Kritiken und Konzertberichte geschrieben, die Zweifel an meiner Szenezugehörigkeit erst gar nicht aufkommen ließen. Ich habe mit bis zu 40 Identitäten gleichzeitig gearbeitet – mit einzelnen mehr als zehn Jahre lang. Insider-Infos, die ich unter einem Pseudonym gewonnen hatte, konnte ich unter neuen Namen einsetzen, um Vertrauen aufzubauen. Den Mail-Accounts folgte eine Vielzahl von Handys, was die Recherchekosten steigen ließ. Über meine Persönlichkeitsprofile musste ich Buch führen, um nicht durcheinanderzukommen. Außer Wohnort, Alter, Beruf und Vorlieben galt es beispielsweise, gewisse Rechtschreibschwächen und andere sprachliche Marotten zu pflegen, um authentisch zu wirken.

NPD-Feste mit Liedermachern gehörten zu den ersten Veranstaltungen, in die ich mich hineinwagte – vorzugsweise Open-Airs, die Fluchtmöglichkeiten boten. Ich riskierte es damals noch, als Fremdkörper aufzufallen, schon alleine wegen meiner leicht wuscheligen, da gelockten Haare. Junge Neonazis hatten damals kaum Normalo- Frisuren, wie es heute oft der Fall ist.

Die NPD bot sich für den Einstieg in eine verdeckte Recherche an. Die Partei trat und tritt gegenüber Unbekannten kontaktfreudig auf,

weil sie Wähler gewinnen will. Neue Sympathisanten werden großzügig mit Infomaterial versorgt. Mitglieder von Freien Kameradschaften reagieren hingegen tendenziell misstrauisch auf Fremde.

Um junge Leute zu rekrutieren, hat sich die NPD zunehmend dem Bereich angenähert, der mich vor allem interessierte: der neonazistischen Skinhead-Musikszene. Deren Konzertfahrten mit konspirativen Handynummern sowie Treffpunkten in Industriegebieten und auf Park-and-Ride-Plätzen gehören zur braunen Erlebniskultur. Das reizt nicht nur Jugendliche, das hat auch mich unter Recherchegesichtspunkten gereizt.

Ich wollte diese konspirativen Strukturen knacken. Denn Musik ist das wirkungsvollste Instrument in der neonazistischen Nachwuchswerbung. Demonstrationen und Vortragsveranstaltungen wirken kaum als Publikumsmagneten – Konzerte hingegen sehr wohl. Von den Freien Kameradschaften über internationale Vereinigungen wie Blood & Honour und Hammerskin-Nation bis hin zur NPD setzen alle Kräfte auf rhythmisch verpackte Botschaften.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Niemand wird Nazi, nur weil er mal Nazi-Musik zu hören bekommt. Aber wenn junge Leute fremdenfeindliche Ressentiments haben (und das haben – wie ihre erwachsenen Vorbilder – viele), dann kann Musik wie eine Droge zum Anfixen wirken. Das damit verbundene Gemeinschaftsgefühl bei Konzerten kann dazu beitragen, dass Vorurteile zu Überzeugungen werden. Und daraus kann Aktionspotenzial entstehen. Auch der mutmaßliche Rechtsterrorist Uwe Mundlos soll sich in den 90er Jahren »insbesondere mit bestimmten Mitgliedern von Blood & Honour […] bei Skinheadkonzerten getroffen« haben. So steht es in einem Gutachten, das im Auftrag der Thüringer Landesregierung erstellt worden ist.

Die Idee, ein Neonazi-Konzert mit versteckter Kamera zu filmen, ist im Sommer 2003 entstanden. Ein Kollege, der meine bisherigen Recherchen kannte, wechselte für einige Zeit zu einem Boulevard-Fernsehmagazin, das einen gewissen politischen Anspruch hatte. Es war die Zeit, als die deutsche Neonazi-Kultband »Landser« vor Gericht stand. Deshalb wollte die Redaktion zeigen, was in der Skinhead-Szene los ist. Der Kollege vermittelte einem Redakteur den Kontakt zu mir.

Ich hatte zu diesem Zeitpunkt schon eine Vielzahl geheimer Gigs in verschiedenen Ländern Europas ausfindig gemacht. Betreten hatte ich die Hallen aber nie, das war mir zu gefährlich. Die Songs konnte ich auch von draußen hören, und ich erkannte immer mehr Bands an ihren Liedern. Vereinzelt war es mir möglich, durch ein Fenster das Konzertgeschehen zu verfolgen. Außerdem habe ich dokumentiert, wer anreist.

Nur mit dem Verkauf der Rechercheergebnisse wollte es nicht klappen. Und wenn ich doch mal einen Bericht im Politikteil einer Tageszeitung platzieren konnte, fiel die finanzielle Bilanz nach folgendem Muster aus: Rechercheinvestitionen in Höhe von 500 Euro (für Fahrtkosten und Übernachtung beispielsweise) wurden mit einem Zeilengeld honoriert, bei dem am Ende 200 Euro herauskamen. Die Redaktionen degradierten meine Arbeit zum ehrenamtlichen Engagement.

Erschwerend wirkte es sich aus, dass ich aus Sicherheitsgründen versuchte, anonym zu veröffentlichen – also unter wechselnden Identitäten. Ich hatte folglich nie die Chance, mir »einen Namen zu machen«. Ein dauerhaft gleiches Pseudonym schien mir zu riskant zu sein, weil es den Neonazis Anhaltspunkte geboten hätte, an was ich arbeite. Und das hätte die Gefahr einer Enttarnung erhöht. Unter diesen Rahmenbedingungen musste ich meinen Lebensunterhalt in einem anderen Job verdienen.

Umso hoffnungsvoller stimmte mich der erste Fernsehauftrag. Meine Aufgabe war es, ein Team des Boulevard-Magazins an einen geheimen Konzertort zu lotsen und mit dem Redakteur hineinzugehen, der eine versteckte Funkkamera am Körper trug. Doch die Freude über dieses Projekt währte nicht lange. Es entstanden Konflikte in Sicherheitsfragen, weil der Kollege sich nicht an vorherige Absprachen hielt. Zudem eröffnete mir der Kameramann, der das Aufnahmegerät im Auto bediente, kurz vor dem Dreh, dass die Funksignale nicht durch Mauern dringen könnten.

Am Konzertort angekommen, war das Scheitern vorprogrammiert. Die Bands spielten in einer Tanzbar mit entsprechend gedämmten Wänden. Immerhin ein paar Bildblitzer transportierte der Sender nach draußen. Am Ende gab es aber keine fünf Sekunden brauchbares Material. Eine Wiederholung des Vorhabens bei einem

anderen Konzert und vor allem mit anderer Technik kam für mich aus Sicherheitsgründen mit diesem Redakteur nicht mehr in Frage.

Einige Wochen später unternahm ich einen neuen Versuch. Ich schrieb an sämtliche Fernseh-Politmagazine in Deutschland, die ich kannte, und wies sie auf eine mögliche Videorecherche in der Skinhead-Musikszene hin – in einer Szene, in der junge Leute für den militanten Neonazismus begeistert werden. Das hatte auch der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erkannt. Er bezeichnete die Skinhead-Musik als »Einstiegsdroge Nummer Eins ins gewaltbereite Milieu«. Trotzdem war das Treiben der Rechtsrocker staatlich und medial ziemlich unerforscht. Die konspirative Vorgehensweise der Akteure machte ihre Verfolgung zeitlich und finanziell sehr aufwendig und die Dokumentation dieses Treibens beinahe unmöglich. Ich war einer der Wenigen, die sich trotzdem an ihre Fersen geheftet hatten. Mich reizte diese Pionierarbeit, auch was die Recherchemethode betraf, die ich mir selbst erschlossen habe. Anfangs glaubte ich außerdem, eine journalistische Marktlücke entdeckt zu haben. Auf das Fernsehen schien das im Besonderen zuzutreffen. Denn es ist auf bewegte Bilder angewiesen, die Neonazis normalerweise nur von sich anfertigen lassen, wenn es unvermeidlich ist – bei Demonstrationen beispielsweise. Nicht aber auf Konzerten.

Mit dem *Spiegel TV Magazin* kam schließlich eine Zusammenarbeit zustande. Ein freier Kameramann, ein Recherchekollege und ich besuchten im September 2003 im Auftrag des Magazins ein Konzert in einem Stadtteil von Bad Salzuflen. Die Ausrüstung des Kameramannes funktionierte. Aufgrund der Akkulaufzeit waren die Aufnahmen jedoch auf eine gute halbe Stunde begrenzt. Das reichte inhaltlich noch nicht.

Ich schlug daher vor, am 4. Oktober 2003 ein internationales Konzert zu drehen, das deutsche Neonazis im Elsass planten. Dass »Noie Werte« mit dem singenden Rechtsanwalt Steffen Hammer spielen sollte, war mir bekannt – wer die »Überraschungsband« sein würde, nicht. Ich spekulierte auf die süddeutsche Gruppe »Race War«, gegen die in Deutschland ermittelt wurde. Deshalb agierten die Musiker besonders konspirativ, was zu der Ankündigung als Überraschungsgast passte. Ich lag richtig, und es kam ein erster Fernsehbeitrag mit meiner Beteiligung zustande.

Die Arbeit mit dem *Spiegel TV Magazin* war ein unbeschreiblicher Motivationsschub. Ich war sprichwörtlich im siebten Himmel – aber mir war bewusst, dass ich dort nicht würde bleiben können. Zumindest nicht sofort. Ich begann in der Folgezeit, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, dass es nicht bei diesem einen Einsatz als Undercover-Joker blieb.

Um meine Rolle als Neonazi zu perfektionieren, hörte ich fast nur noch Rechtsrock. Auf Konzerten und in Neonazi-Läden kaufte ich mehr als 300 CDs, um die Lieder kennenzulernen und im Smalltalk über die neusten Scheiben bestehen zu können. Teilweise wusste ich in Szeneangelegenheiten besser Bescheid als die Nazi-Skins selbst.

Fast jede Nacht war ich im Internet, um meine Pseudonym-Kontakte zu pflegen und »Heimatseiten« der Szene zu durchforsten. Eine mehrstündige Prozedur, immer und immer wieder. Ich fuhr abends bis zu einer Stunde lang zu Internet-Cafés, um meine Fake-Accounts in verschiedenen Regionen verorten zu können. Denn jede E-Mail hat eine Art Poststempel im Anhang, eine IP-Adresse. Der Zahlencode verrät, aus welcher Gegend der elektronische Brief abgeschickt worden ist.

Die Herausforderungen der Undercover-Recherche beschäftigten mich pausenlos. Ich konnte bald nicht mehr abschalten. In jeder freien Minute dachte ich über neue Identitäten und bessere Kameralösungen nach. Perfektion war notwendig, um die Lebensgefahr zu minimieren. Hätte der »Saalschutz« der Nazis Verdacht geschöpft und meine Kamera entdeckt, dann wäre ich zusammengeschlagen und zusammengetreten, womöglich zum Krüppel oder totgeprügelt worden. Im Internet konnte ich lesen, was die Neonazis mit mir machen wollten: »Wenn wir den erwischen, dann stellen wir ihn auf die Bühne – der Rest ergibt sich von selbst .« Was würde das vor Ort bedeuten? Mehr als zehn Personen gleichzeitig können kaum auf einen eindreschen. Bei Rechtsrockkonzerten sind Hunderte, manchmal Tausende Nazis. Aus dieser Meute heil herauskommen? Keine Chance. Bis zum theoretisch möglichen Eingreifen der Polizei, die oft nicht einmal vor Ort war, wäre es zu spät gewesen.

Die Angst war daher mein ständiger Begleiter. Nur in dem Bewusstsein, dass die Technik ideal platziert und der erdachte Lebenslauf schlüssig war, ließen sich diese Undercover-Einsätze

mental durchstehen. Und zur perfekten Legende gehörte es, nach den ersten Drehs nicht mehr alleine loszuziehen. Denn wer Hunderte Kilometer weit zu einem Konzert fährt, lädt sich das Auto bis unters Dach mit Kameraden voll, um sich die Spritkosten teilen zu können – wer alleine am konspirativen Treffpunkt ankommt, fällt auf. Ich musste folglich Kollegen finden, die mit mir Kopf und Kragen riskierten. Zudem fuhr ich ab und zu mit Nazis, obwohl das mit logistischen Schwierigkeiten verbunden war. Schließlich musste ich unbeobachtet sein, wenn ich die Ausrüstung vollends anbringen und einschalten wollte. Die Wahl fiel in der Regel auf eine Autobahntoilette. Eine weitere Herausforderung: In einer Fahrgemeinschaft: war die persönliche Nähe nicht zu vermeiden – im Laufe des Abends musste ich zu den Kameraden jedoch auf Distanz gehen. Erstens, damit ich mich ihnen nicht zu sehr einprägte. Und zweitens, damit sie mir nach Fernsehbeiträgen nicht aufgrund der Kameraperspektive auf die Spur kommen würden.

Trotz 200-prozentiger Vorbereitung durchlebte ich vor jedem Dreh eine Phase, in der ich am liebsten alles abgeblasen hätte. Warum noch einmal dieses Risiko eingehen? Das ist die Frage, die ich mir gefühlte hunderttausend Mal gestellt habe und auf die ich keine Antwort gefunden habe, die mir in diesen Situationen weitergeholfen hätte. Ich musste dann versuchen, in meine Rechercherolle hineinzufinden und das Gefühl der Angst mit dem Lebensgefühl der Nazis zu verdrängen. Das gelang mir weitgehend, indem ich mir spätestens auf der Anfahrt ohrenbetäubende Nazi-Mucke reingezogen habe. Die emotionale Ebene der Musik, die ihre jungen Hörer für die Botschaften der politischen Texte empfänglich machen soll, habe ich psychologisch für mein Rollenspiel genutzt. Genauso Springerstiefel und Bomberjacke, die nicht nur anders aussehen als Turnschuhe und Anorak, sondern sich auch anders anfühlen: Die Schritte werden größer, die Arme schwingen breiter neben dem Körper – der Gang wirkt entschlossener, das Gesamtbild martialisch.

Mode und Melodien haben geholfen, für ein paar Stunden lang wie ein anderer Mensch zu wirken – Zeitabschnitte, in denen es mir gelang, mich wie ein Nazi zu verhalten. Dazu gehörten ausländerfeindliche und staatskritische Äußerungen im Smalltalk, ein meist mürrischer Gesichtsausdruck und die Begeisterung, wenn die Hassparty tobte – aber nie ein Hitlergruß. Wer wie ich die Liedtexte

auswendig mitsingt, muss keine strafbaren Handlungen begehen, um nicht aufzufallen. Im Laufe der Zeit wurde ich sogar zum Oldschool-Skinhead, der jungen Kameraden »von früher« erzählen konnte. Was ursprünglich als einmalige Aktion geplant war, entwickelte sich für mich zu einem zweiten Leben – ich lebte als (Video-) Kamerad mit und in der Neonazi-Szene.

Diese Arbeit kostete mich einen sechsstelligen Euro-Betrag und mein Privatleben. Ich hatte keine Zeit mehr für Kinobesuche, Grillfeste und Hobbys, die ganzen Jahre über. Einen Freundeskreis zu pflegen, wäre auch unter Sicherheitsaspekten zu riskant gewesen. Ich wäre gefragt worden, was ich an den Wochenenden gemacht habe, an denen ich mit den Nazis unterwegs war … Die »Kameradschaft« im Beruf verdammte mich privat zum Einzelgänger. Hätte ich über die Belastung und meine unermessliche Frustration, die insbesondere durch unzählige und inhaltlich absurde Themenabsagen von Fernsehredaktionen entstanden ist, nicht immer wieder mit meinen engsten Familienangehörigen sowie einzelnen Kolleginnen und Kollegen reden können, wäre ich bei diesem Rechercheprojekt mental gescheitert – wirtschaftlich bin ich es.

Dass dieses Buch nun erscheinen kann und der Filmemacher Peter Ohlendorf einen gleichnamigen Dokumentarfilm über meine Arbeit gemacht hat, bringt mein bisheriges Lebenswerk immerhin zu einem inhaltlich befriedigenden Abschluss. Ich bekomme dadurch eine Möglichkeit, die mir Redaktionen allzu oft verwehrt haben: Ich kann meine Rechercheergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Kapitel 1

EIN SCHOCK FÜR DIE NAZIS

»Die Wichser waren tatsächlich drin mit versteckter Kamera und haben gefilmt!!!«

Ein »Regime-Gegner« in einem Neonazi-Internetforum, nachdem er am 5. Oktober 2003 Ausschnitte eines Rechtsrockkonzerts in der Vorschau des Spiegel TV Magazins gesehen hatte

Der 4. Oktober 2003 geriet zu einem schwarzen Tag für die »Braunen«. Die Neonazi-Szene erlebte im Kampf um rechtsfreie Räume einen GAU, der nicht mit der gleichnamigen Gebietsbezeichnung im »Deutschen Reich« zu verwechseln ist … Die politisch verstrahlte Bewegung verlor eine Schlacht um ihre konspirativen Konzerte. Diese Hassorgien prägen die nationalsozialistische Jugendkultur im Europa der Gegenwart. Für die Nachwuchsrekrutierung sind sie strategisch unverzichtbar: Tausende tanzen nach der Pfeife der braunen Rattenfänger.

Schon die Anfahrt bietet den Reiz des Illegalen, der insbesondere junge Männer fasziniert: eine geheime Schnitzeljagd mit Kontakt-Handys, Wegbeschreibungen (nach Gesichtskontrolle) und Fahrzeugkonvois, die hinter Schleusern herrasen. Woche für Woche treten Skinheads zu solchen Räuber- und Gendarm-Spielen an, wobei die Polizei oft nicht oder nur halbherzig mitspielt. Wie an jenem Oktobersamstag des Jahres 2003, an dem die Rechtsrocker trotzdem eine unerwartete Schlappe hinnehmen mussten. Nicht gegen die Staatsmacht, sondern gegen einen unbekannten Gegner: eine(n) Video-Kamera(den).

Als Undercover-Journalist hatte ich den geheimen Vorabtreffpunkt in der französischen »Westmark« (Nazi-Jargon, in Anlehnung an einen geplanten Reichsgau während der Nazi-Diktatur) ausfindig gemacht. Anschließend habe ich mit einer Knopflochkamera dokumentiert, wie sich selbst ernannte Herrenmenschen benehmen, wenn sie sich unbeobachtet fühlen – alles andere als herrlich.

Mangels staatlicher Überwachung nutzten und nutzen Neonazis ihre konspirativen Konzerte als rechtsfreie Räume. Indem ich in das menschenverachtende Milieu eingedrungen bin, ist diese Bastion der Anonymität gefallen. Meine Kamera, deren Objektiv nur so groß ist wie ein Stecknadelkopf, wurde zum Auge der Öffentlichkeit.

Das dämmerte den Demokratiefeinden am Tag nach meinem ersten Dreh, als sie einen Themen-Trailer im Fernsehen sahen, der die anschließende Sendung des *Spiegel TV Magazins* ankündigte. Eine Person, die sich »Regime-Gegner« nannte und den Titel »Sklaventreiber« trug, schrieb am 5. Oktober 2003, um 22.53 Uhr, in einem einschlägigen Internetforum: »Das eben in der Vorschau war die Halle von gestern . Die Wichser waren tatsächlich drin mit versteckter Kamera und haben gefilmt!!! Das gibt es doch gar nicht!!!«

Wenige Minuten später hatten die Kameraden Gewissheit. Das Magazin berichtete:

> »Gestern Abend im Elsass. In einer Mehrzweckhalle im französischen Hinsbourg, nur knapp 30 Kilometer hinter der deutschen Grenze, wieder ein geheimes skinhead-Konzert. Offiziell war der Saal für eine Verlobungsfeier angemietet worden. Die örtliche Gendarmerie ist auch irgendwo, schreitet mangels Masse aber nicht ein. Rund 800 Rechte aus dem gesamten Bundesgebiet und Frankreich sind angereist. unter ihnen Aktivisten des in Deutschland verbotenen Neonazi-Netzwerkes Blood & Honour. ebenfalls dabei: Sympathisanten der britischen Terrorgruppe Combat 18, verantwortlich für diverse Terroranschläge in Europa. Man gedenkt Ian Stuart Donaldsons, Mitbegründer von Blood & Honour und bekennender Neonazi. ihm huldigt an diesem Abend auch die deutsche Band ›Noie Werte‹.«

Dem *Spiegel TV Magazin* war es damit gelungen, topaktuell wie noch kein Fernsehmagazin zuvor, aus dem braunen Untergrund über die konspirativ und international organisierte Neonazi-Musikszene zu berichten. Über den Bildschirm flimmerten Skinheads, die hemmungslos abhitlerten. Und sie feierten den »Führer«-Stellvertreter Rudolf Heß, als die Baden-Württemberger Band »Noie Werte« das Lied *Alter Mann von Spandau* anstimmte. Der Sänger

stand im Mittelpunkt des Interesses: Steffen Wilfried Hammer, von Beruf Rechtsanwalt. *Spiegel TV* hatte ihn ein paar Tage zuvor in seiner Reutlinger Kanzlei besucht und strahlte den »Versuch eines Interviews mit dem biederen Brandstifter« am 5. Oktober 2003 aus.

> *Spiegel TV:* »Guten Tag.«
> *Hammer:* »Was wollen sie?«
> *Spiegel TV:* »sie sind Herr Hammer?«
> *Hammer:* »Richtig.«
> *Spiegel TV:* »Wir würden mit Ihnen gerne kurz reden.
> *Hammer:* »Es gibt nichts zu reden.«
> *Spiegel TV:* »Sie sind aber doch der Sänger von ›Noie Werte‹, das ist doch richtig?!«
> *Hammer:* »Wiedersehn.«

Noch in der Woche des Interviewversuchs kam es zu einem »Wiedersehen« beim »Noie Werte«-Konzert im Elsass. Und was einen weiteren Tag später bei *Spiegel TV* zu sehen war, erschütterte die Rechtsrockszene mindestens so sehr wie demokratisch gesinnte Fernsehzuschauer – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Skinheads grölten »Fuck the USA« und zeigten ungeniert Hitlergrüße, wofür sie in Deutschland Strafverfahren riskiert hätten. Die Neonazis waren sich absolut sicher, dass sie bei solchen Veranstaltungen unter sich sind. Das dokumentiert der Interneteintrag eines Forennutzers, der sich zum »White Warrior« hochstilisiert hatte: »Ist ja echt der Hammer, wie schnell die waren! Gestern Konzi, heute schon im TV.« Und »Proll-Power« äußerte sich fassungslos: »Kann gar nicht glauben, dass die da echt mit Kamera drin waren.«

Bands und Besucher des Memorial-Konzerts beteiligten sich an diesem Samstagabend unfreiwillig an der Aktion »Gesicht zeigen« – wenn auch auf etwas andere Art, als es die gleichnamige Kampagne gegen Nazis vorsieht. »Vor allem muss man mal überlegen, was solche Aufnahmen bewirken können …«, gab ein Aktivist nach dem *Spiegel* TV-Bericht zu bedenken. »Wenn zum Beispiel von jemandem der Chef die Sendung sieht und auf einmal in einem der Arme schwenkenden Leute seinen Angestellten wiedererkennt, könnte das böse Folgen mit sich bringen.« Die Befürchtung: Arbeitgeber könnten ihren Mitarbeitern aus der Nazi-Szene kündigen. Eine junge Frau aus

dem Umfeld der »Kameradschaft Stuttgart«, die sich »Glory Unending« nannte, pflichtete bei: »Fakt ist jedenfalls, dieser Bericht war ein herber Schlag für uns. Jeder, den ich kenne, war geschockt, auch ich, wo mich so schnell eigentlich nix umhaut.« Und der Schlagzeuger der Band »Act of Violence«, Christian J., der im Internet als »Papa Schlumpf« unterwegs war, schrieb: »Vor einiger Zeit waren in solchen Berichten oft Hetzmaterial und Videomitschnitte zu sehen, die aber allesamt wirklich ›alte Schinken‹ waren.« Und noch einmal »Glory Unending«, die als »Forums-Walküre« galt: »Die Zeiten, in denen zehn Jahre alte Videoausschnitte kamen, scheinen vorbei zu sein. Und wenn so was jede Woche kommt, dann haben bald einige nicht nur ihren Job los, sondern aufgrund solcher Berichte und dem vorhandenen Videomaterial auch Gerichtsverfahren am Hals.«

Sie sollte Recht behalten. In den folgenden Jahren zogen meine Videorecherchen auch juristische Konsequenzen für einige Nazis nach sich – zumindest dort, wo Polizei und Staatsanwaltschaft solide Nachermittlungen anstellten, nachdem mein Material im Fernsehen gelaufen war.

Das Forenmitglied »Dirlewanger« tröstete die Betroffenen schon vorab: »Ich wünsche allen, die deswegen Ärger haben, durch den Bericht, viel Kraft und Durchhaltevermögen. Ich hoffe, ihr lasst euch deswegen nicht unterkriegen!« Sein wegweisender Vorschlag: »Man sollte sich mal mehr Gedanken machen, legale Sachen durchzuziehen, so wie der Worch [Christian Worch aus Hamburg, eine der führenden Figuren der Neonazi-Szene; Anm. Th. K.] und andere das ja schon mal machten. Ich denke, dass sollte man auf jeden Fall nicht aus den Augen verlieren.« Die NPD hat sich in den Folgejahren verstärkt dieser Strategie bedient: Sie ließ Neonazi-Bands bei Parteikundgebungen auftreten. Auf diese Weise kamen die Rechtsrocker in den Genuss der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit.

Was die konspirativen Konzerte betrifft, so machte sich nach dem 5. Oktober 2003 nicht nur »Dirlewanger« Sorgen: »Es kann nicht sein, dass bei 800 Leuten die Schweine ungestört filmen können.« Im Laufe meiner fast neunjährigen Arbeit ist es mir jedoch gelungen, sogar einen Gig mit nur 50 Besuchern »ungestört« zu drehen, obwohl die Eingangskontrollen der Szene immer strenger wurden. Schon

nach dem ersten Bericht von *Spiegel TV* schrieb einer der Elsasstouristen im Internet: »Mich hat auch gewundert, dass der Typ mit der Kamera dort reinkam, da die Leute ja am Eingang auf mögliche Kameras und Fotos geachtet haben.«

Ein Renee, wie die weiblichen Skinheads nach der englischen Bezeichnung ihres Haarschnitts heißen, spekulierte: »Das mit der Kamera im Elsass, denke ich, war ein Mädchen.« Die Begründung: »Bin ja auch nur 1,57. Die Person wird auch nicht größer gewesen sein, oder der hatte die Cam in der Hosentasche.« Die Frau, die sich im Netz auch als »Kampfzwerg« bezeichnete, fügte noch hinzu: »Grüße an *Spiegel TV*, ich spuck' euch ins Gesicht.« Ihr Kamerad »MaxRekrak« mutmaßte: »Irgendein Verfassungsschützer macht einen auf Nationalist.«

In Verdacht gerieten im Laufe der Jahre viele: Szeneverräter, die Polizei und selbst der israelische Geheimdienst Mossad. Kameradschaftsaktivistin »Glory Unending« vermutete bereits hinter der ersten Videoattacke »das Ziel, unsere Aufbaustrukturen zu zerstören, durch gezielte Versuche, Misstrauen zu verbreiten«.

Dieses Misstrauen fraß sich in die Szene. »Szene-Spitzel, die heimlich filmen, müssen systematisch aufgedeckt werden – Konzerte müssen unsererseits besser überwacht werden«, forderte »SilentStorm«, der als Mitglied der deutschen Szene-Kapelle »Act of Violence« bekannt wurde. Bei der CD-Release-Party dieser Band rund zwei Jahre später musste er feststellen, dass die Überwachung der Besucher gar nicht so einfach ist – auch dort habe ich mit einer Knopflochkamera gedreht, trotz Leibesvisitation im Eingangsbereich.

Neonazis, die es hassen, sich von der Polizei filzen zu lassen, konnten es auf einmal nicht mehr erwarten, sich einer Kontrolle der »Kameraden« zu unterziehen. »Ich würde mich 1000-mal lieber durchsuchen lassen und auf Handy und Co. verzichten, anstatt mit als Kameraden getarnten Presseschmierern auf ein Konzert zu gehen«, erklärte ein nationalistischer Niedersachse im »Weltnetz«, wie das Internet in diesen Kreisen genannt wird. Der eine oder andere Skinhead mag im Abtasten der Security überdies nicht nur ein notwendiges Übel gesehen haben. Gerade bei Konzerten werden – beispielsweise in den Pausen des Pogo-Tanzens – homoerotische Szenerituale gepflegt. Dazu zählen innige Umarmungen mit entblößten Oberkörpern.

Die Gelegenheit, sich ausgiebig betatschen zu lassen, bekamen die Rechtsrockfans beim »White X-Mas«-Konzert 2003, das ebenfalls im Elsass stattfand. Ein Szeneportal im Internet vermeldete: »Dort angekommen, wurde man erstmal gründlich gefilzt und über die Handy-, Foto- und Rauch-Verbote informiert.« Und Forenschreiber »D2Z«, dessen Kürzel für »Death To Zionist Occupied Government« steht, berichtete mit ironischem Unterton: »Am Ort des Geschehens haben wir uns erstmal in die zirka 2 344 135 Kilometer (schätze ich mal grob .) lange Schlange gestellt und uns vom Regen befeuchten lassen.« Wie seine nachfolgende Grußadresse durchklingen lässt, haben die Skinheads bei der winterlichen Aktion nicht nur an ihren Glatzen gefroren: »Die besten Grüße an die T-Hemd-Fraktion.« T-Hemden sind eingedeutschte T-Shirts, die ein Nazi-Konzert zu einem eiskalten Vergnügen machen, wenn rund 1500 Besucher auf Minikameras durchsucht werden und sich T-Hemden-Träger im Freien anstellen müssen. Die meisten lassen ihre Jacken im Auto, weil sie im Gedränge eh nur stören würden, und eine Garderobe wird bei Nazi-Konzerten nur selten genutzt, sofern es überhaupt eine gibt.

Trotz frostiger Stimmung kamen Alternativvorschläge zu den Durchsuchungen nicht gut an. »Meiner Meinung nach sollten das Publikum und die Bands viel mehr darauf achten, dass sie nichts machen, was ihnen im Falle eines auftauchenden Videos zur Last gelegt werden könnte«, empfahl der Schlagzeuger von »Act Of Violence«. Der Widerspruch kam sogleich von einem Mitglied seiner eigenen Band: »Das kommt mir ja fast so vor, als sollte ich mich vor dem System beugen! Nie! Wenn ich Bock auf das Hakenkreuz-Lied habe, auch wenn es schwachsinnig ist, dann los!«

Statt das eigene Verhalten kritisch zu betrachten, diskutierten die unbeugsamen Szenemitglieder lieber darüber, wie vorsichtig künftig mit Konzertinformationen umgegangen werden sollte. »Glory Unending« betonte: »Ich persönlich handhabe es schon lange so, dass ich Treffpunkte prinzipiell nur an gute Bekannte weitergebe.« Und ein gewisser »Rachmiel LeDueff« nahm sich der Analyse des Film-GAUs an: »Da fragt man sich, woher kannte *Spiegel TV* den Treffpunkt beziehungsweise den Konzertort?«

Das *Spiegel TV Magazin* kannte den Treffpunkt von mir, und ich kannte ihn von Konzertorganisator Hartwin Kalmus, dessen guter Bekannter ich damals war – unter einem falschen Namen natürlich.

Kalmus galt vor dem Verbot des Neonazi-Netzwerks Blood & Honour in Deutschland als stellvertretender Führer der Sektion Baden. Am 28. September 2003 informierte er mich: »Im Elsass werden ›Noie Werte‹, ›Bagadou Stourm‹, ›Razors Edge‹ und eine Überraschungsband spielen. Treffpunkt gibt es ab Freitag. Schicke ihn dir zu.« An besagtem Freitag meldete er sich mit einer präzisen Wegbeschreibung zum Treffpunkt: »D962, von Zweibrücken nach Bitche. Nach Ortseingang Bitche: Parkplatz (rechte Seite), Logi Marche. 18 bis 20 Uhr.« Seine Handynummer fungierte als Infonummer für das Konzert, bei dem »Noie Werte« eine Live-CD aufzeichnete, wie später offiziell bekanntgegeben wurde. »Allerdings wurde auch der Rest vom Konzert mitgeschnitten«, verriet mir Kalmus auf kameradschaftlicher Basis. Eine Musikanlage, deren Miete ihm zufolge 2000 Euro gekostet hat, sorgte für einen exzellenten Ton – da konnte meine Aufnahmetechnik leider nicht mithalten .

Schmunzeln musste ich, als ich nach der Sendung von *Spiegel TV* im Internet las, was ein »Foren-Gott« namens »Thombvinyl« forderte: »Diese ›Kameraden‹, die für Euros die Presse informieren, sollte man hart bestrafen.« Was für ein Quatsch! Kalmus hatte nicht einen Cent von mir bekommen. Unter guten Kameraden gehört es sich schließlich nicht, Geld für einen Konzerthinweis zu verlangen.

Das Konzert interessierte *Spiegel TV* schon im Vorfeld. Aus Sicherheitsgründen beschloss die Redaktionsleitung jedoch, von einem Dreh abzusehen. Zwei Monate zuvor war ein Kameramann beim sogenannten Pressefest des NPD-Zentralorgans *Deutsche Stimme* krankenhausreif geschlagen worden. Das Risiko eines verdeckten Einsatzes in Frankreich war unkalkulierbar groß – es drohte Lebensgefahr.

Die Chance auf ein erstes Fernsehprojekt bewog mich dazu, auf eigene Faust zu drehen – ohne einen Auftrag von *Spiegel TV*. Es war aber klar, dass die Redaktion das Material kaufen würde, falls ich erfolgreich sein sollte. Also brauchte ich zuerst einmal eine geeignete Ausrüstung. Über zwei Kollegen bekam ich Kontakt zu einem renommierten Kriegsberichterstatter der ARD, der »versteckte Kameras« vermietete – Toptechnik aus Israel und den USA. Das war fünf Tage vor dem Konzert. Als ich ihm mein Vorhaben schilderte, war er derart begeistert, dass er mir anbot, eine Kamera zu

verkaufen. Diese Chance habe ich genutzt. Noch am selben Abend fuhr ich durch halb Deutschland, um das Gerät zu holen. Zwei Tage später kam das Aufnahmegerät, ein Festplattenrekorder, aus Frankreich.

Beim Techniktest am Tag der Deutschen Einheit musste ich allerdings feststellen, dass mir zu einer kompletten Videoausrüstung noch ein Kabel fehlte. Trotzdem reiste ich abends, wie eiligst geplant, nach Südwestdeutschland. Am nächsten Morgen fuhr ich vom Elektronikmarkt direkt zum Haareschneiden. Der altgediente Friseurmeister, der sich meiner annahm, konnte es nicht glauben, dass ich meine lockige Mähne komplett heruntermähen lassen wollte. In einem ersten Durchgang ließ er wenigstens acht Millimeter stehen. Das war mir jedoch zu haarig, im doppelten Sinne. Ich wollte wie ein Neonazi-Skinhead aussehen – vom wegrasierten Scheitel bis zur Springerstiefelsohle.

Am Nachmittag war ich fertig verkabelt. Das winzige Objektiv linste zu einem Knopfloch meines schwarzen Lonsdale-Polohemdes – ein bei Neonazis sehr beliebtes Fabrikat – heraus, das mit seinen roten und weißen Streifen am Kragen die Farben der altdeutschen Flagge aufwies. Den untersten Knopf hatte ich abgeschnitten. Mangels Funkmodul hing das viel zu große Aufnahmegerät am Gürtel. Es war 15 Zentimeter lang, 9 Zentimeter breit und 3,5 Zentimeter hoch – die Bomberjacke bedeckte es. Aufgrund sperriger Adapterlösungen, die ich in der kurzen Vorbereitungszeit wählen musste, wurde ich zur wandelnden Kabeltrommel. Der klotzartige Batteriepack mit acht Mignonzellen war ebenfalls alles andere als optimal.

Falls im Eingangsbereich auf Waffen gefilzt worden wäre, hätte ich umdrehen müssen. So weit, so schlecht – doch das Schlimmste war, dass die Kamera plötzlich kein Signal mehr abgab. Nach vergeblicher Ursachensuche brach ich verspätet und frustriert ins Elsass auf. Gerade noch rechtzeitig kam ich am Nazi-Treffpunkt, einem Supermarktparkplatz an, wo ein Pärchen Handzettel mit Wegbeschreibungen verteilte.

Anschließend traf ich mich mit einem Kamerateam von *Spiegel TV*, das von außen drehen wollte. Die Kollegen überprüften meine Technik und entdeckten eine defekte Lötstelle in der Stromversorgung. Was dann folgte, war legendär: Gegen 21 Uhr

suchten wir eine französische Gaststätte auf, um an eine Steckdose für den Lötkolben zu kommen, den das Team dabeihatte. In einem Nebenraum lieferten die Videofreaks hochprofessionelle Arbeit – die Reparatur gelang. Im Schein einer Taschenlampe verkabelten mich die Kollegen anschließend auf dem dunklen Wirtshausparkplatz. Dann konnte die Fahrt weitergehen.

Gegen 22.30 Uhr kam ich endlich am Konzertort an. Und ich hatte Glück: Eine Nazi-Nachhut traf ebenfalls verspätet ein. Ich mischte mich unter die Kameraden, die der Szene-Security im Eingangsbereich sogar bekannt zu sein schienen. Auf diese Weise kam ich reibungslos rein. Eine verrückte Sache.

Was ich drinnen aus den Boxen dröhnen hörte, ließ mich erschaudern: »Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht. Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.« Diese Liedzeilen der Neonazi-Band »Noie Werte« richteten sich gegen Journalisten. Erstmals stand ich im tobenden Mob vor der Bühne, als vermeintlicher Nazi unter Nazis. Es war eine irre und letztendlich unbeschreibliche Situation: Ich feierte unerkannt mit Leuten, denen ich im Alltag aus dem Weg gehe – mit gewaltbereiten Rassisten.

Das sprichwörtliche Bad in der Menge geriet zum Wechselbad der Gefühle. Die anfängliche Erleichterung, ohne Körperfilze durch den Eingang gekommen zu sein, wuchs teilweise zu einem Triumphgefühl an. Doch die Angst, entdeckt zu werden, meldete sich immer wieder zurück. Nach jedem Blickkontakt mit einem Skinhead stellte ich mir die Frage: »Schöpft er Verdacht?« Zu allem Übel baggerte mich auch noch ein betrunkenes Renee an, indem es mich mit einem Hüftschwung anrempelte und mich zum Tanzen aufforderte. Ich wandte mich daraufhin unwirsch ab, denn ich wollte auf keinen Fall Ärger mit einem möglichen Lebensgefährten des Skingirls riskieren. Abgesehen davon wäre es Wahnsinn gewesen, mich samt Videoequipment in die aggressiv tanzende beziehungsweise tobende Menge zu stürzen. Selbst am Rande dieses Moshpit genannten Kampfgebiets vor der Bühne war mein Gerät einigen Erschütterungen ausgesetzt, weil Skinheads aus dem Pogokreis geschleudert wurden und ich nicht immer ausweichen konnte. Allgegenwärtig war die Sorge, ob die Technik funktionieren und die Kamera richtig ausgerichtet sein würde – zu Recht, wie sich später herausstellen sollte …

Angesichts der technischen Schwierigkeiten im Vorfeld und der nervlichen Anspannung lief der Dreh gut. »Noie Werte« mit Rechtsanwalt Hammer konnte ich aus nächster Nähe filmen, wie sie unter anderem dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß musikalisch huldigten. Ein Großteil der 800 Besucher hob die Arme zum Hitlergruß in Richtung Bühne – auch das hatte ich im Bild. Allerdings war mein Mikrofon zu empfindlich für ein Rockkonzert. Es übersteuerte ob der Lautstärke. Sogar meine Hosenbeine flatterten vor den Boxen, wenn die E-Gitarren Druck machten. Und was noch ärgerlicher war: Als die Überraschungsband »Race War« loslegte und ich mich erneut durch die Menge gearbeitet hatte, versagte das Aufnahmegerät teilweise – wegen eines Festplattenfehlers.

Ein Forenmitglied namens »Terror« schrieb nach der Sendung im Internet: »Was die ›Überraschungsband‹ betrifft, ich will mal hoffen, dass die Aufnahmen denen hoffentlich nicht noch zum Verhängnis werden.« Die nationale Frauenaktivistin Isabell P. alias »Celticfrica« behauptete gar: »Es wird noch einiges kommen. Es wurde nicht alles gezeigt, was aufgenommen wurde. Das weiß ich seit heute aus sicheren Quellen. Der Staatsschutz hat einiges, und einer gewissen Band wird es übel an den Kragen gehen.«

Noch während die berüchtigte Band auf der Bühne stand, erreichte mich eine SMS der Kollegen von *Spiegel TV*, die zum Aufbruch drängten. Schließlich galt es noch in der Nacht den Stuttgarter Flughafen zu erreichen, um in den frühen Morgenstunden nach Hamburg zu fliegen. Das schaffte ich gerade noch rechtzeitig.

Beim Einchecken erwartete mich die Leibesvisitation, die mir am Vorabend Gott sei Dank erspart geblieben war. Und diese Durchsuchung geriet zu einer zeitraubenden Angelegenheit, da ich noch keine Gelegenheit gehabt hatte, mich umzuziehen. Ich sah folglich immer noch wie ein Nazi aus, weshalb ich das geballte Misstrauen der Flughafen-Security auf mich zog.

So bin ich wenige Stunden später auch in der Redaktion von *Spiegel TV* hereinmarschiert, wo ich von einem der Redaktionsleiter sofort den Kollegen vorgestellt wurde: »Das ist der Verrückte, der .« Ein Frühstücksbuffet wie in einem Fünf-Sterne-Hotel entschädigte mich für die Strapazen. Erstmals war ich da, wo ich beruflich hinwollte – in der journalistischen Bundesliga.

Kapitel 2

RECHERCHE BEI DEN RASSE-KRIEGERN

»The 4th Reich is what we are fighting for. our terrorist attacks will change the world.«

Terrorankündigung der Band »Race War« in einem ihrer Lieder

Der »11. September« am 4. Oktober 2003: Als der gleichnamige Song der Band »Race War« erklingt, gibt es kein Halten mehr für die 800 Neonazis, die sich in einer Halle im elsässischen Hinsbourg zusammengerottet haben. Den Text können viele auswendig: »Jupheidi und bumsfallera, das World Trade Center ist nicht mehr da.« So lautet der Refrain. Und bezogen auf Israel heißt es: »Ach, bombt doch all die Scheiße weg.«

Den Skinheads vor der Bühne ist zum Tanzen zumute: Pogo ist angesagt – sie springen sich mit entblößten, schweißnass glänzenden Oberkörpern an. Manche sind so extrem tätowiert, dass ihre Kriegsbemalung dem Muster eines T-Shirts gleicht. Immer wieder geht einer zu Boden. Verursacht von dem aggressiven Tanz und vom vielen Alkohol, der vor allem als Bier fließt.

Schon bevor ich an jenem Herbsttag meine Undercover-Recherchen mit der Knopflochkamera begonnen hatte, hatten die Rasse-Krieger aus Schwäbisch Gmünd mein journalistisches Interesse geweckt. Sie waren auf dem besten Weg, in die Fußstapfen jener »Landser« aus Berlin zu treten, die als »Braune Musik-Fraktion« gegen den Staat angetreten waren und anno 2003 vor Gericht standen. Was ihre konsequent strafbaren Texte und ihre konspirative Vorgehensweise betrifft, hatten die »Terroristen mit E-Gitarren« aus Berlin neue Maßstäbe gesetzt. »Landser« war die erste Musikgruppe, die von einem bundesdeutschen Gericht als »kriminelle Vereinigung« eingestuft wurde.

»Race War« eiferte dieser Szene-Kultband nach, wenn man ihren Werdegang in strafrechtlicher Hinsicht betrachtet. Die vier Schwaben stürmten mit militanten Liedern die internationalen

Neonazi-Charts. Die Polizei ermittelte alsbald – unter anderem wegen des Aufrufs zum Krieg. Der Sänger war Bundeswehrsoldat. Während die Szene-Promis aus dem Norden auf ihr Urteil warteten, hatte der Nachwuchs im Süden immerhin schon mit Hausdurchsuchungen zu kämpfen.

Dem Staatsschutz gelang es, einen Keil in die Kapelle zu treiben. Von der ursprünglichen »Race War«-Besetzung blieben nur zwei Personen aktiv: der Sänger namens Max Hirsch und der Gitarrist Gerhard M., der Headbanger statt Hautkopf war, aber dafür sein Instrument besser beherrschte, als es bei vielen musizierenden Skinheads der Fall ist. Obwohl im Fadenkreuz deutscher Ermittler, fühlten sich die beiden in Frankreich sichtlich sicher: Sie traten im Unterschied zu ihrem Aushilfsschlagzeuger ohne Sturmhaube auf.

Wie bei den vorangegangenen Konzerten war die Band am 4. Oktober 2003 nicht angekündigt worden. Und im Nachhinein schwiegen die Konzertbesucher, was die konspirative Combo mit den neonazistischen Liedern betraf, die in Deutschland strafbar sind. In Internetforen wie dem des Wikingerversandes war höchstens von den »Backstreet Boys« die Rede. Und als doch jemand den richtigen Namen schrieb, griff sofort ein Moderator als Zensor ein: »Die Band sollte unbekannt bleiben«, erklärte er. Auf diese Weise sollten die »Race War«-Auftritte vor der Polizei geheimgehalten werden.

Die Musiker waren auf diese Vertraulichkeit angewiesen. »Wer ›Race War‹ fotografiert, fliegt raus«, hieß es beispielsweise bei einem von Blood & Honour veranstalteten Konzert am 6. September 2003 in Oberösterreich. Die »Kameraden« hielten sich an die Vorgabe. Der Rausschmiss bei einem Neonazi-Konzert führt schließlich schnell ins Krankenhaus. Und als es in der »Ostmark« auf einmal hieß, die Gendarmerie komme, brachen die Baden-Württemberger ihren Auftritt vorsichtshalber ab, obwohl sie erst eine Viertelstunde lang gespielt hatten.

Dementsprechend lange zog sich das Ermittlungsverfahren hin. Nach rund dreijähriger Arbeit erklärte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft: »Die Band-Mitglieder setzten alles daran, für Außenstehende unerkannt zu bleiben. Bilder von Auftritten und die Namensnennung von Mitgliedern versuchten sie zu vermeiden.« Im Ausland spielte »Race War« meist als Überraschungsgast, in Deutschland nur vor handverlesenen Kameraden.

Im Unterschied zu den meisten deutschen Neonazi-Bands hat sich »Race War« von Anfang an keine Mühe gegeben, legale Titel zu produzieren. In einem ihrer Lieder bekannte sich die Gruppe zum Terrorismus und zu der paramilitärischen Gruppierung Combat 18, die als bewaffneter Arm des Netzwerks Blood & Honour gilt. Die britische Truppe soll Todeslisten mit politischen Gegnern veröffentlicht haben, und ihr werden unter anderem Briefbombenanschläge zugeschrieben. Die »18« steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets, also für die Initialen Adolf Hitlers. Im Internet präsentierten sich Kämpfer des Combat 18 unter anderem mit Gewehren des Waffenherstellers Heckler & Koch, der auch die Bundeswehr ausstattet. In einem Szeneinterview sagte »Race War«- Frontmann Max Hirsch: »Die Idee von Combat 18 ist sehr gut.« In einem Refrain grüßte er die Terrortruppe mit »Hail C18«, in einer Strophe des Songs folgte die Ansage: »The 4th Reich is what we are fighting for. Our terrorist attacks will change the world.« Im Kampf für ein Viertes Reich sollen also die Terrorattacken der Nazis die Welt verändern.

Zumindest Max Hirsch kann mit Waffen umgehen. Das hat der Sänger bei der Bundeswehr gelernt. Er war als Wehrpflichtiger beim Transportbataillon 10 in Ellwangen stationiert, wohingegen zwei seiner Bandkollegen Zivildienst geleistet haben. Nach Hausdurchsuchungen bei ihm und den anderen Verdächtigen im Mai 2003 spielte »Race War« weiter, als sei nichts gewesen.

Im Ermittlungsverfahren gegen die Band ging es um ihre Debüt-CD, die sie beim rechtsextremistischen Label Micetrap Records in den USA herausgebracht hatten. Der Titel: *The White Race Will Prevail.* Ins Deutsche übersetzt: »Die weiße Rasse wird die Oberhand gewinnen.« Sie wurde unter anderem aus Amerika und aus Dänemark eingeführt – in Päckchen, die Werbesendungen ähnelten. Innerhalb Deutschlands haben Neonazis illegal mit ihr gehandelt, zum Beispiel im Wismarer Werwolf-Shop, buchstäblich unter der Ladentheke. Die CD, die im Jahr 2003 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert worden war, geriet zum Verkaufsschlager. Eine limitierte Auflage mit Hitler-Cover folgte. Noch rund zwei Jahre nach Erscheinen der ersten Pressung rangierten die beiden Scheiben auf Rang drei und sieben der Micetrap-Best-sellerliste.

Bei den Vertragsverhandlungen mit der braunen US-Plattenfirma dürfte Max Hirsch von seinem Englisch-Leistungskurs profitiert haben. Auch das Singen hat er auf dem Gymnasium gelernt: als Chorknabe. Im Jahr 2002 machte der Neonazi das Abitur.

Außer israel- und amerikafeindlichen Texten war es das musikalische Können, das »Race War« internationalen Erfolg bescherte. Live klang die Band nahezu wie auf CD. Den szenetypischen RAC (Rock Against Communism) mixte die Gruppe stilprägend mit metallischen Einflüssen. Neben dem Gitarristen brachte auch der Schlagzeuger entsprechende Erfahrungen mit. Ihre aggressiven Kompositionen rockten buchstäblich. Die Band spielte in wechselnder Besetzung nicht nur in Österreich und Frankreich, sondern auch in Schweden, Belgien und Italien – bei konspirativ organisierten Konzerten, die oft vom Neonazi-Netzwerk Blood & Honour (B&H) organisiert wurden. B&H ist in Deutschland verboten. Trotzdem hatten die Musiker keine Berührungsängste – im Gegenteil. Von ihnen stammt der Song *Hail Blood & Honour*.

Die Gruppe trat vor bis zu 1300 Leuten auf – weitgehend ungestört, bis ich für das *Spiegel TV Magazin* das Konzert am 4. Oktober 2003 mit versteckter Kamera gefilmt habe. Zwar war »Race War« aufgrund von Aussetzern meiner Technik selbst nicht zu sehen, aber wenigstens das Publikum. Das reichte für eine kurze Berichterstattung.

Der Elsass-Gig war »doppeltes Risiko«, wie ein Skingirl feststellte. Die Musiker standen kurz vor einer Gerichtsverhandlung, die zwei Tage später in Schorndorf begann. Vor dem Amtsgericht angeklagt waren die Mitglieder der Band »Bärbel and Friends«. Der Verdacht: Bei den vier Männern im Alter von 19 bis 22 Jahren könnte es sich auch um die Besetzung von »Race War« handeln. Auf Nachfrage des Richters bestritten sie das, obwohl zwei von ihnen in Frankreich aufgetreten waren. Die Verhandlung endete für sie mit Geldauflagen beziehungsweise Geldstrafen, weil sie als »Bärbel and Friends« verfassungsfeindliche Kennzeichen verwendet haben sollen. Das konnte den Sänger und seinen Gitarristen aber nicht davon abhalten, ein Jahr später im belgischen Broechem nahe Antwerpen erneut zu musizieren: am 11. Dezember 2004.

»Wir sind Nazis und stolz darauf«, sang Max Hirsch bei dem B&H-Konzert. Wie der Instrumentalist Gerhard M. hatte er sich mit einer

Nikolausmütze und einem Banditentuch vermummt. Nach wenigen Liedern zeigte der Frontmann allerdings unfreiwillig sein Gesicht, weil beim »Sieg Heil«-Schreien das Tuch rutschte … Er hatte keine Hand frei, um das zu verhindern, weil er mangels Musikern selbst eine Gitarre halten musste. Die zum Duo geschrumpfte Formation hatte an diesem Tag wieder nur einen Schlagzeuger als Verstärkung gefunden, obwohl es sich um ein attraktives Mega-Event handelte: Vor 2000 Skinheads hatte »Race War« bis dahin noch nie gespielt.

Wenige Monate später dachte ich über eine USA-Reise nach. Ku-Klux-Klan und Blood & Honour hatten »Race War« für das Nordic-Fest angekündigt, am 27. Mai 2005 in Dawson Springs, Kentucky. Bei solchen Anlässen pflegen die Klansmen nicht nur das christliche, sondern auch ein Hakenkreuz zu entzünden – ausdrucksstarke Bilder schienen garantiert zu sein. Obendrein versprachen die Veranstalter eine größere und bessere Bühne als in den Vorjahren sowie einen neuen Kinderspielplatz. Kinder bei so einer Veranstaltung? Diese Geschichte schien krass zu werden. Einziges, aber entscheidendes Problem: »No media« – das Filmen war für Besucher verboten. Und in den USA war zu befürchten, dass der »Saalschutz« sogar mit Schusswaffen ausgerüstet sein würde. Da ich keinen Konzertbesuch riskieren wollte, bei dem ich die Kamera nicht hineingeschleust bekäme, habe ich das Projekt gecancelt. Denn die Fahrt- beziehungsweise Flugkosten wären in diesem Fall besonders hoch gewesen.

Wenige Wochen vorher hatte der Bundesgerichtshof das Urteil des Kammergerichts Berlin gegen die Kultband »Landser« bestätigt. Der Sänger der kriminellen Vereinigung, Michael »Lunikoff« Regener, musste ins Gefängnis. Zu diesem Zeitpunkt hatte »Race War« bereits etwas aufgeholt. Die vier Musiker brauchten nur noch gute eineinhalb Jahre, bis sie Ende 2006 ebenfalls wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden. Nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland waren ihre Liedtexte strafbar, auch wenn sie der Sänger nicht einmal als »radikal« verstanden wissen wollte:

»Ich denke, sie sind normal, weil ich nur die Gesetze akzeptiere, die zwischen 1933 und 1945 gemacht worden sind.« In der Gerichtsverhandlung hat er sich diese Äußerung wohlweislich verkniffen.

Über den »kurzen Prozess vor einer Stuttgarter Staatsschutzkammer« berichtete das Internetportal Altermedia, für das »nationale Dissidenten« schrieben, wie es in der Selbstdarstellung hieß: »Vor Gericht einigte man sich dann mit der Staatsanwaltschaft darauf, dass die Angeklagten Geständnisse ablegten, den Status ihrer Band als ›kriminelle Vereinigung‹ akzeptieren und im Ausgleich dafür lediglich Bewährungsstrafen erhalten. Diese lagen dann zwischen 17 und 23 Monaten. Gleichzeitig distanzierten sich die Angeklagten vor Gericht von ihren früheren Taten.« Laut Altermedia hatten die verbliebenen zwei Rasse-Krieger, der Sänger und der Gitarrist, ein Jahr zuvor aufgehört. Sie präsentierten sich demnach als Aussteiger.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg berichtete ebenfalls über den Prozess: »Am 21. November 2006 begann vor dem Landgericht Stuttgart der Prozess gegen vier Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Band ›Race War‹ aus dem Ostalbkreis. Schon am folgenden Tag wurden die vier Angeklagten, nachdem sie umfassende Geständnisse abgelegt hatten, unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (Paragraf 129 Strafgesetzbuch) zu Freiheitsstrafen von 17 bis 23 Monaten auf Bewährung verurteilt.« In der Urteilsbegründung hieß es: »Sie haben sich glaubhaft von ihrem Tatverhalten distanziert, was nicht nur auf eine Abkehr von ihrem früheren Tun, sondern auch von dessen geistigem Nährboden schließen lässt.«

Der angebliche Ausstieg währte nach dem Urteil ein gutes Jahr – bis der Flyer für das österliche Konzert der United Skingirls Italy (U.S.G.I.) auftauchte, das die italienische Frauenorganisation zusammen mit den Veneto Fronte Skinheads veranstaltete, einer international bekannten Neonazi-Gruppierung. Sie kündigten für den 22. März 2008 eine deutsche Band in Norditalien an, die nach einem Song von »Race War« benannt war: »Heiliger Krieg«. In einem B&H-Forum freute sich ein Nutzer mit dem Namen »Division Schweiz« darüber: »C18-Band Race War (Heiliger Krieg) will play.«

Die konspirative Schnitzeljagd zu dem Festival endete in einer Burgruine der Ortschaft Spiazzo di Grancona, die malerisch in den Ausläufern der Venetischen Alpen liegt. Fünf Reisebusse, von denen zwei aus Deutschland angerollt waren, bekamen einen Parkplatz in der Dorfmitte zugewiesen. Die Carabinieri schoben dort Wache, die

Nazi-Musik schien sie nicht zu kümmern. Wenige Monate zuvor hatte das sogenannte Mitte-Rechts-Bündnis von Silvio Berlusconi die Macht im Land übernommen. Bei so viel staatlichem Desinteresse brauchten die Veranstalter der U.S.G.I. offensichtlich keine Kameras mehr zu fürchten – allerdings Waffen. Deshalb kamen bei der Eingangskontrolle Metalldetektoren zum Einsatz. Dieser Sicherheits-Check dauerte eine gefühlte Ewigkeit, weil rund 2000 Besucher aus Ost- und Westeuropa in die italienische Provinz einfielen. Ein deutscher Nazi in der Warteschlange fluchte: »Jetzt sind wir so weit zu den Scheiß-Itakern gefahren und jetzt müssen wir hier auch noch warten.«

Für diesen Abend hatte ich eine versteckte Kamera vorbereitet, die qualitativ besonders hochwertig arbeitet, aber dafür etwas größer als andere Modelle ist. Aufgrund der Metalldetektoren hätte sie zum Problem werden können . Gegen meine Mini-DV-Kamera hatten die Veneto Fronte Skinheads aber nichts einzuwenden. Es war unglaublich: Erstmals konnte ich bei einem konspirativ organisierten Neonazi-Konzert offen filmen.

Als der Großteil der Besucher gefilzt war, hatte die belgische Band »Kill Baby Kill« ihren Auftritt schon weitgehend hinter sich. Spät anreisende Deutsche kamen gerade noch rechtzeitig, um »Heiliger Krieg« sehen zu können. Wer auf der Bühne stand, war vor lauter Hitlergrüßen zunächst kaum zu erkennen: Max Hirsch und Gerhard M. sowie ein Bassist und ein Schlagzeuger, die ich nicht namentlich identifizieren konnte. Sie boten altbekannte Klassiker von »Race War«. Statt der Toten des »11. September« verhöhnten sie dieses Mal die Tsunami-Opfer: »Tsunami, Tsunami! So ’ne Welle gab es noch nie! Kannst du die Menschen ertrinken sehn? Wie sie sang- und klanglos untergehn.« Das Publikum feierte die Szenerückkehrer mit ohrenbetäubenden »Sieg Heil«-Rufen. Die vermeintlichen Aussteiger Hirsch und M. hatten das Stuttgarter Landgericht offensichtlich erfolgreich getäuscht.

Das wird eine Hammer-Story! Da war ich mir ganz sicher, als ich in der Nacht zum Ostersonntag zur Rückfahrt nach Deutschland aufbrach. Ich hatte Videoaufnahmen im Gepäck, die ich nicht einmal mit einer versteckten Kamera im Gedränge erkämpft, sondern ganz entspannt mit meiner Mini-DV-Kamera aufgenommen hatte – dementsprechend gut war die Qualität. Sänger und Gitarrist waren

nicht irgendwo klein im Hintergrund zu sehen, sondern im Vollformat. Endlich würde ich die ganze »Race War«-Geschichte im Fernsehen erzählen können. – doch ich sollte mich täuschen. Obwohl ich das Material mehreren Redaktionen anbot und teilweise zur Ansicht zuschickte, wollte es niemand senden. Die kurioseste Absage: »Solche Bilder hatten wir noch nie auf dem Tisch, aber wir machen die Geschichte trotzdem nicht.«


[Bild vergrößern]



Das Bühnen-Comeback von »Race War« unter dem Namen »Heiliger Krieg« haben Neonazis am 22. März 2008 in Norditalien gefeiert. Dass Gitarrist Gerhard M. kein Skinhead ist, kompensierte er mit musikalischem Können.

Damit waren all die Mühen vergebens. Ich war in den Jahren zuvor sogar zu einem Tanz in den Mai nach Schwäbisch Gmünd gefahren, um den »Race War«-Sänger in diesem Rahmen aus der Nähe bildlich zu dokumentieren. Seine Freundin hatte mir verraten, dass sie in seinem Heimatort mit ihm feiern würde. Aber was bringt das alles, wenn später kein Fernsehmagazin über das Comeback einer Neonazi-Band berichten will, die per Gerichtsurteil als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde?

[Bild vergrößern]



Ein Ausstieg aus dem Ausstieg? Auch »Race War«-Sänger Max Hirsch stand nach seiner politischen Läuterung, von der das Stuttgarter Landgericht bei seiner Verurteilung ausgegangen war, mit »Heiliger Krieg« wieder bei einem Neonazi-Konzert auf der Bühne.

Unter diesen Bedingungen kann der »Heilige Krieg« ungestört weitergehen. Im Jahr 2010 brachte die Band eine neue CD heraus. Der Titel: *Voran!* Der Song *Back in Black* auf dem Album klingt wie ein Bekenntnis zu den Autonomen Nationalisten, die auf Demonstrationen sogar Polizisten angreifen. Ein Textauszug: »No regrets for the past, in our minds there's no remorse. […] We're back! Back in black! Ready for the attack.« Übersetzt: »Wir bereuen nichts, was passiert ist. Wir haben kein schlechtes Gewissen. Ganz in Schwarz sind wir zurück und zum Angriff bereit.«

Trotz dieser Kampfansage dauerte es rund zwei Jahre, bis wieder ein Lebenszeichen der Gruppe zu sehen war. Der Titel einer »Race War«-CD stand als Künstlername auf einem Flyer, mit dem Blood & Honour Finnland zum Konzert einlud: »Stimme des Blutes« sollte bei einem Festival am 13. und 14. Juli 2012 auftreten. Max Hirsch hatte diesen Titel bereits früher als Projektnamen für das Balladenalbum *Schicksalsstunde* gewählt. In derselben grafischen Gestaltung zierte der Schriftzug »Stimme des Blutes« den Konzert-Flyer, von dem nach ein paar Tagen eine neue Version erschien. Die »Stimme des Blutes« war da nicht mehr erwähnt, dafür ein »Special Guest«.

Ob das altbekannte »Race War«-Duo wirklich gespielt hat, ist unklar. Von Gitarrist Gerhard M. ist bekannt, dass er in den vergangenen Jahren beim Rockerclub Bastards auf der Schwäbischen Alb angeheuert hat. Auf der Bühne der Biker geht es gemütlicher zu als bei Nazi-Konzerten, der Musiker durfte sich setzen. Bei dieser Gelegenheit zog er andere Saiten auf: Er benutzte seine Hände nicht zum Gitarrenspielen, sondern als Busenhalter einer Stripperin, die

sich auf seinem Schoß räkelte.

Im August 2012 folgte eine neue CD von »Heiliger Krieg«. Die Bandmitglieder sind im Booklet vorsichtshalber nicht genannt. Die Ansage im Auftaktsong: »Wir bleiben, wie wir sind: der braune Fleck an ihrem Kragen.« Ihre menschenverachtenden und staatsfeindlichen Überzeugungen hat die Gruppe textlich so verpackt, dass sie strafrechtlich wohl nicht zu beanstanden sind – ihre »Scheißegal«-Haltung demonstriert die Gruppe in einem gleichnamigen Lied:

> »Ob in Afrika die Erde bebt,
> in der Synagoge das Licht ausgeht,
> die Wallstreet vor der Pleite steht,
> ist uns egal.
> Ob im Kongo ’n Schwarzer vom Fahrrad fällt,
> ein Rabbi seine Gemeinde prellt,
> ein Flüchtlingsboot am Fels zerschellt,
> ist uns egal. […]
> Ob die BRD übern Jordan geht,
> ein Tsunami die Dritte Welt wegfegt,
> ein Meteorit in Neukölln einschlägt,
> ist uns egal.
> Scheißegal, scheißegal, das ist uns alles scheißegal.«

Kapitel 3

WER SICH NICHT WEHRT, STEHT AM HERD

»Solange die noch poppen können, da unten, geht’s denen noch zu gut.«

Die Neonazi-Aktivistin Isabell P. alias Celticfrica über notleidende Menschen in Afrika

Dürfen Neonazis einen Pullover der Band »Race War« öffentlich tragen, ohne dass sie dafür eine Strafe riskieren? Das wollte ein Bayer in einem Internetforum wissen. Damit brachte er eine Kameradin mit dem Pseudonym »Celticfrica« in Rage: »Nen Pulli von ›Race War‹???? Da gibt’s nur Shirts von. […] Dann frag ich mich, wo du den her hast????? Aus Polen? Ist ja ne Frechheit, es gibt nicht mal inoffiziell nen Pulli.«

Nicht mal inoffiziell nen Pulli. – woher wusste die Frau das? Nach diesem Foreneintrag begann ich mich für Celticfrica zu interessieren. Sie schien ganz nah an der Band dran zu sein, an die auch ich nahe heran wollte. Eine Überprüfung ihrer älteren Beiträge bestätigte diesen Eindruck. Und die Unbekannte schien ein ausgeprägtes Mitteilungsbedürfnis zu haben. Folglich war »Celti«, wie sie im Kameradenkreis abgekürzt wurde, eine spannende Ansprechpartnerin bei meiner »Race War«-Recherche.

Um mir ein besseres Bild von ihr machen zu können, begann ich, die virtuellen Aktivitäten von Celti zu verfolgen. Sie war gerade damit beschäftigt, eine politische Frauenorganisation aufzubauen, die Aktive Frauen Fraktion (AFF). Da sie eine »Heimatseite« im »Weltnetz« (Szenejargon) angemeldet hatte, war ihre Identität schnell geknackt: Bei »Celticfrica« handelte es sich um Isabell P. aus Obergröningen, einem 500-Einwohner-Dorf auf der Schwäbischen Alb.

Wer war diese Isabell P.? Um das herauszufinden, habe ich am 20. November 2003 einen ersten Mail-Kontakt zu ihr geknüpft – unter falschem Namen natürlich. Drei weitere Brieffreundschaften folgten. Mit verschiedenartigen Identitäten wollte ich unterschiedliche

Informationen erfragen. Ich war eine Jugendliche, die sich für die Arbeit der AFF interessierte. Ich war ein erfahrenes Skingirl, das Kontakt zur AFF suchte. Ich war ein Kamerad, der die Frauenarbeit der AFF gut fand. Und ich war ein rechtskonservativer Normalbürger, der Isabell P. scheinbar zufällig kennenlernte – in einem sozialen Internetnetzwerk, in dem sie keinen Querverweis zu ihrer politischen Arbeit bot.

Celti und ich – beziehungsweise Celti und »wir« – haben uns unzählige Mails geschrieben und halbe Nächte lang in Chatrooms verbracht. Danach wusste ich mehr, als ich wissen wollte – zum Beispiel, dass sie »keinen Bock auf langweiligen Blümchensex« hat. Das Wesentliche war jedoch: Isabell P. war die Freundin von »Race War«-Sänger Max Hirsch, der einmal sogar meine Recherche durchkreuzte. Am 4. Mai 2004 um 21.24 Uhr mussten wir unseren Online-Dialog beenden, weil dieser Hirsch seine Isa besuchen kam. Sie hatte mir schon einiges von ihm erzählt: »Mein Freund studiert Lehrer für Geschichte und Englisch. Das find ich klasse.« Lehren aus der deutschen Geschichte scheint er allerdings keine gezogen zu haben: Er kämpfte ja eingestandenermaßen für ein »Viertes Reich«.

Seine Freundin hatte einen holprigeren Werdegang hinter sich. Als ich sie kennenlernte, lebten zwei Töchter im Haushalt der damals 27-Jährigen, ihr erstgeborenes Kind nicht. Das ältere der beiden Mädchen, ein Kindergartenkind, war nach dem Way of Life ihrer Mutter benannt: Sie hieß »Renee«. So werden die weiblichen Skinheads bezeichnet, die traditionell einen »Feathercut« tragen. Das ist ein Haarschnitt, bei dem im Extrem die Frauen raspelkurz geschoren sind – nur vorne bleibt ein Pony stehen, der seitlich jeweils von einer langen Franse, pardon, Strähne begrenzt wird. Und wer seinen Kopf schwerpunktmäßig für diese Frisur nutzt, der tauft seine Tochter vermutlich »Renee« …

Celti war alleinerziehende Mutter. Von ihrem Mann lebte sie getrennt. Seinetwegen hatte sie sich genötigt gesehen, Thüringen zu verlassen. Als sie auf diese Weise aus ihrer Heimat vertrieben wurde, kannte sie bereits Max Hirsch. Er stammt aus Bettringen bei Schwäbisch Gmünd, und sie zog in das rund 20 Kilometer entfernte Obergröningen: »Ich habe es innerhalb eines Jahres geschafft, von nichts (ich habe nur meine Kinder gehabt, sonst nichts mitgenommen) zu einem kleinen Haus mit Garten zu kommen und

dazu noch eine Organisation aufzubauen, die funktioniert« – die AFF. Teilweise ging die gelernte Floristin, die eine Umschulung zur Sekretärin gemacht hatte, sogar noch einem Job nach – teilweise war sie aber arbeitslos.

Die Vorbilder von Isabell P. waren Frauen der Nazis wie Ilse Heß, die Gattin des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. »Man kann direkt stolz auf die Frauen sein«, schrieb sie mir. Ich wollte daraufhin wissen, was sie an diesen Frauen so bewundernswert fände. Ihre Antwort: »Alles. Die Ideale und wie sie die verfolgt haben. Ilse Heß hat bis zu ihrem Tod für ihren Mann gekämpft – dass er rehabilitiert wird …« Auch Isa kämpfte für ihren Max, getreu einem Leitspruch der AFF: »Wir werden aktiv neben, hinter und vor den Männern stehen.«

Am 11. Dezember 2003, kurz vor Mitternacht, startete Celtis AFF eine Spendenaktion für »Race War«. Begründung: »Die Band wird momentan durch wöchentliche Pressemeldungen regelrecht diskriminiert. Die Folgen daraus für die Mitglieder sind bekannt. Man versucht gezielt durch Lügen und Halbwahrheiten den Verlauf der späteren Verhandlung negativ zu beeinflussen« – also jener Gerichtsverhandlung, die Ende 2006 zu einer Verurteilung führte: Die Musiker hatten die Bildung einer kriminellen Vereinigung gestanden.

Laut AFF war es das Konto der Frauenorganisation, das »derzeit auch als Spendenkonto der Band ›Race War‹ genutzt wird«. Als Empfänger des Geldes sollte allerdings ein Mädchenname angegeben werden – der Name von Celtis jüngster Tochter, die damals noch nicht einmal in den Kindergarten ging. Was Isabell P. wichtig war: »Bei Spenden bitte unbedingt ›Solidarität‹ als Verwendung angeben.« Es dauerte keine Woche, da wurde Isabell P. auf dem alternativen Nachrichtenportal Indymedia von Antifaschisten geoutet. Die Schlagzeile: »Rechte Skinhead-Band ›Race War‹ benutzt Konto eines Kindes als Spendenkonto.« Die Überschrift: »Nazis missbrauchen ihre Kinder.« Dieser Titel dürfte für die AFF besonders bitter gewesen sein, weil eines ihrer Hauptanliegen der Kampf gegen »Kinderschänder« war. Nun wurde Celti auf einmal selbst des Kindesmissbrauchs bezichtigt – wenn auch in anderer Dimension.

Mit ihrer Spendenaktion für »Race War« machte die Neonazi-Aktivistin obendrein die Polizei auf sich aufmerksam. »Stahlkreuz«

aus Berlin, wohl ein Bekannter der jungen Frau, meldete sich am 23. Januar 2004 im Forum des politisch einschlägig verorteten Wikingerversandes zu Wort: »In den heutigen Morgenstunden wurden die Räume von Celticfrica durchsucht. Unter anderem wurden der PC, die Telefonanlage, Unterlagen und so weiter beschlagnahmt« – auch der Scanner, wie Isa mir vorjammerte, als sie mir ein Bild ihres Freundes schicken wollte, das ihr nicht elektronisch vorlag: »Mein Scanner ist bei der Polizei, so eine Scheiße.«

Weil sich Celti zeitweise ihres Computers beraubt sah, hätte beinahe das Wikingerversand-Forentreffen am 7. Februar 2004 ausfallen müssen, das die AFF organisieren wollte. Doch »Beethoven777« sprang ein. Wer war jetzt das schon wieder?

Ein neues E-Mail-Konto musste her, damit ich mich beim Wikingerversand-Forentreffen anmelden konnte – ohne eine meiner bewährten Identitäten zu verbrennen. Gedacht, getan. Und »Beethoven777« schickte mir alsbald die Rechnung über einen »Unkostenbeitrag« von 15 Euro, den ich bis zum 1. Februar 2004 überweisen solle. – was ich aber nicht getan habe. Denn ich wusste bereits, was ich wissen wollte: Uli F. hieß die Kontoinhaberin. Sie war die Stellvertreterin von Celti und kam aus der Nähe von Aalen. Es handelte sich um die Tochter eines Arztes und CDU-Kommunalpolitikers.

Isa und Uli entwickelten die AFF binnen weniger Monate zu einer der aktivsten Frauenorganisationen der deutschen Neonazi-Szene. Im Jahr 2004 hat die AFF vier von 14 Rechtsrockkonzerten in Baden-Württemberg veranstaltet oder mitveranstaltet – zum Beispiel einen Gig mit der schwedischen Sängerin Saga am 10. April 2004 bei Laupheim, an dem außerdem die Kameradschaft Widerstand Schwaben beteiligt war. Zum Begleittross der internationalen Rechtsrocksternchen gehörte »Glory Unending« aus der Kameradschaft Stuttgart. Sie traf ich am konspirativen Treffpunkt, an einer Tankstelle. Und am Eingang zum Konzertgelände stempelte mich Uli F. ab, nachdem ich den Eintritt bezahlt hatte. Von den Einnahmen spendeten die Veranstalter nach eigenen Angaben 500 Euro für das »Projekt Schulhof« – für eine Rechtsrock-CD, die kostenlos an Jugendliche verteilt werden sollte. Anfang September 2005 gab es wegen der Scheibe zwei Hausdurchsuchungen, wie im

Wikingerversand-Forum nachzulesen war: »NoSurrender und Beethoven777 bitten daher, nicht mehr per SMS kontaktiert zu werden, da auch die Handys beschlagnahmt wurden.« Betroffen waren demnach die stellvertretende AFF-Führerin und ihr Freund Stefan S., der Sänger von »Act of Violence«.

Nach einem Akt der Gewalt sah auch das AFF-Logo aus, das auf den Tops der »Mädels« prangte, die beim Saga-Konzert Thekendienst leisteten: Es zeigte eine Frau mit emporgerecktem Sturmgewehr. Celti erklärte mir: »Das Militante an dem Logo repräsentiert uns ganz genau, da wir auch teilweise militant arbeiten.« Darüber war natürlich nichts auf der Internetseite zu lesen.

Auch bei der Organisation von Konzerten ging die AFF tendenziell konspirativer vor als die männlich dominierten Kameradschaften. Sie arbeitete teilweise mit persönlichen Einladungen, um so den rechtlichen Status einer privaten Feier vorzutäuschen. Im Unterschied zu einer öffentlichen Veranstaltung ist es im privaten Rahmen nicht strafbar, Hitlergrüße zu zeigen – Propagandadelikte setzen die Öffentlichkeit voraus.

Celti nahm die Konzertvorbereitungen gerne selbst in die Hand. Am Abend des 4. Mai 2004 berichtete sie mir: »Ich hab Wohnungen besorgt für Bands und die AFF, und ne komplette Anlage und ne Kneipe. Ohne Probleme. Ich bin guuuuutt, hehe.« Die fragliche Veranstaltung musste sie tags darauf allerdings absagen, »weil ein Konzert 20 Kilometer von meinem Treffen weg ist«. Bei der Konkurrenzveranstaltung sollte unter anderem die Band »Oidoxie« auftreten – ein Publikumsmagnet in der Szene.

Obwohl mindestens vier Rechtsrockveranstaltungen der AFF über die Bühne gegangen waren, sagte der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Jürgen Doll, Ende des Jahres 2004: »Diese Gruppe ist mir als ein führender Konzertveranstalter nicht bekannt.« Auch von »bundesweiten Aktivitäten dieser Frauengruppierung« wusste er nichts, obwohl die AFF zwischenzeitlich Sektionen in Bayern, Sachsen und Thüringen aufgebaut hatte.

Celtis Ziele waren ehrgeizig. Sie verglich ihre Organisation mit Blood & Honour, dem international operierenden Neonazi-Netzwerk: »So wie Blood & Honour einen festen Platz in der Bewegung aufweist, so werden wir, die Aktive Frauen Fraktion, auch einen

gefestigten Platz in der Bewegung erhalten.«

Nebenher wollte sich die AFF noch als eine Art germanisches Gegenstück zum katholischen Donum Vitae betätigen: »(Schwangere) Mädchen, die dringend Hilfe benötigen, können sich auch an uns wenden. Da wir Mütter unter uns haben, wird es ein Leichtes sein, eine Abtreibung zu verhindern.« Und: »Wir werden nicht zusehen, wie unsere Gene, unser Stolz, unsere Moral, Treue, Disziplin und Pünktlichkeit, all die Eigenschaften eines Deutschen, zu Grunde gerichtet werden durch die Multikulti-Spaßgeneration.«

Die AFF-Skingirls schienen kollektiv unter Verfolgungswahn zu leiden: »Lehrer werden auf Schulen von ihren Schülern bedroht, Jugendbanden machen sich breit und verängstigen ganze Stadtviertel, Deutschland ist hochverschuldet und steckt dem Ausland trotzdem noch das Geld, was nicht mehr da ist, in den Arsch.« Ein Beispiel: »Wenn ein Krankenhaus dem zehnjährigen Achmed aus dem Irak eine Beinoperation spendet, anstatt einem hilfebedürftigem deutschen Mädchen ein paar Impfungen zu gewährleisten, dann ist das keine Gnade für Achmed, sondern eine Schande für das deutsche Volk.«

Die AFF warb mit feministisch klingenden Parolen: »Wir stehen gemeinsam. Vor unseren Kindern. Hinter unseren Männern. Für unser Land. Hast du es satt, als Anhängsel betrachtet zu werden? […] Dann komm zu uns!!!« Und: »Wir freuen uns auf neue kämpferische Frauen, die es leid sind, nur hinter dem Herd zu stehen.«

Diesen emanzipatorischen Ansatz konnte ich durchaus nachvollziehen. Mir war es bis dato unerklärlich gewesen, warum sich junge Frauen in die Skinhead-Szene begeben. Skingirls fungierten beispielsweise als Sexobjekte, Bomberjacken-Halterinnen und Putzfrauen, wenn ihr besoffener Freund sich übergeben hatte. Richtig reizvoll war das nicht. Auch der Glatzkopf als Schönheitsideal ist eine wenig überzeugende Erklärung. Allerdings waren weibliche Neonazis auch kein Massenphänomen, als ich Ende der 90er Jahre mit meinen Recherchen begann. Bei Partys kam auf 100 Skinheads oft nur ein Skingirl.

Die Nazi-Maiden wurden aber immer mehr. Bis zu einem Viertel des Publikums stellen sie heute bei Konzerten. Und sie begannen, sich zusammenzurotten – in Frauenorganisationen. So stieß ich auf

die »Mädelgruppe« der inzwischen verbotenen Kameradschaft »Tor« aus Berlin, die sich intensiv mit Fragen der Gleichberechtigung auseinandersetzte: »Dieses Unwort ›Gleichberechtigung‹ lehnen wir ab. [.] Es ist aber selbstverständlich, dass eine deutsche Frau einem deutschen Mann zur Seite gestellt ist – also ihm von Natur aus gleichgestellt ist. Es sollte daher auch von Seiten der Männer keine Bedenken gegen eine Frauenarbeit oder eine Frauenorganisation geben.« Den Skingirls erschien es als »sinnvoll, wenn die Aufgaben in der Bewegung zu einem bestimmten Teil auch von Frauen übernommen werden, da dies einen gewissen weiblichen Einfluss gewährleistet«. Und:

> »Es darf nicht versäumt werden, Frauen ihre eigentliche Bestimmung, ihre eigentlichen Aufgaben aufzuzeigen und ihnen ihre ursprüngliche Ehrenhaltung wieder zurückzugeben. […] Nur wir können das Leben vorleben, welches unserer Art entspricht, nur wir können unseren Frauen und Mädels ihre ureigenste Art zurückgeben und sie befreien von den liberalistischen Fesseln der Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung‹, die eine vermeintliche Freiheit versprechen, doch letztendlich nur ein Trugbild sind. Nach unseren Vorstellungen ist die Frau unentbehrliche Kameradin des Mannes. […] Sie ist die Tochter ihres Volkes und vor allem die Mutter des Volkes.«

Gleichberechtigung wollten die »Torinnen« nicht einmal untereinander: »Denn sicher hat eine deutsche Mutter von vier Kindern andere Rechte als ein daheim ›auf den Mann wartendes Püppchen‹, welches nur diesem zum Gefallen gereichen soll.« Pfundige Renees offenbarten teilweise eine gewisse Stutenbissigkeit gegenüber blondierten Discomiezen, die vereinzelt von Skinheads angeschleppt wurden. Die Tor-Frauen pochten auf Traditionsbewusstsein: »In den Nähstuben zum Beispiel hatten die Frauen ihre Frauengemeinschaft, die sie pflegten. Da dies heute nicht mehr der Fall ist, tritt als Ersatz die Frauenkameradschaft an diese Stelle.« Wie wichtig solche Frauen für den Nationalsozialismus sind? »Bedenken wir, dass zum Beispiel Adolf Hitler ohne seine weibliche Gefolgschaft nie an die Macht gekommen wäre, die ihm nach seinen eigenen Worten in der schlimmsten Not die Treue

unerbittlich hielt.« Ihnen wollten die Berlinerinnen nacheifern: »Wie schon die Germanin ihre Männer auf das Schlachtfeld zurücktrieb, weil für sie ein Aufgeben nicht in Frage kam, so sollen deutsche Frauen heute Männer vorantreiben im Kampf um Deutschland.«

Und was strebten die anderen Organisationen an? Die Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) wollte das Selbstbewusstsein der Frauen stärken, sie politisch aktivieren und schulen. Der Freie Mädelbund rief zum »biologischen Widerstand« auf: »Vermehrt euch!« Der Bund heimattreuer Frauen kümmerte sich um das germanische Brauchtum und den Heimatschutz. Und die Mädelschar Deutschland betätigte sich unter anderem als Putzgruppe, wenn es galt, ein Soldatenehrenmahl von Schmierereien zu reinigen.

Die Frauen in der Fränkischen Aktionsfront hatten die Erfahrung gemacht, »dass es für uns Frauen viel schlimmer ist, aus Gründen unserer politischen Aktivitäten gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden« – deshalb sollte die Gruppe eine »Ersatzfamilie für die Verstoßenen« sein. Das klappte nur begrenzt. Die Aktionsfront wurde 2004 verboten. Der Skingirl Freundeskreis Deutschland hingegen »verbot sich selbst«, wie das einschlägige *Zentralorgan* aus Hamburg berichtete. Die Skingirls hatten sich nach zehn Jahren selbst aufgelöst. Das sorgte in der Szene für Unmut. Schließlich waren die Aufgaben bis dahin ganz gut verteilt, wenn man einer Darstellung der Mädelschar Deutschland glaubt: »Der Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) kümmert sich überwiegend um den kameradschaftlichen Kontakt der Mädels untereinander, das Braune Kreuz um Verletzte und der Freie Mädelbund (FMB) um inhaftierte Kameraden und deren Angehörige. Wir wollen uns auf die politische Arbeit konzentrieren. Ein Kontakt aller Gruppen untereinander, gegenseitige Unterstützung bei Aktionen und gegebenenfalls gemeinsame Veranstaltungen sind aber vorgesehen.« Als der Mädelring Thüringen zu einem »Mädelgruppen«-Treffen lud, kamen allerdings nur 18 Kameradinnen.

Und was wollte die AFF in diesem Gruppengeflecht? Ihre Führerinnen verfolgten einen elitären Anspruch: »Wir wollen uns unterscheiden von den vielen anderen Frauenorganisationen. Wenn wir den normalen Weg hätten gehen wollen, wären wir nun Mitglieder bei der Gemeinschaft Deutscher Frauen oder beim Freien Mädelbund, aber das ist nicht unsere Arbeit. Wir wollen durch hartes

Kämpfen und harte Arbeit auffallen.«

In diesem Kampf schien sich die alleinerziehende Mutter Isabell P. allerdings zunehmend aufzureiben. Als wir uns im Frühjahr 2004 virtuell immer näher kamen, war sie gerade ziemlich erschöpft. Zudem kriselte es in der Beziehung zum »Race War«-Sänger Max Hirsch. »Im Moment nervt's mich nur, wenn er da ist«, gestand sie am 5. Mai 2004. Dabei hatte sie noch die Maiennacht mit ihm verbracht: »Wir waren in Bettringen zu so nem Konzert der ›Lollies‹, hihi.« Haha – ich auch, und zwar mit Videokamera, weil Celti gegenüber einer meiner Skingirl-Identitäten verraten hatte, dass sie dort mit ihrem Lebensgefährten zugegen sein würde. In der Tat wirkten die beiden an diesem Abend ziemlich gelangweilt.

Celtis Frustration war meine Chance, ihr Vertrauen zu gewinnen. Meine Bewunderung für ihre Lebensleistung, meine Besorgnis ob ihrer Anstrengungen und mein Verständnis für ihre Unzufriedenheit taten Isa gut. »Es ist halt blöd, dass du mich grad auf so einem Fuß erwischst«, schrieb sie mir. »Ich kann mir auch nicht erklären, warum ich so viele private Dinge schreibe. Vielleicht liegt das an meiner Ausgangsposition grade, dass keiner da ist, mit dem ich reden kann.« Ihren Kameradinnen traute sie nicht: »Jedes kleine Geheimnis wird genutzt, entweder um mich in die Pfanne zu hauen aus Neid oder sich woanders damit hochzutratschen.«

Wenn ich sie im Frühsommer 2004 mit ihren Töchtern in den Stuttgarter Zoo eingeladen hätte. – wer weiß, was hätte werden können? Darüber nachgedacht habe ich kurzzeitig. Einige Monate mit einer Neonazi-Aktivistin zu verbringen, erschien mir unter Recherchegesichtspunkten reizvoll. An meiner Seite hätte eine Informationsquelle gesprudelt. Ich verabschiedete mich allerdings schnell von diesem Gedanken. Sofern wirklich was aus uns geworden wäre, hätte ich erstens zu den Treffen nicht dauernd durch die halbe Republik fahren können und zweitens doch dieses Rollenspiel irgendwann wieder abbrechen müssen, worunter möglicherweise am Ende Celtis Kinder gelitten hätten. Folglich war ich aus zeitlichen und ethischen Gründen an einen Punkt gekommen, an dem ich die maximale Rechercheintensität erreicht hatte. Und für eine Parallelbeziehung zu Max Hirsch, die weniger Zeit beansprucht hätte und vor den Kindern geheim geblieben wäre, war die treue Isa nicht zu haben. »Ich geh nicht fremd«, ließ sie mich wissen, »ich würd

mich vorher trennen.«

Im September 2004 war es von ganz alleine so weit. Die Beziehung zwischen Isabell P. und Max Hirsch ging in die Brüche. Einen Monat später kämpfte die AFF-Führerin noch »mit den Nachwirkungen«, und der Rechtsrocker widmete ihr eine herzzerreißende Liebesballade, die auf der »Race War«-CD *Stimme des Blutes* enthalten ist: *Ein letzter Gruß (Für Isa!)*. Auf dem Balladenalbum *Schicksalsstunde* erschien der Song sogar ein zweites Mal: »Mag ich auch ewig warten, mein Herz schlägt für dich allein. Selbst wenn alle Hoffnung verloren ist, diese Botschaft vergebens sei: Dies ist ein letzter Gruß an dich .«

Es wurde höchste Zeit, die Skingirl-Recherche zu veröffentlichen. Im April hatte ich schon damit begonnen, Celti gedanklich auf ein Interview vorzubereiten: »Habt ihr euch schon mal überlegt, im eigentlichen Sinne öffentlichkeitswirksam aufzutreten?«

In einer Reporterin des ARD-Magazins *Report München* lernte ich die ideale Kollegin für dieses Projekt kennen. Sie hatte wiederholt über Pädophile berichtet – das Feindbild Nummer eins der AFF-Frauen. Das war ein inhaltlicher Anknüpfungspunkt. Und die Kollegin war bei einer Internetrecherche sogar selbst auf die nationalistische Frauenorganisation aufmerksam geworden.

Gemeinsam formulierten wir eine Interviewanfrage an Isabell P. – wobei ich natürlich nicht im Absender auftauchte. Kaum war der Brief abgeschickt, meldete ich mich unter einem meiner Pseudonyme wieder bei Celti, die gerade überlegte, ob sie die AFF als Verein organisieren sollte. Ich schrieb: »Gerade dein Einsatz gegen die Perversen kann gar nicht öffentlich genug stattfinden. Also kämst du mit einem Verein sicher deinem Ziel näher, zu informieren und die Leute zu sensibilisieren.« Ihre Antwort: »Hehe, die Öffentlichkeit erreichen, da sagst du was. Ich hatte gestern Post vom Bayerischen Rundfunk. Stell dir vor, die wollen ein Interview über die AFF und deren Arbeit gegen Kinderschänder. Ist das net ein Ding?« Sofort startete sie eine Diskussion im AFF-Forum: »Sollte man Interviews geben oder net?«

Celti sprach mit mir über ihre Zweifel:

> »Ich ringe noch mit mir, ob ich das wahrnehmen soll. Live ist das auch net, das wird gedreht. Und ich hab den Verdacht, dass am

> Ende Dinge rausgeschnitten werden. Dazu kommt noch, dass sie filmen wollen, was wir gegen Kinderschänder tun, das heißt uns bei unserer Arbeit filmen. Also setz ich meine Anonymität aufs Spiel und meine Arbeit noch dazu. Wenn die Pädophilen das sehen, wissen die, wer wir sind in diversen Foren.«

Ich antwortete: »Dass da geschnitten wird, ist – soweit ich das weiß – immer so, also einfach normal.« Meine entsprechende Kompetenz hatte ich Celti signalisiert, indem ich mich schon Monate vorher als Redakteur für Public Relations vorgestellt hatte. Ich erklärte ihr:

> »Du hast beim Fernsehen den Vorteil, dass sie dir keine Zitate verhackstückeln und zusammenschneiden können. Wir machen ja vereinzelt Werbefilme für Kunden. Und da ist es so, dass man jeden Schnitt vom Bild her sieht. Folglich kann keiner irgendwo einen Satzanfang hernehmen und ihn mit dem Ende eines anderen Satzes ›zusammenkleben‹, wie das beim Radio noch gehen kann. […] Vom Rausschneiden als solchem würde ich mich daher nicht schrecken lassen. So lange du kein strafbares Zeugs redest, kann dir da eigentlich nichts passieren. […] Aber du solltest in der Tat darauf achten, dass die Pädophilen nachher nicht wissen, wer du in den Foren bist. Sonst machst du dir ja echt viel Arbeit kaputt. Aber da kannst du dir ja einfach für die Aufnahmen einen neuen Forennamen verpassen, den du nachher nie mehr benutzt.«

Und dann machte ich sie vollends auf das Interview scharf: »Ich bin echt noch völlig baff, wie weit du es jetzt schon bringst. Ein Fernsehinterview, das ist schon eine Hammersache. Ich denke, dass andere dafür viele, viele Jahre arbeiten müssen, bis sie mal zu ihrem Thema im Fernsehen was sagen können. Wahnsinn! Aber du hat es verdient!!!«

Alsbald kam die nächste Jubelbotschaft von Celti, gepaart mit einer gehörigen Portion Realitätssinn: »Es ist für den *Report München*, harhar. Ich bin so aufgeregt und hippelig. Entweder ist es ein großer Sprung nach vorn oder das Ende der AFF.« Als der Morgen des Drehtages gekommen war, hatte Celti noch mehr Lampenfieber: »Ich konnte die ganze Nacht net pennen, bin so aufgeregt.« Und ich habe ihr hernach versichert, dass ich ihr »den ganzen Mittag über tapfer

Daumen gedrückt« hätte – in Wirklichkeit natürlich der *Report*-Kollegin, nicht Celti.

Isabell P. verplapperte sich in dem Interview, was ihre politischen Aktivitäten betrifft: »Was heißt politisch? Wir arbeiten da mehr im Untergrund.« Auf die Frage nach ihrer Unterstützung für »Race War« machte sie dicht: »Ich brech' das jetzt hier ab. Das hat für mich keinen Sinn.« Sie lief weg …

Am Abend berichtete sie mir per E-Mail von ihrem Auftritt: »Ich bin total fertig, stinksauer und auch sonst total am Ende. […] Die machte ein Interview über Frauen in der Bewegung. […] Ich hab's zu spät bemerkt, also wirst du mich wohl am Montag im Fernsehen sehen. Ich war so blöd.« Sie hatte offenbar die Anfrage der Reporterin nicht genau gelesen. Darin stand: »Ich würde gerne mit Dir mal ein Interview über Deine Gruppe führen.« Isabell P. war wohl zu sehr auf die »Kinderschänder«-Thematik fixiert.

Während die alleinerziehende Mutter um das Wohl deutscher Kinder sehr besorgt war, galt für dunkelhäutige Kinder offenbar das Gegenteil. Im AFF-Forum schrieb Isabell P. in einer Debatte über Patenkinder in Afrika: »Diese Kinder werden nicht alt. Ich würd auch nicht helfen. Und mich ärgert es tierisch, wenn man Weihnachten in den Fernseher kuckt und nur braune Kulleraugen sieht, die betteln. Und solang die Deutschen das noch zahlen und spenden, geht's denen immer noch zu gut.« Und bezüglich der erwachsenen Afrikaner merkte sie an: »Solange die noch poppen können, da unten, geht's denen noch zu gut.«

Kapitel 4

DIE RECHTS-ANWÄLTE

»Richtig ist, dass sie auf den ersten Blick nicht wie eine Mexikanerin aussieht. Aber auch nicht wie eine Deutsche. Nur habe ich bisher nicht sofort auf Formunterschiede des Kopfes und Ähnliches geachtet, wenn mir eine Freundin eines bekannten vorgestellt wird.«

»Noie Werte«-Gitarrist Oli nach dem Rauswurf eines Schlagzeugers über dessen deutsch-mexikanische Freundin

»Noie werte« bei neuen Nazis. Als die so benannte Skinhead-Band am 2. September 2006 den Song *Alter Mann von Spandau* anstimmte, zeigten unzählige Neonazis mit ihren rechten Armen, wie hoch im ehemals faschistischen Italien noch die Heil-Kräuter wachsen … Sie feierten in dem Dorf Revine Lago, rund eineinhalb Autostunden nördlich von Venedig, das 20-jährige Bestehen der Veneto Fronte Skinheads. Mehrere hundert Deutsche waren zum braunen Kulturaustausch angereist – unter ihnen die Mitglieder der Musikgruppe »Noie Werte«, die nur ein Jahr jünger war als die italienische Neonazi-Organisation. Die Band hatte sich 1987 gegründet.

»Alter Mann, alter Mann, alter Mann von Spandau .« Das Publikum grölte das Lied mit. Es war Rudolf Heß gewidmet, den die Rechtsrockfans als Märtyrer verehren. Die Alliierten hatten den einstigen Stellvertreter des Nazi-Diktators Adolf Hitler als Kriegsverbrecher verurteilt. Seine lebenslange Haft verbüßte Heß im Spandauer Gefängnis, wo er sich 1987 allem Anschein nach erhängt hat. Die Neonazis gehen hingegen von einem Mord aus.

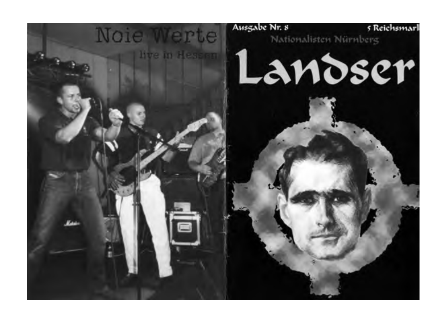
»Noie Werte« drückte auf die Tränendrüse: »Der einsamste Mann auf der ganzen Welt, bis zum Ende seiner Tage wurde er gequält. Für ihn gab es keine Gerechtigkeit – keine Freiheit bis zum Ende der Zeit.« Das Publikum bejubelte diese musikalische Hommage an Heß. Und dieser Jubel ging in »Sieg Heil«-Geschrei über. Der braune Mob

war so gut drauf, dass er sogleich noch ein SA-Liedchen trällerte: »Blut muss fließen knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.«

Ein deutscher Rechtsanwalt und ein deutscher Richter waren anwesend – sie griffen aber nicht ein. Im Gegenteil: Sie heizten die Stimmung der Neonazis weiter an, indem sie die Bühnenshow fortsetzten. Das war ein Hammer . – buchstäblich.



[Bild vergrößern]



Die Nummer 8 des Skin-Zines »Landser« erschien mit Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß auf dem Titel – auf die Heftrückseite schaffte es eine Rechtsrockband, die ihn verehrte: »Noie Werte« mit Rechtsanwalt Steffen Hammer (links) als Sänger.

Steffen Wilfried Hammer war Frontmann von »Noie Werte« und gleichzeitig Rechtsanwalt. Beruflich hat er sich darauf spezialisiert, das zu trennen, was in völkischen Kreisen heilig ist: Ehe und Familie. Er ist Scheidungsanwalt in Reutlingen und wirbt mit seinem entsprechenden Online-Service: »Einvernehmliche Ehescheidungen bundesweit – kompetent und unkompliziert.«

Einer seiner Gitarristen war der Untertürkheimer Daimler-Betriebsrat Oliver Hilburger, der als ehrenamtlicher Richter am Stuttgarter Arbeitsgericht wirkte – auf Vorschlag der Christlichen Gewerkschaft Metall, in deren Landesvorstand er saß. Nebenberuflich arbeitete er als Heilpraktiker.

Zwei Biedermänner betätigten sich als ideologische Brandstifter, ohne dass sie sich im juristischen Sinne die Finger schmutzig gemacht hätten. Erstens gilt in Italien nicht das deutsche Strafrecht. Zweitens zeigten sie selbst keinen Hitlergruß. Und drittens hatten sie ihre Liedtexte clever formuliert. Ein Beispiel: »Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht, du bist die Faust nicht wert, die

deine Nase bricht.« Hammer kündigte dieses Stück als »song against the fucking media« an, als Lied gegen die Scheißpresse. Diese Zeilen könnten, wörtlich betrachtet, als Aufruf gegen Gewalt interpretiert werden – oder sollte es sich doch um eine Drohung gegen Journalisten handeln? Wie dem auch sei . Ich habe in Italien lauthals mitgegrölt, um nicht aufzufallen.

[Bild vergrößern]



Ein Rechtsanwalt, dem der Hitlergruß entboten wird: »Noie Werte«-Sänger Steffen Hammer am 2. September 2006 bei einem Auftritt in Italien.

Auf dem Debütalbum von »Noie Werte« ließen Hammer und Co. weniger Interpretationsspielraum. Die Langspielplatte beziehungsweise CD mit dem Titel *Kraft für Deutschland,* 1990 erschienen, wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Der Grund war laut Verfassungsschutz Baden-Württemberg, dass »ihr Inhalt auf Kinder und Jugendliche verrohend wirkt, zu Gewalttätigkeiten und Rassenhass reizt und immanent nationalsozialistisches Ideengut vertritt«. In einem einschlägigen Internetforum wurde aus dem Song *Zusammenhalt* wie folgt zitiert: »Deutschland den Deutschen, ja so soll es sein! Drum lasst keine Fremdlinge mehr rein in unser Land! In unsere Blocks kommt kein Gesocks!«

Solche Songs spielte die älteste Skinhead-Band aus dem »Musterländle« im Jahr 2006 nicht einmal mehr im Ausland. Stattdessen sang der Rechts-Anwalt in Italien: »Kennst du das Land, wo deutsche Kinder nichts mehr zählen. […] Kennst du das Land, wo man täglich vor Rassisten warnt, während man den Mord an unserem Volke plant. Kennst du dieses Land? Deutschland wird’s genannt.« Der Pöbel im Publikum verstand die Botschaft – die alte Botschaft, in

noie Worte verpackt.

»Noie Werte« agierte und agitierte in der Tradition von Ian Stuart Donaldson, dem größten Rechtsrockstar aller Zeiten. Der Sänger der britischen Szene-Kultband »Skrewdriver« gilt als Gründer des internationalen Neonazi-Netzwerks Blood & Honour, das seit dem Jahr 2000 in Deutschland verboten ist. Die Musikgruppe aus Württemberg hatte ihm viel zu verdanken. »Der große Durchbruch kam 1991, als wir mit ›Skrewdriver‹ in Kontakt getreten sind und einige Konzerte in Deutschland und in England zusammen mit Ian Stuart gespielt haben«, berichtete Frontmann Hammer in einem Interview auf einer Band-DVD. Und er schwärmte von einem Kneipenbesuch mit Ian Stuart: »Der hat nie irgendwie den Star rausgehängt, obwohl er ein Star war. […] Er hat auch nie irgendwie einen Anführer dargestellt, sondern er war ganz einfach durch sein Charisma derjenige, den viele vergöttert haben.«

Der »Skrewdriver«-Song *Suddenly* hatte den jungen Hammer tief beeindruckt. Darin heißt es: »One day if suddenly I am forced to take my leave. Will you still carry on with the things that we believe?« Übersetzt: »Eines Tages werde ich plötzlich gezwungen sein zu gehen. Wirst du die Dinge, an die wir glauben, weiterführen?« Für den Juristen war dieses Lied »ein ganz wichtiger Punkt«, wie er erzählte: »Viele, viele haben nach dem Tod von Ian Stuart 1993 […] aufgehört, daran zu glauben beziehungsweise sie haben vielleicht auch nie daran geglaubt, was Ian Stuart geglaubt hat, was er gelebt hat. [.] Bei vielen ist es leider so, dass sie eine Zeit lang halt rebellieren, vor allem wenn sie jung sind, aber das dann nicht entsprechend weitertragen, nicht entsprechend weiterleben.«

»Noie Werte« ist Ian Stuart treu geblieben. Die Band hat dem britischen Nazi-Skin den Song *Walhalla* gewidmet: »Ich hatte einen Kameraden, einen bessern findst du nicht. Er war einer der besten Soldaten, und vergessen werde ich ihn nicht. Verfolgt, verraten und gejagt, trotz der Hetze nie verzagt. Ein Mensch wie er wird selten geboren, trotz dem Tod hat er nicht verloren.« Der Nachrufcharakter dieses Liedes wurde noch getoppt, indem sich Hammer direkt an den Toten wandte: »Du hast mir so viel Freude gemacht, in manchen Stunden haben wir gemeinsam gelacht. Ich danke dir für deine Taten und werde dich niemals verraten. […] Nun bist du tot, mein weißer Bruder, ich singe weiter deine Lieder. Der Gedanke an dich wird nie

vergehen, in Walhalla sehen wir uns wieder.« Auch die Zuhörer sprach der Bandleader persönlich an: »Wenn du dieses Lied hörst, wird er in Walhalla sein. Sein ganzes Leben gehörte der Sache, sein Gewissen war stets rein.« Walhall ist ein mythologischer Begriff. Er steht für die Halle der Gefallenen.

Kurz vor Ian Stuarts zehntem Todestag stand Steffen Hammer bei einem Neonazi-Konzert im oberösterreichischen Forchdorf auf der Bühne, am 6. September 2003. Vor rund 900 Fans bekannte er: »Ian hat uns den Weg gezeigt, auch mir.« Und in einem Interview erklärte er: »Was man von Leuten wie Ian Stuart gelernt hat, ist das, dass man zu seiner Überzeugung stehen muss, dass man nicht einknicken darf, nur weil's mal gewisse Widrigkeiten gibt.« Das hat der Rechtsanwalt beherzigt. Egal, ob Journalisten über ihn berichtet oder Antifaschisten einen Buttersäureanschlag auf seine Kanzlei verübt haben – er sang weiter. So, wie es sein Vorbild vorgelebt hatte: »Ian Stuart stand zu dem, was er getan hat.«

Ian Stuart Donaldson hat aber wohlgemerkt nicht nur Lieder gesungen und die Kameradschaft gepflegt. Das Neonazi-Idol soll auch Ausländer angegriffen haben – in England und in Deutschland. In seiner Heimat saß er monatelang im Gefängnis.

Trotzdem fand der Brite Zeit, des Öfteren in die Bundesrepublik zu reisen. Bei dem deutschen Plattenlabel Rock-O-Rama sind die meisten »Skrewdriver«-Alben erschienen. Vor allem aber kam Ian Stuart zu Konzerten wie am 10. Juli 1993 in Waiblingen, einer Stadt in der Region Stuttgart. Offenbar fehlte ihm an diesem Abend noch ein Musiker. Dadurch wurde »Noie Werte«-Gitarrist Oliver Hilburger eine ganz besondere Ehre zuteil: Er durfte bei »Skrewdriver« den Bass zupfen. Was damals noch niemand wusste: Es sollte ein besonders denkwürdiger Auftritt werden, Ian Stuarts letzter in Deutschland. Gut zwei Monate später, am 24. September 1993, starb die Rechtsrocklegende an den Folgen eines Autounfalls.

Die »Skrewdriver«-Show in Waiblingen war durch und durch rassistisch geprägt. Das ist auf einem Szenevideo zu sehen, das mir »Kameraden« im Ausland beschafft haben. Ian Stuart sang: »Fuck the niggers, fuck the turks.« Und: »Fuck the jews.« Er kündigte einen Rassenkrieg an und forderte dazu auf, den südafrikanischen Freiheitskämpfer Nelson Mandela zu hängen. Das kann dem Bassisten Hilburger, der links neben dem Sänger auf der Bühne

stand, kaum entgangen sein.

Trotzdem war gerade er es, der zusammen mit Steffen Hammer eine »German-British-Friendship« zwischen den Neonazi-Skinheads aufbaute und pflegte. Unter diesem Namen haben die beiden eine Plattenfirma gegründet. Der gleichnamige Song auf der ersten Maxi-CD ist längst ein Szene-Evergreen. Er erklärt, was die Nationalisten der verschiedenen Länder verbindet: »We are the same race, we have the same faith, we have the same roots. No more brotherwars, we have suffered enough.« Übersetzt: »Wir gehören derselben Rasse an, wir haben denselben Glauben und dieselben Vorfahren. Keine weiteren Bruderkriege, wir haben genug erlitten.«

Sänger Hammer hatte die Scheibe schon 1991 mit den »Skrewdriver«-Musikern »Stigger« und John Burnley aufgenommen. Im Beiheft heißt es: »German-British-Friendship ist ein Projekt zwischen Bandmitgliedern der Gruppe ›Noie Werte‹ und Musikern aus verschiedenen Teilen der Erde. Diese CD ist der erste Teil des Projektes.« Hammer berichtete in einem Interview für jüngere Kameraden von den Auswirkungen: »Dadurch sind wir natürlich über die Grenzen von Deutschland hinaus bekannt geworden.«

1994 folgten die *Lieder der Hoffnung,* die von Hammer, Hilburger, Stigger sowie dem »Brutal Attack«-Sänger Ken McLellan und einem Mitglied von »Squadron« aufgenommen wurden. *Die Lieder der Hoffnung II* hat Hammer mit australischen Musikern einstudiert. Aus dieser Zusammenarbeit entstand das Projekt »Exxtrem«, aus dem weitere zwei CDs hervorgingen.

Das vorläufig letzte Werk der German-British-Friendship wurde eine Balladen-CD von Hammer und Stigger, live aufgezeichnet, in Sachsen-Anhalt. Ihr Titel: *Nie wieder Bruderkrieg!* Im Booklet heißt es: »Sie werden sich noch wünschen, es wäre beim Musik machen geblieben! […] Mit der Aufnahme dieser CD wurden ein Nationales Jugendzentrum sowie ein Buchprojekt unterstützt. […] Am Ende steht das leuchtende Zeitalter und der Sieg.«

Die internationalen Projekte seien »sehr wichtig« für die europäische Zusammenarbeit, erklärte »Noie Werte« im *Ruf nach Freiheit,* einem Szeneheft. »Und wir würden uns hier nicht nur auf Europa begrenzen wollen. Denn im Grunde unterliegen heute fast alle Völker dem Diktat der One-World-Tyrannen. Es liegt auch in unserem Interesse, dass möglichst alle sich des eigentlichen

Problems bewusst werden und sich aus der Tyrannei befreien, um eine wirkliche Selbstbestimmung der Völker zu erreichen!«

Den Anspruch, mit ihrer Weltanschauung *Am Puls der Zeit* zu sein, erhob die Band spätestens mit dem gleichnamigen Studioalbum im Jahr 2000. Darin heißt es unter anderem: »Wir sind am Puls der Zeit, der Widerstand ist bereit!« Ein Song, mit dem die Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) eine frühere Fassung ihres Bekennervideos untermalt haben sollen. Der Titel findet sich auch auf sogenannten »Schulhof-CDs«, die Neonazis an Jugendliche verschenkt haben – genauso wie *Fuck the USA.* Das erste Projekt dieser Art titelte: »Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund.« Die Rechtsrockgruppe aus dem Schwäbischen steuerte neben den zwei Liedern 500 Euro bei.

Fuck the USA wurde zu einem der größten Hits von »Noie Werte«. Der Refrain kann auch von einem internationalen Publikum wie bei den großen Gigs in Italien und Frankreich mitgesungen werden: »Fuck the USA, fuck the USA – fuck, fuck the USA.« Wer das antiimperialistische Friedenslied hört, vermutet vielleicht eine Punkband, aber keinesfalls eine Neonazi-Gruppe als Urheber:

> »Bomben auf Bagdad, ein schönes Weihnachtsspiel.
> ›Friedenserhaltung‹ nennt sich dieses Ziel.
> Wo sind die Menschrechtler und wo die Heuchlertrupps,
> der Christ in diesen Tagen …: Hallelujah auf den Bombenhagel!
> Ich seh’ die Bomben fallen, ich hör’ die Kinder schrein,
> ich seh’ die Welt am Ende und alle sind dabei.
> Sie nennen sich Weltpolizei.
> Es kotzt mich an, ich mach mich frei: Fuck the USA!«

In einem Interview stellte die Gruppe fest:

> »Kaum vorstellbar, dass ein Lied wie *Fuck the USA* Anfang der 90er Jahre mit Bezug auf den Irak so angenommen und verstanden worden wäre wie heute. Wurde früher eher immer in den Ausländern oder etwas intellektueller in den Kommunisten das eigentliche Übel erkannt, sind weite Teile heute viel näher an den tatsächlichen Ursachen dran und setzen sich nicht nur mit regionalen Erscheinungen auseinander, sondern erfassen zunehmend weltweite Zusammenhänge.«

»Noie Werte« trug zu dieser Horizonterweiterung bei. Zum 20-jährigen Bestehen der Band gab es ein Antiglobalisierungslied auf die Ohren:

> »Sitzt auch du zuhause und dein Job ist weg?
> Eben mal abserviert wie der letzte Dreck.
> Man braucht dich nicht, gibt dir einen Tritt.
> Wegrationalisiert für noch mehr Profit.
> Dein Arbeitsplatz in einem anderen Land
> Und du stehst auf der Straße, aus dem Leben verbannt.
> Es stellt sich die Frage, was wird morgen sein?
> Doch mein Freund hör gut zu: Du bist nicht allein!
> Nun ist es Zeit für dich zu protestieren.
> Sonst bleibt es dabei, du wirst immer verlieren.
> Denke selber nach, wer Schuld daran ist.
> Einen gerechten Kapitalismus, den gibt es nicht.
> So wie dir geht es Tausenden in dieser Zeit.
> Und der Ruf nach Revolte, der macht sich breit
> Und es hallt durch die Gassen an jedem Ort:
> Wir stehen im Antiglobalisierungskampf
> Und er fordert von dir deinen Widerstand.«

Damit traf »Noie Werte« wohl nicht nur in Italien den richtigen Ton, das heißt: die Stimmung vieler jungen Menschen. Mit ihrer Globalisierungskritik ist »Noie Werte« viel näher bei den Jugendlichen als die Bundestagsmehrheit mit ihrer arbeitgeberorientierten Politik. Das ist kein Verdienst der totalitär denkenden Skinheads, sondern dem Versagen der demokratischen Parteien geschuldet. Die Demokratie wird federführend von Parteien repräsentiert, die kaum mehr im Sinne der Bevölkerungsmehrheit handeln, sondern schwerpunktmäßig zugunsten ihrer Klientel. Von einem immer menschenfeindlicheren Kapitalismus profitieren nicht nur die Kapitalisten, sondern auch Neonazis. Während sie mit ihrer traditionellen Rassenideologie nur bedingt bürgerliches Interesse wecken können, gelingt ihnen das in größerem Stile, wenn sie Missstände anprangern, unter denen viele Menschen leiden. »Noie Werte« verkündete 2007: »Die Band ist das Sprachrohr derer, die keine Lobby mehr in Deutschland haben.«

Nationalisten fürchten im Zeitalter der Globalisierung nicht nur

Ausländer, die schon in Deutschland leben, sondern auch jene Ausländer, die noch einreisen könnten:

> »Eine unheilvolle Allianz aus Wirtschaft, Politik und Medien ist sich einig, dass dem demographischen Wandel und dem angeblichen Fachkräftemangel nur durch Zuwanderung begegnet werden kann. So finden linke Politiker und Gewerkschafter diese Gedanken per se schon attraktiv, Politiker aus Union und FDP ziehen nach und fühlen sich den Vorgaben ihrer Klientel aus Industrie und Kapital verpflichtet – ganz im Sinne der Globalisierung -, die letzten Reste des Schutzes deutscher Arbeitsplätze aufzugeben. […] Aber weitere Zuwanderung wäre ein direkter Angriff auf die Löhne und Gehälter in Deutschland und würde dem Abwärtstrend der Lohnentwicklung weiteren Vorschub leisten.«

Das steht nicht in einem »Noie Werte«-Interview, sondern in einer Ausgabe des *Kompass,* der Flugblattserie der Betriebsratsliste Zentrum Automobil bei Daimler. Eine von zwei Kontaktpersonen: Oliver Hilburger.

Als Betriebsrat der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) war er unter Druck geraten, als seine Mitgliedschaft bei »Noie Werte« bekannt geworden war. Die IG-Metall-Zeitung *Scheibenwischer* hatte ihn im Mai 2007 enttarnt: »Auf den Fotos, die auf der Homepage von ›Noie Werte‹ zu sehen sind, ist Oliver Hilburger zu erkennen. […] Wir sind der Meinung, Rechtsextremismus darf im Werk Untertürkheim keinen Platz haben.« Betriebsräte der Liste Alternative/Klartext forderten in einem Mitarbeiter-Rundbrief: »Ein Neonazi hat im Betriebsrat eines Betriebs mit annähernd 40 Prozent ausländischer Belegschaft rein gar nichts verloren. Oliver Hilburger wurde über die Liste der CGM in den Betriebsrat gewählt. Wir fordern die CGM auf, umgehend dafür zu sorgen, dass er sein Mandat zurückgibt.«

Hilburger war obendrein im Landesvorstand der CGM und Vorsitzender ihrer Vertrauenskörperleitung. Von diesen Ämtern ist er im Sommer 2007 zurückgetreten – ehrenamtlicher Richter am Stuttgarter Arbeitsgericht wollte er hingegen bleiben.

Daraufhin berichtete die *Landesschau* des SWR-Fernsehens über den Fall. Ich hatte für den Beitrag recherchiert und mein Videomaterial von »Noie Werte« geliefert, auf dem Oliver Hilburger

als Gitarrist zu sehen ist. Der damalige CGM-Bundesvorsitzende Reinhardt Schiller, dessen Gewerkschaft den Rechtsrocker für das Richteramt vorgeschlagen hatte, sagte im Interview mit dem SWR: »Wieso sollte ein Mensch, der zugegebenermaßen etwas seltsame Texte singt, nicht in der Lage sein, an einem Arbeitsgericht Recht zu sprechen?« Schiller ist politisch anerkannt. Ein knappes Jahr später verlieh der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger seinem Parteifreund die Landesverdienstmedaille.

Das Landesarbeitsgericht teilte die Auffassung Schillers nicht. Am 11. Januar 2008 verkündete es die Entscheidung, dass Oliver Hilburger »seines Amtes als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Stuttgart enthoben wird«. Der »Noie Werte«-Gitarrist legte dagegen eine Verfassungsbeschwerde ein. Vertreten wurde er von der Frau seines Sängers, der Reutlinger Rechtsanwältin Meike Hammer. Für die Erbrechtsspezialistin gab es vor dem Bundesverfassungsgericht nichts zu erben . Das Ergebnis: »Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen.« In der Begründung des höchsten deutschen Gerichts stand: »Nicht nur hauptamtliche, sondern auch ehrenamtliche Richter unterliegen einer Pflicht zur besonderen Verfassungstreue.« Und:

> »Vorliegend ist das Landesarbeitsgericht in eingehender Auseinandersetzung mit den Liedtexten und dem Auftreten der Band ›Noie Werte‹ zu dem Schluss gekommen, dass diese bei einer Gesamtwürdigung der Umstände Assoziationen zum nationalsozialistischen Regime weckten, gewaltverherrlichend seien und von einer verfassungsfeindlichen Ideologie zeugten. Eine plausible anderweitige Deutung lässt sich insbesondere auch dem Vorbringen des Beschwerdeführers nicht entnehmen; er beschränkt sich vielmehr darauf, die Feststellungen des Landesarbeitsgerichts anzuzweifeln.«

Oliver Hilburger war damit endgültig sein Richteramt los.

Dafür kehrte er 2010 in den Untertürkheimer Daimler-Betriebsrat zurück. Zusammen mit anderen Mitarbeitern hatte er den Verein Zentrum Automobil gegründet, der mit seiner Betriebsratsliste erfolgreich bei der Wahl antrat, so dass Hilburger den Antiglobalisierungskampf von »Noie Werte« fortsetzen kann – ohne, dass er länger in der Band wäre. Als 2009 deren Album *Unplugged*

herauskam, hatte »Olli« seine Gitarre bereits aus der Hand gelegt – obwohl seine neuen Kollegen noch weniger Probleme mit seinem politischen Engagement hatten als die Christliche Gewerkschaft Metall. Das ist im Internetforum des Zentrums Automobil e. V. nachzulesen, in dem ich zeitweise unter Pseudonym angemeldet war. Der dortige Moderator »Hans Dampf« betonte: »Es ist völlig unrelevant, ob unser Kollege Oliver noch bei ›Noie Werte‹ spielt oder nicht. Wobei nebenbei bemerkt sei, dass Oliver die besagte Band bereits 2008 verlassen hatte.«

Ein derart geräuschloser Ausstieg ist dem früheren »Noie Werte«-Schlagzeuger Kay B. nicht gelungen. Er hatte sich in eine junge Frau verliebt, deren Vater angeblich Mexikaner war, weshalb er Ende der 90er Jahre aus der Skinhead-Gruppe rausflog. Im Internet folgte ein Schlagabtausch zwischen seiner neuen Band »Carpe Diem« und seiner alten Band »Noie Werte«, in der es um die »Rasse« seiner Freundin ging. Die Freie Nationale Jugend Celle veröffentlichte im Jahr 2000 eine Darstellung von »Noie Werte«, in der sich zunächst »Olli« über die junge Frau äußerte und den politischen Standpunkt der Band erklärte:

> »Richtig ist, dass sie auf den ersten Blick nicht wie eine Mexikanerin aussieht. Aber auch nicht wie eine Deutsche. Nur habe ich bisher nicht sofort auf Formunterschiede des Kopfes und Ähnliches geachtet, wenn mir eine Freundin eines Bekannten vorgestellt wird. […] Und von daher stimmt dies schon, wenn Kay sagt, ich hätte es ja gleich sehen müssen. Jetzt, wo man es weiß, sieht man es schon. Nur bin ich eben nicht sofort irritiert, wenn jemand gebräunte Haut hat und schwarze Haare. […]

Richtig ist, dass wir schon lange erkannt haben, dass alle europäischen Völker – und wir gehen noch einen Schritt weiter – alle Völker der Erde sich gegen die Züchtung einer grauen, durchsichtigen, total verblödeten, zur Ausbeutung bestimmten Masse erheben müssen und ihre eigenen, ganz spezifischen Eigenschaften pflegen und erhalten sollten. Das heißt aber nicht, dass ich jetzt eine zum Beispiel irakische Frau zur Partnerin für mich nehme, weil dieses Volk gerade diesen Kampf um das eigene Überleben aufgenommen hat. Wir stellen uns ganz gezielt gegen die Hintermänner, die sich durch eine Zerstörung aller Kulturen und der

geplanten Vermischung aller Völker die Welt zu eigen machen.«
Auch »Steffen« bezog zur Freundin von Kay B. Position:

> »Als ich von Olli am Telefon erfuhr, dass sie persönlich zu ihm gesagt hatte, dass sie mexikanischen Ursprungs sei, brach für mich eine Welt zusammen. Und ich sah mich einem großen Konflikt gegenüber. Zum einen war Kay zum damaligen Zeitpunkt noch ein guter Freund, zum anderen war der Nationalist Kay mit einer einem anderen Kulturkreis angehörenden Frau zusammen. Wie man es auch drehte und wendete, es konnte nur ein ›Noie Werte‹-Mitglied Kay ohne diese Frau oder ›Noie Werte‹ ohne Kay geben. Dies war mir bewusst. Wir hätten uns unglaubwürdig gemacht, wenn wir eine solche Beziehung innerhalb der Band geduldet hätten.«

Nach dem daraus resultierenden Rauswurf erschien folgende Annonce: »Die Musikgruppe ›Noie Werte‹ aus Stuttgart sucht einen erfahrenen Schlagzeuger, der durch lange Zugehörigkeit zur ›rechten Szene‹ charakterlich gefestigt ist und für den Ideale und Werte keine Fremdwörter sind.«
Während die Trennung von Kay B. – mangels Ersatz – beinahe das Ende der Band bedeutet hätte, schien der Ausstieg von Oliver Hilburger die Gruppe sogar noch zu beflügeln. Auf dem Best-of-Album *Unplugged* waren »Noie Werte« erstmals mit Streicherunterstützung zu hören. Das »Making of« der CD konnten sich die Fans auf der DVD *Die Besessenen* ansehen. Mit ihrem neuen Label Hrungnir Records gründete die Band sogar einen Supporter-Club – die »Noie Werte Unterstützer«. Für einen Jahresbeitrag von 36 Euro winkten Rabatte und exklusive T-Shirts. »Die Unterstützungsbeiträge fließen zu 100 Prozent in neue Produktionen«, hieß es. »Die ersten Beiträge fließen beispielsweise in Musikvideos.« Eine Kostprobe bot die Maxi-CD *Wir!,* deren Titelsong verfilmt wurde.
Nach diesem Powerplay reagierte die Neonazi-Szene überrascht, als die Rechtsrocker im Dezember 2010 verkündeten: »Noie Werte‹ verabschieden sich.« In einem Internetforum schrieb ein Fan:

> »Das verstehe ich nicht ganz. 2009 und 2010 wurde so ein Wirbel um ›Noie Werte‹ gemacht, nachdem man ja länger nichts von

> den Herren gehört hatte. Es wurde eine Unterstützer-Crew gegründet und so weiter. Es wurden super professionelle Produktionen an den Tag gelegt. Viele Konzerte und Unplugged-Abende wurden organisiert. Und dann kommen die so heiter daher und sagen, wir lösen uns auf. Ich dachte mir für meinen Teil, dass ›Noie Werte‹ nach 2009 wieder richtig durchstarten wollen, aber da habe ich wohl falsch gelegen.«

Nach angeblich mehr als 200 Konzerten und drei Topsellern – gemeint sind CDs, die sich jeweils mehr als 15 000-mal verkauft haben sollen – war Schluss.

Über die Gründe für das plötzliche Ende nach 23 Jahren Bandgeschichte kann nur spekuliert werden. Wollte Rechtsanwalt Steffen Hammer beruflich durchstarten, ohne die Band als politischen Klotz am Bein zu haben? Im Frühjahr 2011 ging die Homepage der Kanzlei H3 online. H3, das waren ursprünglich Harsch, Hammer und Heinig aus Rastatt, Reutlingen und Stuttgart – drei Juristen, die den Ruf hatten, sich als Anwälte für die rechte Szene zu engagieren: Rechts-Anwälte eben.

Als Kontaktadresse firmiert Alexander Heinigs bisherige Kanzlei. Sein früherer Kompagnon Oswald Seitter ist im Februar 2010 verstorben. Er war übrigens ein führender Altpietist und zwölf Jahre lang Synodalpräsident der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Rechtsanwalt Alexander Heinig ist ein alter Bekannter von Steffen Hammer. Er half bei »Noie Werte« als Live-Bassist aus und hat nach eigenen Angaben auch schon Texte für die Hammer-Truppe geschrieben – ehe er Mitte der 90er Jahre eine eigene Band gründete: »Ultima Ratio«. Auch deren erste CD landete auf dem Index, weil sie »sozialethisch desorientierend« sei, wie der Sänger in einem Interview berichtete.

Alexander Heinig hielt sich Anfang der 90er Jahre bei den Kreuzrittern für Deutschland auf. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg schrieb in seinem Jahresbericht 1994: »Nach einer kurzen, höchst kriminellen Karriere des ›Vorsitzenden‹ und einiger anderer Aktivisten (schwere Körperverletzung, Raub, Vergewaltigungen, et cetera) befinden sich diese Personen seit Anfang 1994 in Haft. Seitdem sind keine

Aktivitäten der KfD mehr festzustellen.« Davor hatten die Kreuzritter unter anderem Skinhead-Konzerte veranstaltet. Bei einem »musikalischen Grillfest« der Vereinigung am 22. Mai 1993 war Alexander Heinig einem Szenevideo zufolge in einer Flecktarnhose und mit einer Bierflasche in der Hand vor die Kameraden getreten, um keinen Geringeren als den großen Helden als Balladensänger anzukündigen. »D'r Ian«, so sagte Heinig, werde um 21 Uhr noch ein paar Lieder spielen – »um- sonscht«. Und was vielleicht noch wichtiger für die Skinheads war: »Übrigens koschded's Bier ab jetzt nur noch 2 Mark.« Danach saß man gemütlich auf der Wiese, als Donaldson seinen wegweisenden Song *Suddenly* sang.

Knapp zwei Monate später, am 10. Juli 1993, feierten die Kreuzritter ihr zweijähriges Bestehen, und Ian Stuart gratulierte mit einem eigenen Konzert. Von der Bühne herunter entbot er einen Gruß an »Alex« vom »Skrewdriver Service in Germany«. Heinig fungierte augenscheinlich als Security-Mann vor der Bühne, wie auf einer Nazi-DVD zu sehen ist. Und er grölte mit, als der Brite *When The Boat Comes In* spielte: »Nigger, nigger, go, go, go ...«

Gegangen ist aber bekanntlich erst einmal Ian Stuart Donaldson – und zwar nach Walhall, wie die Nazis zu sagen pflegen. Alexander Heinig verfasste für die Kreuzritter-Postille *Die Burg* einen Nachruf:

> »Mit ihm stirbt ein wichtiger Bestandteil der nationalistischen Szene. Wie kein anderer in den letzten zwanzig Jahren hat Ian Stuart es verstanden, durch seine Musik vielen Menschen in der ganzen Welt die Ideale des Nationalismus näherzubringen. [...] Mich persönlich erfüllt es mit Stolz, dass es mir vergönnt war, Ian Stuart kennenzulernen, und ich ihn einen guten Freund nennen durfte. Ruhe in Frieden, Kamerad. Wir werden dich nie vergessen.«

Das dokumentierte Heinig auf der Debüt-CD von »Ultima Ratio«. Den Titel *So nah* schrieb er für Ian: »Den Weg der Freundschaft durft' ich mit dir gehen. Ich schwöre dir, ich werd' zu unserer Sache stehen.«

Natürlich war auch dieser singende Rechtsanwalt das Ziel meiner Videorecherchen, doch »Ultima Ratio« spielte selten. Als Blood & Honour die Band für das Schweizer Ian-Stuart-Memorial-Konzert im Jahr 2005 ankündigte, stand für mich fest, dass ich hinfahren musste. Ich und meine versteckte Kamera waren da – nur Alexander Heinig

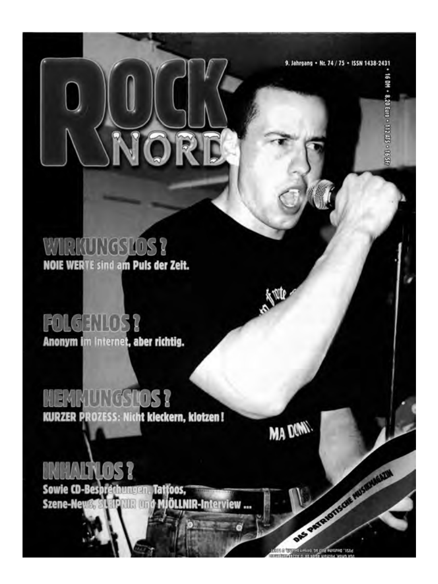
fehlte. Er hatte offenbar kurzfristig abgesagt, wie mir ein Allgäuer Kamerad erzählte, der angeblich kurz vor dem Konzert mit dem »Ultima Ratio«-Sänger telefoniert hatte.

Als Konzertbesucher lief mir Heinig jedoch zweimal vor die Kamera – im einschlägigen Treffpunkt Skinhouse Menfis im thüringischen Neustadt an der Orla und beim Ian-Stuart-Memorial 2006 in England. Bei dem Konzert nördlich von London erschien der Rechtsanwalt, der beruflich Robe trägt, in einer olivgrünen Bomberjacke – nicht nur um seines Freundes Ian zu gedenken, sondern auch um den Auftritt von »Kommando Skin« anzuschauen. Sänger der Gruppe war der Gitarrist von »Ultima Ratio«.

Gerne hätte ich mir Hammer und Heinig auch mal vor Gericht angeschaut, etwa als sie drei Aktivisten des Nationalen Infotelefons Karlsruhe vor dem Landgericht vertraten. Die drei Angeklagten mussten wegen einer Parole auf ihrem nationalen Anrufbeantworter vor den Richtern antreten: »Ruhm und Ehre der Waffen-SS.« Vor dem Bundesgerichtshof wurde das Trio im Juli 2005 freigesprochen.

Wie dieses Urteil zustande kam, darüber konnte ich mich leider nur aus zweiter Hand informieren – aus Zeitungsartikeln. Denn solche Gerichtsrecherchen waren für mich aus taktischen Gründen zu gefährlich. Sonst hätte es mir passieren können, dass ich bei späteren Konzerten wiedererkannt worden wäre. Ich hatte mich bewusst für das Mittel der verdeckten Recherche entschieden, und das ließ keine Rollenwechsel zu. Schließlich suchte die Szene mit immer größerer Finesse nach dem unbekannten Video-Kameraden. Beim »Noie Werte«-Konzert in Italien musste ich beispielsweise im Eingangsbereich eine Leibesvisitation über mich ergehen lassen und ein paar Meter dahinter erwartete mich der Sicherheitsdienst mit einem Metalldetektor. Diese doppelte Kontrolle genügte aber nicht, um meine damals bereits perfektionierte, das heißt minimierte Videoausrüstung zu finden.

[Bild vergrößern]



»Noie Werte«-Sänger Steffen Hammer in Aktion, auf dem Titel von »Rock Nord«, einem Hochglanzmagazin der Rechtsrockszene.

»Ultima Ratio« werde ich nicht mehr filmen können – von der Band ist seit Jahren nichts mehr zu hören. »Noie Werte« habe ich viermal live gesehen, und nach ihrer Auflösung frage ich mich, wie die Musiker jetzt ihren Hass loswerden. Hatten sie doch dem Magazin *Rock Nord* offenbart: »Musik ist für uns ein wunderbares Ventil, um all den Frust und den Hass loswerden zu können, der in uns herrscht.«

Zusätzlichen Frust dürften die singenden Rechts-Anwälte Ende 2011 empfunden haben, als ihre Kanzlei H3 bundesweit bekannt wurde – nicht nur wegen des NSU-Bekennervideos mit »Noie Werte«-Musik, sondern auch dank Nicole Schneiders. Kompagnon Klaus Harsch hatte das frühere NPD-Mitglied als Anwältin in die Gemeinschaftskanzlei eingebracht. Sie übernahm die Verteidigung des ehemaligen NPD-Funktionärs Ralf Wohlleben, als jener in den Verdacht geraten war, die Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds unterstützt zu haben.

Harsch, ein CDU-Mann, stieg in Folge der Medienberichterstattung bei H3 aus. Und er trennte sich von seiner Angestellten: »Aufgrund des enormen öffentlichen Druckes sehe ich mich gezwungen, meiner Mitarbeiterin, Frau Rechtsanwältin Nicole Schneiders, unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu kündigen.« Eine schöne

Bescherung, zwei Tage vor Heiligabend. Inzwischen firmieren Heinig & Hammer als »Rechtsanwälte in Bürogemeinschaft«.

Auch an Oliver Hilburger gingen die NSU-Ermittlungen nicht spurlos vorbei. »Dass die Täter der Zwickauer Zelle zwei Lieder der Gruppe, in der ich mitgewirkt habe, verwendet haben, lässt mich nicht unberührt«, schrieb er am 18. Dezember 2011 in einer Pressemitteilung, die er als Daimler-Betriebsrat veröffentlichte. Er wolle »zum Ausdruck bringen, dass die Morde der sogenannten Zwickauer Terrorzelle an unseren Mitmenschen einen abscheulichen Akt der Unmenschlichkeit darstellen«. Und er hoffe, dass alle Beteiligten »ihrer gerechten Strafe zugeführt werden« könnten: »Den Angehörigen der Opfer gehört mein Mitgefühl.« Staatliche Stellen hätten »nicht nur gänzlich versagt«, sondern »womöglich tief in einem Sumpf aus Verstrickungen aller Art« gesteckt.

Bei seiner Amtsenthebung als ehrenamtlicher Arbeitsrichter will er erkannt haben, dass seine Eigenwahrnehmung »mit dem von anderen gezeichneten Bild«, was sein Mitwirken bei »Noie Werte« betreffe, »nicht im Einklang stand«. Diesem Bild habe er nicht entsprechen wollen und deshalb einen Schlussstrich gezogen, erklärte das ehemalige Bandmitglied. Durch die »große Unterstützung meiner ausländischen Kollegen bei Daimler« habe er »gelernt, wie wichtig es in meinem Leben war, erkennen zu dürfen, dass wir nur gemeinsam eine Zukunft haben«.

Von Hammer und Heinig sind solche Stellungnahmen nicht bekannt. Es ist zu vermuten, dass sie die Ideale von Ian Stuart Donaldson weiterverfolgen werden: statt auf den Neonazi-Bühnen Europas eben in deutschen Gerichtssälen. Ihre politisch geprägten Biografien zeigen, dass öffentlicher Druck nicht ausreicht. Als Ultima Ratio gegen Neonazis hilft nur eine überzeugende Politik der Demokraten.

Kapitel 5

FÜR BLUT UND EHRE

»Ein Flugblatt wird nur einmal gelesen, aber ein Lied wird vom tiefsten Herzen heraus gelernt. Das wiederholt sich tausende Male.«

Ian Stuart Donaldson, der »Skrewdriver«-Sänger und Gründer des Neonazi-Netzwerks Blood & Honour, über seine politische Strategie, rassistische Ideologie mit Musik zu transportieren

»No surrender«, brüllt ein britischer Skinhead ins Mikrofon, bei dem altersbedingt nicht so ganz klar ist, was rasiert und was Naturglatze ist . Aus der tobenden Menge schallt es gleich einem Echo zurück: »We never surrender« – wir geben niemals auf.

Ken McLellan, der Mann auf der Bühne, hat nie aufgegeben. Er ist ein Veteran der White-Power-Bewegung, auch wenn oberhalb seiner Hüfte nicht mehr viel weiße Haut zu sehen ist. Volltätowiert bis unters Kinn und durchtrainiert, verkörpert er immer noch den Prototypen eines Skinheads. Seit 1980 tourt er mit seiner Band »Brutal Attack«. Im Jahr 2013 feiert er 50. Geburtstag. Er ist eine Art Rolling Stone der Neonazi-Szene.

Diesen Stein ins Rollen gebracht hat ein ehemaliger »Stones«-Fan: Ian Stuart Donaldson, Sänger der Skinhead-Band »Skrewdriver«. 1987 gründete der britische Rechtsrockstar das Neonazi-Netzwerk Blood & Honour (B&H). In einem Interview mit der Zeitung *Independent* soll er gesagt haben (zitiert nach Stuart-Biograf Paul London): »Musik ist eine potenzielle Kraft, um Nachrichten zu übermitteln. Und ich glaube, dass wir diese europaweit einsetzen sollten.«

Schon zu Lebzeiten war Ian Stuart drauf und dran, dieses Ziel zu erreichen – spätestens posthum ist es ihm gelungen. Heute gibt es Divisionen und Sektionen von Blood & Honour fast überall in Europa, sogar weltweit. Eine Division repräsentiert die Organisation in der Regel innerhalb eines Staates, Sektionen sind die regionalen

Untergliederungen – fast überall dort, wo Rassisten mit weißer Hautfarbe nach Noten des Hasses musizieren. Immer im Herbst gedenken sie ihres Idols mit Memorial-Konzerten: in Europa, aber auch in Australien und Amerika. Der Mutterdivision ist das Wochenende vorbehalten, das dem Jahrestag seines Todes – dem 24. September 1993 – am nächsten liegt.


[Bild vergrößern]



Von seiner weißen Hautfarbe ist auf dem tätowierten Oberkörper nicht viel übrig geblieben: Ken McLellan, Sänger der Band »Brutal Attack«, ist ein Veteran der Blood & Honour-Bewegung.

Von Anfang an bei B&H dabei war Ken McLellan mit seiner Band »Brutal Attack«, die bei den Memorials auf der Insel Stammgast ist – so auch am 23. September 2006. Ich war schon bei einigen Gedenkkonzerten dieser Art gewesen, ehe ich gen England aufbrach. Und ich stellte fest, dass in Ian Stuarts Heimat einiges anders läuft als auf dem europäischen Festland. Das begann schon am konspirativen Treffpunkt, bei dem es sich nicht um den hintersten Winkel eines Autobahnrastplatzes handelte, sondern um einen Pub. Dort kamen die Skinheads zu einem ersten Bier zusammen. Einer der Gastgeber begrüßte mich per Handschlag und erkundigte sich nach meinem Wohlbefinden. Eine halbe Stunde später ging's raus auf den Parkplatz. Die Autos formierten sich zur Kolonne – ein B&H-Schleuser fuhr vorweg zum Konzertort, einem Campingplatz nördlich von London, ungefähr auf der Höhe von Birmingham. Den genauen Ort weiß ich nicht mehr. Mir ist der Notizzettel abhandengekommen, auf den ich unterwegs flüchtig den Ort gekritzelt hatte.

[Bild vergrößern]



Eine CD des internationalen Blood & Honour-Netzwerks, die nach dem Verbot der deutschen Division herausgekommen ist – trotzdem haben deutsche Neonazi-Bands Lieder auf diesem Tonträger veröffentlicht: Neubeginn, Race War und Rassen Hass.

Mit rund 400 Leuten handelte es sich um das kleinste Ian-Stuart-Memorial, das ich je erlebt habe – und um das mit dem höchsten Altersdurchschnitt. Es schienen viele ehemalige Weggefährten des verstorbenen Rechtsrockstars angereist zu sein, teilweise sogar Familien mit Kindern. Und das Publikum war international wie selten einmal. Das war nicht nur den T-Shirt-Aufdrucken zu entnehmen und an den Sprachen zu hören, sondern auch am Verkaufssortiment der Händler zu sehen. Auf ihren Tischen fand sich eine portugiesische Ausgabe des B&H-Magazins genauso wie eine Propagandaschrift über die »Judenfrage« Italiens: *The Jewish Question in Italy.* Die Wände des Konzertzelts waren mit Hakenkreuz- und SS-Fahnen tapeziert sowie mit den Bannern verschiedener Divisionen und Sektionen von Blood & Honour – praktisch ganz Europa zeigte hier Flagge.

[Bild vergrößern]



Ziemlich zugedröhnt, nicht nur von der Musik, war dieses Skingirl beim Ian-Stuart-Donaldson-Memorial am 23. September 2006 in England.

Das ist der Stoff, aus dem die Philosophie von Ian Stuart Donaldson gemacht war. Sie fußte auf folgender Beobachtung: »Ein Flugblatt wird nur einmal gelesen, aber ein Lied wird vom tiefsten Herzen heraus gelernt. Das wiederholt sich tausende Male.« So zitiert ihn Paul London, der eine (auch ins Deutsche übersetzte) Biografie aus Szenesicht geschrieben hat: *Ian Stuart. Der Rock-Rebell.* Der »Skrewdriver«-Sänger verwendete seine Gitarre als politische Waffe, seine Musik verabreichte er als ideologische Droge. Ein Auszug aus einem seiner Lieder: »Nigger, nigger, go, go, go … We've got to love this land of ours, and fight to keep it white. Never going to give it up, cos we know we're in the right. And if they try to take it we will fight them to the death.« Eine vertonte Morddrohung gegen dunkelhäutige Einwanderer.

Es klingt wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass dieser Ian Stuart Donaldson mit seiner Band »Skrewdriver« zunächst in der Punkszene zuhause war – Ende der 70er Jahre. So beschreibt es sein Biograf Paul London, der angibt, als 14-jähriger Skinhead zum ersten Mal Ian Stuart getroffen zu haben. Er schildert in seinem Buch ein Foto-Shooting, bei dem sich die spätere Neonazi-Kultband einen Raum mit den »Sex Pistols« geteilt habe. Er erwähnt »Skrewdriver«-Auftritte mit Gruppen wie »The Police« und den »Boomtown Rats«, deren Sänger Bob Geldof bei diesem Konzert offenbar verletzt wurde, als es zu Tumulten kam, an denen die »Skrewdriver«-Crew beteiligt gewesen sein soll.

Gewalt zieht sich wie ein roter Faden durch die Biografie des Ian Stuart. Nach einer Schlägerei mit Dunkelhäutigen wurde er zu einer

Gefängnisstrafe verurteilt. Laut Autor London baute der kampferprobte Bandleader zudem im Auftrag der National Front – einer in den 70er Jahren sehr einflussreichen rechtsextremistischen Partei in Großbritannien – eine »Eingreiftruppe« auf, großteils mit Skinheads. Die Partei bot ihrem Soldaten mit dem Label White Noise eine Struktur, um die »Skrewdriver«-Schallplatten zu verkaufen. Der Handel mit dem Rock Against Communism war ein lukratives Geschäft, wurde aber später zum Streitpunkt, der zum Zerwürfnis Stuarts mit der Partei führte. Im Sommer 1987 verließ er die National Front, um »die nationale Musikszene und deren Anhänger zu vereinigen«, wie Biograf London schreibt. »Die neue Organisation wurde auf den Namen ›Blood & Honour‹ getauft.« Benannt nach dem Leitspruch der Hitlerjugend: »Blut und Ehre.«

Das Neonazi-Netzwerk trat einen Siegeszug durch Europa und darüber hinaus an – überall mit denselben Mitteln. Mit Rockkonzerten, um junge Leute zu ködern. Mit dem Verkauf von Schallplatten und CDs, um die Bewegung zu finanzieren und um mit Politik Profit zu machen. Und mit der Herausgabe eines Magazins, um die Szene zu informieren und die rassistische Weltanschauung zu verbreiten. Deutsche Verfassungsschutzämter schreiben Ian Stuart folgende Aussage zu: »Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen, besser, als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.« Mal abgesehen davon, dass Rock unter jungen Leuten allgemein beliebt ist, weckt Musik generell Emotionen. Und auf dieser Gefühlsebene erreichen politische Botschaften in Liedform das Publikum. Eine Erfolgsstrategie, die Nationalisten in Ungarn, Italien und anderswo übernommen haben. Die Neonazi-Szene hat sich in der Bundesrepublik und in Europa zu einer Massenbewegung entwickelt. Zu manchen Rechtsrockkonzerten kommen mehrere tausend Besucher.

In Deutschland soll sich anno 1993 eine B&H-Division gegründet haben. Die letzte Ausgabe ihres gleichnamigen Magazins, die Nummer 9, war die erste, die ich bei meinen Recherchen in die Finger bekommen habe – obwohl das Bundesamt für Verfassungsschutz davon ausging, dass die Polizei die Verbreitung »weitgehend unterbinden« konnte. Das Heft aus dem Jahr 1999 und die eingelegte Promo-CD schienen strafrechtlich relevant zu sein.

Aus journalistischer Perspektive also eine Rarität. Wobei in meiner Ausgabe die CD fehlte.

Die Ermittler waren nicht nur wegen dieses Magazins, sondern auch wegen anderer Schriften und der zunehmenden Konzerte auf Blood & Honour aufmerksam geworden. 1999 verzeichnete der Verfassungsschutz zwar einen Rückgang der Skinhead-Konzerte in Deutschland auf 109 (Vorjahr: 128), aber eine steigende Teilnehmerzahl. »Das mit Abstand größte Konzert fand mit über 2000 Besuchern am 4. September 1999 in Garitz (Sachsen-Anhalt) statt« – ein B&H-Konzert.

Rund ein Jahr später bekamen neun Führungskader der Truppe und ihrer Jugendorganisation Post vom Bundesinnenministerium. In der Verfügung vom 12. September 2000 hieß es: »Die ›Blood & Honour Division Deutschland‹ und die White Youth‹ richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Die ›Blood & Honour Division Deutschland‹ und die White Youth‹ sind verboten. Sie werden aufgelöst.« Zusammen soll es damals 300 Mitglieder gegeben haben, wie das Ministerium schrieb. Glaubt man dem Verfassungsschutzbericht des Folgejahres, dann war die Aktion ein Erfolg: »Die Strukturen von Blood & Honour in Deutschland sind nach dem Verbot aufgelöst. Die meisten der früheren Aktivisten und Mitglieder zogen sich aus der rechtsextremistischen Szene zurück, einige wenige sind nur mehr in lokalen Cliquen oder Kameradschaften aktiv. Nur wenige ehemalige Mitglieder versuchen noch, Skinhead-Konzerte zu organisieren.« Lediglich 80 solcher Veranstaltungen konnte der Verfassungsschutz im Jahr 2001 registrieren.

Die Polizei in Sachsen-Anhalt dürfte die Lage etwas anders bewertet haben. Sie wurde am 16. Juni 2001 auf ein Treffen in der Magdeburger Gaststätte Zur Tafelrunde aufmerksam. Dort soll es um die Weiterführung der Arbeit von Blood & Honour gegangen sein. Das Ermittlungsverfahren endete mit der Verurteilung von vier Personen – wegen Unterstützung des Zusammenhalts einer unanfechtbar verbotenen Vereinigung, wie es im Juristendeutsch hieß.

Sofern die Organisationsstrukturen überhaupt zerstört waren, gab es spätestens im Jahr 2004 neue. Am 19. Juni 2004 traf ich bei einem Neonazi-Konzert nahe dem sächsischen Bautzen auf den Saalschutz

der Division 28 Deutschland. Die 28 steht für den zweiten und den achten Buchstaben des Alphabets: BH, wie Blood & Honour. Für mich war sofort klar: Diese Skinheads sehen sich in der Tradition der Division Deutschland dieses Netzwerks.

Auch das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hatte die Veranstaltung registriert: »Nach unseren Erkenntnissen fand am 19. Juni 2004 in Kubschütz im Landkreis Bautzen ein rechtsextremistisches Konzert statt. Die Veranstaltung wurde in einer Speisehalle auf dem Gelände des Flugplatzes Litten durchgeführt.« Den Saalschutz hatte die Behörde aber offenbar nicht bemerkt: »Seit dem Verbot von Blood & Honour konnten im Freistaat Sachsen keine Aktivitäten im Sinne von Nachfolgebestrebungen registriert werden.« Die Staatsanwaltschaft kam zu einem anderen Ergebnis, nachdem Ausschnitte meines Videomaterials vom *Spiegel TV Magazin* gesendet worden waren. Das sächsische Innenministerium teilte am 26. April 2006 auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Freya-Maria Klinger von der Linksfraktion mit: »Bekannt ist ein Fernsehbeitrag vom November 2004, demzufolge Angehörige einer sogenannten Gruppierung Division 28 Deutschland innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene bestrebt sein sollen, Blood & Honour fortzuführen. Während eines rechtsextremistischen Skinhead-Konzertes am 19. Juni 2004 in Kubschütz, Ortsteil Litten, hätten Angehörige dieser Gruppierung, durch T-Shirts mit gleichlautenden Aufdrucken erkennbar, Security-Dienste geleistet. Aus diesem Anlass wurden Ermittlungen eingeleitet.«

Zwei Wochen nach meiner Bautzen-Recherche sah ich am 3. Juli 2004 bei einem Konzert im mittelhessischen Kirtorf erneut Saalschützer der Division 28 Deutschland. Was wusste die Verfassungsschutzzentrale in Köln über diese Gruppierung? »Dem Bundesamt für Verfassungsschutz sind Konzerte bekannt geworden, bei denen Personen den Saalschutz in T-Shirts mit der Bezeichnung ›Division 28‹ ausgeübt haben.« Und was bedeutet das? »Möglicherweise sind diese Personen bestrebt, die Erinnerung an die verbotene Vereinigung Blood & Honour durch die Verwendung des szeneinternen Kürzels für B&H (›28‹) aufrechtzuerhalten. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass dieser Personenkreis Nachfolgebestrebungen im konkreten Sinne an den Tag legt.« Also

keine Nachfolgeorganisation, sondern nur ein Erinnerungsverein? Auf diese Idee war ich gar nicht gekommen … Man muss ja nicht immer gleich das Schlimmste annehmen – wenn man so gut informiert ist wie die zuständige Behörde: »Eine organisatorische Struktur hat das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der ›Division 28‹ ebenso wenig feststellen können wie die Einbindung früherer Führungskader von Blood & Honour.«

Ein paar Monate später, am 4. November 2004, bekamen mehrere meiner Internet-Pseudonyme folgende Einladung per E-Mail zugeschickt: »Konzert am Samstag, den 6. November im Raum Franken mit ›Tollschock‹, ›Faustrecht‹, ›Skull‹ und ›Mistreat‹. Infos ab dem 6.11 unter 0160.« – und so weiter. Absender war der Ragnarök-Versand, betrieben von Hartwin Kalmus, der als ehemaliger Führungskader des verbotenen Neonazi-Netzwerks gilt. Er war bei dem beworbenen Konzert im fränkischen Ebersdorf nahe Coburg mit seinem Verkaufsstand vertreten, an dem er Hunderte von CDs anbot. Für den Nachschub an Verpflegung, den Saalschutz sowie für das leibliche Wohl der Besucher sorgten einmal mehr die Skinheads der Division 28 Deutschland. Die Polizei sah sie Bierkästen über den Hof tragen, griff aber nicht ein. Sogar einen Besucher, der ausweislich seines T-Shirts zu Blood & Honour Thüringen gehörte, konnte ich mit meiner versteckten Kamera dokumentieren. Und die üblichen Straftaten im Saal: Hitlergrüße. Aber die konnte die Polizei nicht sehen, weil sie sich – strategisch unzureichend – auf der Straße postiert hatte.

Defensiv zu Werke ging auch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, wenn es sich um Hartwin Kalmus handelte, der dem damals stellvertretenden Behördenchef immerhin als Vizeführer der B&H-Sektion Baden bekannt war. Nach deren Verbot machte Kalmus einfach weiter, was er zuvor gemacht hatte und wofür Blood & Honour bekannt ist: Er handelte mit einschlägigen Tonträgern, er mobilisierte zu Neonazi-Konzerten und er organisierte sie – zum Beispiel am 4. Oktober 2003 ein Memorial zu Ehren von Ian Stuart im Elsass, von dem er später eine Live-CD veröffentlichte.

Nachfrage beim Stuttgarter Verfassungsschutz: »Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass ehemals führende B&H-Leute (zum Beispiel Sektionsleiter, stellvertretende Sektionsleiter oder ähnliche Ränge) – auch aus Baden-Württemberg – nach wie vor das tun, was

B&H vor dem Verbot in Deutschland gemacht hat?« Die Antwort: »Die Frage wird unter Rücksichtnahme auf nachrichtendienstliche Belange nicht beantwortet.« Im Übrigen habe der Bundesinnenminister diese Organisation verboten: »Insoweit werden mögliche Nachfolgeaktivitäten auch von diesem zentral bewertet. […] Wir sehen uns nicht in der Lage, weitere Informationen zu übermitteln, und bitten hierfür um Verständnis.« Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte bereits Anfang 2003 erklärt: »Soweit ehemalige Mitglieder von Blood & Honour nach dem Verbot Konzerte organisieren, sind diese überwiegend nicht als Nachfolgeaktivitäten zu werten.«

In seinem Verfassungsschutzbericht 2003, Redaktionsschluss war im Mai 2004, stellte das Baden-Württemberger Landesamt fest: »Bis heute bestehen Verbindungen zwischen ehemaligen Mitgliedern verschiedener früherer B&H-Sektionen auf privater Ebene weiter. Baden-Württemberg ist davon in der Grenzregion zu Rheinland-Pfalz berührt, wo ehemalige Angehörige der B&H-Sektionen Baden und Pfalz regelmäßig Kontakt halten und gemeinsame Veranstaltungen organisieren.« Von Nachfolgebestrebungen war keine Rede, vom Ian-Stuart-Memorial des Hartwin Kalmus ebenfalls nicht.

Das kam mir merkwürdig vor. Ich begann, mich mit Kalmus näher zu beschäftigen, und fand heraus, dass sein Weg von eingestellten Ermittlungsverfahren gesäumt ist. So musste im Prozess gegen die Mannheimer Skinhead-Band »Bosheit«, der bereits im Jahr 2001 stattgefunden hatte, der ehemalige B&H-Sektionsführer Achim Pfeifer die Anklagebank drücken – anwaltlich vertreten von »Ultima Ratio«-Sänger Alexander Heinig. Der Verdacht lautete, dass Pfeifer ein Neonazi-Konzert im Badischen organisiert haben könnte, bei dem das strafbare Lied *Blut* gespielt worden sein soll: »Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib …« Während der Beweisaufnahme entstand jedoch der Eindruck, dass es auch Hartwin Kalmus gewesen sein könnte, der das Konzert organisiert hat. Er war jedoch nicht einmal als Zeuge geladen – er saß im Publikum. Ein nachträglich gegen ihn eingeleitetes Ermittlungsverfahren wurde von der Karlsruher Staatsanwaltschaft eingestellt – wie andere auch.

In anderen Bundesländern schien sich der ehemalige B&H-Funktionär ebenfalls auf Einstellungen verlassen zu können. Zwar

sah sich die Polizei zuweilen veranlasst, ihn vor einem Konzert aus dem Verkehr zu ziehen und/oder CDs von ihm einzubehalten – juristische Folgen hatte das für Kalmus in den mir bekannten Fällen aber nicht. Er konnte mit seinem Sortiment quer durch Europa reisen und bei einschlägigen Konzerten CDs und T-Shirts verkaufen. Zum Beispiel am 11. Dezember 2004 im belgischen Broechem. Diesen Gig hatte augenscheinlich der militante B&H-Ableger Combat 18 mitorganisiert – Kalmus kam im »Blood & Honour Ostdeutschland«-Shirt. Für das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz war das abermals kein Thema. Nur so viel: »Bis heute sind Verbindungen zwischen ehemaligen Mitgliedern früherer B&H-Sektionen festzustellen.« Baden-Württemberg sei davon in der Grenzregion zu Rheinland-Pfalz »berührt«. An dieser innerdeutschen Ländergrenze ist Belgien allerdings noch weit .

Ich traf Kalmus in England sowie wiederholt in Belgien, Italien und in der Schweiz – durchweg bei Konzerten mit B&H-Bezügen. Finanziell florierte sein Geschäft. Zweimal konnte ich mit der versteckten Kamera in Nahaufnahme dokumentieren, wie die Euro-Scheine aus seinem Geldbeutel quollen.

Virtuell war der Skinhead zu einem guten Bekannten von mir geworden. Ich hielt mit mehreren Pseudonymen zu ihm Kontakt, teilweise über Jahre hinweg. Dabei offenbarte er mir auch seine rassistische Einstellung. So teilte er mir beispielsweise mit, dass er an der CD *Die besten Soldaten* nur Produktionsrechte erworben habe: »Mit den Liedern an sich oder mit den Bands hatte ich nichts mit zu tun. Ansonsten wären auch keine Polacken auf dem Sampler drauf.« Die Polen sind insbesondere unter deutschen und österreichischen Neonazis umstritten. Wahrscheinlich, weil sie von manchen Rassisten als Untermenschen betrachtet werden. Das führt bei internationalen Rechtsrock-Events immer wieder zu Schlägereien mit »Polacken«. Ich habe das am 11. Dezember 2004 und am 27. Oktober 2007 in Belgien erlebt, wo meine Karlsruher Internetbekanntschaft jeweils mit seinem Verkaufsstand vertreten war.

Hartwin Kalmus informierte mich nicht nur über die Szene, sondern auch über sein Privatleben. Der Kickboxer klagte mir beispielsweise sein Leid, als er sich »im Sparring nen Kreuzbandriss, nen Kapselriss und nen Meniskusriss zugezogen« hatte. Überhaupt

schien es für den Privatmann Hartwin nicht so gut zu laufen wie für den Neonazi Kalmus. Er erzählte mir von einem Autounfall, der ihm einen wirtschaftlichen Totalschaden beschert hatte. Von seiner Diplomarbeit, auf die er sich in der hochsommerlichen Hitze seiner »kaum gedämmten Dachgeschosswohnung« vorbereiten musste. Von seinen Bewerbungen ein rundes Jahr später, während er noch auf sein Fachhochschulzeugnis warten musste, das ihn zum Bauingenieur machen sollte.

Und Anfang 2004 meldete er mir einen Trauerfall: »Ein Bekannter von mir wurde erschossen.« Wer war dieser Bekannte? »Er war nen ziemlich hohes Tier bei den Hells Angels, ein Mensch mit zwei sehr unterschiedlichen Gesichtern. Aber eben auch jemand, der jeden stets mit Respekt behandelt hat.« Eine Nachricht der Karlsruher Online-Tageszeitung *Ka-News* scheint diesen Vorfall zu bestätigen: »Am 9. Januar 2004 wird der ehemalige Präsident der Karlsruher Sektion der Rockergruppe Hells Angels Helmut ›Miko‹ Mikolajek am helllichten Tag in einem Café in der Karlsruher Innenstadt erschossen.«

Kalmus hatte übrigens – für einen Neonazi-Versandhandel ungewöhnlich – das Rocker-Buch *Sonny Barger. Mein Leben als Hells Angel* im Programm.

Gegenüber einer Skingirl-Identität von mir wurde Kalmus sogar intim: »Bin solo und daher momentan weder einer Affäre noch einer echten Beziehung abgeneigt, aber trotzdem sollte wohl zwischen Männlein und Weiblein etwas mehr Sympathie und Gefallen vorhanden sein, als dass man aufgrund von ein paar Mails gleich losbaggern müsste.« Diese Haltung ehrte ihn fast schon – in einer Szene, in der auf drei Jungs nur ein »Mädel« kommt. Manche »Kameraden« waren deshalb weniger zurückhaltend, wenn sie mit weiblichen Pseudonymen von mir konfrontiert waren. So fragte mich ein Mannheimer Musiker, der im Knast wohl zusätzlich unter Frauenmangel gelitten hat, bereits nach den ersten Mails nach meiner Körbchengröße … Meine Antwort: »75 D.« Er wollte mich danach unbedingt treffen und schickte mir Konzerthinweis um Konzerthinweis.

An den ehemaligen B&H-Kader kam er als Informant aber nicht heran. Kalmus hat mir mehr als 100 konspirative Konzerte in Deutschland und im europäischen Ausland verraten – per Mail-

Verteiler und auf persönlicher Basis. Und als er auf eine Anfrage hin mal nicht Bescheid wusste, hat er in hilfsbereiter Weise »grad mal Nogge angerufen«. Norbert »Nogge« Lecheler ist Sänger von »Faustrecht« und hat mich später auch auf direktem Wege über geheime Veranstaltungen informiert – allerdings nicht in so großem Stile wie sein Karlsruher Kamerad. Das war jedoch nicht seiner größeren Vorsicht geschuldet, sondern meiner weniger intensiven Kontaktpflege. In Kalmus habe ich viel mehr Zeit investiert.

Kalmus' Vertrauen erarbeitete ich mir mit Detailkenntnissen aus der Szene und teilweise mit demonstrativer Bewunderung für sein Engagement. Anfangs war er noch vorsichtig. So kündigte er einem meiner Pseudonyme das Elsasskonzert, bei dem ich erstmals mit versteckter Kamera gedreht habe, wie folgt an: »Laut diverser Quellen werden in Deutschland beziehungsweise im Elsass unter anderem ›Legion of St. George‹, ›Warlord‹, ›Mistreat‹, ›Noie Werte‹ und ›Razors Edge‹ auftreten.« Hinterher gestand er gegenüber einem anderen meiner Pseudonyme: »Hatte das Teil organisiert. Und da hätte ich eh kaum Zeit gefunden, mich mit dir in Ruhe zu unterhalten. Ist leider an so nem Abend ziemlich stressig. An der Theke die Leute auswechseln, dann die Bands suchen beziehungsweise die auf die Bühne schicken, dann die Verhandlungen mit nem geschockten Vermieter, Polizei, et cetera. Nun ja, dafür freut man sich, wenn sich im Endeffekt die Mühe gelohnt hat.« Und gegenüber einem dritten Pseudonym äußerte er sich zu meiner Videorecherche: »Die Sache mit dem Arschloch, das gefilmt hat, hat zwar etwas aufgestoßen, aber denke mal, wenn jemand mit der richtigen Ausrüstung ausgestattet ist, ist so etwas kaum zu verhindern.«

Nachdem es mit dem persönlichen Kennenlernen im Elsass nicht geklappt hatte, wollte Kalmus mich – oder genauer: »uns« – bei anderen Konzerten treffen. Das scheiterte jedoch ein ums andere Mal, zum Teil auch an ihm, wie bei einem Konzert im Juli 2004 im fränkischen Kürnach. Ich war dort und wusste, dass ihn die Polizei geschnappt hatte. Also meldete ich mich gleich unter mehreren Pseudonymen bei ihm, um zu fragen, warum er nicht gekommen sei, obwohl er das vorher angekündigt hatte. Er nahm mir die Enttäuschung und teilweise auch die leichte Verärgerung ab und entschuldigte sich: »Gab leider ein paar Probleme mit dem Gig bei

Würzburg. Die Bullen haben mich wegen den CDs mitgenommen und mich erst morgens um halb 3 wieder laufen lassen.«

Kalmus vertraute mir irgendwann so sehr, dass er mir sogar das Einmaleins der konspirativen Konzertorganisation vermittelte:

> »Bei Open-Air-Veranstaltungen können auf einen leicht ein paar Ordnungswidrigkeiten zukommen. Auch auf Privatgrundstücken müsste ein Konzert beispielsweise angemeldet werden, dazu die meist fehlende gaststättenrechtliche Erlaubnis, et cetera. In Hallen gibt es diese Probleme im Prinzip nicht. Probleme macht eher die Suche, eine passende Örtlichkeit zu finden. Die meisten Hallen sind nun mal Gemeindehallen, und hier hat der Bürgermeister Hausrecht. Wenn der abends um 8 Uhr mitbekommt, was eigentlich abläuft, und darauf besteht, dass der Vertrag aufgrund Vortäuschung falscher Tatsachen gekündigt wird, muss die Polizei seinen Willen auch durchsetzen, wenn sie nicht eh versucht, den Vermieter einzuschüchtern und zur Kündigung zu drängen. Und dann bleibt halt einiges an Kosten an dir selbst hängen.«

Was ein Konzertorganisator sonst noch zu befürchten hat? »Dass es Strafen gibt, habe ich noch nicht gehört, und es ist natürlich auch nicht so, dass du einen eventuellen Polizeieinsatz zahlen musst. Dein Name bleibt aber natürlich notiert.« Auch szeneintern gebe es einiges zur berücksichtigen: »Der Termin ist nicht unwesentlich für den Erfolg des Konzertes entscheidend. Wenn zwei bis drei Konzerte im Umkreis stattfinden, kommen natürlich auch dementsprechend wenige Leute. Also sollte man alles frühzeitig absprechen. Und natürlich möglichst auf eine Art und Weise, dass die Bullen nicht gleich mitbekommen, wer für das Konzert verantwortlich ist.«

Das wollte ich genauer wissen. Kalmus antwortete:

> »Zu viele Köche verderben den Brei. Und dies gilt zumindest nach meiner Erfahrung beim Konzertorganisieren insbesondere. Wer Kohle vorstreckt, will meist auch was mitreden, in Details eingeweiht werden, et cetera. Dann ist die Halle nicht mehr sicher. Die Erfahrung zeigt auch, dass dann übers Telefon zuviel gequatscht wird. Jeder macht irgendwas, aber nichts zu 100 Prozent. Kann ich also nicht empfehlen. Such dir ein oder zwei

Leute, auf die Verlass ist.«

Zudem appellierte er an mein Kostenbewusstsein und gab mir unter anderem Tipps bezüglich der Veranstaltungstechnik (auch PA-System genannt, das Kürzel steht für Public Adress): »Versuch die Kosten im Vorfeld gering zu halten (PA kann bei manchen Rockshops auch im Nachhinein gezahlt werden, Kaution hinterlegen genügt teilweise), Getränke können auf Kaution geholt werden, Flüge können per Kreditkarte gezahlt werden, und so fallen die Kosten auch meist erst später an.« Vieles hänge von der Größe des Konzerts ab: »Nur regionale oder auch internationale Bands? Bei ›besseren‹ Bands muss auch eine größere Anlage geholt werden, ne größere Räumlichkeit . « Gibt es weitere Einsparmöglichkeiten? »Konzert auf Privatgelände. Es gibt Bands, die ihre PA mitbringen. Ich habe zum Beispiel jemanden, bei dem muss ich für die PA nichts zahlen, wenn das Konzert ausfällt beziehungsweise sehr schlecht besucht ist.« Falls umgekehrt ein Gewinn übrig bleibe, »sollte es natürlich Ehrensache sein, dass man sich darüber im Klaren ist (und bleibt), dass dies Szenegeld ist«. Wie es verwendet werden soll? »Also wenn das Geld dazu genutzt wird, ein weiteres Konzert zu organisieren, wird sicherlich niemand etwas sagen. Aber bei Bedarf sollte sicherlich doch Geld für eine bestimmte Aktion ausgegeben werden. Sei es eure Kameradschaftskasse, sei es eine Spendenaktion .« Es folgte der Rat: »Würde an deiner Stelle jetzt gar nicht mehr so viel übers Internet quatschen.«

Seinerseits blieb er auskunftsfreudig. So berichtete er mir, dass er für einen anderen Konzertveranstalter »englische Bands organisieren« sollte: »Nachdem ›Whitelaw‹ zugesagt hatte, hieß es, dass man keine Flüge zahlen könne, da die Halle schon so teuer sei.« Und er selbst war am 21. Januar 2006 einmal mehr an der Organisation eines internationalen Konzerts beteiligt. Über einen französischen Autobahnrastplatz als Schleusepunkt erreichten rund 450 Rechtsrockfans eine Lagerhalle im Rheinhafen bei Karlsruhe. Das Event geriet zu einem Treffen von B&H-Veteranen: Der badische Ex- Sektionsführer Achim Pfeifer bezog an der Eingangskasse Stellung, aus England sollte »Brutal Attack« spielen. Und Hartwin Kalmus war natürlich sowieso da.

Er fungierte aufgrund seiner Kontakte und seiner

Einsatzbereitschaft als ein Dreh- und Angelpunkt der organisierten Neonazi-Szene in Südwestdeutschland. Und er hätte sich gerne noch mehr engagiert: »Ich denke, dass niemand genug macht. Jeder müsste mehr tun, wenn man bedenkt, in welcher Situation sich unser Land befindet. Ganz Europa versinkt in Multikultur und wird durch ZOG [Zionist Occupied Government, Anm. Th. K.] in immer stärkerem Maße gesteuert und pervertiert, und trotzdem regiert bei uns an erster Stelle die Spaßkultur. Und da kann auch ich mich leider nicht ausschließen.«

Trotz seiner vielfältigen Aktivitäten fühlte sich Kalmus vor der Staatsmacht offenbar sicher. Die polizeiliche Stürmung seines Konzerts am 21. Januar 2006 traf ihn völlig unvorbereitet: »Man war von der Aktion komplett überrascht, bisher wurde in der Gegend noch nie ein Konzert gestürmt, sondern man hat sich am Abend mit dem Staatsschutz irgendwie über den weiteren Verlauf geeinigt. Diesmal hatte aber auch der hiesige Schmutz nix zu melden, die ganze Aktion wurde von höherer Stelle geleitet.« Kalmus schilderte die Situation, die am Konzertabend in der Lagerhalle herrschte, noch genauer:

> »Die Eingangstür war ne Stahltür, da hätten sich die Bullen auch erstmal die Zähne ausgebissen. Bloß war da nicht schnell genug der Schlüssel zur Hand. Die Aktion wäre aber trotzdem nicht zu verhindern gewesen, die hintere Tür – ne Glastür – wurde in Nullkommanix geöffnet. Es sei denn, man hätte sich darauf richtig vorbereiten können. Aber das ging einfach nicht. Der Vermieter war samstags noch bis 18.30 Uhr in der Halle, der hätte wahrscheinlich doch etwas dumm gefragt, wenn man angefangen hätte, die Ausgänge zu verbarrikadieren. […] Naja, schad drum, hätt ja sonst alles gepasst, gute Anlage und Bands, einiges an Leuten dagewesen … Das nächste Mal klappt's wieder, auch wenn am Sonnabend alles sehr frustrierend war.«

Die Baden-Württemberger Polizei hatte Hartwin Kalmus also im Visier. Und der Verfassungsschutz? Er vermerkte im Jahresbericht 2006, dass sich »die Veranstalter des Karlsruher Konzertes – wie in der Szene mittlerweile üblich – im Vorfeld sehr konspirativ verhalten hatten«. Die Anhaltspunkte auf einen Bezug zum verbotenen Netzwerk Blood & Honour erwähnte der Geheimdienst nicht.

Das Landeskriminalamt verdächtige Kalmus unterdessen, Rädelsführer einer Nachfolgeorganisation von Blood & Honour zu sein. Die Ermittlungen zogen Verfahren in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen nach sich. Am 7. März 2006 schlugen die Beamten länderübergreifend zu: »Bundesweit wurden heute bei insgesamt 79 mutmaßlichen B&H-Angehörigen und -Unterstützern 120 Objekte durchsucht.« Dem Baden-Württemberger Verfassungsschutz war diese »umfangreichste Exekutivmaßnahme gegen B&H-Ange- hörige seit dem Verbot« einen ganzen Absatz in seinem 294-seitigen Jahresbericht 2006 wert. Die Behörde brach in diesem Zusammenhang ihr Schweigen, was die Aktivitäten ehemaliger Führungskader im »Ländle« betrifft: »Die deutsche ›Division‹ der neonazistisch geprägten Skinhead-Organisation Blood & Honour (B&H) wurde bereits im September 2000 verboten. Dennoch wurden vor allem in Südwestdeutschland seit 2003 Nachfolgebestrebungen beobachtet. Dabei blieben maßgebliche Personen weitgehend in ihrem früheren Hauptbetätigungsfeld – der Organisation rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte – aktiv.«

Noch im Bericht des Vorjahres hatte das Landesamt die Problematik heruntergespielt: »Die deutsche ›Division‹ der neonazistisch geprägten Skinhead-Organisation Blood & Honour (B&H) ist bereits seit September 2000 verboten. Allerdings sind ehemalige Mitglieder früherer B&H-Sektionen nach wie vor in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene präsent. Zudem bestehen B&H-Strukturen im benachbarten Ausland (zum Beispiel in der Schweiz und in Österreich).« Zusammengefasst: Laut Verfassungsschutz gab es bis Ende des Jahres 2005 nur eine Präsenz von ehemaligen B&H-Mitgliedern in der Skinhead-Szene – nach der polizeilichen Razzia im März 2006 auf einmal »seit 2003 Nachfolgebestrebungen in Südwestdeutschland«. So viel zur zurückhaltenden Informationspolitik der Landesbehörde, was das Wirkungsfeld von Hartwin Kalmus betraf.

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg interessierten sich – neben Kalmus – für 18 weitere »ehemalige Funktionäre und Unterstützer« des verbotenen Netzwerks: »Die Verdächtigen im Alter von 20 bis 39 Jahren, die auch Kontakte in verschiedene EU-Staaten sowie in die USA pflegen,

sollen vor allem durch den Verkauf von Tonträgern und die Veranstaltung einschlägiger Konzerte nationalsozialistisches und rassistisches Gedankengut weiterhin verbreitet und die verbotene Organisation fortgeführt haben.« Und: »Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches Beweismaterial, darunter CDs, DVDs, Computer, zahlreiche einschlägige T-Shirts und Transparente sowie Schriftgut, sichergestellt.«

Angeblich um den Kameraden besorgt, erkundigte ich mich bei Kalmus unter einem meiner Pseudonyme, ob er auch Polizeibesuch gehabt habe – ich bezog mich dabei auf entsprechende Presseberichte. Er bestätigte das: »Naja, jetzt ist mal wieder so einiges weg, kann ne Weile dauern, bis ich’s wieder bekomm.« Wobei er anmerkte: »Den Versand haben sie weitgehend in Ruhe gelassen.« Und er gab sich sicher, dass »die Sache eh im Sande verlaufen« werde.

Tatsächlich sollte Kalmus letztlich mit einer Bewährungsstrafe davonkommen. Das Landgericht Karlsruhe informierte am 23. März 2011 über das Urteil:

> »Die 5. Große Strafkammer (Staatsschutzkammer) des Landgerichts Karlsruhe verurteilte heute einen 38-jährigen Karlsruher sowie einen 41 Jahre alten Mannheimer wegen Verstoßes gegen ein Vereinigungsverbot im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Vereinigung Blood & Honour Division Deutschland, die im Wesentlichen die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie zum Ziel hat und seit Juni 2001 bestandskräftig verboten ist. Die Kammer sah es als erwiesen an, dass der jüngere der beiden Angeklagten sich als Rädelsführer und der zweite Angeklagte sich als Mitglied der verbotenen Vereinigung im Zeitraum von April 2004 bis März 2006 betätigt haben, indem sie insbesondere Skinhead-Konzerte organisiert, an überregionalen Zusammenkünften innerhalb der Vereinigung teilgenommen und Außenkontakte zu anderen Organisationen gepflegt haben.«

In Hartwin Kalmus hatten die Richter also den Rädelsführer ausgemacht.

Möglicherweise war die jahrelange Zurückhaltung des Verfassungsschutzes im Fall Kalmus nicht nur mir aufgefallen. Ihm

schlug plötzlich Misstrauen entgegen, es gab Zoff in der Szene. Nach einem Ian-Stuart-Memorial am 14. Oktober 2006 in Belgien las ich im Hatecore-Forum der Nazis folgende Frage: »Mich würde mal interessieren, wie es dem Händler geht, der so brutal zusammengeschlagen worden ist, und wieso er zusammengeschlagen worden ist?« Von anderer Seite wurde bestätigt: »Also dem Verkäufer wird es wohl nicht so gut gehen. Er wurde zweimal bearbeitet. Und das zweite Mal auch recht lange.« Ein Dritter wusste mehr: »Leider musste ich erfahren, dass der Verkäufer der Hartwin von Ragnarök Records war, der ziemlich schlimm bearbeitet wurde.« Kamerad Kalmus spielte den Vorfall auf meine Nachfrage hin herunter: »Ja – in Belgien gab's ziemlich auf den Kopf für mich. Viel passiert ist mir aber nicht, ne ordentliche Platzwunde – das war aber dann auch schon alles.«

Schon ein knappes Jahr vorher war Hartwin Kalmus unter seinesgleichen in die Kritik geraten, weil er als Vize eines B&H-Ablegers galt, der für einen Überfall auf »Kameraden« verantwortlich gemacht wurde. Laut Szeneberichten im Internet sollen rund 30 Leute dieser B&H-Nachfolgeorganisation am 5. November 2005 ein Rechtsrockkonzert des Nibelungensturms Odenwald heimgesucht haben. Der Grund war angeblich »eine Streitigkeit mit einem der Veranstalter«. Um was es dabei ging? Ein Forenschreiber meinte, es sei jemandem das Recht abgesprochen worden, ein B&H-Supporter- Shirt zu tragen – vermutlich von jenem Veranstalter des daraufhin zerschlagenen Konzerts. Das klingt absurd, aber wer weiß . Was da am Abend des 5. November 2005 passiert sein soll, klingt schließlich ebenfalls absurd. Aber das wurde in mehreren Beiträgen übereinstimmend geschildert. Hier eine dieser Schilderungen:

> »Gegen 21.40 Uhr sind mehrere Mitglieder der Organisation in die Halle, in der das Konzert stattfand, eingedrungen, sprangen über die Theke, schlugen alle Mitglieder der veranstaltenden Kameradschaft nieder, rissen ihnen die T-Hemden der Kameradschaft vom Leib oder zwangen sie, diese auszuziehen. Danach wurde die Kasse mit den Eintrittsgeldern dem Mädchen am Eingang gewaltsam geraubt. Bevor die Mitglieder der Organisation unter schallendem Gelächter in ihre sieben Autos

> stiegen und davonfuhren, wurden die T-Hemden und das Banner der Kameradschaft auf dem angrenzenden Sportgelände verbrannt.«

Ehemalige B&H-Mitglieder sahen sich daraufhin zu einer Stellungnahme veranlasst, die auf der Homepage von Barbarossa Records veröffentlicht wurde: »Wir Unterzeichner, die wir bis zum Verbot im Oktober 2000 die Blood-and-Honour-Bewegung mit Leben erfüllten, sind entsetzt, mit welchen kriminellen Mitteln in diesem Namen heute vorgegangen wird. Der brutale Raubüberfall auf ein Konzert am 5. November 2005 in der Nähe von Heppenheim ist da nur die Spitze des Eisbergs. Schlägereien, Schutzgelderpressungen und vieles mehr sind in Süddeutschland an der Tagesordnung.« Unter den Unterzeichnern war der ehemalige Führer der Sektion Rheinland-Pfalz, Christian »Hehli« Hehl.

Nachdem Antifaschisten das Internetforum der Freien Kameradschaften Rhein-Neckar gehackt hatten, wurde ein Diskussionsbeitrag von »Hehli« vom 7. November 2005 öffentlich, bezogen auf den Überfall zwei Tage zuvor: »Fragt mal, wie der H. dazu steht! Schließlich ist er zweiter Chef von dieser Gang . Und überlegt sich jeder, ob er da noch CDs und ähnliches kauft oder überhaupt Produkte von Ragnarök Records! Seine E-Mail ist ragnaroek200@gmx.de. Sollte jeder mal nachfragen!«

Ohne diesen Tipp von Hehli zum damaligen Zeitpunkt gekannt zu haben, fragte ich am 8. November 2005 bei Kalmus nach, was es mit diesem Konzertüberfall auf sich gehabt habe. In Anbetracht des Aufruhrs in der Szene fiel seine Antwort überraschend gelassen aus, er versuchte, den Vorfall herunterzuspielen: »Heppenheim hört sich natürlich auf den ersten Blick sehr übel an, aber weißt ja selbst, nix wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Ich denk mal, dass das Internet wieder mal dazu genutzt wird, dass das ein oder andere kleine Licht sich nun wichtig macht, alte Rechnungen begleicht oder einfach nur dumm rumhetzt. Dass es so ablief, kann ich mir nicht vorstellen. Und selbst habe ich noch mit keinem gesprochen, der vor Ort war.«

»Hehli«, der als Sektionsführer alles andere als ein kleines Licht war, hatte am 7. November 2005 im öffentlichen Forum des Wikingerversands erklärt: »Was da ablief, war ganz klar gesehen ein

bewaffneter Raubüberfall, und so sollte er auch behandelt werden. [.] Außerdem wollen zirka zehn Personen, die unbeteiligt waren, Aussagen machen. Dabei wird rauskommen, dass die Organisation seit Jahren verboten ist.« Seine strafrechtliche Prognose, was die B&H- Nachfolgeaktivitäten betraf: »Gibt nochmal zwei Jahre« – zwei Jahre Gefängnis.

Mit dieser juristischen Einschätzung lag er falsch. Hartwin Kalmus, der bei dem Überfall in Heppenheim nicht dabei war, aber im Jahr 2011 als Rädelsführer der verbotenen Vereinigung verurteilt wurde, bekam nur eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten – ausgesetzt zur Bewährung. Ins Gefängnis musste er also nicht.

Ein anderer B&H-Aktivist hatte weniger Glück: Sebastian Seemann. Das Landgericht Bielefeld verurteilte ihn am 10. März 2008 zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten – allerdings nicht wegen seiner Leistungen für Blood & Honour, sondern wegen Drogen- und Waffenhandels. Im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht 2008 findet sich dazu kein Hinweis. Seemann war im Sommer 2007 als V-Mann enttarnt worden. Der Nationale Widerstand Dortmund schrieb damals auf seiner Homepage:

> »Wie jetzt im Zuge eines Verfahrens bekannt wurde, ist Sebastian Seemann (Wohnhaft in Lünen) Spitzel des Innenministeriums. Seit zirka 3 Jahren hat er regelmäßig mit dem Innenministerium in Kontakt gestanden und sich so einen dicken Nebenverdienst erwirtschaftet. Neben seiner Arbeit für das Innenministerium ist Sebastian Seemann in der Bewegung als Waffenhändler und Konzertveranstalter (zum Beispiel das lan-Stuart-Memorial in Belgien) bekannt. […] Sebastian Seemann ist ehemals Hauptorganisator und später Mitorganisator der letzten zwei ISD-Memorial-Konzerte in Belgien (mehrere tausend Besucher) und war auch in die Planung des diesjährigen Konzerts einbezogen.«

Mir war der Name Seemann von der Organisation zweier B&H-Konzerte in Belgien her bekannt. Die E-Mail-Adresse von »Seemann88« fungierte als konspirative Kontaktadresse für Neonazis aus Deutschland. Am 11. Dezember 2004 fuhr ich zu einem Konzert, zu dem, laut Werbe-Flyer, Blood & Honour Flanders einlud. Bereits am Treffpunkt, einer Tankstelle, fiel mir aber auf, dass die Nazi-

Schleuser Deutsch sprachen. Auch an der Eingangskasse zum Konzert saßen Deutsche. Und auch den Thekendienst versahen teilweise Deutsche. Sogar der Ansager auf der Bühne sprach Deutsch. Er teilte im Laufe des Abends mit, dass 90 Prozent des Publikums aus Deutschland kämen. Anwesend seien rund 2000 Leute, sagte der Sänger der deutschen Band »Kraftschlag«.

Angesichts solcher B&H-Umtriebe nach dem Verbot der deutschen Division bekam ein »Kraftschlag«-Lied aus dem Jahr 1992 eine neue Bedeutung: »Denn trotz Verbot sind wir nicht tot, ja wir sind immer noch da. Trotz Verbot sind wir nicht tot, wir stehn zum Volk und zum Reich. Ist doch klar! Für die Reinheit unserer Rasse sind wir bereit, zu den Waffen zu greifen, es kommt unsere Zeit. Für Deutschland und Europa, so soll es diesmal sein, für die Wiedergeburt des Guten, stolz, weiß und rein.«

Ein Text, der zu diesem deutschen Konzert in Belgien passte. Denn ausweislich der Banner hinter der Bühne war die Terrorgruppe Combat 18 Mitveranstalter. Ein Händler verkaufte außerdem T-Shirts mit dem Aufdruck »Combat 18 Deutschland«. Und mit den »Weissen Wölfen« aus dem Sauerland und »Race War« von der Schwäbischen Alb standen zwei Bands auf der Bühne, die sich in ihren Liedern zum Combat 18 bekannten. Ebenfalls mit einem Bühnenbanner vertreten: die Kameradschaft Aachener Land.

Trotzdem stand von dieser Veranstaltung nichts im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht: »Im Jahr 2004 konnten in Nordrhein-Westfalen keine Aktivitäten festgestellt werden, die den Fortbestand von Strukturen der ›Blood & Honour‹-Organisation belegen würden. Zwar ist davon auszugehen, dass persönliche Kontakte/Freundschaften der damaligen ›Blood & Honour‹-Mitglieder teilweise fortbestehen, jedoch ist ein größerer Organisationsrahmen mit entsprechenden Strukturen zumindest in NRW nicht mehr erkennbar.« Aber in Belgien. Oder stellen ein Konzertveranstalter nebst Schleusern, Kassierern und so weiter keine Organisationsstruktur dar? Im Abschnitt über die Kameradschaft Aachener Land stellte der Verfassungsschutz immerhin Folgendes fest: »Die Kameradschaft unterhält gute Kontakte in die Niederlande und nach Belgien.« Dass sie bei einem deutschen B&H-Konzert in Belgien Flagge zeigte, erwähnte der Inlandsgeheimdienst nicht. Auch im Hinblick auf Combat 18 gab die

Behörde Entwarnung: »Einzelne Mitglieder der rechtsextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen zeigen zwar eine gewisse Faszination für ›Combat 18‹, es handelt sich bisher jedoch nicht um erkennbare Strukturen, sondern nur um isoliert zu betrachtende Einzelfälle.« Wahrscheinlich waren die Neonazis, die ich bei dem Konzert in Combat-18-Shirts gesehen hatte, die vom Verfassungsschutz erwähnten Einzelfälle .

Bei der Organisation des Ian-Stuart-Donaldson-Memorials am 14. Oktober 2006 trat »Seemann88« auf dem Konzert-Flyer erneut in Erscheinung. Dieses Mal gekoppelt mit dem Hinweis auf die deutsche Homepage »Braune-Musik.de« und der Grußformel: »Hail Ian Stuart. Hail Blood & Honour. Whatever it takes.« Letzteres ist der Leitspruch des Combat 18. Auf einer C18-CD mit diesem Titel, die im Jahr 2004 erschienen ist, sind die deutschen Bands »Weisse Wölfe«, »Race War« und »Kraftschlag« vertreten. Trotzdem blieb der NRW-Verfassungsschutz in seinen folgenden Jahresberichten – wie 2006 – dabei: »Nach dem rechtskräftigen Verbot sind bis heute keine Aktivitäten in NRW festzustellen, die den Fortbestand von Strukturen der ›Blood & Honour‹-Organisation belegen würden …« Das klang nicht nur wie die Aussage aus dem Jahresbericht 2004, es *war* dieselbe Aussage. »Einzelne Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen zeigen zwar eine gewisse Faszination für ›Combat 18‹, erkennbare Strukturen liegen aber nicht vor.« Wort für Wort wiederholte das der Verfassungsschutz in seinem Bericht 2008, ohne einen Hinweis auf Sebastian Seemann, der als V-Mann aufgeflogen und wegen Drogen- und Waffenhandels verurteilt worden war. Man kann die Feststellung des Landesamtes auch so interpretieren: Es gab zumindest keine entsprechenden B&H- und C18- Strukturen, die nicht von V-Leuten getragen wurden .

Die Dortmunder Band »Oidoxie«, die mit Seemann zehn Jahre lang kameradschaftlich verbunden war, beeilte sich nach dessen Enttarnung, im Internet Stellung zu beziehen: »Dass Seemann ein V-Mann des Innenministeriums ist, ist richtig.« Diese Nachricht habe die Gruppe wie »ein Messerstich ins Herz« getroffen. Auch »Oidoxie« bekannte sich übrigens zur »Terrormachine Combat 18«, von der es laut Verfassungsschutz keine Strukturen in Nordrhein-Westfalen gibt.

Kurz nach Seemann sollen laut Medienberichten ein Dutzend weiterer V-Leute aufgeflogen sein. Der Nationale Widerstand

Dortmund appellierte an die Kameraden: »Sollte Seemann – oder jemand aus seinem Umfeld – erneut versuchen, Kontakt zur Bewegung aufzubauen, müssen diese Kontaktversuche umgehend gemeldet werden.« Die nordrhein-westfälische Neonazi-Szene war verunsichert, wie aus Diskussionen in Internetforen herauszulesen war: »Jetzt glaube ich noch weniger als vorher, dass die Jungs von ›Oidoxie‹ von alledem nichts gewusst haben«, schrieb einer. »Seemann wurde schon im Jahre 1994 (!!!) wegen Drogenhandels verknackt, und trotzdem will man nichts von seinen Geschäften gewusst haben?«

Ein weiterer Aspekt im Fall Seemann: Sein V-Mann-Führer beim Verfassungsschutz geriet in Verdacht, den Neonazi, Waffen- und Drogenhändler vor polizeilichen Ermittlungen gewarnt zu haben – wegen eines Telefonabhörprotokolls, das in einem anderen Gerichtsverfahren in die Prozessakte gerutscht sein soll. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld ermittelte deshalb wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt. Den Namen des Verfassungsschutzbeamten gab das Landesinnenministerium aber nicht preis. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Karsten Rudolph, kritisierte daher am 12. Februar 2008 den FDP-Ressortchef Ingo Wolf: »Innenminister Wolf behindert offenkundig die Arbeit der Staatsanwaltschaft Bielefeld. Erst lässt er zu, dass der Verdacht entsteht, der Verfassungsschutz arbeite mit kriminellen V-Leuten zusammen. Dann lässt er Spekulationen zu, das Innenministerium habe kein Interesse an der Aufklärung des Verdachts, ob Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gegen Strafgesetze verstoßen haben. Damit beschädigt Wolf das Ansehen des Verfassungsschutzes.«

Rudolphs Fraktionskollege Thomas Kutschaty hakte am 20. Februar 2008 im Landtag nach: »Herr Wolf, aus welchem Grund unterstützt denn das Innenministerium die Staatsanwaltschaft Bielefeld nicht bei den Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes?« Wolf: »Alle diese Fragen sind im zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremium zu stellen; sie sind auch gestellt und beantwortet worden. Insofern gibt es hier keine weiteren Auskünfte.« Das Kontrollgremium tagt jedoch nicht öffentlich. Der SPD-Abgeordnete Ralf Jäger, mittlerweile selbst amtierender Innenminister (am 23. August 2012 hat er unter anderem die Kameradschaft Aachener Land

und den Nationalen Widerstand Dortmund verboten), warf seinem damaligen Vorgänger deshalb »eine Missachtung dieses Parlaments« vor.

Bei so viel Verfassungsschutz konnte die B&H-Bewegung wachsen. So erschien bereits 2004 eine CD von Blood & Honour Thüringen mit dem Titel *Trotz Verbot nicht tot.* Auf dem Cover ist ein Hakenkreuz abgebildet, auf der Scheibe selbst steht: »Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Produziert in Skandinavien für den dortigen Vertrieb. Die verwendeten Texte und Symbole können möglicherweise einen freien Erwerb in Deutschland erschweren. Die Bands auf diesem Sampler kommen nur aus einem bestimmten Teil des besetzten Reiches. Sieg Heil. Blood & Honour.« Auf einer englischsprachigen Internetplattform für Rechtsrockfans ist als Herkunftsland dieses Samplers »Germany« genannt. Als eine der beteiligten Bands, die im Original-Booklet nicht angegeben sind, wird »Die Härte« aufgeführt. Von ihr stammt das Lied *Hurra ein Nigger brennt.* Auf die Melodie von *Hurra die Schule brennt* heißt es in dem Nazi-Song: »Man sieht nur noch Glut, wo eben noch ein Nigger war. Das ist geil, das ist geil, hurra, hurra, ein Nigger brennt.«

Weitere zwei Lieder der B&H-CD sollen von der Thüringer Band »Blutstahl« stammen. Deren Sänger trat am 22. Oktober 2005 mit der Gruppe »SKD« (steht für »Sonderkommando Dirlewanger«, die berüchtigte SS-Sondereinheit) im bayerischen Mitterschweib bei einem Konzert auf, das laut Mitorganisator Norman Bordin einen »B&H-Hintergrund« hatte. Auf der Getränkekarte stand dazu passend eine 28: für »BH« wie Blood & Honour. »SKD«/»Blutstahl« coverten unter anderem *Trotz Verbot nicht tot* von »Kraftschlag« sowie *For the Blood & Honour* von Ian Stuarts Band »Skrewdriver«.

Trotzdem war das Bundesinnenministerium vom Erfolg seines Organisationsverbots überzeugt, wie eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag vom 14. März 2007 verdeutlicht: »Das Verbot der deutschen ›Blood & Honour‹-Division am 14. September 2000 durch den Bundesminister des Innern hat im Hinblick auf die internationale Kontaktpflege zu einem deutlichen Rückgang der Aktivitäten geführt.«

Einen Tag später strahlte das ARD-Magazin *Panorama,* das vom Norddeutschen Rundfunk produziert wird, einen Beitrag über meine Videorecherchen aus, die deutsche Aktivitäten bei B&H-Konzerten in

Belgien und Ungarn zeigten. In Flandern hing das Banner der Blood & Honour Division Deutschland, es spielten deutsche Bands, und Hartwin Kalmus war mit seinem Verkaufsstand vertreten. Dass die verbotene Division Deutschland im Ausland Flagge zeigte, war keine Seltenheit. Auch das Banner der deutschen Sektion Nordmark ist mir untergekommen, beim Festival zum 20-jährigen Bestehen der Veneto Fronte Skinheads im Jahr 2006. Darüber hinaus spielten bei sämtlichen B&H-Konzerten, die ich gefilmt habe, deutsche Musiker – auch in der Schweiz und in England.

Beim Ian-Stuart-Memorial 2006 in Großbritannien hing nicht nur das Banner der Division Deutschland, sondern auch der Brother Hood Deutschland. Das ist ein Synonym für die verbotene Vereinigung, von der sich einige Mitglieder mit ihren entsprechenden T-Shirts zu erkennen gaben. Auch Ian Stuarts Weggefährte Alexander Heinig war angereist. Noch nach dem Verbot des deutschen Ablegers bedankte sich die Mutterdivision bei »Alex and ›Ultima Ratio‹« für CD-Spenden zugunsten des Neonazi-Netzwerks – »to raise funds for Blood & Honour Great Britain«. Ian Stuart hatte dem Kameraden, der heute in Stuttgart als Rechtsanwalt tätig ist, einst die Führung des »Skrewdriver Service Deutschland« übertragen. Das ist in der bereits erwähnten Biografie *Ian Stuart. Der Rock-Rebell* von Paul London zu lesen. Er zitiert darin aus der Schrift *Der Glaube im Kampf* seines Protagonisten: »Wir müssen realisieren, dass wir und unsere Gegner in einem Kampf um das Überleben der europäischen Rasse stehen.«

Die deutsche Neonazi-Kultband »Landser« hat diese Botschaft in ihrem *Rassenkrieg* vertont: »Ich seh den Rassenkrieg beginnen. Ich spür die Wut in unserm Land. Ich weiß, wir werden ihn gewinnen. Was dann passiert, ist allen wohlbekannt.« Die ebenfalls deutsche Band »Sense of Pride« coverte diesen Song beim SS-Memorial 2008 von Blood & Honour in Belgien – weiter heißt es darin: »Ich weiß, ihr habt alle Waffen. Und ihr seid zum Kampf bereit. Gemeinsam werden wir es schaffen, den Aufbruch in eine neue Zeit.«

Für ihre gewalttätigen und terroristischen Angriffe ist die Terrorgruppe Combat 18 bekannt, die Kampfgruppe »Adolf Hitler«, die Teil des B&H-Netzwerks ist. Auf dem Szenevideo *Kriegsberichter V* präsentiert sich die paramilitärische Einheit mit Schusswaffen – untermalt mit der Musik von »Skrewdriver«: *For the Blood &*

Honour. Einer der vermummten Kämpfer gibt ein Interview, das er mit einem Hitlergruß beendet: »Hail Blood & Honour. Hail C18.« Danach ist ein Auftritt von »Kraftschlag« zu sehen.

Am 4. Mai 2003 wurde in Neustadt (Schleswig-Holstein) eine Gedenkstätte für jüdische NS-Opfer geschändet. Vor einem Gedenkstein wurde der Kadaver eines Ferkels abgelegt, auf einen weiteren Gedenkstein in roter Farbe »C18« geschmiert. Dazu gab es ein Bekennerschreiben im Internet: »Combat 18 Deutschland übernimmt für diese Tat die volle Verantwortung. C18 wehrt sich gegen die jüdische Herrschaftsclique, ihre Handlanger, Institutionen und Pseudodenkmäler. Es gab keinen Holocaust am jüdischen Volk. Nieder mit der 6-Millionenlüge und ihren wildwuchernden Ausgeburten. Kampf der Lüge bedeutet Kampf dem Juden, immer und überall.« Daneben standen die Porträtbilder von zwei Kommunalpolitikern und einem Staatsanwalt, verbunden mit der Drohung: »Wer dem Juden dient, ist Feind. Ihr seid die nächsten.«

Rechtsterrorismus in Deutschland? Das Bundesamt für Verfassungsschutz gab sogleich Entwarnung (am 16. Juni 2003):

> »Insbesondere unter gewaltbereiten Rechtsextremisten in Deutschland genießt die britische Gruppierung ›Combat 18‹ hohe Anerkennung. Der szeneinterne Bezug auf C18 dient der eigenen Aufwertung und soll nach außen den Eindruck einer gewissen Gefährlichkeit und Entschlossenheit vermitteln. So wurde bereits wiederholt die Existenz von deutschen C18- Strukturen suggeriert. […] Tatsächlich sind solche Strukturen in Deutschland bislang nicht bekannt geworden. Auch liegen keine Erkenntnisse zu unmittelbar auf Gewalt ausgerichteten Aktivitäten mit C18-Bezug vor. Die Schändung der Gedenkstätte in Neustadt in Holstein dürfte von Aktivisten der regionalen rechtsextremistischen Szene begangen worden sein, die versuchen, mit der Bezugnahme auf ›Combat 18‹ eine möglichst hohe Öffentlichkeitswirkung zu erzielen.«

Handelte es sich also nur um einen neonazistischen PR-Gag von Wichtigtuern? Veröffentlicht worden war das Bekennerschreiben wohlgemerkt auf einer internationalen C18-Homepage. Trotzdem beharrte das Bundesamt auch knapp zwei Monate später noch auf seinem Standpunkt: »Dem Verfassungsschutz sind keine ›Combat

18‹-Strukturen in Deutschland bekannt.« Das war Mitte August.

Zweieinhalb Monate später, am 28. Oktober 2003, verschickten das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein und die Staatsanwaltschaft Flensburg eine Pressemitteilung:

> »Die Staatsanwaltschaft Flensburg und das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein ermitteln seit über einem Jahr gegen die rechtsextreme kriminelle Gruppierung ›Combat 18 (C18) Pinneberg‹. [...] Gemeinsam haben die Staatsanwaltschaften Flensburg und Kiel, das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein und die Bezirkskriminalinspektion Kiel heute Morgen gegen 6 Uhr eine großangelegte Festnahme- und Durchsuchungsaktion durchgeführt. Sieben Personen wurden festgenommen. In Neumünster, Hamburg, Kiel, Husum, Rendsburg und im Raum Itzehoe sowie in Niedersachsen wurden etwa 50 Objekte durchsucht. [...] Die Ermittlungen gegen die rechtsextreme Gruppierung ›Combat 18 Pinneberg‹ konzentrierten sich zunächst auf den 22-jährigen Rädelsführer Klemens O. Bereits wenig später konnten die Staatschutzermittler des Landeskriminalamts jedoch innerhalb der Gruppierung ›C18 Pinneberg‹ feste Organisationsstrukturen feststellen. Der 22-jährige Marco H. ist nach Einschätzung des Landeskriminalamts zweiter Mann in der Gruppierung und führte die durch O. angeordneten Gewalttaten aus.«

Die Ermittler zitierten aus dem Handbuch *Der Weg Vorwärts* von Blood & Honour: »Wir brauchen eine Organisation wie Combat 18 ..., und wir brauchen sie nicht nur zum Schutz und zur Abwehr. C18 muss als der bewaffnete Arm der Blood & Honour Bewegung agieren . Es gibt viele Wege, Furcht und Terror unter den Feinden zu verbreiten. Einschüchterung, Drohungen und Schläge haben den roten Bastarden über die Jahre hinweg gut gedient.«

Nach Erkenntnissen des polizeilichen Staatsschutzes waren Klemens O. und Marco H. Mitglieder der seit dem Jahr 2000 verbotenen Organisation B&H-Divison Deutschland – Sektion Nordmark. Und weiter: »Klemens O. und Marco H. bezeichnen sich in der rechten Szene selbst als ›B&H-Mitglieder‹. Nach hiesigen Erkenntnissen verfolgt die Gruppierung ›Combat 18 Pinneberg‹ die rechte gewaltorientierte Philosophie der verbotenen ›Blood &

Honour Division Deutschland‹. Als Mitglieder von ›B&H‹ nahmen Marco H. und Clemens O. an Konzerten rechter Gruppen teil, die von ›Blood & Honour Europa‹ organisiert werden und fungierten dort auch als ›Security‹-Personal. Aufgrund des Verbotes der Organisation ›Blood & Honour‹ in Deutschland wurde das bis dahin verwendete Symbol ›B&H‹ in ›28‹ (2=B; 8=H) geändert.«

Auf diesen Zahlencode stieß ich im Sommer 2007 bei einem meiner Rechercheeinkäufe im Streetwear-Shop Tostedt bei Hamburg. Die »28« stand auf T-Shirts. Betreiber des Ladens ist Stefan Silar – und mit »Silar B&H Nordmark« war ein Bericht dieser B&H-Sektion im letzten Magazin der deutschen Division unterschrieben. Zudem hatte Silar C18-Shirts im Angebot – darunter Exemplare, die eine stilisierte Paketbombenexplosion zeigen oder einen vermummten Skinhead mit Maschinenpistole. Hinzu kam Kleidung für »Landser«-Fans mit der Aufschrift »Terroristen mit E-Gitarre« sowie für Anhänger der »Braunen Stadtmusikanten«, die im Jahr 2011 mit ihrem Song *Döner-Killer* bundesweit bekannt geworden sind, weil es darin um die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds geht. Die Thüringer Terroristen sollen zwischen den Jahren 2000 und 2007 zehn Menschen umgebracht haben. Weder diese Verbrechen noch die Unterstützer dieser Zelle waren dem Bundesamt für Verfassungsschutz aufgefallen, wie seine Berichte bis zum Jahr 2010 dokumentieren: »Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.« Wieder keine Strukturen . – wie bei Blood & Honour und Combat 18.

[Bild vergrößern]



Ein T-Shirt für Terror-Fans im Neonazi-Geschäft »Streetwear Tostedt« anno 2006: Dem militanten Arm des »Blood&Honour«-Netzwerks »Combat 18« werden unter anderem

Briefbombenanschläge zugeschrieben.

Wie brutal der »Kampf um das Überleben der europäischen Rasse« geführt werden muss, hatte B&H-Gründer Ian Stuart bereits angekündigt – zitiert von Biograf Paul London: »Falls wir scheitern sollten, so werden wir zusammen mit der europäischen Zivilisation zerstört. Sollten wir aber siegen, dann müssen wir in einer gewissenlosen Art mit unseren Feinden umgehen.«

Wie, das ließen schon vor dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds beispielsweise Auftritte der britischen Band »Whitelaw« erahnen. Deren Sänger hantiert auf der Bühne gerne mit einem Galgenstrick, und er fordert dazu auf, »Nigger«, Juden und Muslime zu hängen. Er war es, der beim englischen Memorial-Konzert 2006 das Publikum aufforderte, zu Ehren von Ian Stuart den Arm zu heben. Eine Minute lang war es mucksmäuschenstill im Zelt. Alle, die ich sehen konnte, zeigten den Hitlergruß. Ich überlegte, das einzige Mal während meiner Undercover-Recherche, ob ich auch die flache rechte Hand nach der Decke strecken müsste, um nicht aufzufallen. Ich beließ es aber bei einer Faust. Und es ging gut. Anschließend entlud sich die Trauer der Neonazis in ohrenbetäubendem »Sieg Heil«-Geschrei.

Ihr Held, Ian Stuart Donaldson, war ein Vordenker. Vieles, was die Neonazis in den vergangenen zehn Jahren gemacht haben, hat er vor mehr als 20 Jahren angestoßen. Mit seinem Bandprojekt »The Klansmen« versuchte er die Rockabilly-Szene politisch zu infizieren – ein Vorläufer der Identitätsrock-Bewegung, die keinen Hitlerkult betreibt, sondern nationalistische und völkische Botschaften in die Gesellschaft hineintragen will. Als deutscher Ableger fungierte die Initiative Identität durch Musik, deren Aktivposten aus dem Raum Esslingen kamen.

Und auch die Rocker hatte Ian Stuart im Blick, deren Bruderschaften ähnlich wie die Kameradschaften der Nazis funktionieren. Bereits »Skrewdriver« spielte in einem Club der Hells Angels, wie Stuart-Biograf Paul London schreibt. »White Diamond«, ein weiteres Bandprojekt, sollte diese Kontakte intensivieren. »Durch ›Klansmen‹ haben wir einige Rockabillies auf die ›Blood & Honour‹-Bewegung aufmerksam gemacht, was eine gute Sache ist«, sagte Ian Stuart laut London. »Hoffentlich wird White Diamond‹ die gleiche

Wirkung bei den Bikern erzielen. Grundsätzlich wollen wir uns an alle wenden, nicht nur an die Skinheads!«

Kapitel 6

DIE NAZIONALDEMOKRATEN

»Wir lieben unser Land, aber wir hassen diesen Staat.«

Rechtsrockstar Michael »Lunikoff« Regener, der ehemalige Frontmann von »Landser«, bei einem NPD-Konzert in Gera

»Frühlingsgefühle« am 31. Januar, im Jahr 2004. »Man müsste mal ausschlagen können, vor allem mit den rechten Gliedmaßen«, scherzt der braune Barde Frank Rennicke bei einem NPD-Liederabend im bayerischen Senden. Einen Hitlergruß riskiert hier aber keiner. Das Konzert ist öffentlich. Polizisten sind in der Halle, einer stadteigenen Halle. Die NPD darf sie so selbstverständlich nutzen wie die CSU.

Parteimitglied Rennicke gibt sich weltoffen und kündigt ein Lied an, das »sogar einem Ausländer gewidmet ist«, einem Österreicher: »Hoch soll er leben, hoch soll er leben, dreimal hoch.« Und weiter: »Jedes Jahr zu gleichen Zeit, wenn im Frühling die Blüte treibt, feier' ich, wenn man mich noch lässt, jenes Adolfs Wiegenfest. Er war ne echte Persönlichkeit. Wir bräuchten ihn heut in dieser Zeit. Drum sag ich's mir und anderen dann: ein Hoch auf Adi, den Ehrenmann.« Auch im weiteren Verlauf klingt das Stück nach einem Geburtstagsständchen für den einstigen Führer. »Immer wieder zum 20. April. Ob man sich freut oder ich es nur will, erinnern sich viele Leut' in diesem Land an die glücklichen Jahre seiner glücklichen Hand. Er hat auf sein Volk geachtet und die Spitzbubis nur verachtet.«

Spitzbubis? Den Begriff »Spitz-Bubis« verwenden Nazis gerne als Wortspiel, um den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland zu verunglimpfen: Ignatz Bubis. »Volkssänger« Rennicke versichert, dass das Lied nicht indiziert, also nicht als jugendgefährdend eingestuft sei. Das Publikum ist begeistert und amüsiert zugleich. Es wird kräftig mitgesungen und mitgeklatscht. Für mehr Euphorie lassen die Sitzgarnituren keinen Bewegungsspielraum.

Die Überraschung von »Adis Ehrentag« wartet in der letzten Textzeile: »Er war immer redlich und legal, für uns ein Vorbild allemal, und ein Patriot mit feinem Nerv – das war ein Mann, der Dr. Adolf Schärf.« Der war, als SPÖ-Politiker, unter anderem österreichischer Bundespräsident und wurde – wie Hitler – an einem 20. April geboren.

Frank Rennicke wollte nicht nur auf »Adi, das Geburtstagskind« trinken, wie er sang, sondern auch in dessen Fußstapfen treten und Bundespräsident werden. In Deutschland natürlich. Auf Vorschlag der NPD kandidierte er bei den Wahlen der Jahre 2009 und 2010. Er bekam beim ersten Versuch vier Stimmen in der Bundesversammlung, beim zweiten noch eine weniger – jeweils die Stimmen der NPD-Vertreter.

Wenn Rennicke seine Stimme in nazionalistischen Kreisen erhebt, spricht er verschiedene Bevölkerungsschichten an. Bei seinem Konzert in Senden waren verschiedene Altersklassen vertreten – vom Jugendlichen bis hin zur über 90-jährigen Rentnerin, die Rennicke aufgrund ihrer Flugblattaktionen als »Vorbild für die deutsche Jugend« pries. Er wusste Enkel- und Großelterngeneration hinter sich, als er sein Lied gegen die damals viel diskutierte Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung anstimmte: »Sie stritten für Deutschland, sie ritten für Deutschland, starben einsam in der Schlacht«, diese angeblichen Helden, »und haben's nicht verdient, dass man sie zu Verbrechern macht.« Die Ausstellungsmacher hatten gezeigt, dass nicht nur die Waffen-SS, sondern auch die Wehrmacht an den Kriegsverbrechen des NS-Regimes beteiligt war. Von Rennicke erst verklärt, dann verehrt: »Großvater, ich schäm mich deiner nicht.«

Der politische Musikant ist ein Paradenationalist – in Aussehen und Lebensweise. Er trägt sein Haar seitlich streng gescheitelt und als Kleidung vorzugsweise Tracht. Als Vater von inzwischen sechs Kindern steht er für das völkische Ideal der Großfamilie. Die Fortpflanzung soll die Zukunft der weißen Rasse sichern. Nicht nur in Deutschland. Dem mittlerweile im Gefängnis verstorbenen amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane wird der folgende Leitspruch zugeschrieben: »We must secure the existence of our people and a future for white children.« Eine 14-Wörter-Parole. Manche Rassisten schließen E-Mails daher mit der Grußformel »With

14 Words«.

Rennicke singt im Stile von Liedermachern aus der Friedensbewegung, aber seine Botschaft ist Hass. Darüber können humoristisch gefärbte Werke wie *Zehn kleine Spitzelchen* und *Jupheidi und Jupheida – Hausdurchsuchung, Razzia* nicht hinwegtäuschen. Er weiß, wie es ist, wenn sich die Polizei unerwünscht Zutritt verschafft. Er fühlt sich politisch verfolgt. Davon erzählte er auch bei seinem Sendener Auftritt im Januar 2004 in Senden: »Das grinsende Gesicht der Staatsschutzbeamten werde ich nicht vergessen. Wenn ich gelernt habe, Menschen wirklich zutiefst widerwärtig abzulehnen und zu hassen … – die haben's geschafft bei mir.« Auch »diese Republik« hasst er, wie er anklingen ließ.

Die Vertreter dieser Republik würdigt er zwischen seinen Liedern in kabarettistischer Manier: »So ein Dschungelcamp für Bundespolitiker, das wär ne Sache. Vor allem Angela Merkel fast nackt … Huaaah.« Oder: »Als Gerhard Schröder in Afrika war, konnte er keinen Schwachsinn machen. Und ich habe so gebetet: Bitte, bitte lieber Gott, mach einen Triebwerkschaden, bitte, bitte. Aber es sollte nicht sein. Die Maschine ist wieder gelandet.« Bei Witzen auf diesem Niveau haben sogar Skinheads ihren Spaß, die normalerweise lieber Rechtsrock hören. Trotz seines weniger aggressiven Musikstils lässt der Barde an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: »Das gute alte arme Deutschland hat vieles schon erlebt. […] Und wartet auf Erlösung durch seiner Feinde Tod.«

Dass er den Schulterschluss zwischen Jung und Alt herzustellen vermag, macht das NPD-Mitglied Rennicke zu einem gefragten Gast bei Parteiveranstaltungen. Die Zielgruppe der Altnazis ist ja aus biologischen Gründen immer kleiner geworden … Parlamentarisch spielte die NPD seit Mitte der 70er Jahre keine Rolle mehr. Nachdem Udo Voigt im Jahr 1996 den Vorsitz übernommen hatte, machten sich die Nationaldemokraten verstärkt auf Nachwuchssuche. Und dabei entdeckten sie die Wachstumsstrategie von Blood & Honour für sich – die Strategie, mit politischer Musik junge Leute anzusprechen.

Nachdem Blood & Honour anno 2000 in Deutschland verboten worden war, sollte ein Jahr später auch die NPD verboten werden. Der entsprechende Antrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat schien die nationalistischen Aktivisten zusätzlich zu motivieren, und das Scheitern des Verbotsantrags am 18. März 2003

schien sie vollends zu beflügeln. Das Bundesverfassungsgericht brach das Verfahren ab – nicht, weil die NPD so überzeugend demokratisch gewesen wäre, sondern weil der Verfassungsschutz Führungskräfte der Partei auf seiner Mitarbeiterliste stehen hatte: »Im Schnitt etwa ein bis zwei V-Leute in den einzelnen Vorständen«, wie das Bundesverfassungsgericht erfahren hat. »Ausnahmsweise könnten einem Vorstand aber auch drei V-Leute angehören.«

Vertrauensleute, kurz V-Leute, sind keine Verfassungsschützer, welche die NPD unterwandern, sondern vom Staat bezahlte Nazis. Dafür liefern sie Informationen. Welche? Das haben sie selbst in der Hand. Der Verdacht liegt nahe, dass sie vor allem solche Informationen weitergeben, die für die Neonazi-Bewegung nicht problematisch sind. Den »Verfassungsschutz« mit V-Leuten gewährleisten zu wollen, ist mindestens kurios – und, fachlich betrachtet, nicht einmal amateurhaft. Aber doch gesetzlich erlaubt. Zumindest betonten die staatlichen Vertreter gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, dass es nicht verboten sei, V-Leute »auf der Ebene der Vorstände anzuwerben«. Der NPD-Funktionär und Verfassungsschutz-V-Mann Udo Holtmann soll immerhin »während seiner Tätigkeit als kommissarischer Bundesvorsitzender als Quelle ›abgeschaltet‹ worden« sein – von November 1995 bis März 1996.

Dann übernahm Udo Voigt die Führung, der die NPD später im Verbotsverfahren vertrat – unterstützt von den Rechtsanwälten Hans Günter Eisenecker und Horst Mahler. Und sie argumentierten, ein Parteiverbotsantrag könne nicht mit Tatsachen begründet werden, von denen sich nicht ausschließen lasse, dass sie von »interessierter Seite« der betroffenen Partei untergeschoben worden seien – von V-Leuten. Die Geheimdienste hätten in vielen Fällen Einfluss auf ihr Verhalten genommen. So teilten es die NPD-Bevollmächtigten dem Bundesverfassungsgericht mit. Ihr Fazit: Die rechtliche Problematik könne »nur durch die Verfahrenseinstellung ›beendet‹ werden«. Und genau so kam es. Auch dieser Einwand der Antragsteller hat nichts genutzt: An »Stichtagen« der Jahre 1997, 2001 und 2002 habe »der Anteil der V-Leute« in den NPD-Vorständen »jeweils unter 15 Prozent gelegen«.

Das Bundesverfassungsgericht kam zu dem Ergebnis: »Das Verfahren kann nicht fortgeführt werden. […] Eine Mehrheit von vier Richtern ist der Auffassung, dass ein Verfahrenshindernis nicht

besteht. Drei Richter sind der Auffassung, dass ein nicht behebbares Verfahrenshindernis vorliegt.« Da ein Parteiverbot einer Zweidrittelmehrheit des BVG-Senats bedurft hätte, musste das Verfahren beendet werden. Die Begründung der entscheidenden richterlichen Minderheit: »Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei ist in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren.«

Aus NPD-Sicht war der Ausgang des Verbotsverfahrens nicht nur eine Einstellung, sondern ein Sieg – die Partei setzte ihren Vormarsch mit noch mehr Entschlossenheit fort. Mit ihrem neuen Selbstvertrauen, eine rechtsstaatlich nicht zu verbietende Partei zu sein, mietete sie für ihre wachsende Anhängerschaft im bayerischen Grenzgebiet zu Baden-Württemberg städtische Räume an – in Senden. Erst den Heiningsaal, dann die Stadthalle. Die NPD traf auf eine Gemeindeverwaltung, die sie in aller Selbstverständlichkeit wie jede andere Partei behandelte: als Mieter. Der Bürgermeister war ein Freier Wähler und der Fraktionsvorsitzende seiner Hausmacht im Stadtrat ein vermeintlicher Fachmann im Kampf gegen rechts: In seinem Amt als polizeilicher Staatsschützer war der führende Kommunalpolitiker für die NPD-Umtriebe in Senden zuständig. Leider schien er unter einer Sehschwäche auf dem rechten Auge zu leiden. Beim Liederabend mit Frank Rennicke, bei dem der Staatsschützer und Stadtrat dienstlich anwesend war, konnte die NPD sogar Flugblätter der Fränkischen Aktionsfront auslegen. Das war am 31. Januar 2004. Eine gute Woche zuvor, am 22. Januar, hatte der bayerische Innenminister die Fränkische Aktionsfront verboten.

Als der Parteivorsitzende Udo Voigt gut zwei Monate später in die bayerische 22 000-Einwohner-Stadt kam, konnte er seinen örtlichen Führungskameraden Stefan Winkler dafür loben, »dass er dazu bei getragen hat, dass die NPD sich hier in Senden festgebissen hat«. Weiter sagte Voigt am 3. April 2004: »Ich hoffe, dass von Senden aus eine neue Bewegung über Schwaben und über Bayern ziehen wird, damit den Deutschen klar wird, dass nicht nur in Mitteldeutschland Nationalisten stehen, sondern in Gesamtdeutschland.«

Das deckte sich mit den Plänen des Kreisvorsitzenden Winkler: »Wir möchten zum einen den JN-Stützpunkt in Neu-Ulm aufstocken dieses Jahr und uns erweitern. Nach Norden hin, Heidenheim. Zum anderen nach Westen hin, Alb-Donau, die Ulmer Region. Nach Osten Memmingen.« Ziel sei es, ein »Nationales Zentrum« zu schaffen. Das sagte der NPD-Funktionär, der damals – geschätzt – um die 20 Jahre jung war, im Januar 2004, als rund 200 Leute Frank Rennicke hören wollten.

Am 3. April 2004 versuchte es der Nachwuchskader mit noch mehr Musik – und es kamen rund 100 Leute mehr in die Stadthalle. Neben der Rechtsrockband »Act of Violence« wirkten die Liedermacher Annett Moeck und Michael Müller als Publikumsmagneten. Müller sang beispielsweise: »Ich seh den Sinn meines Lebens in 14 Wörtern, die mir befehlen, den Kampf um unserer Rasse.« Und er stellte fest, dass »der Untermensch, der Parasit, in dieser Welt herrscht«. Anschließend machte er sich lustig über den Kokainkonsum von Michel Friedman, dem ehemaligen Vize des Zentralrats der Juden in Deutschland. Im Stile eines bekannten Weihnachtsliedes trällerte er: »Leise rieselt der Schnee. Nicht viel harmloser als Zyklon B. An Kollektivschuld glauben wir nie, sie entspringt seiner Koks-Fantasie.«

Vom Aussehen her bewertet, war ein Querschnitt der örtlichen Jugend in der Stadthalle vertreten. Und die hörte bei dieser Gelegenheit nicht nur Propagandamusik, sondern auch Udo Voigt. Er forderte »die sofortige Ausgliederung der bei uns beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem« und ihre Ausweisung, »wenn sie drei Monate in Deutschland ohne Arbeit sind«. Er fragte das Publikum: »Habt ihr nen Ausländer nach Deutschland geholt?« Die Menge brüllte: »Nein!«

Hier mittendrin zu sitzen, die »Bravo«-Rufe ringsherum zu hören, den Tischnachbarn nicht ausweichen zu können, ihren Ausländerhass zu erleben, nach fremdenfeindlichen Aussagen begeistert mitklatschen zu müssen, um nicht aufzufallen – all das war unerträglich. »Was hier in Deutschland abgezogen wird, ist die planmäßige Vernichtung des deutschen Volkes«, polterte Udo Voigt. Ohrenbetäubender Beifall. Mit Bezug auf das Berliner Mahnmal, das an den millionenfachen Massenmord der Nazis erinnert, sagte er: »Und für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir

bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.« Wieder ohrenbetäubender Beifall.

Während der Voigt-Rede wurde mir buchstäblich schlecht. Wohl eine psychosomatische Reaktion auf die Stimmung im Saal. Vielleicht war es der äußerliche Anschein von Normalität, den viele Besucher erweckten, der mich besonders schaudern ließ. Diese Veranstaltung machte mir jedenfalls, warum auch immer, gefühlsmäßig mehr zu schaffen, als wenn Skinheads bei einem konspirativen Nazi-Konzert ihre blutrünstigen Lieder grölen. Und dann musste ich auch noch mit den »Kameraden« aufstehen, als der örtliche NPD-Führer Winkler eine Rufminute ansagte und alle mitbrüllten: »Frei, sozial und national!« Und: »Hoch, die nationale Solidarität!« Dann: »Ruhm und Ehre der Deutschen Wehrmacht!« Sowie: »Wir sind da – der nationale Widerstand!« Und: »Wir sind das Volk!« Und noch einmal: »Frei, sozial und national!«

Kurze Zeit später erinnerte NPD-Chef Voigt daran, »dass es in Deutschland schon mal eine Zeit gab, wo es sechs Millionen Arbeitslose gab, sechs Millionen Menschen ohne Hoffnung – und dass es damals, im Jahr 1933, nach der Amtsübernahme der NSDAP, der sogenannten Nazis, wie dieses politische System sagt, gerade mal zwei Jahre dauerte, dann gab es in Deutschland keine Arbeitslosen mehr«. Davor hätten die Vertreter des heutigen Systems »Angst«. Deshalb hätten sie die NPD mit einem Verbot loswerden wollen. »Das ist nicht gelungen.« Voigt: »Die Wahl der NPD ist die Höchststrafe für die etablierten Parteien. Wenn diese Partei jetzt Erfolg hat, nachdem das Verbot nicht geklappt hat, dann kriegen die das nötige Fracksausen.«

Die bayerischen NPD-Aktivisten bemühten sich nach Kräften. Der Wunsch des Parteivorsitzenden Voigt (»Ich wünsche Kamerad Winkler, dass er bald mit einer NPD-Fraktion in den Stadtrat einzieht«) ging allerdings nicht in Erfüllung. Sendener Bürger, Stadträte und überregional aktive Antifaschisten machten gegen die NPD mobil und setzten die Stadtverwaltung unter Druck, damit sie nicht weiterhin städtische Säle an die NPD vermietet. Dazu hat auch ein Beitrag des ARD-Magazins *Report Mainz* beigetragen, in dem Videomaterial von mir ausgestrahlt wurde. Es zeigte zum Beispiel das Werbematerial der verbotenen Fränkischen Aktionsfront, das im

Januar auf einem Broschürentisch der NPD ausgelegen hatte. Dem Landesverband der NPD gelang es jedoch, eine flächendeckende Parteistruktur aufzubauen: Im Jahr 2006 hatte die bayerische NPD 36 Kreisverbände vorzuweisen.

Ihren ersten Wahltriumph in der Ära Voigt feierte die Partei hingegen in »Mitteldeutschland«: Am 19. September 2004 zog sie mit einem Stimmenanteil von 9,2 Prozent in den sächsischen Landtag ein. Für die Neonazi-Bewegung begann damit eine neue Epoche: Die NPD und die vormals parteikritisch geprägte Kameradschaftsszene bewegten sich aufeinander zu und verschmolzen teilweise. Vertreter der »Freien Kräfte« erkannten die Chancen, welche die Partei für die nazionale und ihre eigene Sache bot. Zum Beispiel Thorsten Heise, der als Betreiber des Labels Witwe Bolte Records beziehungsweise des WB-Versandes bekannt geworden ist. Er wurde nicht nur Mitglied, er kam als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand und übernahm dort das Referat Freie Kameradschaften.

Der Effekt dieser Allianz wurde im ostsächsischen Mücka offensichtlich. Die dortige Discothek Wodan sollte zu »Deutschlands Szene-Discothek Nr. 1« werden – nachdem sie durch das sogenannte »Pressefest« des NPD-Parteiorgans *Deutsche Stimme* bekannt geworden war, bei dem im Sommer 2004 Tausende Besucher volksfestartig Redner und Bands gefeiert hatten. Bespielt wurde der Rockschuppen im weiteren Verlauf von den Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD.

Unter dem Motto »Pogo für Deutschland – wir lassen uns das Tanzen und Singen nicht verbieten« luden JN-Bundesorganisationsleiter Sascha Wagner und NPD-Parteivorstand Thorsten Heise auf den 27. November 2004 zu einem Konzert mit Redebeiträgen in die Disco ein. Obwohl ein Konkurrent des *Deutsche Stimme-Versandes,* durfte Heise das Banner seiner Firma WB-Records werbewirksam an der Wodan-Fassade anbringen. Er spielte an diesem Abend augenscheinlich eine führende Rolle im Saalschutz, den eine Arische Bruderschaft übernommen hatte. Ein Ansturm von mehr als 1000 Neonazis überforderte die Skinheads, die im Eingangsbereich jeden Besucher nach versteckten Kameras durchsuchten. Dabei war die Truppe besonders motiviert, weil sie bereits bei einem Konzert in Kirtorf im hessischen Vogelsbergkreis vertreten war und sich danach mit meinen Videoaufnahmen

konfrontiert sah – und an diesem Abend in Mücka wollten diese Brüder die Kirtorfer Band »Gegenschlag« vor meiner Knopflochkamera schützen. Die Körperfilze geriet aufgrund des Andrangs allerdings so schlampig, dass ich sie selbst mit meiner damaligen, noch relativ großen Ausrüstung über mich ergehen lassen konnte, ohne eine Entdeckung fürchten zu müssen.

Ursache dieser braunen Invasion nahe der polnischen Grenze war nicht die Anwesenheit des großväterlichen NPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel, sondern einer der ersten Auftritte von Michael »Lunikoff« Regener. Zwar hatte ihn das Kammergericht Berlin, das seine Band »Landser« als »kriminelle Vereinigung« einstufte, zu einer Haftstrafe verurteilt. Der Rechtsrockstar ging allerdings in Revision und konnte deshalb noch einige Monate in Freiheit nutzen, um mit der »Lunikoff-Verschwörung« sein Comeback zu feiern. Das war vor allem deshalb eine Sensation, weil von »Landser« nur ein Auftritt bekannt geworden ist – vermutlich, weil die Band einst strafrechtliche Konsequenzen vermeiden wollte …

Teilen des Publikums in Mücka war die Rechtslage egal. Vor lauter Begeisterung stimmten einige den *Polackentango* von »Landser« an. Praktisch jeder Nazi kann diesen Song auswendig – nur Regener wollte an diesem Abend nicht mitsingen. Aus juristischen Gründen. Den *Klan-Song* aus alten Zeiten riskierte er hingegen: »In dem guten, alten Süden brennen Kreuze in der Nacht. Und ein Reiter in weißer Robe hält auf dem Hügel Wacht. Und der Mond zieht seine Bahn überm Reich des Ku-Klux-Klan.«

Die Fans standen dicht an dicht, die Discothek wirkte überfüllt. Es war anstrengend, mir immer wieder eine Position zu erdrängeln, in der ich »Lunikoff« Regener – zwischen den Schultern und Köpfen vor mir hindurch – vors Objektiv bekam. Meines Wissens bin ich der erste Journalist gewesen, der die Neonazi-Ikone am Mikro in bewegten Bildern dokumentiert hat. Und das trotz Übelkeit, die ich mir mit der schweißig stinkenden und vom Zigarettenrauch vollends verpesteten Luft erklärte. Es war aber wohl doch der Magen, der sich nicht mal mit einem Liter Cola beruhigen ließ. Einfach zum Kotzen. Das tat ich später im Bad meines Hotelzimmers.

Zuvor hatte ich vollends mit angesehen und angehört, wie »Luni« seinen Kultstatus pflegte: »Nach so vielen Jahren haben sie’s gerafft,

wer hinter all der Hetze steckt. […] Und von Hamburg bis nach München würden sie mich so gern lynchen, aber dafür müssen sie mich erstmal kriegen.« Michael Regener arbeitet mit Hohn und Spott, seine Texte sind pointiert, seine Auftritte kabarettistisch angereichert: »Und an den Staatsschutz einen schönen Gruß! Hey, habt ihr ihn schon gehört, den Stuttgart-Stammheim-Blues?«

Instrumentalisten der Berliner Band »Spreegeschwader« unterstützten die »Lunikoff-Verschwörung«. Denn die »Landser«-Musiker fielen aus, weil sie vor Gericht geplaudert hatten und daher als Verräter galten. Ihr ehemaliger Bandleader sang in Mücka: »Ich hör noch die Sprüche, Kameradschaft für immer, und dann vor Gericht erbärmliches Gewimmer. Die großen Ideale alle nur vorgetäuscht. Ihr seid das Allerletzte, ich spucke auf euch. Vom Frühstück bis zum Abendbrot wünscht ich mir, ihr wäret tot.«

Für den 10. Dezember 2004, also zwei Wochen nach dem »Lunikoff«-Konzert, kündigten die JN bereits die nächste Debatte unter dem Motto »Singen und Tanzen für Deutschland« an: »Zur Diskussion stehen diesmal ›Sachsonia‹ (Dresden), ›Asatru‹ (Bautzen), ›Brigade M‹ (Niederlande). […] Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe finden ab Februar 2005 regelmäßig Diskussionsrunden zum Thema Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Mücka statt.«

Im Februar erlebte ich die Versammlungsfreiheit der Neonazis nahe der polnischen Grenze erneut. Die Kamerasuche des Saalschutzes überstand ich abermals ohne Probleme. Per Handzettel wurde ich wie die anderen Konzertbesucher auf Folgendes hingewiesen: »Die Polizei beansprucht im Saal einen Tisch mit vier Stühlen. [.] Der Hintergrund ist, Verbotsgründe für zukünftige Veranstaltungen zu finden.« Es folgten Verhaltensregeln: »Jegliche Armzuckungen sind zu unterlassen, die man in irgendeiner Form als strafbaren Akt interpretieren kann.« Auf diese Weise sollten Hitlergrüße verhindert werden. Weiter: »Es wird nur gesungen, was von den Musikgruppen vorgegeben wurde.« Das hatte sich bei der vorangegangenen Veranstaltung mit »Lunikoff« und der Dortmunder Band »Oidoxie« anders verhalten. Da intonierte der Publikumschor beispielsweise das *Blutlied:* »Blut muss fließen Knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.« Außerdem wurde gebrüllt: »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!«

Was hat eine Band namens »Kampfzone« am 5. Februar »vorgegeben«? Sie besang eine »Welle der Gewalt«, die in Form eines Massenpogos spürbar wurde. Die Skinheads zeigten bei diesem »Tanz« so viel Brutalität, dass er teilweise kaum von einer Schlägerei zu unterscheiden war. Der Top-Act dieses Abends war jedoch »Hauptkampflinie«, kurz »HKL«. Der Frontmann versuchte sich in politischer Agitation: »Ich hoffe, dass ihr alle bereit seid, für Deutschland zu kämpfen – dafür, dass wir deutsch bleiben, und dafür, dass wir weiß bleiben.« Und die Braunen blieben tatsächlich weiß, zumindest an diesem Abend.

Einen Monat später musste Veranstaltungsleiter Sascha Wagner in Mücka feststellen, dass die »Freunde in Grün jetzt offenbar einen Dreh gefunden haben, um künftige Veranstaltungen hier platt zu machen«. Da als öffentliche Veranstaltung angemeldet, habe »rein rechtlich gesehen jeder Zutritt«. Und den verschafften sich nicht nur Beamte in Kampfanzügen, sondern auch ein Kamerateam, dessen Reporter mich prompt interviewen wollte, als ich das CD-Angebot eines Verkaufsstandes in Augenschein nahm. Ich machte es einfach wie die anderen: Ich wies ihn unwirsch ab.

Es bedurfte einiger Gespräche zwischen NPD-Leuten und Ordnungshütern, ehe die Band »Selbststeller« beginnen konnte. Nach zwölf Liedern erschien aber wieder Sascha Wagner auf der Bühne, um über die Polizeitaktik zu klagen: »Sie kommen hier rein, nehmen Leute fest. […] Sie wollen hier eine Schlägerei provozieren.« Wagner gab die Schlacht verloren und löste die Veranstaltung offiziell auf. Daraufhin lief Skinhead-Musik aus der Dose: »Skinhead, Skinhead, lass dich nicht unterkriegen« von der Band »Endstufe« zum Beispiel.

Ein paar Nazi-Songs später folgte eine neuerliche Unterbrechung. Dieses Mal griff die Wodan-Betreiberin Annett Myrtha zum Mikro: »Ich bin gerade von der Polizei darauf aufmerksam gemacht worden, dass bei dem nächsten Verdacht auf eine Straftat die Discothek geräumt wird. Es tut mir sehr leid, dass ich euch jetzt nicht mehr mit der bekannten oder der von euch geliebten Musik bedienen kann. Ich möchte ganz einfach, dass mein Laden heil bleibt.« Hölle, Hölle, Hölle … Danach lief normale Discomucke von Wolfgang Petry und anderen Interpreten. Und es bot sich ein ungewöhnliches Bild: Die Skinheads tanzten Polonaise. Sascha Wagner: »Wir sind heute artig,

wir beugen uns diesem Staat für heute Abend.« Und zum Schluss meldete sich der Landtagsabgeordnete Klaus-Jürgen Menzel zu Wort: »Unsere grünen Freunde ziehen jetzt zugweise ab. Tanzt und pogt für Deutschland. Und singen sollt ihr auch! Danke. Ende.« Das Ende der Discothek als Nazi-Treffpunkt folgte einige Wochen später. Die Pächter zogen ins thüringische Pößneck um, wo sie ein anderes Szenelokal übernahmen.

Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag hatte einige Nationalisten zu gut bezahlten Abgeordneten und noch einige mehr zu parlamentarischen Mitarbeitern und Bürogehilfen gemacht. Im Jahr 2006 wiederholte sich das in Mecklenburg-Vorpommern. Die NPD kam dadurch zu hauptamtlichen Kräften, um die nationalsozialistische Jugendkultur zu organisieren – eine neue Epoche in der deutschen Rechtsrockgeschichte. Und die NPD wollte immer mehr.

Der JN-Funktionär Sascha Wagner engagierte sich unermüdlich. Im Bundestagswahlkampf 2005 wurde er an der saarländischen Front aktiv. Auch hier hatte die NPD zum Konzert geladen: »Wir rocken den Reichstag.« Am konspirativen Treffpunkt wurde Wagner als Kontaktperson genannt, falls es Rückfragen gebe. Und bei Problemen mit der Polizei könne Horst Mahler kontaktiert werden – der Rechtsanwalt, der die NPD aus dem Verbotsverfahren manövriert hatte. Mahler war früher ein Unterstützer der Roten Armee Fraktion (RAF) gewesen und hatte deshalb im Gefängnis gesessen. In der jüngeren Vergangenheit trat er als Holocaustleugner auf, was ihn erneut mehrfach hinter Gitter brachte.

Im musikalischen Begleitprogramm des NPD-Bundestagswahlkampfs sprach ein ehemaliger Rechtsterrorist als Pausenfüller: Peter Naumann, der damals persönlicher Referent des sächsischen Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel war. Auf dem T-Shirt eines Zuhörers stand, wohin die Reise gehen soll: »Eines Tages werden sie sich wünschen, wir würden nur Musik machen.«

Im Publikum waren B&H-Leute aus Österreich und der Schweiz, die niederländische Black-Metal-Band »Calslagen« trat mit schwarzen Sturmhauben vermummt auf, und im Bühnenbereich hing eine schwarz-rot-goldene Deutschlandflagge, mit der manche Reichsdeutsche ihre Probleme hatten: »Hängt die Judenfahne ab!« Das erledigte dann auch ein Besucher im Laufe des Abends,

verbunden mit einem handfesten Tumult. Es lag dieses Mal nicht an der Polizei, dass Sascha Wagner das Konzert abbrach .

Was nach Pleiten, Pech und Pannen aussah, ist in der Gesamtbilanz der NPD zu vernachlässigen. Sie hat die Strategie von Blood & Honour perfektioniert, mit Rechtsrock junge Leute zu ködern. Sogenannte »Schulhof-CDs« wurden kostenlos an Jugendliche verteilt und im Internet zum Download bereitgestellt. Darauf findet sich Liedgut, das zunächst gar nicht nach Nazi-Musik klingt: beispielsweise ein Lied gegen den Irak-Krieg der amerikanischen Armee. Das kommt auch bei Jugendlichen an, die nicht mit Neonazis sympathisieren – und es überrascht sie. Sind die Nazis vielleicht gar nicht so böse, wie es Eltern und Lehrer behauptet haben? Erstes Interesse ist damit geweckt. Und wenn obendrein fremdenfeindliche Ressentiments vorhanden sind, wie es in großen Teilen der Bevölkerung zumindest unterschwellig der Fall ist, dann ist der Weg zu einem öffentlich beworbenen NPD-Konzert nicht mehr weit.

Bei diesen Parteiveranstaltungen wird Ideologie nicht mehr nur in der Musik, sondern zusätzlich in Reden transportiert – wie beim jährlichen Festival Rock für Deutschland in Gera, das aus dem Rock gegen Krieg hervorgegangen ist. Kamen zum Antikriegskonzert am 10. Juli 2004 noch rund 200 Leute, lockte das Nachfolge-Event am 11. Juli 2009 mehr als 5000 Personen in einen Geraer Stadtpark. Wenn so viele Neonazis mitten in einer Großstadt eine »Spielwiese« (so heißt dieser Park) bekommen, um Szenegrößen wie »Sleipnir« und »Lunikoff« zu feiern, dann lässt die NPD in den Umbaupausen Demagogen wie Udo Voigt auf sie einreden. Der damalige Parteivorsitzende holte Arbeitslose und Geringverdiener in ihrer Lebenswirklichkeit ab:

> »Deutschland ist im Kapitalsumpf fremder Interessen unter Globalisierungsfanatikern aufgeteilt, die – je nach Belieben – entweder Arbeitskräfte dorthin holen, wo sie Produktion brauchen, oder umgekehrt dort produzieren, wo sie billige Arbeitskräfte kriegen. Beides ist in den seltensten Fällen in Deutschland der Fall. Und so gibt es viele aus Gera, aus Thüringen, aus Sachsen, die in den Westen fahren müssen, um dort Arbeit zu verrichten, weil sie hier keine Arbeit finden. Und wir wollen dem entgegenwirken, indem wir heute uns ganz klar

> gegen die Globalisierung entscheiden und indem wir von der Politik fordern, dort Arbeit zu errichten, wo die Menschen ihre Heimat haben. Und das ist dort, wo wir wohnen, wo wir zuhause sind.«

»Lunikoff« Regener knüpfte daran an: »Wenn es den feinen Herrschaften in ihren Villen graust, dann kommt mit Karacho Rock’n’Rollocaust.« Und: »Sie nennen es Freiheit, sie nennen es Toleranz. Ich nenne es Europas Totentanz. Sie träumen von einem Multikultistaat. Für mich ist es nur weißer Verrat.«

Udo Voigt versuchte, das Publikum über Konzerte hinaus zu mobilisieren: »Es ist nicht so toll, wenn heute zu einer politischen Veranstaltung Tausende und Abertausende kommen, die dann bei politischen Aktionen fehlen.« Und »Lunikoff« heizte die Stimmung weiter an: »Wir lieben unser Land, aber wir hassen diesen Staat. […] Und dann gibt es keine Gnade, unser Hass ist viel zu groß .«

Bei den sogenannten Pressefesten ihres Parteiorgans *Deutsche Stimme* bietet die NPD fast allen Kräften des nationalistischen Spektrums eine Bühne. Als ich 2006 in Dresden-Pappritz war, fand ich Zelte voller Infostände vor. Es gab Buchlesungen, Vorträge, Volkstanz, ein Kinderprogramm und natürlich wieder Musik sowie Werbung vom Szeneversand bis zum nationalistisch geführten Honigladen. Sascha Wagner war daran beteiligt, »eigene Wirtschaftskreisläufe contra Globalisierung« zu organisieren: »Das nationale Netzwerk versucht, die wirtschaftliche Erpressbarkeit nationaler Menschen zu vermindern und gleichzeitig die Kapitalströme aus dem nationalen Lager heraus zu minimieren, um so die Finanzkraft nationaler Menschen zu stärken.« So stand es auf einem Flugblatt, das Wagner unterzeichnet hatte. »Alle Personen, deren Herz für das deutsche Volk schlägt, sind daher aufgefordert, Waren und Dienstleistungen, die sie bei Nationalisten erwerben können, auch dort zu beziehen.« Mit dem Erlös könnten Nationalisten ihre Existenz sichern oder nationale Projekte unterstützen. In Rheinland-Pfalz und dem Saarland bestand dieses Netzwerk angeblich schon aus rund 70 Akteuren, vom Apotheker bis zur Zweiradwerkstatt. Darüber konnten sich beim *Deutsche* Stimme-Pressefest 7000 bis 8000 Leute informieren.

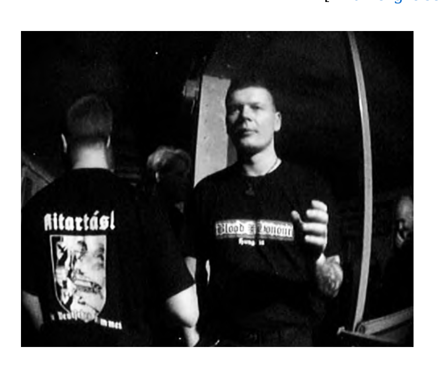
Die NPD nutzt ihren Parteistatus, um öffentliche

Großveranstaltungen anzumelden, die keine Freie Kameradschaft genehmigt bekäme. Sie schreckt nicht einmal zurück, als Tarnorganisation für das verbotene B&H-Netzwerk zu agieren, wie bei der CD-Release-Party von »Act of Violence« am 22. Oktober 2005 im bayerischen Mitterschweib. Auf einem Aussiedlerhof mit Gaststätte hatte der NPD-Funktionär Erich Kaiser das Konzert angemeldet, das sein Parteifreund Norman Bordin moderierte. Im Vorfeld hatte Bordin den Kameraden darüber informiert, dass die Veranstaltung einen B&H-Hintergrund haben werde – in einer E-Mail, die später dem *Spiegel TV Magazin* zugespielt wurde.

Beim »Day of Honour«, dem Tag der Ehre in Budapest, zeigten NPD-Führer ebenfalls keine Berührungsängste mit Blood & Honour – der ungarische Ableger der Organisation zählte zu den Veranstaltern. Auf dem Heldenplatz wurde am 10. Februar 2007 der SS-Verteidigungsschlacht um Budapest gedacht, die am 13. Februar 1945 verlorengegangen war. Auf der Rednerliste standen die damaligen NPD-Funktionäre Udo Voigt, Matthias Fischer und Eckart Bräuninger.

Fischers Feststellung: »Ob die von den Siegermächten immer stärker einsetzende Überfremdungsmaschinerie oder die immer extremer um sich greifende Globalisierung, mit all ihren asozialen Auswüchsen . Es sind weiterhin die gleichen internationalistischen Kreise, die unsere Völker bedrohen und in die Knechtschaft zwingen.« Sein Aufruf: »Es muss also an uns nun liegen, den Kampf weiterzuführen und in der Tradition unserer Helden alles fürs Vaterland zu geben. […] Wir sind eine entschlossene Minderheit! Und wir werden die Revolution sein!«

[Bild vergrößern]



Beim »Day of Honour«, an dem Neonazis der verlorenen SS-Schlacht um Budapest gedenken, kam der damalige NPD-Funktionär Matthias Fischer im Shirt von »Blood and Honour Hungaria«- dem ungarischen Zweig des internationalen Netzwerks, dessen deutscher Ableger verboten ist.

Bräuninger beklagte: »Die alliierten Sieger vernichteten das Erbe unserer Ahnen, unserer Heimat und ihrer kulturellen Werte, legten unseren Völkern eine selbstzerstörerische Wesens- und Geisteshaltung auf, vermischten die Rassen und ordneten den Zuzug fremder Völker an.« Er würzte seine Rede mit antisemitischen Weisheiten: »Ihre Armeen dienten der Erschaffung einer Weltherrschaft der auserwählten Kosmopoliten, einer Schreckensherrschaft des Profits, wie sie in den Büchern Mose beschrieben steht.« Und er beschwor seine großen Ziele: »Es ist unsere Pflicht, ein Europa der Vaterländer zu gestalten und dessen Freiheit vor jeder Form von Unterdrückung zu verteidigen. [.] Rufen wir deren Andenken wach, die im Kampf für unserer Völker und unsere Rasse gegen den Bolschewismus kämpften und gefallen sind.« Die Angehörigen der Waffen-SS.

In Nogradsap, knapp 70 Kilometer nordöstlich von Budapest, ließen die europäischen Neonazis den Gedenktag bei einem Konzert in einem ehemaligen Industrie- oder Landwirtschaftsgebäude, das Blood & Honour offenbar als eine Art Clubhaus nutzte, ausklingen. Der Fürther NPD-Chef Matthias Fischer erschien im »Blood & Honour Hungaria«-Shirt, der bayerische JN-Landesvorsitzende Norman Bordin im »Waffenbrüder«-Shirt. Beide zeigten zur Feier des Tages mehrfach den Hitlergruß – am Abend des 10. Februar 2007.

Dem Bundesinnenministerium muss das entgangen sein. Am 14. März 2007 antwortete die Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken Folgendes: »Mit dem Verbot der deutschen Division von ›Blood & Honour‹ und etwa zeitgleichen polizeilichen Aktionen gegen die ›Blood & Honour‹-Szenen in Ungarn und der Tschechischen Republik brachen viele in diesem Umfeld entstandene Kontakte weg. Der traditionell von ungarischen Neonazis begangene ›Tag der Ehre‹ (Gedenkfeier für gefallene Soldaten der Waffen-SS) zog in den letzten Jahren nur noch vereinzelt deutsche Besucher an.« Als ob einen Monat vorher nur Voigt, Fischer, Bräuninger und Bordin in Budapest gewesen wären .

Das vorläufige Ende vom Lied beziehungsweise die nächste (Kata-)

Strophe: Die NPD ist in Sachsen (2009) und Mecklenburg-Vorpommern (2011) wieder in die Parlamente eingezogen, immerhin mit schlechteren Ergebnissen. Den mecklenburgischen Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs habe ich am 27. Juni 2009 im sächsischen Landtagswahlkampf erlebt, bei einem Sommerfest der NPD am Quitzdorfer See in der Oberlausitz. Die »Hexe Ragna« – verkörpert von Sigrid Schüßler, der familienpolitischen Sprecherin der Bayern-NPD, deren Ehemann Falko ebenfalls in der Partei aktiv ist und eine Werbeagentur unter dem Namen »Propagandakompanie« betreibt – erzählte dort Märchen. Zwei Volksmusiker unterhielten mit tiefem Blech und Quetschkommode, die NPD-Zeitung warb für ein »Ja zur sächsischen Kneipenkultur«, eine zünftig gewandete blonde Maid briet Pfannkuchen, am Abend gab's einen Fackelmarsch für Kinder, und als es richtig dunkel war, spielte »Carpe Diem«, eine Rechtsrockformation:
»Schwarz ist die Nacht, in der wir euch kriegen. Weiß sind die Männer, die für Deutschland siegen. Rot ist das Blut auf dem Asphalt.«

Auf dass im Wahlkampf keiner schlappmacht, gab es »Kämpfertropfen«, einen Likör, zu kaufen – und für alles eine Erklärung. »Ihr macht ja mit allem Geld«, kritisierte ein Kunde. Ein Verkäufer des *Deutsche Stimme*-Standes antwortete: »Ja, wir müssen von unseren Feinden lernen.«

Zu den Feinden gehören die regierenden Parteien. Sie haben wirtschaftliche Entwicklungen zugelassen oder gar gefördert, die sich gegen die Masse der Menschen richten. Damit haben sie zu den Erfolgen der NPD beigetragen. Hartz IV und Leiharbeit düngen den braunen Nährboden.

»Was wir zur Zeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erleben«, sagte Udo Pastörs, »das ist geradezu eine Steilvorlage für die nationale Opposition in ganz Deutschland, in Sachsen im Speziellen, ja, und für ganz Europa. Denn wir erleben zur Zeit einen wirtschaftlichen und damit auch sozialen Niedergang, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg nie stattgefunden hat, liebe Freunde. Und daraus wird die nationalistische Opposition den Nektar saugen, den sie als Kraftstoff braucht.«

Pastörs beschimpfte die parteipolitischen Konkurrenten als »rote bolschewistische, demokratisch angemalte Affen in den Landtagen« –

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete er als »volksvergessene kleine FDJ-Sekretärin«. Und er kündigte an: »Wer in unser Land einsickert, mit dem Attribut, sich hier als Zecke im Fleisch gütlich zu laben, der bekommt es mit einer Kultur zu tun, die sich auf das Naturrecht beruft und sagt: Asylschmarotzer, raus aus unserem Land, liebe Freunde.« Dafür erntete er begeisterten Beifall und jubelndes Johlen im Publikum. Genauso für seine Ausführungen zur Popkultur: »Eine Ikone dieses entarteten Blödsinns« – gemeint war der tags zuvor verstorbene Popstar Michael Jackson (»dieser verrückte Jackson, dieser Transvestit oder Außerirdische«) – »ist gestern Gott sei Dank vom Leben in den Tod gegangen.«

Die USA hatte Pastörs auch im Blick, als er den »Schutz des Vaterlandes« als Auftrag der deutschen Armee bezeichnete: Wo sie eingesetzt werde, »bestimmt kein Jude an der Ostküste Amerikas, sondern das deutsche Volk«. Und er fragte in die Runde: »Könnte es nicht doch sein – und ich formuliere das im Konjunktiv -, dass wir in einer Art judendominierten Republik leben, liebe Freunde?«

Udo Pastörs habe »ja mal früher gesagt, das wär ne Judenrepublik«, erklärte Liedermacher Frank Rennicke, der bei diesem NPD-Fest ebenfalls hetzte. »Da ham w’r gesagt: Udo, das darfst’ nicht sagen.« Diese Lektion habe er gelernt und dann gesagt: »Gut, es ist die Republik von Charlotte Knobloch .«

Charlotte Knobloch stand damals dem Zentralrat der Juden in Deutschland vor. »Charlotte, hau einfach ab«, sagte Rennicke und spielte *66 Nasen,* ein antisemitisches Lied: »Für Zins und Zinseszinsen halten sie die Hände auf, pressen für ihr bisschen Geld das Zehnfache heraus. Von 66 Nasen wird diese Welt regiert, ja 66 Nasen melken uns, weil’s uns pressiert. Ja, 66 Nasen an dem Banksystem uns plagen. An 66 Nasen zahlen wir Hunderte Milliarden. [.] 66 Nasen singen ›History ist toll‹. Drüber quatschen, labern, stänkern, macht schnell die Kasse voll.« Außerdem hat der braune Barde seinem »Lieblingsstaatsanwalt« einen Titel gewidmet: »Ich ging in die Kirche und ich bat den lieben Gott, er möge doch bescheren des Advokaten Tod.«

Eine Partei, die unter anderem dem Ausländer- und Judenhass sowie für Mordaufrufe eine Bühne bietet, gehört verboten. Durch ein NPD-Verbot würde die Neonazi-Bewegung geschwächt – weil es keine politische Infrastruktur für öffentliche Massenveranstaltungen

mehr gäbe, die eine zentrale Rolle bei der Nachwuchswerbung spielen. Es würde Jahre brauchen, um eine vergleichbare Organisation aufzubauen – und bis dahin wäre ein Teil des braunen Sumpfes ausgetrocknet, da mangels NPD-Konzerten der Zulauf von jungen Leuten zurückgehen würde.

Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg erläuterte in seinem Jahresbericht 2005: »Im Boom der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene steckt eine wichtige Teilerklärung für die eklatanten Rekrutierungserfolge der dazugehörigen Skinheadszene – und umgekehrt.« 24 Konzerte hatte das Bundesland zu verzeichnen, ein Rechtsrockrekord. Die Polizei erhöhte den Verfolgungsdruck.

Nach einem Jahr zog der Verfassungsschutz Bilanz: »Manche zentralen Indikatoren, an denen man noch – und gerade – im Jahr 2005 den […] Boom der rechtsextremistischen Skinhead-Szene im Allgemeinen und der dazugehörigen Musikszene im Besonderen hatte ablesen können, wiesen im Jahr 2006 nach unten, insbesondere die Anzahl der in Baden-Württemberg registrierten rechtsextremistischen Skinheads und die Zahl der von rechtsextremistischen Skinhead-Bands im Land gegebenen Konzerte.« Die Erklärung:

> »Es liegen Anzeichen dafür vor, dass die repressiven Maßnahmen, mit denen sich die rechtsextremistische Skinhead-(Musik-)Szene konfrontiert sieht, im Jahr 2006 Wirkung gezeigt haben. Dabei schien sich die Entwicklung des Jahres 2005 bei den Skinheadkonzerten in Baden-Württemberg zu Anfang des Jahres 2006 fortzusetzen: Am 21. Januar 2006 fanden gleichzeitig in Karlsruhe und Geislingen-Eybach/Kreis Göppingen die ersten beiden Konzerte des Jahres statt, wovon das erstgenannte mit gut 450 Teilnehmern (darunter auch Schweizer und Franzosen) das bestbesuchte Skinhead-Konzert in Baden-Württemberg seit Juli 2004 war (Geislingen: circa 130). Doch beide Konzerte wurden von der Polizei aufgelöst. […] Es kann davon ausgegangen werden, dass die beiden Konzertauflösungen gleich zu Beginn des Jahres, zumal sie 2006 nicht die einzigen blieben, erheblichen Eindruck in Form von Abschreckung, Frustration und Demotivation auf die Szene gemacht haben dürften. […]
>
> Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads ging auf circa 840

> zurück und unterschritt damit nicht nur die 2005 (circa 1040) erstmals überschrittene Tausender-Marke, sondern auch die Zahl für 2004 (circa 960). Dadurch verringerte sich auch ihr Anteil an den gewaltbereiten Rechtsextremisten insgesamt (2006: circa 900; 2005: circa 1080; 2004: circa 1000).«

Vergleichbare Auswirkungen auf Bundesebene könnte ein Verbot des Konzertveranstalters NPD erzielen.

Kapitel 7

CHRISTLICH – DEMOKRATISCH UND SOZIAL?

»Ohne zu wissen, was die CSU ist, kann man nicht deutscher Staatsbürger werden.«

Der damalige CSU-Vorsitzende Erwin Huber im bayerischen Landtagswahlkampf des Jahres 2008 über den Einbürgerungstest

Januar 2008 im Frankfurter Stadtteil Hausen. »Allah hat uns zu Schweinen und Affen gemacht«, schimpft ein Rentner im Hinterzimmer eines Gasthauses. Ein anderer Bürger ärgert sich über die CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth, weil sie gegen einen NPD-Aufmarsch mitdemonstriert hat. Und der Hauptredner des Abends ruft zur Gegenoffensive gegen den Islam auf: »Wir wollen nicht den Eindruck haben, als ob wir unterwandert werden hier in unserem Vaterland – das ist die zentrale Botschaft, für die wir kämpfen.«

Das klingt nach Frankfurter Kommunalwahlkampf der NPD, war aber der Landtagswahlkampf der hessischen CDU. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch hatte es geschafft, mit seiner Kampagne gegen jugendliche Straftäter aus Einwandererfamilien eine Art Pogromstimmung zu entfachen. Über Wochen hinweg beherrschten Gewalttaten, an denen junge Ausländer beteiligt waren, die Nachrichtensendungen – als ob es sich um das zentrale Thema des Landes gehandelt hätte. Es war in diesen Tagen beklemmend, durch Hessen zu fahren und im Autoradio zu hören, wie CDU-Politiker und Journalisten Angst vor jungen Leuten »mit Migrationshintergrund« verbreiteten.

Das Wählerpotenzial, das auf diese Weise mobilisiert werden sollte, scheint groß zu sein: Rund 50 Prozent der Deutschen hegen fremdenfeindliche Ressentiments, wie Wissenschaftler der Universitäten Bielefeld und Marburg in einer Langzeituntersuchung herausgefunden haben. Die Stimmen jener Bürger wollen nicht nur die NPD-Demagogen, sondern offenbar auch die sogenannten Volksparteien CDU und CSU einheimsen. Das war mein Eindruck

nach mehreren Rechercheeinsätzen im hessischen und im bayerischen Wahlkampf sowie beim schwäbischen Studienzentrum Weikersheim, das sich als »christlich-konservative Denkfabrik« versteht. Ich musste feststellen, dass »christdemokratische« und »christsoziale« Polemik teilweise kaum oder gar nicht von »nationaldemokratischer« Propaganda zu unterscheiden ist.

Hauptredner bei der eingangs erwähnten Wahlkampfveranstaltung war Christean Wagner, Vorsitzender der hessischen CDU-Landtagsfraktion sowie ehemaliger Justiz- und Kultusminister. Seine Aussagen wurden von den CDU-Anhängern begeistert gefeiert: »Wer zu uns ›Scheißdeutsche‹ sagt, der hat hier nichts mehr verloren.«

Sein Thema an diesem Abend des 18. Januar war der Islam – und die Integration. Eingeladen hatte der CDU-Landtagsabgeordnete Ulrich Caspar, der den Fraktionsarbeitskreis zum Thema Heimatvertriebene und Wiedergutmachung leitete. Er war um seine Wiederwahl bemüht – in einem Frankfurter Bezirk, zu dem Hausen gehört. In dem Stadtteil mit knapp 7000 Einwohnern standen zwei Moscheen, eine dritte war geplant. Ob deren Bau genehmigt werden soll oder nicht, das war damals ein Reizthema.

Gegen den Bau dieser dritten Moschee hatte sich eine Bürgerinitiative in Hausen formiert, die unter dem Namen Pro Frankfurt firmierte – was an die Bürgerinitiativen Pro Köln und Pro München erinnerte, die sich ebenfalls gegen Moscheen engagieren. Die Kölner und die Münchener Initiative werden vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, während sich die Frankfurter im Impressum ihrer Homepage von rechtsextremen Parteien distanzierten. Sie fühlten sich offenbar bei der hessischen Landes-CDU gut aufgehoben .

Die damalige CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth befürwortete hingegen den Bau der Moschee und handelte sich damit den Unmut der Basis ein. Der Fraktionschef ihrer Partei im zuständigen Ortsbeirat, Oliver Kroneisen, formulierte die Kritik so: »Es tut den Bürgern hier in Hausen, aber auch manchen unserer Mitglieder dann durchaus weh, wenn die Oberbürgermeisterin in Frankfurt mit so einem Herrn Arm in Arm bei einer Gegendemonstration durch den Stadtteil geht« – bei einer Demonstration gegen die NPD. So ein Herr? Gemeint war Ünal Kaymakci, ein Rechtsanwalt und zugleich der Generalsekretär der Hazrat-Fatima-Gemeinde, die die Moschee

in Hausen errichten wollte. Die Gemeinde erhielt später die Genehmigung, zurzeit ist sie in Bau.

Den Landespolitikern der CDU waren die Moscheegegner im Wahlkampf willkommen. Gastgeber Caspar sagte: »Ich bin insbesondere der Bürgerinitiative in Hausen dankbar dafür, dass Sie dieses Thema immer wieder auch in der Öffentlichkeit behandelt haben – wir sehen, dass es notwendig ist, hier auch politisch zu handeln.« Es ging um den Islam im Allgemeinen und die Moschee im Speziellen. Die Bürgerinitiative durfte bei der CDU-Veranstaltung sogar kleine Plakate an der Wand aufhängen. Eines zeigte eine rot durchgestrichene Moschee in einem roten Kreis. Das barg die Symbolik eines Verbotsschildes. Auf dem Büchertisch des christdemokratischen Themenabends fanden sich unter anderem Flyer mit der Überschrift »Wahlprüfsteine ›Islam und Islamisierung‹«. Das waren Fragen, mit denen beispielsweise Landtagskandidaten konfrontiert werden sollten. Ein Beispiel: »Befürworten Sie eine Überprüfung von Art. 4 GG (Religionsfreiheit) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf die Politreligion Islam?«

Politreligion Islam? Im Oktober 2007 hatte der damalige Frankfurter Sicherheits- und Ordnungsdezernent Boris Rhein – der im August 2010 hessischer Innenminister wurde und sich im März 2012 erfolglos um Roths Nachfolge als Oberbürgermeister bewarb – eine NPD-Demonstration gegen die Hausener Moschee unter anderem mit folgender Begründung verboten: »Es erfolgt keine Differenzierung zwischen dem Islam als grundsätzlich friedfertige Religion und dem Islamismus als heterogene, politische, zumeist sozialrevolutionäre Bewegung, die bei militanten Anhängern eine gewalttätige Ausrichtung annehmen kann. Die Muslime in Deutschland, die ihre durch Artikel 4 Grundgesetz geschützte Religion friedlich ausüben, werden durch diese Gleichstellung in unerträglicher Weise diffamiert.«

Bei der Wahlkampfveranstaltung der CDU in Hausen wurde auch nicht differenziert. Einer der Bürger konfrontierte die CDU-Politiker mit der Aussage: »Der Islam ist für mich keine Religion.« Landtagsfraktionschef Wagner widersprach nicht. Er antwortete: »Ich habe nur gelernt, dass eine Moschee offenbar keine Kirche ist. Das ist ein politisches und Kulturzentrum.« Ein paar Sätze später sagte er: »Das ist ja zum Schluss kein Hausener Problem und kein

Frankfurter Problem, das ist ein weltweites Problem der Auseinandersetzung zwischen Islam und Christentum.« In diesem Zusammenhang erschien es dem führenden CDU-Mann passend zu sein, den ehemaligen Limburger Bischof Franz Kamphaus wie folgt zu zitieren: »Und dann fällt weltweit auf, dass der internationale Terrorismus in der Regel von Islamisten bestückt wird und nicht von anderen Religionen und insbesondere nicht von Christen.« Wagner fügte hinzu: »Deshalb finde ich es sehr gut, dass wir langsam den Mut haben, jetzt in die Gegenoffensive zu gehen, und zwar um unserer Selbstbehauptung willen.«

Die NPD wollte im Oktober 2007 unter dem Motto »Stoppt die Islamisierung Deutschlands« in Hausen demonstrieren. Dazu noch einmal ein Auszug aus der städtischen Verbotsbegründung: »Es werden die teilweise latent bestehenden Ängste und Ressentiments vor einem gewaltbereiten Islamismus und Überfremdung in der übrigen Bevölkerung bewusst genutzt und verstärkt. Dieser Intention können sich die mit dem Motto konfrontierten Menschen nicht entziehen.«

Zweieinhalb Jahre später, im Februar 2010, hatte sich an der Front zwischen »Nationaldemokraten« und Moscheebauern ein bisschen etwas verändert. Der Imam der Hausener Hazrat-Fatima-Gemeinde stand nach einem Beitrag des hessischen Fernsehmagazins *Defacto* in der Kritik, weil er sich an israelfeindlichen Demonstrationen beteiligt haben soll. Der Generalsekretär der Gemeinde, die sich als weltoffen darstellt, verteidigte den Geistlichen zunächst, indem er den Redakteuren eine »Schmutzkampagne« vorwarf. Eine frühere Predigt, die Ünal Kaymakci bis dahin nicht gekannt haben will, brachte ihn offenbar zum Umdenken. Der Imam trat aufgrund der gegen ihn erhobenen Antisemitismusvorwürfe zurück. Eine Situation, mit der man sich in NPD-Kreisen auskennt.

Der Frankfurter NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs, der zeitweise auch Landesvorsitzender war, berichtete auf einer Partei-Homepage über den Vorgang:

> »Zunächst richtete sich die Kritik der Gutmenschen nur gegen die Teilnahme des Imams an einer […] Demo im Jahre 2006, bei welcher auch die Parole ›Tod Israel‹ skandiert worden sein soll. Dann aber tauchte der Inhalt einer Freitagspredigt des

> Geistlichen auf, welche gleichfalls tendenziell ›antisemi- tisch‹ gewesen sein soll und mit den Worten ›Möge Allah das besetzte Palästina aus den Händen der Zionisten befreien‹ geendet haben soll. […] Legt man den letzten Satz zugrunde, so kann daraus, objektiv gesehen, wohl kaum eine antisemitische, sondern vielmehr eine antizionistische Grundhaltung des muslimischen Geistlichen abgeleitet werden.«

Der NPD-Politiker als »Anwalt« des Imams? So weit ging Jörg Krebs dann doch nicht, denn er zog unvermittelt folgendes Fazit: »Sämtliche islamkritischen Kräfte, die sich von Anfang an gegen den Bau der Großmoschee in Hausen stark machten, wurden in ihrer skeptischen Grundhaltung auf glänzende Weise bestätigt. Im Umkehrschluss wurden alle Befürworter des Moscheebaus, also der gesamte Frankfurter Magistrat und die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP, Linke und FAG bis auf die Knochen blamiert.«

Der CDU-Landespolitiker Wagner distanzierte sich im Wahlkampf 2008 von der NPD: »Mit denen wollen wir nichts zu tun haben« – mit den Moscheegegnern in Hausen aber schon. »Ich kann zunächst einmal Ihre vorgetragenen Sorgen nachvollziehen. Ausdrücklich. Ich verstehe Sie. Ich würde Ihnen auch mutig widersprechen, wenn ich in diesem oder jenem Punkt nicht Ihrer Auffassung wäre. Ich kann das nachvollziehen.«

Die Sorgen der Bürger hörten sich – abgesehen von ein paar Koranzitaten – so an: »Hier laufen vermummte Damen rum, die wirklich verschleiert sind bis zum Abwinken. Hier laufen Männer rum mit Bart, die uns als Bürger nicht wahrnehmen, die weder Platz machen noch sonstige Bürgerpflichten und -rechte kennen.« Ein anderer sagte: »Allah hat uns zu Schweinen und Affen gemacht. Und diese Dinge werden heutzutage in sämtlichen Moscheen den Kindern und Erwachsenen beigebracht. Und solange wir nicht anfangen, dagegen vorzugehen, weil wir sagen, der Islam ist eine Weltreligion, deren Bücher unantastbar sind, solange kommen wir nicht weiter.«

Hatten die Hausener mit den bestehenden zwei Moscheen schlechte Erfahrungen gemacht? Der örtliche Landtagsabgeordnete Caspar berichtete: »Es gibt überhaupt keine Probleme mit einer Moschee, die sich hier in unmittelbarer Nachbarschaft befindet. Und es gibt auch keine Probleme mit einer iranischen Moschee, die sich

einige Meter weiter befindet.« Die dritte Moschee sah er hingegen »als etwas sehr Problematisches an, weil wir natürlich Integration wollen und keine Ghettobildung«.

Wer Caspars Argumentation folgte, musste allerdings nicht befürchten, dass die Besucher der dritten Moschee alle nach Hausen ziehen wollten: »Bei Kirchen haben wir 90 Prozent fußläufige Besucher. Bei Moscheen haben wir zum größten Teil 90 Prozent, die mit dem Auto anreisen.« Also doch keine Ghettobildung? Aber ein Parkplatzproblem, wie Caspar nachschob. Er wollte deshalb die hessische Bauordnung ändern, »weil meiner Ansicht nach die Kriterien für die Baumaßnahmen von Moscheen andere sein müssen als von Kirchen«. Ein Vertreter der Bürgerinitiative gegen die Moschee schlug vor, dass die Kommunen Flächen ausweisen müssten, auf denen Moscheen gebaut werden dürfen. »Dann hat der Bürger Planungssicherheit, wo er nicht hinziehen will.«

Fraktionschef Wagner unterstützte Ulrich Caspars Bestreben um eine Baurechtsänderung, gab aber zu bedenken: »Diese Angelegenheit ist doch zum Schluss ein Vorwand. Es ist doch viel tiefergehend das Problem. Wir haben es doch hier vorhin gehört, dass man sich bedrängt und bedrückt fühlt. Und deshalb muss man auch aus Gründen des Friedens im Stadtteil über den baurechtlich formalen Stellplatznachweis hinaus nachdenken. Jetzt stellen Sie sich mal vor, dieser Stellplatznachweis würde gelingen. Dann würde das Problem doch bleiben.«

Zunächst einmal galt das bestehende Baurecht. Ulrich Caspar erklärte den Bürgern vorsorglich den Klageweg gegen eine mögliche Genehmigung der Moschee – und, dass »die letzte Instanz der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages« ist. Er kenne viele Fälle, wie dort zum Beispiel bei Abschiebungen »politisch sehr unterschiedlich abgestimmt wird«. Dann sei entscheidend: »Wie ist im Petitionsausschuss, wie ist im hessischen Landtag die jeweilige Mehrheit?« CDU-Fraktionschef Wagner betonte: »Wenn die Gesetzeslage das hergibt, wird abgeschoben.« Das war seine Antwort auf die Aussage eines Bürgers, der sich als Schöffe des örtlichen Amtsgerichts vorstellte und ausländische Straftäter am liebsten gar nicht verurteilen, »sondern gleich nach Hause schicken« wollte. Von Richtern sei ihm aber gesagt worden, »dass das leider unheimlich schwierig ist«. Das liege »letztlich an unseren etwas löcherigen

Gesetzen«.

»Die Gesetzeslage ist hoch schwierig«, bestätigte Christean Wagner. »Die rechtlichen Voraussetzungen sind leider nicht ausreichend, um abzuschieben.« Aber: »Wenn wir eine absolute Mehrheit hätten, würden wir uns da sehr viel klarer auch gesetzgeberisch entscheiden.« Denn: »Ich bin massiv der Überzeugung, dass auch jemand, der uns als Volk beschimpft, wie in allen Ländern der Welt sofort abgeschoben wird.« Dass der 17-jährige Grieche und der 20-jährige Türke, die im Dezember 2007 in der Münchener U-Bahn einen Rentner niederschlugen, »Scheißdeutsche« geschrien hätten, »das ist offenbar kein Einzelfall«.

Seine Frau berichte ihm regelmäßig, sagte Wagner, dass sie schon zwischen 7 und 8 Uhr abends Angst habe, wenn sie in Frankfurt in der »1. Klasse« S- und U-Bahn fahre. »Sie sagt mir, da kommen bedrohlich aussehende, gewalttätig aussehende Jugendliche.« Ob es sich um Ausländer oder Deutsche handelte, ließ er offen. Er erzählte weiter, dass sich diese Jugendlichen danebenbenähmen und häufig kein Ticket dabei hätten – schon gar nicht für die »1. Klasse«. Und in diesen Situationen habe seine Frau »Angst, jetzt Opfer zu werden«. Das sei das Gefühl von vielen im Großraum Frankfurt. Und solche Zustände dürften nicht hingenommen werden. »Deshalb halte ich es zumindest für eine selbstverständliche erste Reaktion des Staates, dass wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ausländische Jugendliche, die sich bei uns so schlecht fühlen, dass sie die hiesige Bevölkerung beschimpfen müssen, dass sie sofort ausgewiesen werden.« Das Publikum in Hausen klatschte – wie so oft an diesem Abend – begeistert Beifall.

Wagner wusste, wie er die Emotionen der CDU-Anhänger wecken kann: »Hier bei uns gilt nicht die Scharia. Bei uns gilt das Grundgesetz und die deutschen Gesetze und auch das Strafgesetzbuch. Und dieses muss, wie ich finde, sehr viel deutlicher auch vermittelt werden.« Das kam an, und der Politiker legte nach: »Wir treten dafür ein, dass unsere Rechte, auch als Christen und als hier lebende deutsche Staatsbürger, nicht von anderen missachtet werden, mit Füßen getreten werden, beschimpft werden.«

»Was mir auffällt«, sagte ein Bürger: »Dass Sie genau das sagen, was uns alle bewegt, was wir uns als Wertesystem in unserer

Heimatstadt zu Herzen nehmen und was wir vertreten.« Wagners Aussagen stünden damit aber »in diametralem Gegensatz zu dem, was die Frankfurter CDU-Stadtpolitik ist«. Und diese Stadtpolitik sei das, was für die Hausener persönlich wahrnehmbar sei. »Warum sollen wir deshalb gerade CDU wählen?«

Auch darauf wusste Wagner eine Antwort: »Als Landespolitiker habe ich das, was ich hier vorgetragen habe, gesagt, als Ausdruck der Meinung der gesamten CDU-Fraktion. Da sind wir uns einig. Da gibt es nicht etwa eine Minderheit und eine Mehrheit. In diesen Thesen, in diesen Überzeugungen sind wir uns einig. So. Und deshalb denke ich, das ist Grund genug, zu verhindern, dass ein Linksblock die Mehrheit erhält – mit der SPD, den Altkommunisten der Linkspartei und den Grünen, die zu dieser Thematik eine 180 Grad umgekehrte Politik betreiben.« Die Grünen im Landtag seien »auf dem deutschen Auge blind«.

Einem Zuhörer reichte das nicht. Er wollte wissen, ob Oberbürgermeisterin Petra Roth aus der CDU ausgeschlossen werden könne, weil »die ja jetzt deutlich links abdriftet«. In den heftigen Beifall mischte sich das hämische Gelächter einiger Moscheegegner – nicht das einzige Mal an diesem Abend. Die Stimmung war gereizt, die Wut über die Moscheepläne und die Oberbürgermeisterin groß. Über Petra Roth wollte Wagner aber »nicht in aller Öffentlichkeit« sagen: »Diese unmögliche Oberbürgermeisterin .« Er könne aber das Gespräch mit ihr suchen und ihr von den Mitbürgern und Mandatsträgern der CDU berichten, die sich ihm gegenüber »sehr eindrucksvoll besorgt artikuliert« hätten. Christean Wagner sprach sein Schlusswort: »Es geht um den Frieden hier in diesem Stadtteil. So. Mehr habe ich nicht zu sagen.«

Was für den hessischen CDU-Fraktionsvorsitzenden der Frankfurter Stadtteil Hausen darstellte, symbolisierte für den einstigen Berliner CDU-Innensenator Jörg Schönbohm ein Plattenbau in Kreuzberg – ein politisches Anliegen, das aus einem Vor-Ort-Besuch heraus entstanden war. Am 13. Juni 2008, nunmehr Innenminister des Landes Brandenburg, erzählte er beim Jahreskongress des Studienzentrums Weikersheim im Schloss der gleichnamigen Stadt:

> »Ich hatte in Berlin eine Versammlung von Mietern besucht, in

> Kreuzberg. Da waren 300 Mieter, geplant waren maximal 150. Ich kam rein in den Saal – die Luft brannte. […] Und dann haben sie Beispiele erzählt von Fremdenfeindlichkeit gegenüber Deutschen, von der Art und Weise, wie die lebten. Und es sagte mir eine Frau: ›Wir leben seit 24 Jahren in dem Haus, 12. Stock, Art Plattenbau, also in Westberlin. Und dieser Plattenbau ist jetzt unterhalb des zwölften Stockwerks vergeben an Asylanten und Ausländer. Wenn wir Weihnachten hier sind, dann spielen die ihre Bongos, diese Bongo-Trommeln und alles weitere.‹
>
> Ich hab’ die Frau dann besucht, bin mit denen vom 12. Stock nach unten gegangen. Man konnte an der Geruchsentwicklung erkennen, dass das nicht nach deutschem Kohl roch, sag ich mal zurückhaltend. Darum hab’ ich ja gefordert: Integration.«

Integriert wäre demnach, wer deutschen Kohl isst und an Weihnachten nicht mehr in deutschenfeindlicher Weise auf seinen Bongos spielt …

Das Studienzentrum Weikersheim, eine der Selbstbeschreibung nach »christlich-konservative Denkfabrik der großen bürgerlichen Mitte«, ist 1979 auf Initiative von Hans Filbinger gegründet worden. Im Jahr zuvor war er als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg zurückgetreten, nachdem bekannt geworden war, dass er als Ankläger und Richter in Marinestrafverfahren von 1943 bis 1945, also während der Nazi-Diktatur, vier Todesurteile beantragt oder gefällt haben soll. Als Filbinger im April 2007 starb, stellte der damals amtierende CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger laut Medienberichten in seiner Trauerrede die Behauptung auf: »Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes.« Das brachte Oettinger öffentliche Kritik ein – eineinhalb Monate später trat er aus dem Studienzentrum Weikersheim aus.

Der Vizepräsident des Studienzentrums, eben Jörg Schönbohm, nahm darauf beim Jahreskongress 2008 Bezug: »Die Liste jener, die der politischen Korrektheit zum Opfer gefallen sind, wird von Tag zu Tag länger. Die Empörungsmaschinerie ist in der Zwischenzeit geölt.« Als Beispiele nannte er die ehemalige *Tagesschau*-Sprecherin Eva Herman, den Beinahe-Bundespräsidentenkandidaten Steffen Heitmann, den vorzeitig in den Ruhestand entlassenen »Kommando

Spezialkräfte«-Kommandeur Reinhard Günzel, den zurückgetretenen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger und Günther Oettinger.

Was sie verbindet? Verkürzt und vereinfacht dargestellt: Alle hatten Aussagen getroffen, die ihnen den Vorwurf einbrachten, eine inakzeptable Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus oder seiner politischen Aufarbeitung eingenommen zu haben. Das hatte für sie persönliche Konsequenzen. Oettinger zog sie selbst, indem er die Weikersheimer »Denkfabrik« verließ. Schönbohm: »Ich war von mancher Entscheidung oder mancher Reaktion im Lande Baden-Württemberg etwas enttäuscht.« Er fügte hinzu: »Auch im Landtag von Brandenburg hatten wir eine aktuelle Diskussion, ob es vertretbar ist, dass der Vizepräsident von Weikersheim, Schönbohm, Innenminister von Brandenburg sein kann. Die Diskussion ist beendet, und meine Entschlossenheit, gegen Linkskader vorzugehen, ist dadurch weiterhin gesteigert worden.«

Je weiter rechts einer steht, desto mehr Linke sieht er. Schönbohm: »Es gibt keine Zensur mehr, Gott sei Dank. Aber es gibt den Aufstand der Anständigen und die Tugend- und Moralwächter, die uns sagen wollen, was wir zu tun haben und was nicht. Was wir momentan erleben, ist ein Amoklauf der politischen Korrektheit. In allen Bereichen infizieren uns die Gutmenschen mit dem Betroffenheitsvirus und wollen unsere Lebensgewohnheiten bestimmen.«

Zum »Aufstand der Anständigen« hatte im Jahr 2000 der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgerufen, nachdem ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt worden war. Paul Spiegel, zu jener Zeit Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, würdigte diese Initiative: Gefordert seien »Bürgerinnen und Bürger, die nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht, die Zivilcourage im Alltag beweisen und ihre Stimme erheben«. Das verstehe Schröder unter dem von ihm proklamierten »Aufstand der Anständigen«. Zu dessen »positiven Wirkungen« zählte Spiegel »die seitens des Bundes aufgelegten Programme gegen Rechtsextremismus oder die Einrichtung von Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams«. Er bescheinigte dem Kanzler: »Wichtig und überfällig war zudem die durch Ihren Appell erfolgte eindeutige Positionierung, die darin zum Ausdruck kommende Ächtung jeder Form von Rassismus, Intoleranz und Gewalt. Für diese

Eindeutigkeit, die auch andere Vertreter Ihres Kabinetts immer wieder an den Tag legen, danke ich Ihnen ausdrücklich.«

Auch der brandenburgische CDU-Innenminister Schönbohm nahm eine eindeutige Position ein: »Nach langen Diskussionen über diesen Aufstand der Anständigen haben sich viele angeschlossen, auch die CDU. Und die machten dann einen Marsch gegen Rechtsextremismus. Und ich hab gesagt: ›Ich geh' da nicht mit.‹ Ich halt' überhaupt nichts davon. Man muss praktisch was machen.« Aber er habe feststellen müssen: »Das Andere ist einfacher: Prosecco nehmen, Kerze 30 Minuten, Prosecco, nach Hause fahren.« Das amüsierte seine Weikersheimer Freunde – sie lachten und applaudierten. Schönbohm: »Ich hab' dann gesagt: ›Ich nehme das Schwert des Rechtsstaates in die Hand und sorge für Ordnung und sorge dafür, dass Straftaten bestraft werden und dass jeder das Recht hat, sich frei zu bewegen.‹ Das ist meine Aufgabe als Innenminister – und nicht Kerzen hochzuhalten.«

Wenn der Generalleutnant außer Dienst zum »Schwert des Rechtsstaates« griff, wurden beispielsweise Ausländer abgeschoben – davon erzählte Schönbohm in Weikersheim ebenfalls: »Die Kirche hat mit mir schon viel Ärger gehabt – ich aber auch mit der Kirche. Man wollte mich schon mal vom Abendmahl ausschließen, nachdem ich in Berlin auf einen Schlag 74 Flüchtlinge abgeschoben hatte.« So sorgte ein Christ-Demokrat für Recht und Ordnung, der sich mehr oder weniger überzeugend islamfreundlich gab: »Ich hab' nichts dagegen, dass die Moscheen bauen – aber ich hab' was dagegen, dass wir nicht mehr sagen dürfen, was wir in unserem Land wollen.« Und das habe Folgen: »Dass unter diesen Bedingungen Rechtsextreme an Boden gewinnen, überrascht mich überhaupt nicht. Denn sie sprechen die Dinge an, vor denen wir Angst haben, sie anzusprechen.« Das gab Beifall. Schönbohm beklagte: »Wer Patriotismus einfordert, wird zum chauvinistischen Nationalisten. Und wer an die Werte der Familie erinnert, wird gleich zum Macho oder ewiggestrigen Mutterkreuzler, der dafür sorgen möchte, dass die Frau an den Herd geht.« Der Innenminister sah seinen Auftrag als CDU-Mitglied darin, »etwas klarer mehr Klartext zu reden und ein paar Punkte deutlicher herauszuarbeiten«. Was ihm außerdem wichtig war: »Die nationalsozialistischen Katastrophen und Verbrechen dürfen nicht dazu führen, dass konservatives Denken auf

Zeit, auf ewige Zeit kontaminiert ist – unabhängig davon, wer der geistige Vater oder Mutter dessen ist.«

Die bayerische Schwesterpartei der CDU fürchtete derweil eine andere Katastrophe: »Wir wollen nicht, dass am nächsten Sonntag Kommunisten in den bayerischen Landtag einziehen.« Das sagte der damalige CSU-Vorsitzende und Landesfinanzminister Erwin Huber am 21. September 2008. Einen Tag lang habe ich ihn im Wahlkampf begleitet. Bei einem Frühschoppen der CSU in Regensburg erklärte er: »Ich hab in den letzten Wochen eine Kampagne auch gegen links gemacht. Und zwar deshalb, weil ich der Überzeugung bin, dass Radikale und Extremisten keine Probleme lösen, sondern Probleme machen. Das gilt für die NPD und die DVU genauso wie für die kommunistische Linke.« Was bei diesem Vergleich, der von einigen Unionspolitikern gerne gezogen wird, einfach ausgeblendet wird: Die NPD gehört zu einer weltanschaulichen Bewegung, deren Anhänger in Deutschland regelmäßig Menschen umbringen – vor allem Ausländer und auch Obdachlose. Von »linken« Leuten ist das nicht bekannt. Deshalb verharmlost der Vergleich von »Linke« und NPD die selbst ernannten »Nationaldemokraten«.

Außer auf die Linken hatte es der CSU-Chef auf Muslime abgesehen: »Ich bin der Meinung, wir sind ein christliches Land, und da feiern wir Weihnachten, da feiern wir Ostern, da feiern wir Pfingsten und da feiern wir Fronleichnam. Aber da feiern wir nicht Mohammeds Geburtstag.« Der christ-soziale Wahlkämpfer malte das Bild vom faulen Ausländer in Deutschland: »Bei uns wandern in der Regel die ein, die von unserem Staat leben wollen.« Schön, Huber!? Zusätzlichen Beifall bekam er für die Aussage: »Wenn jemand Deutscher werden will und nur das Wort ›Sozialhilfe‹ kann, dann kann er nicht eingebürgert werden.«

Der Minister würdigte den Einbürgerungstest. Den hätten »clevere Leute gemacht, die wissen, worauf es ankommt«. Eine Frage lautete: »Was ist die CSU?« Das freute Erwin Huber: »Ohne zu wissen, was die CSU ist, kann man nicht deutscher Staatsbürger werden.« Dieser politische Frühschoppen endete mit dem gemeinsamen Absingen der Bayernhymne und der Nationalhymne.

Erwin Huber fuhr anschließend in die Meistersingerhalle nach Nürnberg, zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen. Da sprach er den Anwesenden aus dem Herzen, als er sagte: »Es geht

darum, die Opfer im eigenen Volk nicht zu vergessen. […] Wenn es bei uns heute viele gibt, die Vertreibung in der heutigen Zeit anprangern, wenn sie in Afrika passiert, in Asien, in anderen Erdteilen . Natürlich ist das Unrecht, natürlich ist das Verbrechen. Aber das, was wir heute anprangern auf fremden Erdteilen, das dürfen wir auch anprangern, dort, wo Deutsche Opfer dieser Verbrechen geworden sind.«

Dass von polnischer Seite »so starke Einwände« gegen das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin vorgebracht worden seien, das habe er »nie verstehen können«. Huber: »Da sieht man, dass manche Völker 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch immer nicht verstanden haben, um was es geht. Es geht nicht um einseitige Schuldzuschreibung hin oder her, sondern es geht um die geschichtliche Wahrheit.«

Was für den CSU-Politiker auch zur geschichtlichen Wahrheit gehört: »Wir wissen, dass mit der deutschen Einheit und der Gestaltung und der rechtlichen Anerkennung der deutschen Einheit schmerzliche Verluste verbunden waren und Grenzen in Europa anerkannt werden mussten, sonst hätten wir diese Einheit nicht bekommen.«

Was führende NPD-Politiker zu diesem Thema sagen, klingt ähnlich wie die Huber'schen Ausführungen. Im Jahr 2004 hörte ich den damaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt im bayerischen Senden über »das Land Polen« sprechen, »das immer noch ein Drittel des deutschen Reichsgebiets bis zum heutigen Tage besetzt hat«. Fünf Jahre später beklagte der mecklenburgische NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs im sächsischen Landtagswahlkampf bei Jänkendorf, rund 20 Kilometer Luftlinie von der polnischen Grenze entfernt: »Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes ist territorial noch nicht vollendet. Es fehlen nach wie vor unsere deutschen Ostgebiete.«

Der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete ist für den damaligen CSU-Chef Huber »schmerzlich«, obwohl er selbst bemerkt hat, dass viele Grenzen gar keine große Rolle mehr spielen: »Zugleich ist etwas Wunderbares geschehen, nämlich, dass viele Länder, in denen früher deutsches Siedlungsgebiet war, jetzt zur Europäischen Union gehören« – er nannte Polen als Beispiel.

Noch etwas Wunderbares ereignete sich eine Woche später: Die

Partei, die Erwin Huber – neben Ministerpräsident Günther Beckstein – als Spitzenkandidat auf die Bürger losgelassen hatte, erlitt eine historische Wahlschlappe. Die CSU verlor einen Stimmenanteil von 17,3 Prozent und damit die absolute Mehrheit im bayerischen Landtag.

Die hessische CDU war ein gutes halbes Jahr vorher ebenfalls nicht erfolgreich gewesen. Sie konnte mit der FDP als Koalitionspartner keine Landesregierung bilden. Und Ulrich Caspar, der Wahlkämpfer aus Frankfurt-Hausen, verpasste den Wiedereinzug in den Landtag. Dieses Ergebnis hatte allerdings nur ein Jahr lang Bestand, weil die Regierungsbildung von SPD und Grünen scheiterte. Anfang 2009 eroberten CDU und FDP ihre Mehrheit zurück, und Caspar wurde wieder Abgeordneter.

Und die hessische CDU-Politikerin Kristina Schröder avancierte zwischenzeitlich zur Bundesfamilienministerin. Auf sie bin ich schon im Landtagswahlkampf 2008 aufmerksam geworden, als sie noch einfache Bundestagsabgeordnete war und Köhler hieß. Sie stand damals auf meiner Rechercheliste, weil sie behauptet hatte, Täter mit Migrationshintergrund würden sich gezielt deutsche Opfer suchen – die deutschenfeindliche Gewalt nehme zu. Ich habe es aber aus terminlichen Gründen nicht geschafft, einen Wahlkampfauftritt von ihr zu besuchen.

Gegenüber dem ARD-Magazin *Panorama* sagte Kristina Köhler im Januar 2008, dass »deutschenfeindlicher Rassismus« wachse: »Wir stellen fest, dass es in Deutschland zunehmend auch eine deutschenfeindliche Gewalt von Ausländern gegenüber Deutschen gibt, weil das Deutsche sind. Also, dass es nicht zufällig ist, dass sich ein Täter mit Migrationshintergrund ein deutsches Opfer sucht, sondern, dass er sich gezielt ein deutsches Opfer sucht, weil es eben ein Deutscher ist und weil er die Deutschen für ›Scheißdeutsche‹, für ›Schweinefleischfresser‹ oder für ähnliches hält und eben deswegen diesem Opfer Gewalt antut.« Sie berief sich dabei unter anderem auf eine Studie des bekannten Kriminologen Christian Pfeiffer, der früher für die SPD Justizminister in Niedersachsen gewesen war. Von *Panorama* darauf angesprochen, dass jener »nicht die Schlussfolgerung zieht, dass die Gewalt von Migranten als Grundlage die Deutschenfeindlichkeit hat«, antwortete sie: »So ist das in der Wissenschaft. Jeder zieht seine eigenen Schlussfolgerungen.«

Dieselbe Politikerin, die im Jahr 2008 auf zweifelhafter Basis vor deutschenfeindlichen Tendenzen bei gewalttätigen Ausländern gewarnt hat, ist heute als Bundesfamilienministerin – neben dem Innenminister – federführend für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständig. Kristina Schröder: »Wir haben inzwischen viel Wissen und Kompetenz im Kampf gegen Rechtsextremismus erworben. Das wollen wir für andere nutzbar machen, indem wir es bündeln. Wir planen dazu ein bundesweites Informations- und Kompetenzzentrum.« Das hört sich so an, als ob eine geistige Brandstifterin in die Rolle einer Löschmeisterin geschlüpft wäre.

Während Vertreter bürgerlicher Parteien gegen Ausländer immer wieder politisch oder mit Staatsgewalt vorgehen, attackieren Neonazi-Skinheads sie mit körperlicher Gewalt. Wer Straftaten von Zuwanderern aus populistischen Gründen zum Wahlkampfthema macht, schürt Ängste und sorgt damit für ein gesellschaftliches Klima, in dem sich der Straßenkampf gegen »Kanaken« fast schon als Notwehr darstellen lässt. Der braune Mob kann dann in dem Bewusstsein losschlagen, nicht – wie die anderen – nur darüber zu reden, sondern etwas dagegen zu tun. Etwas zugespitzt formuliert bilden die politischen Glatzenträger so etwas wie die Jugendbewegung der Stammtische. Sie sind keine gesellschaftliche Randgruppe, sondern sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Der österreichische Liedermacher und Popsänger Wolfgang Ambros hat sich mit diesem Phänomen sarkastisch auseinandergesetzt: »Sie hören’s in der Kneipe, sie hören’s im Büro: Nix gegen Asylanten, aber heimlich san sie froh, wenn Asylantenheime brennen und der Pöbel lacht. […] Sie bauen auf den Skinhead, der alles für sie macht – sie zerhacken die Kanaken, jede Nacht a neue Schlacht.«

Daniel »Gigi« Giese, der im Kontext der NSU-Morde wegen seines Titels *Döner-Killer* bekannt geworden ist, hat dieses Lied gecovert. Aufgrund seines Gegröles wirkt der Ambros-Text freilich nicht mehr satirisch pointiert, sondern aggressiv: »Kanaken, Kanaken, Kanaken zerhacken. Kanaken, Kanaken, Kanaken zerhacken .«

Kapitel 8

RECHTE IM RECHTSFREIEN RAUM

»Wir selber tun uns schwer.«

Günther Beckstein, damals bayerischer Innenminister, über die Strafverfolgung in der Rechtsrockszene

Die meisten politisch motivierten Straftaten haben seit Jahrzehnten einen rechtsextremen Hintergrund.« Das offenbarte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich am 11. Mai 2012, als er über die »Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität 2011« berichtete. »In keinem Phänomenbereich sind bei einer Langzeitbetrachtung so viele Todesopfer zu beklagen.«

Trotzdem war in den vergangenen Jahren der islamistische Terrorismus das Topthema in Politik und Medien. Auch in besagtem Bericht des Bundesinnenministers stand er an erster Stelle: »Die politisch motivierte Kriminalität in 2011 war von zwei Ereignissen geprägt, die uns noch lange in trauriger Erinnerung bleiben werden: Erstmals ist in Deutschland ein islamistisch motivierter Terroranschlag vollendet worden. Zudem wurde die rechtsterroristische Gruppierung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‹ aufgedeckt, die über 13 Jahre im Untergrund gelebt und in dieser Zeit mindestens zehn Menschen getötet hat.«

Das mutmaßlich zehnte Opfer des NSU, eine Polizistin, war bereits tot, als das Bundesamt für Verfassungsschutz seinen jährlich verwendeten Standardsatz mit neuer Jahreszahl veröffentlichte: »Rechtsterroristische Strukturen waren auch 2007 in Deutschland nicht feststellbar, ebenso wenig wie eine Theoriediskussion, die zu einer systematischen Gewaltanwendung aufgefordert hätte. Gleichwohl birgt die Affinität der Szene zu Waffen und Sprengstoff ein latentes Gefährdungspotenzial.« Demnach muss es eine unsystematische Gewaltanwendung von Rechtsextremisten gewesen sein, die bis dato bekanntermaßen Dutzende Todesopfer gefordert hatte. Nur ein latentes Gefährdungspotenzial?

Statistisch betrachtet wird meist der Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung. »Unter Berücksichtigung der Morde des NSU und des bisherigen Ergebnisses der noch andauernden Überprüfung von Altfällen auf etwaige rechtsextreme Hintergründe sind bislang 60 Todesopfer rechter Gewalt seit dem Jahr 1990 zu verzeichnen«, sagte Hans-Peter Friedrich am 11. Mai 2012. *Der Tagesspiegel* berichtete am 31. Mai 2012 (nach gemeinsamen Recherchen mit der *Zeit*) hingegen über »mindestens 149 Menschen«, die »ihr Leben durch Angriffe rechtsextremer Täter verloren« hätten. Die Amadeu-Antonio-Stiftung, die nach einem der Nazi-Opfer benannt ist, kommt sogar auf »182 Todesopfer rechter Gewalt« seit 1990.

Eine mögliche Erklärung für diese Unterschiede findet sich in den Aussagen des Bundesinnenministers zur staatlichen Zählung: »Die Erfahrungen mit der rechtsterroristischen Gruppierung ›NSU‹ haben auch noch einmal deutlich die Grenzen der Statistik vor Augen geführt und uns bewusst gemacht: Eine zutreffende Zuordnung von Straftaten zur politisch motivierten Kriminalität gelingt nicht immer zeitnah.« Und dann kam wieder der Islamismus: »Auch zeigt gerade der die wenigsten Straftaten aufweisende Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität, zu dem auch der islamistische Terrorismus gezählt wird, von dem nach wie vor die größte Gefährdung ausgeht, wie wenig gerade bezogen auf kleine Phänomenbereiche die Statistik zur Einschätzung der Bedrohungslage taugen kann.« Es bleibt für den CSU-Minister also dabei: Die größte Gefährdung geht vom islamistischen Terrorismus aus, nicht von der mordsmäßig wachsenden Neonazi-Bewegung, welche die Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund hervorgebracht hat.

Staatliche Akteure haben im Umgang mit Neonazis immer wieder weggeschaut, verharmlost und geschlampt, wie nicht nur ich bei meinen Recherchen feststellen musste. Bundesweit thematisiert und diskutiert worden ist allerdings erst das behördliche Totalversagen im Fall des NSU, dem extremsten Beispiel, das bisher bekannt ist. Gerhard Schäfer (Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D.), Volkhard Wache (Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a. D.) und Gerhard Meiborg (Leiter der Abteilung Strafvollzug im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz) haben im Auftrag der thüringischen Landesregierung das »Verhalten der

Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des ›Zwickauer Trios‹« untersucht. Ihr Urteil fällt vernichtend aus.

- *Erstes Beispiel:* »Die vom Thüringischen Landeskriminalamt der Kommission übergebenen 24 Aktenordner zum Ermittlungsverfahren lassen keinerlei Ordnung erkennen. Die Akten sind weder chronologisch noch systematisch oder nach Zusammenhängen geführt. Ein System ist in keiner Weise zu erkennen.«
- *Zweites Beispiel:* »Soweit das Thüringische Landesamt für Verfassungsschutz bei der Suche nach dem TRIO eingeschaltet war, war die Kommunikation innerhalb der Behörde mangelhaft. So wurde die Auswertung allenfalls gelegentlich mit den Informationen der Beschaffung befasst.«
- *Drittes Beispiel:* »Eine effektive Zusammenarbeit vom Thüringischen Landesamt für Verfassungsschutz und dem Thüringischen Landeskriminalamt hat nicht stattgefunden. Das Verhältnis war von Konkurrenzdenken geprägt. Das zeigt sich insbesondere beim Thüringischen Landesamt für Verfassungsschutz, das wichtige Quellenmeldungen, die Ermittlungsansätze boten, dem Thüringischen Landeskriminalamt nicht zur Verfügung stellte.«

In Thüringen haben die Rechtsterroristen gelebt. Aber fünf von zehn Morden, die ihnen zugeschrieben werden, sind in den Jahren 2000 bis 2005 in Nürnberg und München begangen worden – ohne dass ihnen die bayerischen Behörden auf die Schliche gekommen wären. Über deren Ermittlungsarbeit ist bisher kein unabhängiges Gutachten bekannt, dafür eine Bewertung von Günther Beckstein (CSU), der von 1993 bis 2007 bayerischer Innenminister war. Er hat am 24. Mai 2012 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags »in einer über einstündigen Rede die vielfach kritisierte Tätigkeit der Sicherheitsbehörden« verteidigt, wie auf der Internetseite des Parlaments zu lesen ist:

> »Die mit den Ermittlungen beauftragte Sonderkommission (Soko) Bosporus der Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz hätten ›keine substanziellen Fehler‹ gemacht, sagte der CSU-

> Politiker vor den elf Abgeordneten, die Pannen und Fehlgriffe bei den Recherchen der Behörden zu den Tötungsdelikten durchleuchten sollen, zu denen 2007 noch die Erschießung einer Polizistin in Heilbronn kam. ›Es schmerzt mich‹, so der Zeuge, dass es trotz des unglaublichen Eifers‹ der Beamten nicht gelungen sei, ›die Mörderbande dingfest zu machen‹. Es sei die ›Tragik dieses Falles‹, dass trotz intensiver Arbeit kein Erfolg erzielt worden sei. […] Beckstein räumte ein, dass manches hätte ›besser laufen können‹, was etwa für die Kooperation zwischen der Soko und dem Verfassungsschutz gelte.«

Fünf Morde, deren Täter weder ermittelt noch gefasst werden konnten? Da hätte tatsächlich manches »besser laufen können« . Im Bericht auf der Bundestags-Homepage heißt es außerdem:

> »Beckstein, der einen großen Teil seiner Rede mit der Aufzählung seiner Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus bestritt, wehrte sich gegen den ›infamen‹ Vorwurf, in Bayern sei man ›auf dem rechten Auge blind‹. Er selbst habe mehrfach darauf gedrungen, neben der im Vordergrund stehenden Tätersuche im kriminellen Milieu auch einen rechtsextremen Hintergrund der Mordserie zu prüfen. Auf das NSU-Trio hätten in Bayern jedoch keine fundierten Hinweise existiert. Auch Bekennerschreiben hätten nicht vorgelegen. Generell hätten bei diesen Erschießungen außer den Opfern und Erkenntnissen über die Tatwaffe handfeste Spuren gefehlt. Die von einem Profiler entwickelte und ins rechtsextreme Spektrum weisende Einzeltätertheorie sei ebenfalls ›nicht mit Beweisen belegt‹ gewesen. Beckstein trat der im Ausschuss aufgrund bisheriger Zeugenvernehmungen und von Aktenzitaten mehrfach geäußerten Kritik entgegen, er habe verhindern wollen, dass die Sonderkommission ›Bosporus‹ in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinwies, es werde neben Spuren im kriminellen Milieu auch die Hypothese der Einzeltätertheorie verfolgt. Er habe nicht gefordert, dies zu unterlassen, sondern nur gemahnt, angesichts der wegen der Mordserie tief verunsicherten türkischen Bevölkerung ›sensibel‹ vorzugehen, um Ängste nicht weiter zu schüren.«

Derart »sensibel« habe ich Innenminister Beckstein im Jahr 2007

selbst erlebt, als ich die Pressekonferenz besuchte, in der er den Landesverfassungsschutzbericht 2006 vorstellte. Der CSU-Politiker achtete auch damals darauf, bloß keine Ängste vor Rechtsextremisten zu schüren: »Der Linksextremismus wird in der Bedeutung in der Öffentlichkeit unterschätzt. Wir haben ein größeres Gewaltpotenzial im Linksextremismus als im Rechtsextremismus.«

Beckstein fehlte der politische Wille, maximal wirkungsvoll gegen Neonazis vorzugehen. Strukturelle Defizite trugen dazu bei, dass seine Polizei schon an weniger schwierigen Aufgaben scheiterte als an der Aufklärung von fünf Terroristenmorden. So gab es in der Ära Beckstein auch keine landesweite Strategie zum Umgang mit Rechtsrockkonzerten. Zuständig dafür seien die Polizeidirektionen, teilte damals das Landeskriminalamt auf Anfrage mit. Dabei liegt nahe, dass polizeiliche Staatsschützer auf dieser Ebene, die sich neben dem Rechtsextremismus um den Islamismus und den Linksextremismus kümmern müssen, überfordert sind, wenn sie es mit überregional oder gar international vernetzten Neonazi-Organisatoren zu tun bekommen. Wie sollen die Beamten vor Ort deren konspirative Mobilisierungsstrukturen kennen? Wenn bei ihnen plötzlich einige hundert Nazis zu einer angeblichen Geburtstagsfeier auftauchen, dann haben sie praktisch keine Chance, noch während des Konzerts zu beweisen, dass es sich um eine öffentliche und keine private Veranstaltung handelt. Das wäre aber die Voraussetzung dafür, um Propagandadelikte wie Hitlergrüße und »Sieg Heil«-Rufe strafrechtlich verfolgen und das Konzert auflösen zu können.

Eine solche »Geburtstagsfeier« fand beispielsweise am 17. Juli 2004 auf einem Bauernhof bei Kürnach nahe Würzburg statt. 600 Gäste kamen, von ihnen kassierten Mitglieder der Hammerskins Franken am Eingang 20-Euro-Spenden für das Geburtstagskind. Die Hammerskin Nation ist eine rassistische Bruderschaft, die international ähnlich dem Netzwerk Blood & Honour agiert, aber als elitärer gilt. Weil die Nazis ihre Party als privat deklariert hatten, sagte Wolfgang Glücker von der Würzburger Polizei hinterher gegenüber dem Bayerischen Fernsehen: »Wir hatten also nicht die Möglichkeit, auf dieses Veranstaltungsgelände zu gehen. Wir mussten das auch so akzeptieren. Das war für uns nicht überprüfbar an diesem Abend.« Die Reporterin fragte daraufhin: »Was wäre denn

der Anlass gewesen, um auf das Gelände draufzugehen?« Glücker: »Ja, wenn zum Beispiel Straftaten vorgekommen wären, wenn wir die im Außenbereich mitbekommen hätten, dann hätten wir sehr wohl die Möglichkeit gehabt, dieses Gelände zu betreten.«

Bei diesem Konzert habe ich mit meiner versteckten Kamera Hitlergrüße dokumentiert. Die Polizei konnte sie nicht sehen, weil das eigentliche Konzert in einer Scheune stattfand. Das »Sieg Heil«-Geschrei haben die Beamten offenbar auch nicht gehört, obwohl der Schuppen nicht schalldicht war. Die Mitglieder der ungarischen Gruppe »Verszerzödes« präsentierten sich an diesem Abend im Stile der deutschen Kultband »Landser« als »Arische Kämpfer«, die gewaltbereit drohten: »Punker, Schwule, Kommunisten steh'n auf unseren schwarzen Listen. Am Tage X, zur Stunde Null, da retten euch auch keine Bull'n.« Und: »Marxisten, die unser Land regier'n und Nigger und Türken integrier'n. Doch wir stehen auf, in Ost und West, und kämpfen gemeinsam gegen diese Pest.« Darüber hinaus gab sich das Publikum sangesfreudig: »Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz, hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um.« Und noch einen anderen Szene-Evergreen schmetterten die Skinheads, das *Blut*-Lied.

Konzerte bis zu einer Größenordnung von 100 Personen können von cleveren Neonazis so organisiert werden, dass es keine Anhaltspunkte für den öffentlichen Charakter des Events gibt: angefangen von persönlichen Einladungen per Postversand bis hin zu einem privaten Konzertsaal, der schalldicht ist. Die Regel ist jedoch, dass die Geburtstagsfeiern wie im Kürnacher Fall szeneintern als Konzerte angekündigt werden und die »persönliche Einladung« via Mail-Verteiler verschickt wird – oder es wird per SMS mobilisiert, dann werden die »Einladungen« bei Bedarf an einem konspirativen Treffpunkt verteilt. Was für Geburtstagsfeiern ebenfalls ungewöhnlich ist: Es wird Eintritt kassiert, der bezahlt werden muss, selbst wenn nur um eine »Spende« gebeten wird. All das weiß, wer sich in der Neonazi-Szene bewegt – die bayerische Polizei wusste das in der Regel offenbar nicht. Das deutet darauf hin, dass sie im Bereich der verdeckten Ermittler (Polizisten im Undercover-Einsatz, nicht zu verwechseln mit V-Leuten aus der Szene) schlecht aufgestellt war.

Während die Polizei in Kürnach ratlos vor der angeblichen

Privatveranstaltung gestanden zu haben scheint, weil eine landesweite Strategie für solche Einsatzlagen fehlte, waren am 22. Oktober 2005 Staatsschutzbeamte am Werk, die nicht nur auf dem rechten Auge blind, sondern zudem auf dem rechten Ohr taub waren. Die NPD hatte auf den Hof einer abseits gelegenen Gaststätte in Mitterschweib nahe Mitterskirchen geladen. Immer wieder zeigten Neonazis den Hitlergruß, eine Formation aus Mitgliedern der Thüringer Bands »Blutstahl« und »Sonderkommando Dirlewanger (SKD)« spielte Lieder, die teilweise strafrechtlich relevant waren. Ein Textbeispiel: »Wir wollen euren Jesus nicht, das alte Judenschwein.« Oder: »Volk ans Gewehr – gegen Reemtsma und Heer«, ein gesungener Aufruf zum Mord an Jan Philipp Reemtsma und Hannes Heer, die mit ihrer Wanderausstellung bundesweit auf Verbrechen der Wehrmacht aufmerksam gemacht hatten. Ein weiteres Beispiel: »Wir stehen zum Volk und zur Nation, und eines Tages stürzen wir Zions Thron.« Und dann noch ein Appell zum bewaffneten Kampf: »Für die Reinheit unserer Rasse sind wir bereit, zu den Waffen zu greifen.« Hinzu kam auch hier der Publikumschor: »Blut muss fließen knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.«

Polizeibeamte in Zivil verfolgten diesen Auftritt im Konzertzelt, wie NPD-Funktionär Norman Bordin sogar von der Bühne herunter verkündete. Das bayerische Innenministerium bestätigte Jahre später, am 3. März 2012, auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Sepp Dürr (Bündnis 90/Die Grünen): »Während des Konzertes waren ständig Polizeikräfte, insbesondere zwei Beamte des Staatsschutzkommissariats, im Festzelt.« Sie hörten auch weg, als das verbotene Netzwerk B&H in dem Lied *For the Blood & Honour* besungen wurde. Nicht einmal, als das Licht ausgemacht wurde, um zu verbergen, wer auf der Bühne den *Polackentango* anstimmte, wurden die Staatsschützer hellhörig. Sie griffen nicht ein, obwohl um das Anwesen herum ihre Kollegen aus Unterstützungskommandos bereitstanden. Das Innenministerium äußerte in seiner Antwort auf die Landtagsanfrage hin Verständnis: »Im Zelt herrschte ein derart hoher Lärmpegel, dass für die eingesetzten Beamten ein Großteil der gesungenen und gesprochenen Textpassagen nicht verständlich war. […] Weiter haben die polizeilichen Erfahrungen gezeigt, dass eine Bewertung vor Ort

während der Veranstaltung ohne Kenntnis des Textes grundsätzlich kaum möglich ist (Lautstärke, Verständlichkeit, verschiedene Versionen).«

Das ist richtig, aber nicht wirklich überraschend: Wer die Lieder an solch einem Abend zum ersten Mal hört, der wird sie kaum verstehen können. Deshalb habe ich unzählige Texte, vor allem Songs von populären Bands wie »Landser«, auswendig gelernt. Diese Notwendigkeit hat auch die Berliner Polizei erkannt und deshalb Beamte geschult, damit sie mit dem Liedgut vertraut sind, wie der dortige Justiziar Oliver Tölle erklärte, als ich ihn für den Dokumentarfilm *»Blut muss fließen« – Undercover unter Nazis* interviewte. In Bayern werden hingegen Beamte ohne Textkenntnis eingesetzt. Polizeilich organisierter Dilettantismus. Ich verstand bereits während des Konzertes in Mitterschweib, was ich gerade in Bild und Ton aufnahm. Deshalb staunte ich immer mehr, warum die Polizei nicht eingriff. Abgesehen davon werden wohl selbst die schlecht ausgebildeten bayerischen Staatsschützer beigebracht bekommen haben, wie ein Hitlergruß aussieht und dass er strafbar ist.

Das NPD-Konzert bei Mitterskirchen offenbarte, warum Bayern ein Konzertparadies für Neonazis war (ob es immer noch eines ist, kann ich nicht mit hinreichender Sicherheit einschätzen, da ich seit 2007 nicht mehr dort gedreht habe). Sobald eine solche Veranstaltung begonnen hatte, konnten die nationalistischen Rassisten im Freistaat praktisch machen, was sie wollten – die Polizei stürmte fast nie. Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums ist von 2003 bis 2005 kein einziges von insgesamt 49 Skinhead-Konzerten aufgelöst worden, 2006 nur – oder immerhin – eines.

Im Nachbarland Thüringen haben die Ordnungshüter anders durchgegriffen, gemäß einem Erlass des Innenministeriums zur »Polizeilichen Behandlung von Skinheadkonzerten«. Dieser sah vor, dass »alle rechtlichen Möglichkeiten, insbesondere hinsichtlich der Verhinderung oder Auflösung von Skinheadkonzerten, geprüft und ausgeschöpft werden« – so die Zusammenfassung, der genaue Wortlaut wird unter Verschluss gehalten. 2006 wurden sechs von zwölf Konzerten aufgelöst und weitere sechs im Vorfeld verhindert. Diese Leistung war noch besser als jene des Jahres 2005 (neun von 22 Konzerten aufgelöst, sechs im Vorfeld verhindert), aber immer

noch steigerungsfähig. Denn im August 2006 hatte ich zwei Gigs im Skinhouse Menfis in Neustadt an der Orla besucht, die ebenfalls beendet gehört hätten. Es wurden unter anderem rassistische Lieder wie *When The Boat Comes In* mit der wiederkehrenden Textzeile »Nigger, nigger, get out of here« gesungen, in manchen wurde zu Gewalt und Mord aufgerufen. Hitlergrüße gab es ebenfalls, und bei einem der Konzerte stellte ein Neonazi sein Hakenkreuz-Tattoo zur Schau. Aber die Polizei war nicht einmal anwesend, zumindest nicht in Uniform.

Auch die Baden-Württemberger Sicherheitskräfte zeigten im Jahr 2006 (nach einem Rechtsrockrekordjahr 2005) mehr Einsatz als die Bayern. Gleich im Januar zerschlugen sie sogar zwei Konzerte am selben Tag, obwohl das eine als Geburtstagsfeier deklariert und beim anderen die Besucher über einen Treffpunkt in Frankreich geschleust worden waren. Möglicherweise hatte der Verfolgungsdruck im Südwesten schon Ende des Vorjahres zugenommen: Die Band »Act of Violence« aus dem Raum Ulm war am 22. Oktober 2005 nach Bayern ausgewichen, um ihre neue CD vorzustellen.

Dass es solche Verdrängungseffekte gibt, bestätigte der Berliner Verfassungsschutz im Dezember 2006: »In Berlin ist der Konzertbetrieb seit vielen Jahren fast völlig zum Erliegen gekommen. Rechtsextremistische Konzertveranstaltungen werden in der Regel außerhalb von Berlin durchgeführt. Grund hierfür ist die restriktive Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden. In den letzten zehn Jahren lag die Zahl der rechtsextremistischen Konzerte in Berlin lediglich in einem Jahr (1997) bei drei Konzerten, ansonsten immer darunter.«

Bayern erzielte den umgekehrten Effekt. Die Passauer Polizei nutzte nicht einmal die guten Einsatzvoraussetzungen bei der CD-Vorstellung in Mitterschweib. Sie bestanden darin, dass die NPD das 450-Personen-Konzert als öffentliche Veranstaltung angemeldet und die Polizei deshalb ein unbestreitbares Zutrittsrecht hatte.

Mit solchen Pannen und Mängeln wollte ich den bayerischen Innenminister Günther Beckstein konfrontieren. Ich bin deshalb nach München geflogen, als er am 28. März 2007 den Verfassungsschutzbericht 2006 präsentierte. Zum Auftakt gab er folgende Erklärung ab: »Ich hebe hervor, dass wir eine glasklare Abgrenzung der Rechtsextremisten, die wir härtest bekämpfen, von der demokratischen Rechten benötigen. [.] Wer national-

konservative Grundhaltungen hat, der wird unterstützt, der Rechtsextremist wird zu bekämpfen sein.« Becksteins Hinweis zur Unterscheidung: »Wer Hitler als einen großen Staatsmann anschaut wie der NPD-Vorsitzende, der wörtlich erklärt hat, ›Hitler war ein großer Staatsmann, der allerdings auch strategische Fehler gemacht hat‹, das ist nicht ein demokratischer Rechter, sondern ein verrückter Rechtsextremist.« Und der Minister sah vor seinem Journalistenpublikum noch weiteren Erläuterungsbedarf: »Hitler war ein Verbrecher und nicht ein großer Staatsmann.«

NPD-Leute würden »systematisch in Veranstaltungen reingehen«, berichtete der CSU-Mann. »Leute, denen man schon ansieht, dass es handfeste Typen sind, setzen sich bewusst in die ersten Reihen, damit unerfahrene Leute eingeschüchtert werden.« Beckstein schilderte die Folgen und wie nahe er persönlich an der Szene dran sei: »Ich habe das selbst erlebt, bei Veranstaltungen in den neuen Bundesländern, dass Leute, die nicht die Handfestigkeit und vielleicht auch Abgebrühtheit eines bayerischen Innenministers haben, sich da nimmer viel zu sagen trauen.« Ein handfester, abgebrühter Innenminister, der nicht in der Nähe der anwesenden Nazis wohnt und obendrein Personenschutz genießt, hat gut reden.

Die Rechtsrockkonzerte erwähnte der Minister bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts nur in ein paar Sätzen: »Daneben haben wir noch Neonazis und rechtsextremistische Skinheads. Was von besonderer Schwierigkeit ist, ist auch die Frage der Skinhead-Konzerte. Die Zahl der Skinhead-Konzerte hat sich hier erhöht. Der Kampf gegen Rechts ist ein wichtiges Anliegen.«

Als Beckstein fertig war, hakte ich nach.

Thomas Kuban: »Mein Name ist Thomas Kuban, ich bin freier Journalist und habe einige Fragen zum Bereich der Neonazi-Musikszene. Zunächst habe ich aber noch eine Verständnisfrage, und zwar: Sie sprechen von 26 Konzerten, da würde mich interessieren, was da alles eingeflossen ist. Weil wenn man Skinheadband-Konzerte, Liedermacher-Konzerte und auch politische Veranstaltungen zusammenzählt, bei denen Bands oder Liedermacher aufgetreten sind, kommt man in eine Größenordnung von runden 50 Konzerten.«

Günther Beckstein: »Herr Gruber, Sie haben die Zahl 26 genannt. Also sollen Sie das erläutern.«

Franz Gruber, Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz: »Das waren eben die Konzertveranstaltungen, die eine gewisse Außenwirkung entwickelt haben. Die also größer waren. Wo die Teilnehmerschar vielleicht bei 100 beziehungsweise darüber lag. Wir erfahren, ganz offen gesagt, auch nicht von jeder Skinhead-Veranstaltung. Wenn das zum Beispiel im engsten Kreis als Geburtstagsparty dargestellt wird, wenn da dann eine Band auftritt und 50 geladene Gäste kommen, in irgendeine Scheune, uns die entsprechenden Landwirte diese Information nicht geben oder die Polizei vor Ort diese Information auch nicht erheben konnte, dann wird die Veranstaltung völlig unbeeinflusst von Sicherheitsbehörden durchgeführt werden. Meistens haben die auch gar keine Außenwirkung.«

Kuban: »Wenn Sie sagen, diese 26 Konzerte sind die, die etwas größer waren, dann stellt sich ja die Frage, wie der Repressionsdruck ausgesehen hat. Denn es war ja so, wenn man die Jahre 2000, 2001 mit einbezieht, da hatten Sie vier, fünf Konzerte im Jahr, inzwischen sind's 26 nach Ihrer Zählung, größere Konzerte, über 100 Personen. Was haben Sie gegen diese Szene unternommen und an was sind Sie da bisher gescheitert?«

Gruber: »Also wir können ja als Landesbehörde für Verfassungsschutz gegen die Durchführung von Konzerten überhaupt nichts unternehmen.«

Kuban: »Das ist auch eher eine Frage an Herrn Beckstein.«

Beckstein: »Dann nochmal: Wir beobachten rechtsextremistische Konzerte, ein Verbot ist dann möglich, wenn Straftaten passieren.«

Kuban: »Aber Straftaten passieren bei diesen Konzerten ja generell. Also, ich bin öfter bei diesen Konzerten als verdeckter Rechercheur unterwegs, habe zum Beispiel auch in den letzten Jahren vier Konzerte in Bayern gefilmt, die sind auch ausgestrahlt worden in verschiedenen Magazinen, und da ist es jedes Mal ganz massiv zu Straftaten gekommen: also beim Hitlergruß angefangen, bis hin zu extrem menschenverachtenden Texten – ›Wir wollen euren Jesus nicht, das alte Judenschwein‹ und so weiter. Teilweise war sogar Polizei im Konzertsaal, und trotzdem sind alle diese Konzerte, bei denen ich beispielsweise gewesen bin, bis zum Schluss weitergelaufen.«

Beckstein: »Wenn eindeutige Straftaten passieren, wird die Polizei das

Konzert abbrechen und unterbinden.«

Kuban: »War aber definitiv nicht so. Ist auch ausgestrahlt worden.«

Beckstein: »Das Problem ist, dass die Grenze zwischen eindeutiger Straftat und Freiheit der Kunst so ist, dass zum Beispiel bezüglich Schulhof-CDs es zu unterschiedlichen Entscheidungen gekommen ist. Wenn der Polizeibeamte vor Ort ist, wird er unter Umständen versuchen, mit dem Staatsanwalt Kontakt aufzunehmen, um von dem eine Bewertung zu bekommen. Wenn traditionelle Texte verwendet werden, die man einstufen kann, ist das auch natürlich klar. Aber die 26 Konzerte sind nicht von Straftaten geprägt gewesen, sind aber trotzdem eindeutig rechtsextremistisch.«

Kuban: »Doch, das ist aber der Regelfall.«

Rainer Riedl, Pressesprecher im Innenministerium: »Also wir können jetzt wahrscheinlich nicht irgendwelche Einzelfälle hier am Tisch .«

Kuban: »Nein, es geht nicht um Einzelfälle, das ist flächendeckend. Sie werden kein konspirativ organisiertes Neonazi-Konzert finden, bei dem Sie keine Straftaten haben, und auch in Bayern sind da Gesänge gelaufen wie ›Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib‹. Und da ist dann natürlich schon die Frage: Warum macht da die Polizei nichts? Sie sprechen auch an, diese Privatveranstaltungen .«

Beckstein: »Die Frage, was Sie als Straftat ansehen und was die Staatsanwaltschaft zur Anklage bringt, ist möglicherweise unterschiedlich.«

Kuban: »Das sind definitiv verbotene Texte, und in den Nachbarländern Thüringen und Baden-Württemberg wird das ganz anders gehandhabt. Da ist es dann so, dass eben viel mehr Konzerte gestürmt werden als in Bayern, auch mit dem entsprechenden Ergebnis: Baden-Württemberg konnte die Zahl der Konzerte von 24 im Jahr 2005 auf neun im Jahr 2006 zurückfahren, wovon noch fünf gestürmt wurden – Konzerte bis zu einer Größenordnung von 500 Personen. Warum passiert das nicht in Bayern?«

Beckstein: »Also, wir haben hier eine völlig einheitliche Haltung zwischen Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen. Wir sind ja im Südverbund, besprechen das im Detail, übrigens auch mit österreichischen Kollegen haben wir engste Beziehungen. Da war vor kurzem auch einer der bayerischen Polizeipräsidenten zu einem Gespräch mit den Verantwortlichen in Österreich, um hier ein

abgestimmtes Verhalten zu haben. Die Problematik ist eine Grauzone, wo nicht von vorneherein bei bestimmten Bands davon ausgegangen werden kann, dass Straftaten passieren. Noch einmal: Was Straftat ist, was noch Freiheit von angeblicher Kunst ist, ist leider für die Polizei sehr schwierig zu erkennen und wird von Staatsanwaltschaften dann jeweils halt zur Anklage gebracht. Das Dokumentieren mit Tonbändern und Ähnlichem ist natürlich gang und gäbe. Aber die Zahl der Verurteilungen ist eben nur eingeschränkt, auch bei den 26, die wir vorgelegt haben. Von daher sind gewisse Ausweichmanöver festzustellen, die ich ja dargelegt habe: Geburtstagsfeiern intern. Sobald's öffentlich ist, können Sie davon ausgehen, dass wir dabei sind, dass das dokumentiert wird und soweit Ansatzpunkte sind, das auch den Strafverfolgungsbehörden vorgelegt wird.«

Riedl: »Also wir können die Frage jetzt nicht im Detail weiter …«

Kuban: »Noch eine letzte Frage …«

Riedl: »Nein, wir können das Thema …«

Kuban: »Doch, es geht um die Geburtstagsfeiern.«

Riedl: »Nein. Sind noch weitere Fragen?«

Beckstein: »Darf ich noch Folgendes sagen: Wenn Sie konkret in einzelnen Punkten Erkenntnisse haben, dass irgendwo Straftaten begangen worden sind, dann stelle ich Ihnen anheim und empfehle Ihnen, auch selbst Strafanzeige zu erstatten.«

Kuban: »Das lief doch sogar im Fernsehen. *Spiegel TV Magazin, Panorama, Zeitspiegel,* Bayerisches Fernsehen. Das kam doch alles schon.«

Beckstein: »Da kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie das halt dann offensichtlich anders beurteilen als die zuständigen Stellen.«

Kuban: »In Bayern. In anderen Bundesländern ist das anders.«

Beckstein: »Entschuldigen Sie, die zuständigen Stellen sind halt Staatsanwälte, die nach dem Gesetz da zuständig sind, und nicht wir. Die Staatsanwälte schauen Fernsehen. Wenn's im Fernsehen bundesweit ausgestrahlt wird, kann im Übrigen auch jeder Staatsanwalt von Amts wegen, wenn er meint, dass Straftaten passieren, die verfolgen. Das ist die Rechtslage. Wenn das ausgestrahlt wird, darf übrigens auch das Fernsehen Straftaten nicht ausstrahlen. Da muss auch der jeweilige verantwortliche Redakteur eine andere Beurteilung haben als Sie.«

Kuban: »Selbstverständlich darf das Fernsehen Straftaten ausstrahlen.«

Beckstein: »Die zuständigen Stellen sind Strafverfolgungsbehörden, und ich stelle Ihnen anheim, das denen jeweils zur Kenntnis zu bringen. Wir selber tun uns schwer.«

Über das NPD-Konzert am 22. Oktober 2005 in Mitterschweib hatte das *Spiegel TV Magazin* berichtet. Erich Kaiser, stellvertretender Bezirksvorsitzender der NPD Niederbayern, vertrat in dem Beitrag eine ähnliche Position wie Günther Beckstein in seiner Pressekonferenz: »Wenn die Lieder strafrechtlich relevant gewesen wären, dann wäre bestimmt die Polizei eingeschritten. Und die sind nicht eingeschritten. Und somit ist ganz klar, dass die also strafrechtlich nicht relevant gewesen sind.« Er war zufrieden mit dem Polizeieinsatz: »Ganz kooperativ – alles wunderbar.« *Spiegel TV* ließ den Leiter der zuständigen Polizeidirektion Passau, Alois Mannichl, Konzertausschnitte sehen. Daraufhin kündigte er an: »Aufgrund dieser Erkenntnisse werden wir auch dementsprechend ein Ermittlungsverfahren einleiten und werden die weiteren Ermittlungen durchführen.«

Laut bayerischem Innenministerium hat der Sender RTL, auf dem *Spiegel TV* ausgestrahlt wird, die Konzertausschnitte »nach der Veröffentlichung auch den Ermittlungsbehörden übergeben«. Was folgte, steht in der ministeriellen Antwort vom 3. März 2012 auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Sepp Dürr:

> »Gegen fünf namentlich identifizierte Personen der Skinhead-Band [›SKD/ Blutstahl‹, Anm. Th. K.] wurde aufgrund der vom Sender RTL im Festzelt gefertigten Videoaufnahmen durch die Staatsanwaltschaft Landshut ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung geführt. Nach Durchführung der polizeilichen Ermittlungen stellte die Staatsanwaltschaft Landshut das Ermittlungsverfahren mit Verfügung vom 4.4.2006 […] ein und führte zur Begründung aus, dass sich ein Tatnachweis nicht mit der für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit führen lasse. Die Verfahrenseinstellung geht auf den Umstand zurück, dass den Beschuldigten nicht hinreichend sicher nachgewiesen werden konnte, tatsächlich im Rahmen der Band aufgetreten zu sein. Die der

> Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehende Fernsehaufzeichnung war nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft zur Identifizierung der auf der Bühne befindlichen Personen nicht geeignet.«

Es fragt sich, was die Staatsschützer im Konzertzelt gemacht haben, wenn sie sich hinterher nicht einmal erinnern können, ob die namentlich ermittelten Personen auf der Bühne gestanden haben.

Wie hatte es Beckstein erklärt? »Die zuständigen Stellen sind halt Staatsanwälte und nicht wir.« Die Staatsanwälte sind jedoch auf eine gute Polizeiarbeit angewiesen, und dafür muss ein Innenminister die Voraussetzungen schaffen. Das hat Beckstein nicht getan. Andernfalls wären in Mitterschweib Polizisten vor Ort gewesen, die strafbare Nazi-Lieder erkennen können und die Straftäter dann umgehend dingfest machen.

Unter seinem Nachfolger Joachim Herrmann behauptete das Innenministerium in der besagten Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Dürr: »Veranstaltungen mit rechtsextremen Tendenzen werden seit jeher in Bayern intensiv und unter Ausschöpfung aller rechtlicher Mittel polizeilich betreut.« Polizeilich »betreute« Nazi-Konzerte? Diese Formulierung trifft es ganz gut, was ich bei meinen Recherchen in Bayern erlebt habe.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass die bayerische Polizei auch mehrere Jahre nach der Messerattacke gegen den Passauer Polizeichef Alois Mannichl noch nicht den Täter ermitteln konnte – möglicherweise einen Täter aus dem rechtsextremen Milieu. In einer Pressemitteilung der Polizei vom Tag nach der Tat, dem 14. Dezember 2008, stand: »Herr Mannichl öffnete die Haustür und wurde von dem Unbekannten zunächst verbal bedroht und dann mit einem Messer niedergestochen. Die Diktion und der Wortlaut der Bedrohung lassen auf eine politische Motivlage aus dem rechten Spektrum schließen.« Mal sehen, ob Joachim Herrmann ähnlich seinem Vorgänger Beckstein irgendwann vor einem Untersuchungsausschuss steht und dann eingestehen muss, dass auch bei den Ermittlungen nach dem Mannichl-Attentäter einiges hätte »besser laufen können«, was die Kooperation zwischen der Soko und dem Verfassungsschutz betrifft.

In Bayern war ich zehnmal mit meiner Minikamera, weil dort viele und vergleichsweise große Neonazi-Veranstaltungen stattfanden.

Gesetzesverstöße konnte ich aber in anderen Bundesländern genauso dokumentieren. Vielerorts wurde der strafbare Szenehit *Blut muss fließen* mindestens vom Publikum angesungen. Und Hitlergrüße gibt es fast bei jedem konspirativ organisierten Konzert. Sogar beim öffentlichen Rock für Deutschland, am 11. Juli 2009 in Gera, hoben manche den rechten Arm. Vor den Augen von Polizisten, die das Gelände umstellt hatten. Mehr als 5000 Nazis hatten buchstäblich eine »Spielwiese« gefunden. So heißt ja der Stadtpark, der zu einem rechtsfreien Raum wurde, weil die Ordnungshüter nicht eingriffen, um die Straftäter festzunehmen oder gar das Festival zu beenden. Unter den 58 Strafanzeigen gegen Teilnehmer der NPD-Versammlung, von welchen die Polizeidirektion am 18. August 2009 auf Anfrage des ZDF-Magazins *Frontal21* berichtete, resultierte keine aus einem Hitlergruß. Nach etwaigen Gründen für eine Auflösung der Rechtsrockkundgebung gefragt, hieß es: »Die Zuständigkeit für ein Verbot beziehungsweise eine Auflösung von Versammlungslagen wie die am 11. Juli 2009 liegt in Thüringen bei den Versammlungsbehörden der Städte und Gemeinden. Die Versammlungsbehörde war am 11. Juli 2009 im Versammlungsraum anwesend. Diese sah keine Verbotsgründe beziehungsweise Auflösungsgründe.« Das mag der Konfliktvermeidung gedient haben – die Wirkung einer solchen Einsatztaktik auf Nazis ist jedoch fatal: Wer unter Aufsicht der Staatsmacht ungestört abhitlern kann, nimmt sie nicht mehr ernst. Die Strategie der Ordnungsmacht in Gera kam einer Bankrotterklärung des Rechtsstaats gleich.

Wie hingegen engagierte Polizeiarbeit aussehen kann, habe ich im Nachgang eines Konzerts im hessischen Kirtorf erlebt. Meinen ersten Eindruck am 3. Juli 2004 prägte ein polizeiliches Großaufgebot, die Beamten hatten das dörflich geprägte Städtchen regelrecht besetzt. Sie vermochten allerdings nicht, das Konzert zu verhindern, das die Nazis einmal mehr als Geburtstagsfeier ausgaben, wie ich später erfahren habe. Alleine die Tatsache, dass ich dort reingekommen bin, belegte das Gegenteil: Mich kannte vor Ort niemand, und es wurde Eintritt kassiert, 10 Euro.

In einem ehemaligen Schweinestall ließen rund 200 Nazis die Sau raus. Offensichtlich kommt es nicht von ungefähr, dass Antifa-Aktivisten teilweise von »Nazi-Schweinen« sprechen. So viele Schweine wie an diesem Abend Nazis waren aber sicher noch nie in

diesem Stall, das wäre selbst in Form von maximaler Massentierhaltung nicht zulässig gewesen.

Trotz der geringen Raumhöhe trat die Black-Metal-Band »Absurd« mit Feuerspucker auf. Wenn der feurige Atem schon verpufft war, züngelten noch Flammen an den Deckenbalken entlang. Die Band »Aryan Rebels« prophezeite im Laufe des Abends: »Synagogen werden brennen, Untermenschen um ihr Leben rennen.« Und »Garde 18« trug unter anderem den beliebten Klassiker zum Gelingen des Konzerts bei: »Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fließen knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.« Garniert wurde das Event mit »Sieg Heil«-Rufen und Hitlergrüßen.

Von all dem konnte die Polizei nichts sehen und nichts hören. Die Kirtorfer Kameradschaft Berserker hatte den Stall schallgedämmt – nicht einmal auf dem Innenhof war zu vernehmen, ob eine Band spielt. Folglich entfaltete das Konzert keine Außenwirkung, die es den Beamten ermöglicht hätte, von der Straße aus Propagandadelikte zu erkennen und zu verfolgen. Die Division 28 Deutschland beteiligte sich am »Saalschutz« auf dem landwirtschaftlichen Anwesen. In die Haut gebrannt, gab es den Schriftzug des verbotenen Neonazi-Netzwerks auch im Original zu sehen: Blood & Honour – ein Tattoo.

Anno 2004 hatte Kirtorf längst einen Stammplatz in den Jahresberichten des Landesamtes für Verfassungsschutz. Auf dem Bauernhof mit dem schweinischen Konzertsaal liefen immer wieder Sauereien. Er war zu einem Zentrum der Neonazis geworden, das auch Publikum aus anderen Bundesländern anzog. Die Immobilie gehörte Bertram Köhler, einem bekennenden NPD-Mitglied. Sein Neffe Glenn Engelbrecht, ein Hauptakteur der Kameradschaft Berserker, war gewissermaßen zum Führer geboren: am 20. April. An dem Tag, an dem Neonazis den Geburtstag von Adolf Hitler feiern. Die Infrastruktur für Feste bot Onkel Berti. Die gute Stube, in der sein Wohnzimmer entstehen sollte, ließ er zum Kameradschaftsraum umbauen. Eine noch längere Theke kam in den früheren Saustall. Prost Mahlzeit!

Die Polizei und das Landratsamt des Vogelsbergkreises bemühten sich mit vereinten Kräften, die Neonazis in Schranken zu verweisen.

Die Versammlungsbehörde untersagte beispielsweise am 2. März 2002 ein Konzert mit der Band »Hauptkampflinie (HKL)«. Die Skinheads legten laut Verfassungsschutzbericht erfolglos Rechtsmittel beim Verwaltungsgericht Gießen ein. Die Polizei habe am Tag der verbotenen Veranstaltung Besucher aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen und Bayern festgestellt, 77 Platzverweise ausgesprochen und 60 Tonträger sichergestellt.

Noch im selben Monat bestätigte der Hessische Verwaltungsgerichtshof, dass dieses Verbot des »HKL«-Auftritts rechtmäßig gewesen sei, wie die Kreisverwaltung auf Anfrage mitgeteilt hat. Allerdings kassierte die Beschwerdeinstanz einen Passus in der Verbotsverfügung, der obendrein den Auftritt einer »vergleichbaren« Gruppe oder eines Solokünstlers mit »ähnlichem Repertoire« untersagte. Diese Regelung war dem Gerichtshof offenbar zu unkonkret. Die Folge: Am 31. März konzertierte die rechtsextreme Bremer Hooligan-Band »Kategorie C« auf einer Wiese von Bertram Köhler. Das Publikum bildeten laut Verfassungsschutz »etwa 600 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet«.

Nach meinem Dreh in Kirtorf sicherte sich *Spiegel TV* die Rechte für eine Erstausstrahlung. Noch im Juli 2004 war es so weit: In einem Beitrag über die Schulhof-CDs, die Neonazis kostenlos an Jugendliche verteilen wollten, kamen die ersten bewegten Bilder der braunen Bande aus dem Schweinestall. Was folgte, ist ein Musterbeispiel dafür, wie Demokraten erfolgreich gegen Nazis vorgehen können: indem viele, möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte sich engagieren. Im Kirtorfer Fall nahm die Polizei Ermittlungen auf, Roland Jahn (der heutige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen) stellte als Redakteur des ARD-Magazins *Kontraste* vor Ort vertiefende Recherchen an, einen Tag vor der Ausstrahlung am 26. August 2004 machte die Polizei eine Razzia bei Bertram Köhler, die Ordnungsbehörde untersagte weitere Veranstaltungen auf dem Bauernhof, und eine kurze Zeit vorher gegründete Bürgerinitiative machte mobil, unter dem Motto »Kirtorf ist bunt – Rechtsextremismus Nein Danke«.

Im Interview mit *Kontraste* war sich Landwirt Köhler seiner Sache noch sicher: »Aus der ganzen Umgebung ist jetzt hier in Kirtorf bei mir der Treffpunkt. Sagen wir mal mindestens Vogelsbergkreis, und dann geht’s jetzt auch schon weiter. Ganz Hessen, kann man sagen.«

Er beschrieb einen politischen Flächenbrand und sorgte anschließend für die passenden Bilder, indem er vor der Fernsehkamera ein Stoppelfeld abfackelte. Und er kündigte an: »Wir machen auch mobil. Wir feiern. Im September machen wir die nächste Party. Hier im Hof wieder. Da kommen sie wieder alle.«

Das Landesamt für Verfassungsschutz schilderte diese Vorgänge in seinem Jahresbericht 2004:

> »Besonders das Anwesen des Skinheads Bertram Köhler bot in Kirtorf (Vogelsbergkreis) eine Plattform für Konzerte und andere Treffs. […] Neben Geburtstags- und Grillfeiern sowie Kameradschaftsabenden fanden in Kirtorf zwei Skinhead-Konzerte mit überregionaler Beteiligung statt. […] Auf dem Hof des Anwesens skandierten einige Personen ›Sieg Heil‹ und riefen Deutschland den Deutschem. Die Polizei dokumentierte die Szenen und leitete Ermittlungsverfahren ein. Zu einem weiteren, dieses Mal als private Geburtstagsfeier deklarierten Konzert kamen am 3. Juli über 250 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Bands ›Garde 18‹ (Thüringen), ›Aryan Rebels‹ (Bayern) und eine Black-Metal-Gruppe aus Sachsen-Anhalt traten auf. […] Der Öffentlichkeit wurde das Geschehen durch eine Fernsehsendung bekannt. Ein Journalist hatte während des Konzerts heimlich eine mehrstündige Bild- und Tonaufzeichnung angefertigt. In einem Interview machte Köhler aus seiner rechtsextremistischen Einstellung keinen Hehl. Auf die Frage nach Liedern mit antisemitischen Texten antwortete er: ›Ja, das gehört zu dem Skinhead-Sein irgendwo dazu.‹ Über das Lied *Blut* sagte er: ›Das ist nämlich gar keine Freiheit. […] Eigentlich ist unsere Demokratie auch ’ne Diktatur.‹ Die Staatsanwaltschaft Gießen leitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Bei Wohnungsdurchsuchungen am 25. August fand die Polizei neben umfangreichen Unterlagen im Zusammenhang mit früheren Konzerten nationalsozialistisches Propagandamaterial, mehrere Schusswaffen und scharfe Munition. […] Als 44 Personen am 4. September auf einer Wiese Köhlers eine Grillparty feiern wollten, belegte die Polizei sie mit Platzverweisen und nahm eine Person in Gewahrsam. Die Skinheads riefen: ›Gastarbeiter müssen aufgehängt werden, erst

> kommen die Russen dran, dann die Chinesen, dann die Türken.‹ Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wurde eingeleitet. […] Ein für den 18. September von dem Neonazi Manuel Mann (Amöneburg-Roßdorf, Landkreis Marburg-Biedenkopf) mit der Band ›Gegenschlag‹ angemeldetes Konzert auf dem Anwesen Köhlers wurde untersagt. Das Verbot galt generell für Live-Auftritte und das Abspielen von Musik auf Tonträgern, es wurde in allen Instanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine daraufhin von Mann angemeldete Demonstration in Kirtorf wurde verboten. Die Polizei überwachte Köhlers Anwesen und sprach gegen 16 anreisende Skinheads Platzverweise aus. Ende September wurde ein Versammlungsverbot für Zusammenkünfte auf beziehungsweise in allen Grundstücken und Räumlichkeiten Köhlers erlassen.«

Am 19. Juli 2007 verurteilte das Landgericht Gießen die Verantwortlichen für den Kirtorfer Saustall-Rock in zweiter Instanz zu Geldstrafen beziehungsweise zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten auf Bewährung, wie der Verfassungsschutz berichtete. Die Tatbestände: »Beihilfe zur Volksverhetzung und Beihilfe zur Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.« Und: »Die thüringische Skinhead-Band ›Garde 18‹, die auf diesem Konzert gespielt hatte, wurde in der Berufungsverhandlung vom Landgericht Gießen der Volksverhetzung schuldig gesprochen, die Geldstrafen wurden erhöht.«

Die hessischen Behörden insgesamt scheinen ihre Lehren aus der Berichterstattung über das Kirtorfer Konzert gezogen zu haben. Und das hatte Auswirkungen auf die Nazi-Bewegung, wie im Verfassungsschutzbericht 2009 zu lesen ist: »Rechtsextremistische Konzerte fanden in den letzten Jahren in Hessen, insbesondere auf Grund des konsequenten Vorgehens der Sicherheitsbehörden, kaum noch statt.« Sogar die Szene sei personell geschrumpft, »weil ihr Strukturen und Möglichkeiten zum Ausleben ihres ›Lifestyles‹ fehlen«, nachdem Skinhead-Kameradschaften wie die Berserker Kirtorf nicht mehr existieren würden.

Die Erkenntnis: Medienberichte können weitreichende Auswirkungen haben, wenn staatliche Behörden die Informationen daraus wie in Hessen nutzen und sie nicht wie in Bayern ignorieren.

Und würde die Polizei mit verdeckten Videoermittlern eine ähnliche Arbeit leisten wie ich, könnte sie überall in Deutschland und vielerorts in Europa Nazi-Konzerte auflösen und verhindern.

Die Vorgeschichte des Kirtorfer Falls sensibilisiert allerdings für eine weitere mögliche Schwachstelle im Staatsapparat: die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Dass die Versammlungsfreiheit ein hohes demokratisches Gut ist und Demonstrationen daher nur schwierig zu verbieten sind, das steht außer Frage – fragwürdig ist hingegen der demokratische (Stellen-)Wert eines Nazi-Konzerts. Fakt ist: Es gibt Verwaltungsgerichte, die dafür sorgen, dass Nazi-Konzerte stattfinden können, nachdem sie von den zuständigen Ordnungsbehörden verboten worden sind.

Ich habe ein solches Konzert besucht: am 6. Juni 2009, in der Alten Skatklause in Zeitz (Sachsen-Anhalt). Angekündigt waren »Blutrache«, »Isolfur« und »Nordglanz«, drei Black-Metal-Bands, wovon ich »Nordglanz« als einschlägige Gruppe bereits kannte.

Das städtische Ordnungsamt hatte am 28. Mai 2009 ein Verbot erlassen: »Es ist nicht auszuschließen, dass unter Alkoholkonsum durch Aktivitäten bei den Besuchern das Nazi-Regime verherrlicht wird.« Die Stadtverwaltung hatte recherchiert, dass »Nordglanz« in seinen Liedern beispielsweise Krieg und Nazigrößen glorifiziert, bestehende Staatsgrenzen in Frage stellt *(Oberschlesien)* und Widerstandskämpfer gegen das Naziregime verunglimpft *(Weiße Rose)*. Daher sei anzunehmen, dass bei dem Konzert »auch indiziertes Liedgut gespielt wird«. Erfahrungsgemäß sei davon auszugehen, »dass, bedingt durch die harte Spielart der angezeigten Bands und deren Texte in Verbindung mit erhöhtem Alkoholkonsum, gleichgesinnte und rechtsorientierte Ideologien offen bekundet werden«. Dazu zählte die Verwaltung Straftatbestände wie Verunglimpfungen, die öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung und die »Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«.

Der Konzertanmelder Benjamin Schneider, bei dem es sich nach Erkenntnissen der Stadt Zeitz um den Schlagzeuger der Band »Blutrache« und Frontmann der Band »Permafrost« handelte, legte gegen diese Verbotsverfügung Widerspruch ein. Und das Verwaltungsgericht Halle stellte am 4. Juni 2009 »die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs des Antragstellers gegen die Verfügung

der Antragsgegnerin wieder her«. Aus dem Juristendeutsch übersetzt: Das Konzert durfte stattfinden. »Denn es ist davon auszugehen, dass in einem Hauptsacheverfahren über eine gegen die Verbotsverfügung vom 28. Mai 2009 gerichtete Anfechtungsklage diese Verfügung aufgehoben wird, da sie bei dem gegenwärtigen Prüfungsstand rechtswidrig ist und den Kläger auch in seinen Rechten verletzt.« Die in der Verbotsverfügung dargelegten Gefahrenlagen für die öffentliche Sicherheit seien nicht »mit der erforderlichen Nachvollziehbarkeit« ersichtlich.

> »So reicht die bloße Tatsache des Auftritts der Musikgruppen ›Nordglanz‹, ›Isolfur‹ und ›Blutrache‹ schon deshalb nicht aus, weil hierfür Umstände vorgetragen werden müssten, die darauf hinweisen, dass diese Gruppen unbeirrt von entsprechenden Sanktionen (Verbotsverfügungen, Strafverfahren, et cetera) durch das Strafgesetzbuch verbotenes Liedgut vortragen. … Der Hinweis auf Prügeleien und ausfallendes Verhalten von Gästen nach Alkoholgenuss führt ebenfalls nicht weiter. Selbst wenn solche Dinge zu erwarten wären, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, dass hierfür ohne weiteres der Antragsteller verantwortlich zu machen wäre.«

Also kann der Organisator eines Nazi-Konzerts nicht damit rechnen, dass ein Besucher die Hand zum Hitlergruß hebt, oder wie? Die richterliche Argumentation mag juristisch korrekt gewesen sein. Aber sie ist zugleich weltfremd. Gegen Störer könne »im Regelfall mit einfachen polizeilichen Mitteln bis hin zur Auflösung der Veranstaltung vorgegangen werden«, meinte das Verwaltungsgericht Halle – »je nachdem, wie sich die Einsatzlage für die Polizei auf der Grundlage einer verantwortungsbewussten Lagebewertung in der konkreten Situation stellt«. Frei nach dem Motto: Mit Straftaten ist bei einem Nazi-Konzert nicht zu rechnen – sollte es doch welche geben, soll halt die Polizei einschreiten und sich womöglich mit den Besuchern kloppen. Die Stadt Zeitz hatte die Kosten des Verwaltungsgerichtsverfahrens zu tragen.

Notgedrungen erließ das Ordnungsamt am Folgetag Auflagen, obwohl es deren Wirkung in seiner Verbotsverfügung noch in Abrede gestellt hatte. Nun aber musste es sich wohl oder übel damit begnügen, das Abspielen von indizierten Titeln zu untersagen und

vorsorglich darauf hinzuweisen, dass eine Missachtung dieser Auflage ein sofortiges Eingreifen der Polizei zur Folge haben könnte. Und genau das, was befürchtet wurde, trat auch ein: Mehrere Konzertbesucher zeigten wiederholt den Hitlergruß – ich habe das mit meiner Minikamera dokumentiert. An einem Verkaufsstand fand sich die Kassette einer Band mit dem Namen »Holocaust«. Einer der Nazi-Metaller im Publikum trug ein T-Shirt, dass mit SS-Runen verziert war. Eine der Bands coverte *Werwolf* von der Nazi-Black-Metal-Band »Absurd«. Darin heißt es: »Ich stille meine Gier mit Menschenfleisch, mit Zyklon B, mit Gift und Blut. Willst du mich, so komm in mein Reich.« Die Organisation Werwolf war eine vom SS-Führer Heinrich Himmler gegründete Untergrundbewegung, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs mit Attentaten und Sabotageakten aktiv war – und Zyklon B ist das blausäurehaltige Schädlingsbekämpfungsmittel, das die Nazis im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zum Massenmord einsetzten und das deshalb zum Synonym für den Holocaust geworden ist. Die Passage »mit Zyklon B« ließ der Sänger wohlweislich aus – dafür grölte sie das textsichere Publikum voller Begeisterung. Die rassistische Gruppe »Nordglanz« besang als Headliner des Abends den Kampf und Sieg Germaniens – »für das Reich« und »für die Art«.

Beamte des Polizeireviers Burgenlandkreis aus Weißenfels waren nach eigenem Bekunden vor Ort, Sie sahen sich aber nur mittelbar in der Verantwortung: Für die »ordnungsgemäße Durchführung derartiger Veranstaltungen in der Gaststätte« sei die Stadt Zeitz »originär zuständig«. Sie postierten sich vor der Alten Skatklause, wo sie die Hitlergrüße nicht sehen und wohl auch die Lieder nicht hören konnten. Dabei hätten sie bloß folgende Auflage nutzen müssen: »Der Ordnungsbehörde sowie der Polizei ist in jedem Fall und zu jeder Zeit der ungehinderte und sichere Zutritt zum Veranstaltungsort zu ermöglichen.« Ein Konzertbesucher äußerte sich im Internetforum der politisch braunen Black-Metal-Firma Christhunt Productions zufrieden über die Ordnungshüter: »War ein sehr geiles Konzert. Die Bullen haben nicht genervt, und es gab auch bei Abreise keine Alkoholkontrollen.«

Warum mit Hilfe meines Videomaterials – anders als in Kirtorf – keine Strafverfahren eingeleitet werden konnten? Weil ich kein Fernsehmagazin gefunden habe, das die Bilder ausgestrahlt hätte.

Letztlich war es ein Skandal in doppelter Hinsicht: Neonazis konnten in quasi gerichtlich genehmigter Weise öffentlich Nachwuchswerbung betreiben, ohne dass die Polizei trotz der verübten Straftaten eingeschritten wäre – und über ein halbes Dutzend politischer Fernsehredaktionen interessierte das nicht. Unter solchen Bedingungen kann die Neonazi-Bewegung ungestört wachsen. Denn Zeitz ist kein Einzelfall.

Anfang Dezember 2009 teilte ein Konzertveranstalter aus dem Gasthaus Zur Deutschen Eiche im ostsächsischen Rothenburg-Geheege unter Pseudonym in einem Nazi-Forum mit: »Am 5. Dezember Konzert in Geheege vom Verwaltungsgericht genehmigt. Nach vielem Hin und Her habe ich Recht bekommen, ich darf weiter Konzerte geben.« Und das, obwohl die Polizei dort erst ein gutes halbes Jahr zuvor, am 2. Mai 2009, ein Konzert nach »Sieg Heil«-Rufen beendet hatte. Seither zählt das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz die dortigen Nazi-Konzerte: Sieben kamen 2009 zusammen, 14 im Jahr 2010 (ein 15. wurde vorzeitig aufgelöst) und deren neun im Jahr 2011, in dem die sächsischen Geheimdienststatistiker insgesamt 45 geplante Konzerte erfassten, von denen die Polizei nur zwei verhinderte und eines auflöste. Sie wurden durchschnittlich von 190 Teilnehmern besucht.

In Anbetracht dieser desaströsen Leistung wirkte der Polizeiapparat im sächsischen Partnerland Bayern zuletzt sogar mustergültig. »Im Jahr 2011 fanden in Bayern zehn Konzerte mit durchschnittlich etwa 80 Teilnehmern statt«, meldete der Verfassungsschutz in München. Und die scheinen nach Bewertung der Ermittler wieder so unproblematisch abgelaufen zu sein, dass die Beamten keine Notwendigkeit sahen, eines vorzeitig zu beenden.

Was den polizeilichen Umgang mit Neonazi-Konzerten betrifft, kann es bei nationalen und internationalen Leistungsvergleichen passieren, dass Versager zum Vorbild für Totalversager werden. Zu diesem schönen Rankingerfolg kam die deutsche Polizei in einem Beitrag des Schweizer Fernsehmagazins *Rundschau* im Jahr 2005 – im selben Jahr stellte das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz einen Anstieg der »rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte um rund 40 Prozent« auf 193 Veranstaltungen fest. Nur rund 13 Prozent davon sind dieser Statistik zufolge aufgelöst worden.

Bei der Schweizer Polizei schien eine Auflösung jedoch nicht einmal als theoretische Möglichkeit erwogen worden zu sein, als Blood & Honour am 17. September 2005 in Gamsen, einem Ortsteil von Brig-Glis im Kanton Wallis, ein Ian-Stuart-Memorial gab. Im Ergebnis ging das Konzert aber so über die Bühne, wie ich das bei meinen Drehs in Deutschland ebenfalls erlebt hatte. Die Schweizer Ordnungshüter hatten nicht einmal mitbekommen, dass in der Discothek Crazy Palace das Lied *Blut* gespielt wurde. Hitlergrüße und »Sieg Heil«-Geschrei gab's ebenfalls. Die Frage des Schweizer Fernsehens an den Chef der zuständigen Kriminalpolizei, Robert Steiner, lautete: »Hat das Konzert gegen die Anti-Rassismus-Gesetzgebung verstoßen?« Die Antwort sagte alles: »Das kann ich als solches nicht beurteilen, wir sind nicht im Inneren gewesen.« Die Prioritäten seien »auswärts gesetzt« worden und »nicht innerhalb dem Lokal«. Die Polizei ging von einer privaten Feier aus. Karin Keller-Sutter, die Präsidentin der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz, kam als Studiogast des Magazins *Rundschau* zu einem anderen Ergebnis: »Es ist ein öffentlicher Anlass im Sinne der Anti-Rassismus-Strafnorm, wenn so aufgerufen worden ist, auch zu Hass gegen den Judenstaat.« Auch der Schweizer Strafrechtsprofessor Marcel Niggli kam zu der Einschätzung: »Zweifellos strafbar.« Es handele sich um ein Delikt, für das bis zu drei Jahren Gefängnis drohen würden, »das ist nicht einfach eine Bagatelle«. Karin Keller- Sutter: »Ich glaube, das wäre sicher ein Fall, wo die Strafuntersuchungsbehörden anschauen müssten. Aber in erster Priorität, hätte ich jetzt das Gefühl, müsste man so einen Anlass überhaupt verhindern. Also man müsste verhindern, dass so ein Konzert überhaupt stattfindet.«

Es entstand eine politische Debatte über den Umgang mit Neonazis, sogar die Schweizer Boulevardzeitung *Blick* berichtete. Und seit damals ist die Schweiz kein Konzertparadies mehr. Zumindest Rechtsrockveranstaltungen mit mehr als 1000 Leuten, wie es sie vorher immer wieder gab, sind mir keine mehr aufgefallen. Die Polizei sah sich fortan unter Handlungsdruck, dafür sorgten im weiteren Verlauf Schweizer Journalisten wie der Neonazi-Experte Hans Stutz.

Auch die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen des Konzerts in Gamsen im Jahr 2005 führten zu einem Teilerfolg: Am 28. Januar

2010 verurteilte das Walliser Kantonsgericht in zweiter Instanz sechs Personen wegen Rassendiskriminierung. Begründung: Sie seien »maßgeblich an der Organisation und der Durchführung« des Konzerts beteiligt gewesen und hätten »dadurch einer Band die Plattform geboten, das *Lied Blut muss fließen* mit antisemitischem Inhalt zu spielen und zu singen«.

Eine solche Plattform sollte die Schweizer Band »Indiziert« am 9. Dezember 2006 nicht bekommen – so schien es zunächst. Ihr Auftritt konnte nicht, wie geplant, im Raum Deggendorf über die Bühne gehen, weil der Veranstaltungssaal überraschend nicht mehr zur Verfügung stand. Möglicherweise hatte die bayerische Polizei in Gesprächen mit dem Vermieter dafür gesorgt – in diesem Fall hätte sie ausnahmsweise vorbildlich gearbeitet. Die Neonazis wechselten in der Folge von Niederbayern nach Oberösterreich. Was daraufhin passierte, beschrieb die Polizeidirektion in Straubing in einer Pressemitteilung so: »Die mittlerweile verständigten österreichischen Sicherheitsbehörden übernahmen die eintreffenden Personen in Grenznähe. Dort sollte in einer Discothek das Konzert stattfinden.« Als ich in Mitterding eintraf, hatte die Polizei den schwierigsten Teil ihres Einsatzes bereits hinter sich und den Saal gegenüber der Discothek M1 besetzt. Doch diesem mustergültigen Auftakt folgte ein Desaster.

Während einige Polizisten antraten, um wenigstens die meisten Personalausweise einzusammeln, kochten die Skinheads ihr eigenes Süppchen: Sie hatten ihre Schlagzeugstöcke vergessen und mussten Ersatz beschaffen – Kochlöffel. Als diese eingetroffen waren, begann kurz vor Mitternacht der Soundcheck. In Anwesenheit der Polizei. Ich traute meinen Augen und Ohren nicht. Als ob die ersten Gitarrenklänge das Signal zum Aufbruch gewesen wären, begannen die Beamten mit dem Rückzug. Manche von ihnen mussten aber erst noch ihre augenscheinlich amüsanten Gespräche mit Neonazis beenden. Mit einem Schulterklopfen und per Handschlag wurden sie verabschiedet. Kollegen gaben noch schnell die Ausweise zurück. Jene, die ihre Identität preisgegeben hatten, konnten ihre Dokumente vorne bei den Lautsprecherboxen abholen. Die »Feldherren« aus München hatten zum Auftakt ein passendes Lied parat: »Jetzt sind wir da – und ihr seid am Ende!«

[Bild vergrößern]



Nicht nur Neonazis hatten bei einem Konzert in Österreich am 9. Dezember 2006 gut lachen – auch die Polizei amüsierte sich, ehe sie abzog, so dass die Skinheads abhitlern konnten.

Die »Hunting Season«, wie es auf einem T-Shirt stand, war eröffnet. Zur Menschenjagd blies »Indiziert«, die Schweizer Band: »Ich will den Rassekrieg beginnen. Ich spür die Wut in unserem Land. […] Ich weiß, ihr habt alle Waffen und ihr seid zum Kampf bereit! Gemeinsam werden wir es schaffen, den Aufbruch in eine neue Zeit.« Wenige Tage vor dem Konzert war gegen die Gruppe ein Strafverfahren eingestellt worden, weil ihre Texte auf einer CD angeblich doch nicht gegen das Schweizer Anti-Rassismus-Gesetz verstießen.

Die rund 200 Skinheads und Skingirls, die überwiegend aus Bayern stammten, trafen sich angeblich zu einer »privaten Feier«. Die »persönliche« Einladung hatte der bayerische Schwarze-Sonne-Versand – laut eigener Werbung ein »nationaler« Onlineshop für Musik, »T-Hemden« und Schmuck – per Mail-Verteiler verschickt: ein Verteiler, in den sich jeder im Internet eintragen konnte. In der Einladung hieß es: »Aus rechtlichen Gründen untenstehenden Text ausdrucken und mitbringen.« Der Ort stand nicht auf der Einladung, nur ein konspirativer Treffpunkt an der Deggendorfer Eishalle.

[Bild vergrößern]



Nachdem sich die österreichische Polizei am 9. Dezember 2006 aus dem Konzertsaal in Mitterding verabschiedet hatte, zeigten die Neonazis unverhüllt, wessen Geistes Kind sie sind.

Von dort aus machten sich die »Geburtstagsgäste« auf die knapp einstündige Fahrt – gefolgt von der Polizei. Um die bayerischen Beamten und ihre österreichischen Kollegen vom privaten Charakter des Konzerts zu überzeugen, gab's vor der Weiterfahrt noch Einladungen für alle, die bis dahin keine hatten. Wären Polizisten, wie ich, undercover zur Party angereist, hätten sie diesen Taschenspielertrick erkannt und damit den öffentlichen Charakter des Konzerts nachweisen können.

Am neuen Konzertort ließen die Skinheads schnell ihre Kasse unter dem Bistrotisch neben der Eingangstür verschwinden, als die Polizei aufkreuzte. 15 Euro Eintritt hätten nicht ins Bild der Privatparty gepasst. Selbst Getränke gab es bei der Feier unter »Kameraden« nicht kostenlos. Auch das war ein Hinweis auf den öffentlichen Charakter des Konzertes, der den Polizeibeamten hätte auffallen können – was ihnen das Eingreifen von juristischer Seite her erleichtert hätte.

Nachdem der Partyveranstalter sein vermeintliches Recht gegenüber der Polizei durchgesetzt hatte und die Staatsmacht wieder abgezogen war, nahmen es die »Braunen Brüder« mit dem Gesetz nicht mehr so genau. Die gleichnamige Band aus Franken stellte sich als *Terroristen mit E-Gitarren* vor. Das ist ein Song, der ursprünglich von der Gruppe »Landser« stammt. Die »Braunen Brüder« riskierten es sogar, einen verbotenen Szenekultsong von »Radikahl« zu spielen: »Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um. Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz.« Das Wort »Hakenkreuz« ließ der Frontmann sicherheitshalber vom Publikum alleine singen.

Rassistisch war die Botschaft der Schweizer Band »Indiziert«: »Rassenvermischung ist Völkermord.« Die Partygäste reagierten mit Hitlergrüßen, manche zogen die T-Shirts aus – darunter kamen teilweise Hakenkreuz-Tattoos zum Vorschein. Viele stürzten sich in den Massen-Pogo vor der Bühne.

Die »Feldherren« aus München versuchten mit dem Schlaflied *Arisches Kind* wieder etwas Ruhe reinzubringen: »Und der braune Teddybär sitzt tapfer auf der Wacht, wenn die Untermenschen kommen durch die rabenschwarze Nacht. [...] Nicht alle Menschen, die sind gut. Gut ist immer nur ein Mensch mit reinem Blut.« Ein spontan formierter Publikumschor gab ein paar Minuten später ein zweites Nazi-Kinderlied zum Besten: »In Majdanek, in Majdanek, da machen wir aus Juden Speck. In Auschwitz weiß ein jedes Kind, dass Juden nur zum Heizen sind. Fiderallala, fiderallala, fiderallalalala.« Der »Hass schürende Lärm«, wie die Musik auf einem T-Shirt betitelt wurde, verfehlte seine Wirkung nicht. Und weil weder Ausländer noch Juden greifbar waren, mussten die eigenen Kameraden herhalten, um die aufgestauten Aggressionen abzubauen. Der Pogo eskalierte mehrfach:
Die Skinheads stießen, schlugen und traten sich. Besonnenere Zuschauer mussten wiederholt eingreifen und die Streithähne festhalten.

Andere Skinheads ließen die rechte Party links liegen und begaben sich in die gegenüberliegende Disco – wohl des höheren Frauenanteils wegen. Der Eintritt für Neonazis war im M1 kostenlos, weil die Zappelbude die einzigen Klos auf dem Gelände bot. Die meisten Discobesucher schien die Anwesenheit der Skinheads in Ku-Klux- Klan- und »Hate Society«-Shirts nicht zu stören – nicht einmal, als ein besoffener Skin sich vor den Pissoirs querlegte. Zwei Stehpinkler, die dringend mal mussten, gingen seiner hilflosen Freundin zur Hand und hievten die »Alkoholleiche« auf ein Sofa. Die Arier störte es umgekehrt nicht, dass ein Hit der ausdrücklich nicht blonden Band »4 Non Blondes« aus den Discoboxen tönte. Zwischendurch stimmten Normalos und Skinheads *Ein Prosit der Gemütlichkeit* an.

Nach rund drei Stunden ging das Neonazi-Konzert zu Ende. Auf ein massenhaftes »Sieg Heil«-Geschrei im textlich abgewandelten Hool-Song *Sport frei* folgten die Rufe nach Zugabe. Der »Braune Brüder«-

Frontmann erklärte, warum kein Lied mehr möglich sei: »Die kleine Polizei ist wieder da.« Das Publikum empfing die Beamten singend: »Wieder mal Überstunden, wieder kein Feierabendbier. Denn euern Feierabend, den bestimmen wir.« Die Neonazis konnten unter den Augen der Polizei so ungestört abziehen, wie sie gekommen waren: ohne Personen- und Fahrzeugdurchsuchungen.

Bezirkshauptmann Franz Pumberger, stationiert in Ried im Innkreis, hielt diesen Einsatz für gelungen, wie er auf Anfrage des ORF-Magazins *Thema* offenbarte: »Wir haben überlegt, natürlich abzuwägen im Sinne der Verhältnismäßigkeit: Wie können wir diese Veranstaltung auf der einen Seite irgendwo behindern, damit zumindest nicht der Zweck, den die Veranstalter gehabt haben, wirklich voll aufgeht oder die Absicht voll aufgeht – auf der anderen Seite, um nicht doch einen großen Aufruhr zu erzeugen.« Michael Tischlinger von der Sicherheitsdirektion Oberösterreich war nach eigenem Bekunden als Fachberater der Polizei vor Ort: »Wir haben das Ganze vor Ort geprüft, auch rechtlich, und auch aufgrund der Erkenntnisse, die wir von den deutschen Behörden bekommen haben. Wir haben die entsprechenden Überprüfungen durchgeführt und dann keine Gründe gefunden, die Veranstaltung aufzulösen.« Franz Pumberger erzählte dem ORF, wie es weiterging: »Es war dann so, dass wir die Polizeibeamten ja auch beauftragt haben, zu schauen, wann wirklich die Texte entsprechend einen Verstoß nach dem Verbotsgesetz darstellen, dass sie einschreiten müssen.« Nachfrage des ORF-Reporters: »Und diese Verstöße gab's nicht?« Pumberger: »Die gab's nicht.« Nachfrage: »Woher weiß man, dass es zu keinen Verstößen gegen das Verbotsgesetz gekommen ist?« Pumberger: »Das sind Texte gewesen, die also gehört worden sind. Es war ständig wer dort, aber es ist nichts festgestellt worden. Ich denke, dass auch doch bei der Musikauswahl dann entsprechend darauf geachtet worden ist, dass hier die Polizei vor Ort ist und entsprechend eingreift, wenn es zu Verstößen kommt.«

Danach hat ihm das ORF-Team Ausschnitte meines Konzertmaterials gezeigt. Pumberger:

> »Ja, ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich bin sehr betroffen. Ich hätte das nicht für möglich gehalten, dass das in dieser Form, mit diesem Inhalt abgelaufen ist. Das Ganze bestärkt mich nur in

> meinem Weg, den wir schon im vergangenen Jahr eingeschlagen haben, konsequent gegen Demonstrationen, Versammlungen aus dieser Szene vorzugehen und bei Veranstaltungen, Skinhead-Treffen und dergleichen, einfach rigoros zu handeln, keine Kompromisse einzugehen. Diesen Leuten kann man natürlich nicht vertrauen, die wollen einfach ihr Gedankengut verbreiten.«

Ihre Einsatztaktik brachte die Oberösterreicher Polizei in die öffentliche Kritik, nachdem das Fernsehmagazin *Thema* darüber berichtet hatte. Landeshauptmann Josef Pühringer berief daher schleunigst den Landessicherheitsrat ein, um das Konzert aufzuarbeiten. Außerdem sollte geklärt werden, wie künftig mit deutschen Neonazis in Oberösterreich verfahren wird. Die Polizei setzte aber auch »zur Gegenwehr« an, wie der private Linzer Rundfunksender Liferadio am 5. Februar 2007 berichtete: »Jetzt wird der Kameramann heftig kritisiert. So hat der stellvertretende Bezirkskommandant Schachl«, also der Stellvertreter von Franz Pumberger, »in einer Tageszeitung gestern jenen Mann ins Visier genommen, der das Konzert gefilmt hat. Warum er sich nicht gleich bei ihnen gemeldet habe, so Schachl, dann hätten sie nach dem Verbotsgesetz einschreiten können. Zu Bildern befragt, die der Zeitung vorliegen und worauf eine Polizistin zu sehen ist, die mit einem Neonazi scherzt, dazu wollte Schachl keine Stellungnahme abgeben.«

Mal abgesehen davon, dass ich als Journalist kein Hilfspolizist bin: Ich wäre des Wahnsinns gewesen, mit dieser Polizei Kontakt aufzunehmen. Ich hatte ja erlebt, wie freundschaftlich ein Teil der Truppe mit der braunen Bande umgegangen ist. Da hätte ich mich ja gleich den Nazis persönlich vorstellen können.

Zu der Sicherheitskonferenz am 2. März 2007 waren Österreichs damaliger Innenminister Günther Platter (ÖVP) und bayerische Sicherheitskräfte eingeladen, die vermutlich eine Vorbildrolle spielen sollten. Laut einem Bericht der Tageszeitung *Der Standard* zeigte sich der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider (SPÖ) anschließend zufrieden: »Ich bin besonders froh, dass Skinhead-Veranstaltungen künftig nicht mehr als Privatveranstaltungen gelten.« Und sein Chef, der immer noch amtierende Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP), habe

eingeräumt, dass es seitens der Exekutive »Fehleinschätzungen« gegeben habe, allerdings seien die Behörden »getäuscht worden«. Innenminister Platter kündigte laut *Standard* an, man werde Radikalismus von rechts und links »null Toleranz« entgegenbringen, die Polizei gehe »mit aller Kraft an die Dinge heran«. Ähnlich wie in der Schweiz sind mir seit diesem Zeitpunkt keine Rechtsrockkonzerte mit vierstelligen Besucherzahlen mehr in Österreich untergekommen.

Während das Strafrecht in Österreich und der Schweiz bezüglich Neonazis ähnlich ausgeprägt ist wie in Deutschland, sind in anderen Ländern Hakenkreuz und Hitlergruß nicht strafbar – in der Folge unternahm und unternimmt die Polizei in anderen Staaten noch weniger, also fast oder gar nichts gegen die Konzerte. In Frankreich, Belgien und Ungarn habe ich bestenfalls einzelne Streifenwagen gesehen, in Italien fungierten die Ordnungshüter eher als Parkplatzeinweiser für deutsche Nazi-Reisebusse denn als Kontrolleure, und in England habe ich keinen Polizisten entdecken können. Die dortigen Aktivisten von Blood & Honour trafen sich daher nicht auf einem schäbigen Park-and-Ride-Parkplatz, sondern komfortabel in einem Pub.

Der unterschiedlichen Gesetze wegen wissen Neonazis die offenen EU-Grenzen seit Jahren zu schätzen. Große Konzerte finden vorzugsweise dort statt, wo der Verfolgungsdruck gering und die Verkehrsanbindung vergleichsweise günstig ist. Und auf der Bühne stehen oft deutsche Bands, welche die Staatsmacht verhöhnen – zum Beispiel in dem altbekannten *Blut*-Lied.

Um den grenzüberschreitenden Neonazi-Manövern die Grundlage zu entziehen, strebte die schwarz-rote Bundesregierung eine einheitliche Rechtslage in der Europäischen Union an, konnte sich aber gegen die Vertreter anderer Regierungen nur bedingt durchsetzen. Welche Staaten sich gegen welche Regelungen gewandt haben, das teilte die Pressestelle des Bundesjustizministeriums nicht mit, weil die Verhandlungen nicht öffentlich geführt worden waren. Der im Frühjahr 2007 vereinbarte Kompromiss sah es nicht vor, wie in Deutschland üblich, »das Verwenden nationalsozialistischer Symbole« zu bestrafen. Die politische Einigung auf einen »EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« hatte die damalige Bundesjustizministerin

Brigitte Zypries (SPD) am 20. April 2007, ausgerechnet dem Jahrestag des Hitler-Geburtstags, trotzdem als Erfolg dargestellt: »Die öffentliche Aufstachelung zu Gewalt und Hass oder das Leugnen oder Verharmlosen von Völkermord aus rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven wird europaweit sanktioniert.« Nun gelte es, »die beschlossenen Regelungen rasch in nationales Recht umzusetzen und konsequent anzuwenden«, so ihre Pressestelle.

Rasch gelang das nicht wirklich. Der eigentliche Rahmenbeschluss ist am 6. Dezember 2008 in Kraft getreten. Einer der Kernpunkte: »Rassistische oder fremdenfeindliche Handlungen sollen in allen Mitgliedstaaten Straftaten darstellen und als solche mit wirksamen, angemessenen und abschreckenden Freiheitsstrafen im Höchstmaß von mindestens zwischen einem und drei Jahren bedroht sein.«

Die Mitgliedstaaten hatten Zeit bis zum 28. November 2010, um die Regelungen in nationales Recht zu verwandeln. Demnach müsste es seither überall in der Europäischen Union strafbar sein, zu Gewalt oder Hass gegen Menschen einer bestimmten Rasse, Hautfarbe, Abstammung, Religion oder Weltanschauung aufzustacheln – vorausgesetzt, das geschieht »in rassistischer oder fremdenfeindlicher Absicht«. Was soll das denn? Kann jemand in nichtrassistischer Absicht zu Gewalt gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe aufstacheln? Die Strafbarkeit der Delikte ist daran geknüpft, dass die Tatbestände faktisch und obendrein beabsichtigterweise erfüllt sind. Das erweckt den Eindruck, als hätten die Staaten Handlungsspielraum, um für Rassisten juristische Hintertürchen offen zu lassen.

Eine europaweit wahrnehmbare Wirkung dieses Rahmenbeschlusses ist bisher ausgeblieben und aufgrund der abstrakten Tatbestände auch künftig nicht zu erwarten. Neonazistische EU-Skins zelebrieren ihre Hasskultur weiterhin hemmungslos und vielerorts fast ungestört.

Kapitel 9

DÉJÀ-VU- ERLEBNISSE

> **»Wir erhalten von unseren Zuschauern täglich sehr viele Themenvorschläge. […] Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir das von Ihnen vorgeschlagene Thema leider nicht realisieren können.«**
>
> *Antwort der Chefin vom Dienst eines ARD-Politmagazins auf mein Angebot, erstmals bei einem konspirativen Neonazi-Konzert heimlich zu drehen*

Videomaterial von »Gigi«? Das wollten am 16. November 2011 viele, wahrscheinlich sogar alle politischen Fernsehredaktionen in Deutschland. Denn tags zuvor war der Song *Döner-Killer* bekannt geworden, in dem – so der Verdacht – die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) besungen werden. Von der Rechtsrockformation »Gigi und die Braunen Stadtmusikanten«.

Plötzlich schien die Neonazi-Musik als Thema »Konjunktur« zu haben, wie ich es in rund 15 Recherchejahren nicht erlebt hatte. Singende Hassprediger a la Daniel »Gigi« Giese hatte ich zwar schon oft mit versteckter Kamera gefilmt, das Interesse an dem Material hielt sich allerdings in Grenzen. Ausgerechnet an den MDR, in dessen Gebiet 41 meiner rund 90 Neonazi-Drehs fielen, konnte ich bis zum Redaktionsschluss dieses Buches keine Sekunde verkaufen. MDR- Redakteure äußerten zwar immer wieder Interesse, dann hatten sie aber kein ausreichendes Finanzbudget, keinen Platz in ihren Magazinen und teilweise nicht einmal Zeit für eine Absage.

Im Fall von Gigi gab es kein Video. Am 20. Juni 2009, als ich ihn beim European Hammerfest drehen wollte, hatte ich kein Geld – weil keine Redaktion an meinen vorangegangenen Recherchen interessiert war. Zwei Wochen vorher hatte ich beispielsweise, wie bereits geschildert, das Neonazi-Black-Metal-Konzert in Zeitz (Sachsen-Anhalt) gedreht, dessen Verbot durch das städtische Ordnungsamt vom Verwaltungsgericht aufgehoben worden war. Einem Politmagazin nach dem anderen habe ich die dort

dokumentierten Straftaten angeboten. Vergeblich. Wie ich es mit einer Vielzahl anderer Themenvorschläge schon erlebt hatte.

Welche Redaktionen abgelehnt haben? Aufgrund meiner Erfahrungen in den vergangenen Jahren komme ich zu dem Ergebnis, dass es sich nicht um das Problem einzelner Redaktionen handelt, sondern um ein allgemeines Problem, um die journalistische Kultur in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Sie beziehen die sogenannten Rundfunkgebühren in Milliardenhöhe und haben dafür einen Informationsauftrag zu erfüllen. Und das erfordert es, dass sie ausreichend Geld in investigative Recherchen investieren. Das tun sie allerdings nur noch eingeschränkt, was nicht nur manche Zuschauer und freie Journalisten wie mich, sondern auch Redakteure empört. Die Unterhaltung wird im Programm derart priorisiert, dass sogar die Information zunehmend in unterhaltende Formate gepackt wird, zum Beispiel in Talkshows, von denen es immer mehr gibt. Information + Entertainment = Infotainment.

Mir war es aufgrund dieser medialen Marktlage leider nicht möglich, zum Hammerfest mit »Gigi« zu fahren, das in Nordfrankreich oder Belgien stattfinden sollte. Auf die Anfragen, die aus dem Interesse am Song *Döner-Killer* resultierten, konnte ich im November 2011 aber immerhin Videomaterial des NPD-Konzerts in Mitterschweib aus dem Jahr 2005 anbieten, bei dem zwar »Gigi« seinen Auftritt dem Vernehmen nach kurzfristig abgesagt hatte, aber die Formation »Blutstahl/SKD« die Coverversion eines Songs von ihm spielte: *Schwarze Division* – ein Aufruf, Kreuzberg mit einer SS-Division dem Erdboden gleichzumachen, da es sich um eine »türkische Stadt auf deutschem Boden« handele. Da Daniel Giese damals nicht selbst auf der Bühne gestanden hatte, interessierte das die meisten Redaktionen nicht.

Meine Bilanz: Ich hatte zwar viele Fragen beantwortet und entsprechend Zeit aufgewendet, aber – wie gewohnt – fast kein Videomaterial verkauft. Und diese Fachberatung honoriert in der Medienbranche kaum jemand. Einfach mal als Vergleich: Lässt sich ein freier Journalist eine Homepage für seinen Internetauftritt anfertigen, muss er mit runden 100 Euro pro Programmiererstunde rechnen, auch für die Beratung. Ein Tagessatz von 200 bis 250 Euro, wie ihn das öffentlich-rechtliche Fernsehen an freie Journalisten zahlt, wenn sie an einem Beitrag arbeiten, reicht folglich für maximal

zweieinhalb Programmiererstunden.

Allein von 2003 bis 2010 habe ich mehr als 130 000 Euro in meine Undercover-Recherchen investiert, die Bilanzierung für 2011 steht noch aus. Auf einen Großteil meiner Themenvorschläge bekam ich nicht einmal eine Antwort. Und unter den Absagen gab es zwei Kategorien. Erstens, die von Oberflächlichkeit und Ignoranz geprägten: »zu speziell«, »Déjà-vu«, »more of the same« und »Ich seh' das Thema nicht«. Zweitens die strukturellen Gründe: zu wenig Geld im Redaktionsetat oder kein Platz mehr in der Sendung.

»Zu speziell« waren all jene Themen, die nicht als plakativ genug erschienen, um sie in Kurzbeiträgen darstellen zu können, wie sie in Politmagazinen üblich geworden sind. Beiträge über die Gefahr der völkisch und nationalistisch geprägten Botschaften, die von Bands aus der politischen Grauzone in vollen Großstadthallen ausgeht, braucht man schon gar nicht anzubieten. Denn diese Bands begehen keine Straftaten – und Straftaten sind für viele Redakteure, mit denen ich zu tun hatte, ein wichtiges Entscheidungskriterium. Kein Hitlergruß? Kein Thema! Straftaten sind die Voraussetzung dafür, die Polizei in fünf Minuten medial an die Wand stellen zu können, weil sie nicht eingegriffen hat – aber das gilt längst als »more of the same«.

Müsste nicht gerade ein Missstand, der trotz mehrfacher Berichterstattung weiter besteht beziehungsweise größer wird, erneut zum Thema werden? Die Nachrichtenfaktoren, die ich während meiner Ausbildung kennengelernt habe, scheinen nur noch eingeschränkt zu gelten. So wird der Neuigkeitswert des konkreten Rechercheergebnisses übersehen, wenn in Redaktionen Gleichungen wie »Rechtsrockthema gleich Rechtsrockthema« oder gar »Nazi-Thema gleich Nazi-Thema« gelten. Auch die gesellschaftliche Relevanz scheint bei Vorschlägen mit Neonazi-Bezug allenfalls eine untergeordnete Rolle zu spielen. Zur Erinnerung: Nach Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung sind von 1990 bis Anfang 2012 rund 180 Menschen in Folge von Nazi-Gewalt gestorben. Was wäre wohl einst in den Medien losgewesen, wenn die Rote Armee Fraktion (RAF) 180 Leute umgebracht hätte? Oder ist es längst normal, dass Neonazis Menschen töten – also nur »more of the same«?

Ein Redaktionsleiter aus einem öffentlich-rechtlichen Sender war bereits vor meinem ersten Dreh der Meinung, »schon öfter solche von Ihnen versprochenen Aufnahmen in Magazinen oder in länge ren

Dokumentationen gesehen« zu haben. Die Nazis wussten es besser, wie aus ihren Foreneinträgen nach dem ersten Beitrag mit Videomaterial von mir hervorging. Bevor ich mit versteckter Kamera Kopf und Kragen riskiert habe, mussten die Magazine bei Rechtsrockbeiträgen auf Videos zurückgreifen, die von Nazis verkauft wurden und teilweise schon zehn Jahre alt waren. Kurioserweise musste ich mir manchmal anhören, dass drei oder vier Monate alte Aufnahmen von mir nicht mehr aktuell genug seien. Aber das galt eben nicht für Szenematerial, das dank Zitatrecht lizenzgebührenfrei gesendet werden kann. Und wenn einer Fernsehredaktion zehn Jahre alte Nazi-Videos als Genrematerial ausreichen, dann ist eine Recherche wie die meine wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt, bevor sie begonnen hat.

Dass sie trotzdem begonnen hat, ist dem Interesse eines Magazins zu verdanken, das auf dem Privatsender RTL läuft: *Spiegel TV.*

Ich hatte am 15. September 2003 alle Fernsehpolitmagazine in Deutschland kontaktiert, die mir bekannt waren – verbunden mit dem Angebot, bei Neonazi-Konzerten mit versteckter Kamera zu drehen. Am 6. September 2003 war in Nürnberg der Kameradschaftsführer Martin Wiese festgenommen worden, die Polizei ermittelte wegen eines geplanten Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung des neuen Jüdischen Kulturzentrums am Münchner Sankt-Jakobs-Platz (Wiese kam schließlich für mehrere Jahre ins Gefängnis). Neonazis waren also gerade ein Topthema, als ich einen Fernsehbericht über den »Boom der Neonazi-Musikszene« vorgeschlagen habe.

Sämtliche Redaktionen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens haben entweder gar nicht erst geantwortet oder abgesagt: »Das angebotene Thema ist für uns zur Zeit nicht weiter interessant, zumal kürzlich eines der anderen fünf ARD-Magazine einen Bericht darüber gebracht hat.« Ein Bericht mit aktuellem Videomaterial von konspirativen Neonazi-Konzerten kann das nicht gewesen sein – denn solches gab es vor meiner Videorecherche nicht. Ein anderes ARD-Magazin teilte mir mit: »Wir erhalten von unseren Zuschauern täglich sehr viele Themenvorschläge. […] Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir das von Ihnen vorgeschlagene Thema leider nicht realisieren können.« Ein Formschreiben an Zuschauer auf einen Themenvorschlag, den ich zusammen mit meinen Arbeitsnachweisen aus überregionalen Printmedien eingeschickt hatte. Unterzeichnet

von einer Chefin vom Dienst.

Spiegel TV und *Stern TV* hatten als einzige Interesse. *Stern TV* absagen zu müssen, fiel mir schwer. Schließlich hatte ich in den Vorjahren, im Printbereich, bei deutlich weniger renommierten Redaktionen vergeblich meine Recherchen angeboten. Aber *Spiegel TV* hatte sich zuerst gemeldet, und deshalb lief der erste Beitrag dort. Auch in der Gesamtbilanz, im Rückblick auf meine fast neun Recherchejahre mit versteckter Kamera, ist festzustellen: *Spiegel TV* hat mit Abstand am meisten Videomaterial von mir gesendet und damit diese Undercover-Arbeit unterstützt wie keine zweite Redaktion.

Was die Ablehnungsgründe »zu wenig Sendezeit« und »zu wenig Geld« betrifft, so lauten die entscheidenden Fragen: Welcher Anteil der Rundfunkgebühren – jährlich mehr als sieben Milliarden Euro – fließt in den Sport und in Infotainmentangebote wie Talkshows? Und welcher Anteil fließt in die investigative Recherche? Wenn zunehmend Rechnungsprüfer und Co. statt Redakteure über die Effizienz von Recherchen urteilen und Recherchen einfach eingespart werden, dann entsteht eine Kettenreaktion: Wo weniger Geld in Recherchen fließt, wird weniger recherchiert. Wo weniger recherchiert wird, werden weniger Missstände aufgedeckt. Wo weniger Missstände aufgedeckt werden, bleiben mehr Missstände bestehen. Und das schadet nicht nur freien Rechercheuren, sondern der ganzen Gesellschaft – der Demokratie. Investigative Recherche und eine Budgetierung unter Effizienzkriterien wie der Einschaltquote schließen sich per se aus. Der Aufwand einer Recherche hängt vom Thema ab, und der Wert eines aufgedeckten Missstandes lässt sich nicht monetär bewerten.

Apropos Einschaltquote: Ich habe diesbezüglich mehrfach positive Rückmeldungen aus den Redaktionen erhalten, wenn Beiträge mit meinem Videomaterial gesendet worden waren. Die Quote ging teilweise sogar innerhalb der Sendung hoch, wenn die Zuschauer aufgrund meiner verdeckten Drehs hinter die Kulissen der Neonazis schauen konnten. Bei *Stern TV* waren es bei einem Beitrag im Februar 2012 rund 3,5 Millionen Fernsehzuschauer. Eine gegenteilige, also negative Quotenrückmeldung habe ich nie bekommen. Die Einzigen, die von diesen Einblicken in die konspirativ organisierte Neonazi-Szene gelangweilt zu sein schienen, waren

vielfach die entscheidenden Redakteure. Eine mögliche Erklärung: Meine körnig aufgelösten und wackeligen, da mit einer Knopflochkamera gedrehten Bilder waren eine Besonderheit. Deshalb sind sie Leuten in der Branche besonders gut in Erinnerung geblieben. Und weil Redakteure diese Beiträge gut in Erinnerung behalten haben, meinten sie, es werde laufend entsprechendes Material gesendet – was faktisch nicht stimmte.

Mit einer falschen Erinnerung hat auch das folgende Beispiel zu tun. Ich habe 2006 mehreren Politmagazinen vorgeschlagen, über die Geschäftsstrukturen der Neonazis zu berichten, weil ein Teil ihrer Millionenumsätze in die politische Arbeit fließt. Angeboten habe ich Videomaterial aus Nazi-Läden und aus einschlägigen Versandunternehmen sowie ein Interview mit Computerhackern, die Internetpräsenzen von Nazi-Versänden geknackt und dort Kundendateien und Umsatzzahlen erbeutet hatten. Einen solchen Hack realisierten sie vor meiner Kamera – Szenen, die nie im Fernsehen gezeigt wurden. Eine ARD-Redaktion begründete ihre Absage damit, dass sie ein ähnliches Thema schon im Vorjahr behandelt habe. Diesen Beitrag wollte ich sehen, weshalb ich nachfragte, wie ich ihn bekommen könne. Mir wurde gesagt, ich fände ihn im Online-Archiv. Dort gab es aber keinen solchen Beitrag. Also meldete ich mich erneut bei der Redakteurin. Ihre Antwort: Sie kenne den Beitrag ebenfalls nicht und könne ihn auch nicht finden. In der Redaktionskonferenz habe aber jemand gesagt, es gebe einen solchen, und deshalb sei der Themenvorschlag abgelehnt worden. Dabei blieb es.

Abgesehen von der Senderpolitik, die zu einer Kürzung der ARD-Politmagazine von 45 auf 30 Minuten geführt hat, steht mancher Redaktion die eigene Führung im Weg. Wer meint, vier bis fünf politische TV-Beiträge in eine halbe Stunde zwängen zu müssen, der kann nur noch schwarz-weiß malen und das nur zu einem relativ hohen Preis. Wer seinen Sendungsetat auf drei Achtminüter statt auf vier Sechsminüter verteilt, kann hingegen tiefergehend berichten und obendrein die Rechercheure fairer bezahlen, weil sich das Budget nur durch drei teilt – was wenigstens ein bisschen dazu beitragen würde, dass auch künftig Grundlagenrecherchen gemacht werden, deren Ergebnisse bei Bedarf abrufbar sind. Ein Beispiel: Die CD mit dem Song *Döner-Killer* von »Gigi und den Braunen

Stadtmusikanten« stand in keiner ARD- oder ZDF-Redaktion, sie stand in einem privat finanzierten Archiv mit mehreren tausend Tonträgern, dessen Aufbau die Kollegen mehrere zehntausend Euro gekostet hat. Von dort bezogen Magazine das Lied, nachdem der Nationalsozialistische Untergrund aufgeflogen war.

Nicht nur Verfassungsschützer und Polizisten hätten früher auf die Spur der Rechtsterroristen kommen können oder müssen, sondern auch die Medien. Doch die Recherche bleibt im täglichen Nachrichtengeschäft immer häufiger auf der Strecke. Viele Journalisten berichten über Pressekonferenzen, ohne dortige Verlautbarungen in Frage zu stellen. Nach den Morden wurden einfach die polizeilichen Hypothesen wiedergegeben. So gerieten einige der Opfer in Verdacht, selber in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen zu sein. Statt diese Annahme beispielsweise in Gesprächen mit den Angehörigen zu überprüfen, recherchierten einige Redaktionen genau in die falsche Richtung, welche die Ermittler vorgegeben hatten. Der haltlose Verdacht schien sich sogar im Namen mancher Sonderkommissionen widerzuspiegeln: »Bosporus« und »Halbmond«.

Im Unterschied zu den Medien kann die Polizei für sich in Anspruch nehmen, die Neonazi-Mörder wenigstens am 4. November 2011 entdeckt zu haben. Seither prangern die Medien das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz an. Aber wer recherchiert und berichtet über das Versagen der Medien? Drei Verfassungsschutzpräsidenten mussten nach den Ermittlungspannen bezüglich des NSU bislang ihre Ämter räumen – aber keiner von den Intendanten und Verlagsleitern, die zunehmende Recherchedefizite zu verantworten haben und damit auch die unzureichende Recherche im Neonazi-Bereich.

Während die Hinweise von mir und von anderen freien Rechercheuren auf die wachsende Neonazi-Bewegung (in Form von Themenvorschlägen) meist ignoriert oder als unwichtig abgetan wurden, liefen ganz andere Fernsehbeiträge über demnach zentrale Problemlagen der Gegenwart. Ein Beispiel: »Hautkrebs trotz Sonnencreme«. Das kam wohlgemerkt nicht in einem Verbraucherratgeber, sondern in einem Politmagazin der ARD. Ein ähnliches Enthüllungsstück präsentierte eines der Rechercheflaggschiffe des Ersten Deutschen Fernsehens über *Das*

Eva-Prinzip – ein Bericht über »die Provokation der Promimutter Eva Herman«. Sollte da ein neues journalistisches Genre begründet worden sein? Die investigative Buchbesprechung?

In den ersten Jahren habe ich manchmal an meinen journalistischen Bewertungskriterien gezweifelt: Schlage ich Themen vor, die keine sind? Für manche Angebote habe ich vier, fünf Absagen erhalten, bis eine fünfte oder sechste Redaktion zugesagt hat. Renees, also Nazi-»Mädels«, die Geschäftsstrukturen der Nazis und die Nazi-Black-Metal-Szene sind solche Beispiele. Auf meinen Vorschlag hin, über die unheiligen Allianzen zwischen Neonazis, Satanisten und heidnisch-germanischen Christenhassern in der NS-Black- Metal-Szene zu berichten, schrieb mir die Redakteurin eines ARD-Magazins am 19. Mai 2006: »Diese Bands gab es ja schon immer. […] Grund, sich darüber zu empören, aber nicht neu.« Die Kollegen eines anderen ARD-Magazins bewerteten das Thema anders, nämlich wie ich: Drei Wochen nach der genannten Ablehnung, die für mich bereits den x-ten Fehlversuch markierte, sendete *Panorama* am 8. Juni 2006 die Story über die langhaarigen Neonazis.

Das Problem dieser Praxis, selbst wenn sie doch noch ein vermeintliches Happy End für den Rechercheur findet, ist folgendes: Jede Redaktion, der ein Thema angeboten wird, braucht einige Tage oder gar Wochen, bis sie sich entscheidet. Mit jeder Ablehnung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der nächsten Redaktion, sofern sie Interesse haben sollte, das vorhandene Videomaterial zu alt ist. Folglich sind Rechercheure wie ich gezwungen, immer wieder neue Drehs zu riskieren und zu finanzieren, um auf einem aktuellen Stand zu bleiben. Das verursacht Ausgaben, die hinterher nicht immer erstattet werden – in Form einer Fahrtkosten-, Lizenzgebühren- oder Honorarabrechnung, die teilweise nur symbolischen Charakter hat, wenn man den tatsächlichen Aufwand betrachtet. Wenn eine Recherche durch einen Fernsehbeitrag gekrönt wird, heißt das also nicht automatisch, dass damit Geld verdient ist. Hinzu kommen Projekte, für die sich kein Abnehmer findet. Sie in einer Mischkalkulation mit erfolgreich vermarkteten Storys zu finanzieren, ist nach meiner Erfahrung allenfalls noch selten möglich. Im Ergebnis sind derartige Undercover-Recherchen nicht einmal ehrenamtliches Engagement, sondern privates Sponsoring für das

öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Wenn ein Beitrag mit Videomaterial von mir gesendet worden war, fiel das Feedback in den Schaltkonferenzen der Sender übrigens durchweg positiv aus, soweit ich davon erfahren habe. Das Groteske: In einigen Fällen müssen meine Recherchen sogar aus Magazinredaktionen gewürdigt worden sein, die den entsprechenden Vorschlag von mir zuvor abgelehnt hatten. In einem Fall habe ich das sogar selbst gehört, weil ich bei der Schaltkonferenz dabeisaß. Auf künftige Entscheidungen wirkte sich dieses nachträgliche Lob allerdings nicht positiv aus. Es wurde immer schwieriger, Themen in den Politmagazinen unterzubringen.

Ein Beispiel ist das Versagen des bayerischen Innenministeriums unter Günther Beckstein im Kampf gegen Neonazis, wie es inzwischen in dem Dokumentarfilm *»Blut muss fließen« – Undercover unter Nazis* und im vorhergehenden Kapitel dieses Buches geschildert worden ist. Nachdem ich Beckstein am 28. März 2007 in seiner Pressekonferenz befragt hatte, bot ich meine Rechercheergebnisse am 4. April 2007 – inklusive des Videomaterials von Dokumentarfilmer Peter Ohlendorf, das bei der Pressekonferenz entstanden war – einem ARD-Magazin an. Die Offerte bestand aus Videosichtlisten im Umfang von 30 Seiten, aus einer vierseitigen Liste mit Nazi-Drehs, aus einem zweiseitigen »Best of« der schlimmsten Liedtexte, aus einer fünfseitigen Themenbeschreibung und aus einigen E-Mails mit weiteren Informationen. Die Ablehnung folgte am 1. Mai 2007: »Herzlichen Dank für das Themenangebot. Leider fehlt uns aber noch das ›Greifbare‹, um in der erwünschten ›Härte‹ gegen das Fehlverhalten des Innenministeriums ansenden zu können.«

Ein weiteres Beispiel: »Nazis und Rocker«. Ich hatte Ende 2010 eine Liste mit 20 Drehs (darunter Neonazi-Konzerte in Rocker-Clubhäusern) und eine mehrseitige Themenbeschreibung eingereicht. Meine Hauptthese: »Was seit Jahren im Einzelfall bekannt ist, wird zum Massenphänomen: Nazis werden Rocker, und Nazis kooperieren mit Rockern.« Die Antwort aus der Redaktion eines öffentlich-rechtlichen Senders, in der meine Erkenntnis inhaltlich umgedreht wurde, fiel so aus:

> »Rocker werden zu Nazis. Das klingt in der Tat interessant und

> wäre, wenn es stimmt, in der Tat eine neue Qualität, über die man berichten müsste. Allerdings muss es stimmen und beweisbar sein. Folgende Gesichtspunkte müssten aus meiner Sicht erfüllt werden, um die Rocker wirklich als Nazis zu entlarven: Überfallen die Hells Angels oder Bandidos Synagogen? Schänden sie jüdische Friedhöfe? Stecken sie Asylanten-Wohnheime an? Überfallen sie Ausländer? Überfallen und verprügeln sie linke Aktivisten? Protestieren sie gegen Moscheen? Sprechen sie sich für Minarett-Verbote aus? Werden sie politisch aktiv? Wollen sie die parlamentarische Demokratie in Deutschland abschaffen? Dass Nazi-Bands bei Rockertreffen auftreten, ist für mich noch keine neue Qualität. Auch nicht, wenn die Rocker Leute aus der Nazi-Szene für ein paar Jobs rekrutieren.«

Wer nach solchen Kriterien arbeitet, verpasst Entwicklungen in ihrer Anfangsphase – und berichtet zwangsläufig erst dann, wenn eine Entwicklung eskaliert ist. Bis die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds bekannt wurden, haben die meisten Medienvertreter geschrieben und gesendet, was ihnen Verfassungsschützer in den Block diktiert oder vor laufender Kamera gesagt hatten. Nazi-Terror gab es deshalb einfach nicht in Deutschland. Vor der Weltfinanzkrise verhielt es sich ähnlich. Wo waren die großen warnenden Berichte in den Massenmedien vor der Pleite der US-Bank Lehman Brothers? Das komplexe Börsenthema dürfte in die Ablehnungsrubrik »zu speziell« gefallen sein. Und deshalb brachen die Krise und der Nazi-Terror so überraschend wie eine Naturgewalt über uns herein.

Derart oberflächlich arbeitende Redakteure haben letztlich neben maßgeblichen Politikern und Verfassungsschützern mit dazu beigetragen, dass sich die Neonazi-Szene zu einer Bewegung entwickeln konnte, in der sich genügend Unterstützer für eine Terrorzelle wie den Nationalsozialistischen Untergrund finden. Diese Bewegung profitiert von wachsenden Geschäftsstrukturen aus politischen Versänden und Läden, die gleichzeitig als Anlaufstelle für junge Leute fungieren, sowie von Neonazi-Konzerten, die teilweise erst dank fragwürdiger Gerichtsentscheidungen möglich werden.

In diesem Bewusstsein habe ich Anfang Februar 2012 vier Fernsehmagazinen ein Drehangebot gemacht. Im Gasthaus Zur

Deutschen Eiche in Rothenburg-Geheege – wo laut dem Konzertorganisator Rechtsrockgigs von einem Verwaltungsgericht möglich gemacht worden sind – sollten zum x-ten Mal einschlägige Bands auftreten. Zwei Redaktionen haben auf mein Angebot hin überhaupt nicht geantwortet. Eine hat erst nach dem Konzerttermin geschrieben: »Hallo, wir planen derzeit eine Doku über den NSU. Interessant wäre, ob es bei den Konzerten der letzten Wochen irgendeine Anspielung auf den NSU gab. Was konntet Ihr drehen?« Meine Antwort:

> »Bei Konzerten in den vergangenen Wochen wurde gar nicht gedreht, da ich nicht mehr drehe, wenn vorher nicht eine Redaktion wenigstens die Kostenübernahme zusagt. Denn ich wäre des Wahnsinns, wenn ich noch mehr Material sammeln würde, das mir nachher keiner abkauft. […] Am nächsten Wochenende sind erneut Konzerte angekündigt – eines davon käme zumindest mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit dafür in Frage, dass dort der eine oder andere ›Scherz‹ über den NSU gemacht wird. Aber auch da gilt: Ich werde die round about 700 bis 800 Euro für Fahrt, Übernachtung, Eintritt und Co. nicht aus eigener Tasche investieren.«

Die Reaktion des Redakteurs: »Ist verstanden. Ich kläre, ob die Redaktionsleitung das unterstützt.« Danach habe ich nichts mehr von ihm gehört oder gelesen – die Redaktionsleitung hat wohl abgewinkt. Wie die Chefs einer weiteren Redaktion, die ich Anfang Februar 2012 angeschrieben hatte: null Interesse an der Gerichtsproblematik. Der Kollege, der mir das mitteilte, bedauerte das selbst – er konnte in seiner Position aber nichts an der Ablehnung ändern: Das Konzert interessiere die Redaktion nur, wenn etwas mit NSU-Bezug passiere, erklärte er mir. Aber das sei ungewiss. Und für Drehs mit ungewissem Ergebnis sei gerade kein Geld da.

Wer nur noch mit der Kamera vor Ort ist, wenn das Ergebnis vorhersehbar ist, der entdeckt viele Themen nicht mehr. Daraus resultiert die Tendenz, dass Redaktionen weniger neue Themen setzen, sondern vorzugsweise neue Aspekte zu den aktuellen Topthemen suchen – mangels Vor-Ort-Recherchen häufig vom Schreibtisch aus. Mein Eindruck ist, dass viele Storys nicht mehr aus der unmittelbaren Beobachtung der Realität heraus entwickelt

werden, sondern am redaktionellen Reißbrett. Verstärkt wird diese Entwicklung durch Sendungsformate mit starrer Erzählstruktur. Das Thema bestimmt immer seltener die journalistische Darstellungsform, sondern das vorgegebene Darstellungsformat die Themen, die aufgegriffen werden (können).

Die Recherche vieler Redaktionen beschränkt sich zunehmend auf den Check von Fakten, die unter anderem Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International oder Greenpeace kostenlos liefern, weil sie darauf hoffen, »ihr« Thema einem großen Publikum bekannt machen zu können. Immer weniger Redakteure bewältigen selbst die zeitlich und finanziell aufwendigen Grundlagenrecherchen.

Fazit: Wäre es nach den Entscheidungskriterien der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten gegangen, hätte es meine Undercover-Recherche in der Neonazi-Szene nie gegeben – und auch nicht den Dokumentarfilm *»Blut muss fließen« – Undercover unter Nazis,* in dem der Filmemacher Peter Ohlendorf anhand meiner Arbeit über die neonazistische Jugendkultur in Europa berichtet. Den Film gibt es nur, weil der Autor und Produzent bereit war, einen Schuldenberg in Höhe von rund 200 000 Euro aufzuhäufen, und der Cutter Stefan Ganter rund 1000 Schnittstunden investiert hat, ohne eine verlässliche Aussicht auf deren Honorierung zu haben. Auch andere Beteiligte sind in Vorleistung gegangen, beispielsweise der Komponist, der sich um die Filmmusik kümmerte. Peter Ohlendorf: »Gegen jede ökonomische Vernunft, aber im festen Glauben an die Bedeutung dieser Produktion haben sich auch die Kollegen nicht beirren lassen.«

Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen zog sich die Arbeit an diesem Film über knapp fünf Jahre hin. In diesem Zeitraum sind Rundfunkgebühren in Höhe von mehr als 35 Milliarden Euro bezahlt worden – kein Euro davon floss in unseren Dokumentarfilm. Talkshows gibt es in ARD und ZDF an fast jedem Abend zu sehen, politische Hintergrundformate vergleichsweise selten, meist nur noch 30- bis 45-minütig und in der Regel nicht vor 23.30 Uhr.

Keine Fernsehredaktion der öffentlich-rechtlichen Sender hatte Interesse am 90-Minüter *»Blut muss fließen«* – aber das Filmfestival Berlinale, in Person von Wieland Speck, dem Programmleiter der Sektion »Panorama«. Der Film bekam dadurch mediale

Aufmerksamkeit, aber bis zum Redaktionsschluss dieses Buches, im August 2012, immer noch keinen Sendeplatz. Einmal mehr zeigten über Monate hinweg nur einzelne Kollegen aus in Frage kommenden Redaktionen Interesse, während die Zuschauer nach der Berlinale sofort und zahlreich Interesse an Filmvorführungen anmeldeten. Peter Ohlendorf machte sich auf den Weg in die bundesdeutsche Zivilgesellschaft, um mit dem Film und den anschließenden Frage- und Diskussionsrunden für die Neonazi-Problematik zu sensibilisieren. Mehrere tausend Leute haben den Film auf diese Weise gesehen. Bei Initiativen, in der Bevölkerung und zunehmend auch bei Politikern wächst das Interesse stetig. Inhaltlich bewegt sich dadurch etwas, finanziell zu wenig, um eine wirkliche Refinanzierungsperspektive für das Projekt zu entwickeln. Ohlendorf: »Wir sind nun gezwungen, für Vorführungen des Films 1000 Euro netto pro Tag zu verlangen. Die Nachfrage nach solchen Veranstaltungen ist enorm, und umso ärgerlicher ist es, dass wir all denen absagen müssen, die diesen Betrag nicht aufbringen können – meist sind das kleine Gruppen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus engagieren. Wir finden das unerträglich, doch bei uns muss die ökonomische Unvernunft jetzt definitiv ein Ende haben: Ich stehe auch und gerade in der Verantwortung gegenüber den Kollegen, die bislang ihr gesamtes Honorar rückgestellt haben.«

In der Hoffnung, dass vergleichbare Recherche- und Dokumentarfilmvorhaben künftig aus der Bürgergesellschaft monetär unterstützt werden, hat Peter Ohlendorf ein Independent-Label gegründet: »Film-Faktum ist der Versuch, Produktionen abseits des weit verbreiteten Mainstream-Denkens in den etablierten Film- und Fernsehstrukturen zu ermöglichen.«

Auch Filmförderungsgesellschaften gehören zu den etablierten Strukturen. Obwohl der Film *»Blut muss fließen«* in Freiburg und damit in Baden-Württemberg produziert wurde, was ein zentrales Förderkriterium der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg (MFG) ist, floss während der Produktion kein Cent Unterstützung. Peter Ohlendorf: »Dieser Film über die Rechtsrockszene in Deutschland und Europa ist ein gutes Beispiel für den immer reduzierteren Umgang mit politischen und gesellschaftlich-relevanten Stoffen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Medienstrukturen in Deutschland: Es gelang nicht, für

diese Produktion einen Sender zu finden, und infolge dessen waren auch die Türen für eine Filmförderung verschlossen.«

Wer von Sendern finanziert wird, bekommt dank Filmförderung offenbar eher noch mehr – während jemand, der komplett selbst finanzieren muss, auf sich alleine gestellt bleibt. Im Jahr 2010 gewährte die MFG beispielsweise eine halbe Million Euro für die zweite Staffel der ZDF-Krimiserie *SOKO Stuttgart,* die von der Bavaria Fernsehproduktionen GmbH gedreht wird.

Erst im Hinblick auf die Berlinale stellte die MFG dem Kollegen Ohlendorf ein Darlehen in Aussicht, aber keinen Zuschuss. Und nachdem wir uns bei Staatssekretär Jürgen Walter (Grüne) aus dem Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg nach anderen Zuschusstöpfen für ein Projekt wie das unsere erkundigt hatten, entschloss sich die MFG, rückwirkend jene Kosten zu übernehmen, die auf der letzten Produktionsetappe entstanden sind, um den Film für die Berlinale fertig und technisch auf Kinoniveau zu bekommen. Das schlug mit mehr als 20 000 Euro zu Buche. Peter Ohlendorf hält fest: »Es muss sich etwas ändern an den Förderstrukturen im Dokumentarfilmbereich. Gerade dann sind freie, unabhängige Produktionen zu unterstützen, wenn sie sich relevanten, unbequemen Themen widmen, die von den quotenorientierten öffentlich-rechtlichen Funkhäusern ignoriert und damit in der Regel nicht mehr realisiert werden.«

Der Abbau von Recherche und eigener Hintergrundberichterstattung ist allerdings nicht nur ein Phänomen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, sondern auch der Printmedien, der Tageszeitungen beispielsweise. Die Zahl der Verleger früherer Prägung, die ein ähnliches Berufsethos wie Redakteure haben, schrumpft. An ihre Stelle treten Investoren, Spekulanten und Manager. Und denen ist die Rendite wichtiger als die Recherche. Heute werben manche damit, dass sie ein paar Leute in speziellen Rechercheabteilungen das machen lassen, was früher viele, wenn nicht gar fast alle, und obendrein ganz selbstverständlich gemacht haben. Außerhalb dieser Teams werden freie Journalisten für aufwendige Recherchen in der Regel unterbezahlt, und angestellte Redakteure müssen unentgeltlich Überstunden machen, wenn sie sich dafür Zeit nehmen wollen. Manche machen das, viele nicht.

Dass weniger recherchiert wird, fällt den Lesern nur bedingt auf,

weil ersatzweise Hintergrundberichte von Presseagenturen gedruckt werden. Die Presseagentur DAPD hat diesen Bedarf erkannt und ein Investigativressort eingerichtet. Der Unterschied: Früher haben viele Tageszeitungen viele Missstände recherchiert und sich auf diese Weise profiliert – heute recherchieren wenige Presseagenturen vergleichsweise wenige Problemlagen, die dann von vielen gedruckt werden. Zugespitzt formuliert, herrscht zunehmend Agentureinfalt statt Tageszeitungsvielfalt.

Weil fast alle die Rechercheleistungen weggespart haben, dürfte im Bereich der investigativen Recherche sogar eine Marktnische entstanden sein. Hat das im Fernsehbereich ausgerechnet ein kommerzieller Sender erkannt, der bisher absolut nicht als das Flaggschiff der investigativen Recherche galt? RTL strahlte im Sommer 2012 eine Dokumentation des Altmeisters der Undercover-Recherche aus, von Günter Wallraff. Auch er war mit versteckter Kamera unterwegs, in einem Logistikunternehmen. Er berichtete über zu lange Arbeitszeiten, fehlende Pausen und tarifferne Stundenlöhne von Paketzustellern: »Wallraff deckt auf!« Bei RTL, nicht bei ARD oder ZDF.

Kapitel 10

GEWALTIGE GEWINNE – POLITISCHER PROFIT

»Selbstverständlich unterstützen wir laufend alle möglichen (und unmöglichen) nationalen Projekte.«

Thorsten Heise, Neonazi-Versandhändler und Ex-Mitglied im NPD-Bundesvorstand

Neonazis und (sonstige) Gewalttäter sind eine gewinnbringende Kundengruppe. Manche Einzelhändler verkaufen CDs von Bands wie »Endlöser« und T-Shirts der Terrorgruppe Combat 18 wie andere Waschmittel und Wollsocken – vor allem in Ostdeutschland. Was früher nur bei konspirativ organisierten Skinhead-Konzerten verscherbelt wurde, bietet seit einigen Jahren der Laden um die Ecke oder gar das Kaufhaus in der Innenstadt an.

»Geschäftig« recherchiert habe ich von 2006 bis 2011. Eine meiner ersten Shopping-Touren führte mich im März 2006 nach Mylau, ein sächsisches 3000-Einwohner-Städtchen. Noch nie (und auch seither nie wieder) war ich in einem Ort unterwegs, dessen Straßenbeschilderung derart unübersichtlich war, was die Anbringung der Tafeln und die Lesbarkeit der frakturartigen Schrift betrifft. Obendrein führte die Wegbeschreibung, die ich mir aus dem Internet ausgedruckt hatte, nicht zum Ziel. Mit einem Navigationssystem war ich damals noch nicht ausgestattet. Und aus meinem Auto heraus einen Einwohner zu fragen, wo’s zum Nazi-Laden geht, schien mir nicht ratsam zu sein. Im ungünstigsten Fall wäre ich an einen örtlichen »Kameraden« geraten, der sich über das fremde Nummernschild gewundert und es sich daher gemerkt oder notiert hätte. Mindestens eine Stunde lang bin ich kreuz und quer und immer wieder im Kreis gefahren, bis ich die braune Bude doch noch gefunden habe.

Das Schild an der bröckelnden Hausfassade kündete vom Untergang der germanischen Götter: »Ragnarök«, so hieß das Geschäft. Die stählerne Eingangstür und ein Zigarettenautomat daneben waren mit Aufklebern tapeziert. Eine Armlänge von einem

Parteilogo der NPD entfernt prangten die Buchstaben »A.C.A.B.« – sie stehen für »All Cops Are Bastards«. Die Polizei war hier unerwünscht.

Hinter der Tür lag ein dunkler Flur, von Transparenten und Flaggen gesäumt. Die Kämpfer aus der Nazi-Zeit wurden als »die besten Soldaten der Welt« verehrt – auf schwarz-weiß-rotem Grund. Ein schwacher Lichtstrahl wies den Weg in einen schummerigen Raum, den eigentlichen Ort der »Götterdämmerung«. Ein bierbäuchiger, volltätowierter Skinhead lümmelte hinter einer Verkaufstheke herum, auf der »Troublemaker« stand. Statt Ärger wollte der schätzungsweise zweieinhalb Zentner schwere Germane aber lieber Geschäfte machen. Der »Masterrace«-Schal, der oberhalb seines Kopfes an der Wand hing, war nicht nur ein Bekenntnis zum Rassedenken, sondern zugleich ein Hinweis auf die gleichnamige Kleidermarke, die er im Sortiment führte. Für zehn Euro gab es hier ein Kissen mit dem Porträt von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zu kaufen, diesem angeblichen »Märtyrer des Friedens«. Weniger friedlich wirkte der Pullover zwei Regalfächer weiter unten: Außer der Aufschrift »Revierreinigung« war ein Sturmgewehr auf den Stoff gedruckt. Und am Kleiderständer nebenan hing ein »T-Hemd« für Fußballgewalttäter mit politischem Anspruch: »Hoolicaust 2006«. Die Weltmeisterschaft in Deutschland stand kurz bevor.

Ragnarök war ein Nazi-Laden, wie man ihn sich vor einer solchen Recherche klischeemäßig vorstellt. Hier gab es unter anderem Supporter-Shirts für eine der berüchtigtsten Bands in Deutschland: »D.S.T.« alias »Deutsch, Stolz, Treue«. Die Combo fordert auf einer ihrer CDs unter anderem zum Mord an Juden auf. Vermutlich aufgrund der Ermittlungen gegen die Gruppe trat sie später unter dem Tarnnamen »X.x.X.« in Erscheinung, das ist in der Szene ein offenes Geheimnis.

Im CD-Regal entdeckte ich ein Werk der Black-Metal-Band »Epithalium« mit dem programmatischen Titel *Ausrottung.* Ob der namensgebende Song oder das Lied *Endsieg* strafbar sind? Ein Verfahren würde im Zweifel daran scheitern, dass die Texte nicht verständlich gesungen werden und sie im Booklet vorsorglich nicht abgedruckt sind. Eine dazu passende Handlungsdevise war auf einem T-Shirt nachzulesen: »Wir ficken euer Scheißsystem.«

Das Geschäft mit den Neonazis boomt. In Ostdeutschland ist der

Markt so profitabel geworden, dass sogar bürgerliche Geschäftsleute Neonazi-Ware ins Programm genommen haben. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz bestätigte während meiner Recherchen im Jahr 2006: »Unter den rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen in Sachsen gibt es Unternehmen, deren Inhaber nicht der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden können.«

Im Dresdner Innenstadtkaufhaus Mälzerei, unter dessen Dach rund zwei Dutzend Fachgeschäfte versammelt sind, stieß ich bei meiner Recherchetour im Jahr 2006 neben dem Textil-Discounter KiK und dem Schuhfilialisten Reno auf den Armyshop Dresden, der für Nazi-Kunden »White Power«-Shirts und »88«-Schildmützen vorrätig hatte, womit bekanntermaßen dem großdeutschen Führer gehuldigt wird. Der Verkäufer zeigte mir obendrein, in welchem Regal ich Kleidung in den Tarnfarben der SS finden könne.

Ein Waffengeschäft in einem anderen Dresdner Stadtteil bot neben Pistolen und Gewehren unter anderem Szenebedarf der Nazi-Marke »Consdaple« an, die wegen der Buchstabenfolge NSDAP im Namen beliebt ist, sowie eine Schildmütze mit dem Aufdruck »Stolz Ehre« und einer Triskele darauf – das ist eine Art dreigliedriges Hakenkreuz. Mützen und Taschen mit dem Aufdruck »A.C.A.B.« (All Cops Are Bastards), die von Neonazis und Hools gleichermaßen gekauft werden, gab es vielfach. Handschellen und Leuchtkellen ergänzten das Sortiment. Der Waffenhändler zählte auch Ordnungshüter zu seinen Kunden, wie ich bei einem Einkauf am 22. April 2006 staunend zur Kenntnis genommen habe. Kurz nach Ladenschluss am Samstagmittag, ich war gerade am Gehen, streckten zwei Polizistinnen ihren Kopf zur Eingangstüre herein: »Dürfen wir noch?« Sie durften.

Bei einer weiteren Recherchetour, anno 2009, habe ich in den beiden Dresdner Läden ein ähnliches Warenangebot vorgefunden: im Armyshop beispielsweise KKK-Shirts für Sympathisanten des Ku-Klux-Klans. Und das Waffengeschäft hatte sich inzwischen, einer Metalltafel im Laden nach zu urteilen, zum »Deutschen Schutzgebiet« ausgerufen. Bücher über die Waffen-SS und *Die letzten Tage mit Adolf Hitler* waren geeignet, den historischen Wissensdurst von Nazi-Kunden zu stillen. Für Polizei und Bundesgrenzschutz gab es Kleidung mit entsprechendem Aufdruck und Emblem. Und die Gegner der Einsatzkräfte konnten sich per

Kauf eines Aufnähers als »Staatsfeind« kenntlich machen.

Zwischenzeitlich firmiert der Armyshop unter neuer Adresse. Das Kaufhaus Mälzerei in der Heidestraße bleibt jedoch politisch kontaminiert. Ein Geschäft namens Neverstraight ist eingezogen und bietet Tattoos, Piercing und »Clothes«. Das klingt zwar allesamt undeutsch, aber Inhaber Sebastian R. betreibt gleichzeitig das Nazi-Label One People One Struggle Records (OPOS), das unter derselben Anschrift residiert.

Neben kleinen Szeneläden und dem Szeneangebot des bürgerlichen Einzelhandels gibt es ein drittes Phänomen im Neonazi-Geschäft: großflächigen Einzelhandel. In Chemnitz teilen sich Backstreet Noise (Streetwear) und PC-Records (CDs und Band-Shirts) einen Flachdachbau in Supermarktgröße, mitten in einer Plattenbausiedlung. Gelegen an einer Straße, die nach dem chilenischen Präsidenten Salvador Allende benannt ist – einem Sozialisten, der 1973 durch einen Militärputsch gestürzt wurde. Das Label – »PC« spielt auf »Political Correctness« an – verlangte bei meinem Einkauf für CDs den symbolträchtigen Einheitspreis von 14,88 Euro: 14 für die 14 Wörter des Schwurs zum Erhalt der weißen Rasse, 88 als Zahlencode für »Heil Hitler«. Die Firma, die das Tonträgergeschäft einst von Backstreet Noise übernahm, hat sich zu einem der bedeutendsten Rechtsrockproduzenten in Deutschland entwickelt. Promis wie Michael »Lunikoff« Regener und Daniel »Gigi« Giese haben dort genauso Alben veröffentlicht wie das konspirative Projekt »Hassgesang«. Die Covergestaltung lässt keine Fragen offen.

Als ich mich im Jahr 2006 bei den Chemnitzern umgesehen habe, boten die beiden Läden ihren Kunden sogar ein Rabattkartensystem. Sie hatten sich den Markt in Nazi- und Hooliganbedarf aufgeteilt. Ganz gelungen ist die Trennung allerdings nicht: Bei Backstreet Noise gab es T-Shirts der Band »H8Machine«, die bei Neonazi-Konzerten auftritt – und bei PC-Records fanden sich Hool-Shirts, die das großdeutsche Reich auf dem Rücken zeigten, kombiniert mit der Aufschrift: »1939 wurde Polen in 28 Tagen besiegt. 2006 reichen 90 Minuten.« Die Sortimente überlagerten sich genauso wie die Chemnitzer Neonazi- und Hool-Szene. Eine schlagkräftige Truppe von Fußballgewalttätern aus der Stadt taufte sich »Hoo-Na-Ra«. Diese Abkürzung steht für Hooligans, Nazis, Rassisten.

[Bild vergrößern]



Diese CD des deutschen Bandprojekts „Hassgesang" hat die Firma Micetrap Records aus den USA herausgebracht. Das Backcover mit Hakenkreuz und Abbildung des Tores des Konzentrationslagers Auschwitz trägt die Aufschrift „Der Verkauf dieser CD ist in Deutschland und Österreich verboten.“ Im Wismarer Werwolf-Shop gab es sie trotzdem zu kaufen. Das justiziable Sortiment stand in einem Koffer hinter der Ladentheke bereit.

Nazi-Fachhandel und Nazi-Subkultur befruchten sich gegenseitig. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz stellte 2006 fest: »Der Freistaat Sachsen hat im Bundesvergleich die am stärksten ausgeprägten rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen. […] Sie sind für die Szene von herausragender Bedeutung. Über sie kann szenerelevantes Material wie Tonträger und Textilien bezogen werden. Darüber hinaus dienen Szeneläden auch als Umschlagplatz für Informationen. Ferner nehmen die Vertriebe eine Schlüsselrolle bei der Nachwuchsrekrutierung ein.«

So führte mich am 27. Mai 2006 kein Rechercheeinkauf zu Front-Records nach Wurzen, sondern ein NS-Black-Metal-Konzert. Das Label mit Versand residierte in einer ehemaligen Fleischerei. Außer dem Lager fand ich einen Kameradschaftsraum mit Theke und einen Veranstaltungsraum vor.

Front-Records hatte sich relativ unbemerkt zu einem der großen Akteure unter den braunen Betrieben entwickelt. Das wurde am 5. August 2006 offensichtlich, als das Unternehmen beim Pressefest des NPD-Zentralorgans *Deutsche Stimme* ein Festzelt bezogen hatte, um Szene-Kleidung und CDs zu verkaufen – neben dem Eingang hing bereits ein Front-Records-Werbebanner. Auch an der Bewirtung soll der Wurzener Wirtschaftsbetrieb beteiligt gewesen sein: Im Internet entstand hinterher eine Diskussion darüber, ob Front-Records der

Deutschen Stimme mehrere tausend Euro für die Konzession bezahlt habe und in der Folge die Steak- und Bierpreise vergleichsweise hoch gewesen seien. Zu der Veranstaltung kamen 7000 bis 8000 potenziell essende und trinkende Gäste. Der sächsische Verfassungsschutz registrierte ein »negatives Echo innerhalb der rechtsextremistischen Szene« auf das Pressefest: »Es entstand der Eindruck, dass kommerzielle Interessen bei dem Veranstalter vorrangig gewesen seien. In einem Internetforum wurde angemerkt, dass Front-Records ›den Umsatz ihres Lebens gemacht‹ habe.«

Die Umsätze im Neonazi-Versandgeschäft wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz schon Jahre zuvor auf mehrere Millionen Euro geschätzt. Präzisere Zahlen lieferten Antifa-Hacker, die mehrere Internet-Shops von Nazi-Versänden geknackt hatten – jenen des Asgard-Versandes vor meiner Kamera. Ich hatte mich mit den Hackern im Sommer 2006 anonym in einem Berliner Hotel getroffen. Einer der Computer-Spezialisten sagte im Interview: »Es gibt kleine Versände, die kaum Umsatz machen und schon von Glück reden können, wenn sie 1000 Euro Umsatz im Monat erreichen. Es gibt aber auch Versände wie zum Beispiel den Wikingerversand, bei dem sich die Monatsumsätze im Bereich zwischen 30 000 und 40 000 Euro bewegen.« Das sei bei der Analyse von Kunden- und Bestelldaten herausgekommen.

Der Wikingerversand aus dem niederbayerischen Geiselhöring war unmittelbar vor seinem Tag der offenen Tür am 1. April 2006 von den Hackern attackiert worden. Das wusste ich aber noch nicht, als ich zu diesem verkaufsoffenen Samstag einlief. Eine Besonderheit im dortigen Programm war ein schwarzer Männerslip, der mit einem stilisierten Spermium in der Farbe Weiß nebst der Aufschrift »White Power« verziert war.

In jener Zeit suchte der Betreiber des Wikingerversandes einen Grafiker. Zur Festanstellung. Die Politwirtschaft warf genug Geld ab, um Mitarbeiter bezahlen zu können. Neonazis finanzieren Neonazis also auf unterschiedliche Weise: als Kunden die Versandhändler und Ladenbetreiber; als Geschäftsleute die Mitarbeiter und Szeneprojekte, letztere auf Spendenbasis. Das offenbarten Interviews mit den handelnden Personen, die auf der Internetseite der Initiative »Schöner leben mit Nazi-Läden« veröffentlicht worden waren, einer Gegeninitiative zur antifaschistischen Aktion »Schöner leben ohne

Nazi-Läden«.

Chef-Wikinger »Siggi« erklärte dort am 17. Januar 2006: »Wir verdienen unseren Unterhalt mit Geld aus der ›Rechten Szene‹, unter anderem auch die Leute aus der Szene, die wir beim Wikingerversand angestellt haben. Wir finden daran nichts Verwerfliches, da wir ja auch wieder was zurückgeben, zum Beispiel, wie erwähnt, Arbeitsplätze für Leute aus der Szene. Aktionen und Soli-Aktionen unterstützen wir schon, was und wie, möchten wir nicht erwähnen.« Der Wikingerversand hat obendrein jahrelang eine der größten Kommunikationsplattformen der Neonazi-Szene betrieben, ein Diskussionsforum im Internet.

Einige nationale Sozialisten stören sich an der kommerziellen Ausrichtung der Branche, weil die Musik mit ihren ideologischen Botschaften zu niedrigeren Preisen noch größere Verbreitung fände. Manche Versandhändler werden gar als »Szene-Juden« bezeichnet, weil sie angeblich überteuerte Ware anbieten und zu wenig Geld in die politische Arbeit investieren. Ingo Knauf, der den V7-Versand in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) betrieben und sich mehrere Wettbewerber einverleibt hat, wurde nachgesagt, dass er Porsche fahre. Auf die Frage der Nazi-Läden-Initiative, ob er regelmäßig Aktionsbüros und Kameradschaften unterstütze, ist er am 17. Januar 2006 ausgewichen. Und als er anschließend gefragt wurde, welchen Anteil seines Gewinns er »in die Bewegung« zurückfließen lasse, antwortete er: »Diese Frage lässt sich meiner Meinung nach nicht genau beantworten. Es gibt aus rechtlichen Gründen immer wieder Unterstützung für Bands, Personen oder was/wen auch immer, die ›offiziell‹ nirgendwo auftauchen dürfen beziehungsweise sollen. Da ist es eben sehr schwierig und in meinen Augen auch relativ unerheblich, dort mit Fakten oder Zahlen aufwarten zu können beziehungsweise zu wollen.«

Zum Vergleich folgt, was Thorsten Heise von W+B Records aus dem thüringischen Fretterode der Initiative am 20. Januar 2006 mitgeteilt hat:

> »Selbstverständlich unterstützen wir laufend alle möglichen (und unmöglichen) nationalen Projekte, die vielen Verweise und Danksagungen auf vielen nationalen Seiten sprechen ihre eigene Sprache. Wir haben ja auch 2000 einen alten Bauernhof in

> Fretterode gekauft, den wir wöchentlich mehrmals für Kameradschaften und Bands zur Verfügung stellen (zum Beispiel Bandübungsräume und Kameradschaftsabende). Als ich vom NPD-Vorstand gefragt wurde, wie viel mein Referat ›Freie Kräfte‹ im Jahr an Etat braucht, war meine Antwort selbstverständlich: ›nichts‹! Ich betrachte den Posten im NPD-Bundesvorstand als Ehrendienst am deutschen Volk und gebe alle damit verbundenen Kosten (auch die zahlreichen Reisekosten, Übernachtungen …) als Spende.«

V7-Chef Ingo Knauf schien lieber unmittelbar in die Kundenbindung als in die politische Bewegung zu investieren: Er gründete einen eigenen Club. Für Mitglieder gab es monatlich eine kostenlose CD und vereinzelt Partys mit Livemusik.

Neben dem V7-Versand war der H8Store-Versand in Wismar eines der größten Szenekonglomerate. Gegen beide haben andere Neonazi-Geschäftsleute im Januar 2007 zu einer Boykottaktion aufgerufen. Die Vorwürfe, die in den einschlägigen Internetforen nachzulesen waren, reichten von der Bereicherung auf Szenekosten bis hin zur Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden. Der Boykott zeigte nach wenigen Wochen Wirkung: H8Store benannte sich in Totenkopfversand um und wurde von einem früheren H8Store-Mitarbeiter übernommen.

Zum H8Store-Imperium gehörte unter anderem der Werwolf-Shop in Wismar – und der ehemalige Betreiber Philip Schlaffer soll obendrein bei Werwolf-Records in Skandinavien mitgemischt haben, wie in Neonazi-Foren behauptet wurde. Außer dem Namen war diesem Laden und dem Label zeitweise ein Teil des – nach deutschem Recht verbotenen – Sortiments gemeinsam. Dazu zählte die CD *The White Race Will Prevail* von »Race War«. Einen Teil der Tonträger, die es in Skandinavien zu bestellen gab, konnte die Wismarer Laufkundschaft aus einem Koffer kaufen, der klischeetypisch unterm Ladentisch stand. Jede CD darin gab es nur einmal, so dass das Angebot im Falle einer Razzia als »private Sammlung« durchgegangen wäre, für die keine Strafe gedroht hätte. Der Besitz von einzelnen Exemplaren solcher CDs ist erlaubt – damit zu handeln, nicht.

Eine ähnliche Geschäftsidee hatte ein Berliner Versandhändler

entwickelt, der seine Ware nicht auf einer »Heimatseite« im »Weltnetz« anpries, sondern unter mehreren Pseudonymen per E-Mail. Mindestens knapp drei Jahre lang dauerte die Auflösung seiner angeblichen »Sammlung«, wobei die Sammlung in diesem Zeitraum teilweise größer statt kleiner wurde. Mal umfasste sie »nur« runde 1400 CDs, Kassetten und DVDs, mal waren es ungefähr 1700 Tonträger – darunter auch Werke, die neu auf den Markt gekommen waren. Um eine alte »Sammlung« hat es sich demnach nicht gehandelt .

Den Boykott von V7 und H8Store scheinen konkurrierende Versandhändler der Szene genutzt zu haben, um ihre Geschäfte auszuweiten. So bot der Wikingerversand auf einmal in größerem Stil an, T-Shirts nach Wunsch zu bedrucken. Diesen Service hatte bis dato der V7-Versand als einziger via Extra-Homepage im Angebot. Der Textilsektor muss besonders lukrativ sein – einzelne Szenekaufleute haben ihre Aktivitäten sogar auf den unpolitischen Bereich ausgedehnt.

Wie viele Versände es gab, stellte die Initiative »Schöner leben mit Nazi-Läden« dar: Auf ihrer Homepage waren im Jahr 2006 rund 60 einschlägige Unternehmen gelistet. Im Jahr 2011 zählte das Bundesamt für Verfassungsschutz 91 »rechtsextremistische Vertriebe«. Immer mehr Neonazis machen mit ihrer Politik Profit. In Ladengeschäften wird aber nicht nur Geld verdient, sondern auch zu Jugendlichen Kontakt geknüpft. Ein Umschlagplatz für Informationen: Stefan Silar hat mir in seinem Laden Streetwear Tostedt (bei Hamburg) nach dem Einkauf noch die geheime Handynummer für das nächste Neonazi-Konzert aufgeschrieben. Bei PC-Records in Chemnitz hingen Veranstaltungshinweise neben dem Ausgang. Teilweise gab es Eintrittskarten zu öffentlich beworbenen Konzerten zu kaufen, zum Beispiel für das Pressefest der *Deutschen Stimme*.

Mit der Kommerzialisierung ging eine Professionalisierung einher: Die meisten CDs deutscher Bands werden routinemäßig von Rechtsanwälten auf ihre Strafbarkeit hin geprüft. Und falls ein Tonträger als »jugendgefährdend« eingestuft werden sollte, so reicht die Zeit bis zur Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) meist aus, um den Großteil der Auflage zu verkaufen. Die drohende Indizierung einer CD wird

teilweise sogar in den Rundmails der Versände als Kaufargument werbewirksam und damit gewinnbringend eingesetzt.

Über Produkte mit politischem Bezug hinaus haben sich Streetwear-Marken etabliert, die aufgrund ihrer nordisch-germanischen Symbolik vorzugsweise von Neonazis getragen werden: Thor Steinar zum Beispiel und Erik & Sons. Die Kameraden von »Erik und Söhne«, wie sie der Liedermacher Frank Rennicke vorstellte, hatten beim sächsischen NPD-Sommerfest 2009 einen Auftritt. Sie initiierten eine Versteigerung eines T-Shirts, das von dem braunen Barden signiert worden war – zugunsten der Liedermacherin Annett, deren Mann Michael Müller (ein Jahr zuvor noch NPD-Kandidat bei der niedersächsischen Landtagswahl) im Mai verstorben war. Das Höchstgebot lag bei 100 Euro. Die Führung von Erik & Sons legte noch 200 Euro drauf, so dass insgesamt 300 Euro für die Witwe zusammenkamen.

Auf den 7. November 2009 lud die Marke für den braunen Lifestyle zu einem Hammerfest nach Berlin ein, als dessen heidnisches Symbol ein Thorshammer herhalten musste: »Wir feiern Weihnachten, wann wir wollen!« Live dabei sein sollte die rechtsextreme Hooligan-Band »Kategorie C«, die von Erik & Sons sogar »sportlich eingekleidet« wird, wie auf einer DVD-Hülle der Gruppe zu lesen ist. »Während die einen sich noch ihre zivilcouragierten Schultern zerklopfen, sind die anderen schon beim Vorglühen«, tönte die Textilfirma vor dem Konzert. Die Meldung endete mit der Losung der Hooligans: »Sport frei.« Umso größer war die Blamage, als die Veranstaltung scheiterte. Laut Medienberichten wurde der Mietvertrag gekündigt.

Mode-Labels wie Thor Steinar, Erik & Sons, Ansgar Aryan und Consdaple haben, auf den Spuren deutscher Großunternehmen und erleichtert durch die Erweiterung der Europäischen Union, sogar einen wirtschaftlichen Siegeszug in die »Ostgebiete« und darüber hinaus angetreten. Ihre Produkte gibt es beispielsweise auch in Budapester Boutiquen, so dass sich nationalistische Magyaren ein bisschen deutsches Nazi-Feeling kaufen können.

Kapitel 11

GEWALT ROCKT

»Antifa halt's Maul, verdammte Fotze.«

Hannes Ostendorf, Sänger der angeblich unpolitischen Hooligan-Band »Kategorie C«, in einer Ansage beim angeblich unpolitischen Konzert am 17. April 2010 in Kirchheim

Wenn sich junge Männer als Verlierer fühlen, erscheint es ihnen tendenziell attraktiv, auf das Recht des Stärkeren zurückzugreifen. Wer etwa daran scheitert, sich Selbstbewusstsein und Zufriedenheit in einer Ausbildung oder in einem Beruf zu erarbeiten, der kann sich Selbstwertgefühl erkämpfen – beispielsweise in Fightclubs und in der »dritten Halbzeit« nach Fußballspielen. Oft mit dabei: Neonazis. Ein sozialdarwinistisch geprägter Way of Life passt zu ihrer gewaltbejahenden Grundeinstellung und zur Rassenideologie ihrer Vordenker. Schon Adolf Hitler hat vor seiner Machtergreifung auf eine Schlägertruppe mit hohem Kleinbürger- und Arbeitslosenanteil gesetzt: auf die Sturmabteilung (SA).

Als ich am 24. März 2006 auf meiner ersten Recherchetour durch Läden mit Nazi-Bedarf war, fiel mir im Chemnitzer Geschäft Backstreet Noise ein Plakat auf: »Fightclub Vogtland 9.4.2006 – Festhalle Plauen« Eine Vorankündigung für eine Kampfsportveranstaltung. Karten gab es im Vorverkauf an der Ladentheke. Ich sicherte mir eine – samt DVDs von früheren »Fightclubs«, um mich vorbereiten zu können. Zurück vor dem heimischen Fernseher entdeckte ich auf einem der Videos, vom 19. Dezember 2004, ein Werbebanner der Volksbank Chemnitz. Das verlieh der Veranstaltung einen seriösen Touch. Doch zehn Minuten später ertönte »Hoo-Na-Ra«-Geschrei, der Schlachtruf der »Hooligans, Nazis, Rassisten«. Alles nur Kampfsport?

Das sächsische Innenministerium hatte am 24. Mai 2005 auf eine Kleine Anfrage der PDS-Landtagsabgeordneten Freya-Maria Klinger hin mitgeteilt: »Bei der Fightclub-Veranstaltung am 19.12.2004 in Chemnitz kam es zu Straftaten gemäß Paragraf 86a

Strafgesetzbuch« – es sollen Hitlergrüße gezeigt und es soll »Sieg Heil« geschrien worden sein. »Der Sachverhalt wurde am 4.1.2005 anonym bei der Polizei angezeigt und vorerst, ohne dass Tatverdächtige ermittelt werden konnten, abgeschlossen. […] Als bekannt wurde, dass die Volksbank Chemnitz als Sponsor auftrat, wurde mit dieser seitens der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge Kontakt aufgenommen, woraufhin die Volksbank Chemnitz ihre diesbezüglichen Aktivitäten einstellte.« Unterschrieben war die Antwort vom damaligen Landesinnenminister Thomas de Maiziere, dem späteren Bundesinnen- und -verteidigungsminister. In derselben Antwort, also vom 24. Mai 2005, teilte er über die inzwischen vorgestrige Kampfsportshow mit: »Derzeit liegen keine Anhaltspunkte vor, die auf einen volksverhetzenden und verfassungsfeindlichen Charakter der für den 22. Mai 2005 geplanten Veranstaltung hindeuten oder es rechtfertigen könnten, die Veranstaltung zu unterbinden. [.] Die Veranstaltung wird einer ständigen rechtlichen Bewertung unterzogen. Alle bekannt werdenden Vorkommnisse, welche den Anfangsverdacht einer Straftat begründen, werden verfolgt werden.«

Besonders hoch kann der polizeiliche Verfolgungsdruck nicht gewesen sein. Die Produzenten der DVD vom 22. Mai 2005 haben es nicht einmal für erforderlich erachtet, die »Juden raus«-Rufe herauszuschneiden. Zu sehen ist außerdem, wie ein glatzköpfiger Kämpfer mit seiner Faust wie besessen auf den Kopf seines liegenden Gegners eindrischt, obwohl jener bereits mit der Hand auf den Boden geklopft hat – das Zeichen, dass er aufgibt. Um die Prügelorgie zu beenden, schwang sich der Ringrichter zum Ringerrichter auf: Er überwältigte den Skinhead.

Die PDS-Parlamentarierin Klinger hatte in ihrer Anfrage moniert, dass bereits die Werbung des Fightclubs 2004 »auf ein Event der Neonazi-Szene« hingedeutet habe: »Der in der Anzeige groß abgebildete Enrico Malt trat im Frühling 2004 als Organisator eines Neonazi-Konzerts mit der Band ›Blitzkrieg‹ im Chemnitzer Technoclub ›8. Mai‹ in Erscheinung.« Innenminister de Maiziere verwies auf »präventive Beratungsgespräche«, die mit dem Veranstalter geführt worden seien: »Dabei erfolgte unter anderem auch die Absprache, dass bei der Flyer-Werbung auf die Darstellung einer in der Vergangenheit als Organisator rechtsextremistischer

Skinhead-Konzerte bekannt gewordenen Person als Kämpfer verzichtet wird.«

Auf dem Plakat für den Fightclub Vogtland, den ich besuchen wollte, war der Neonazi erneut im Bilde: »Rico Malt vs. Ralf K.«, das sollte der Hauptkampf am 9. April 2006 werden. Außer im Backstreet Noise wurde das Event im Last Resort Shop Zwickau beworben, in dem ich am 31. März 2006 einen Rechercheeinkauf gemacht hatte. Auch dort gab es Eintrittskarten.

Die *Jungle World,* eine linke Wochenzeitung, kündigte den Hauptkampf ebenfalls an: »Neonazi gegen Bulle«. Im Artikel folgte die Begründung: »Ralf K. ist Polizist in Chemnitz.« Und: »Malt ist eine Schlüsselfigur der Chemnitzer Neonazi-Szene, die Veranstaltungen der Fightclub-Serie sind gerade wegen seiner Auftritte berüchtigt. Er gilt als Verfechter der Verknüpfung von Lifestyle und Nazi-Ideologie, nimmt an Neonazi-Aufmärschen teil, organisiert Konzerte und arbeitet im Security-Gewerbe.«

Zum Kampf erschien Rico Malt mit dem Schriftzug des Chemnitzer Nazi-Labels PC-Records, einem Nachbarn von Backstreet Noise, auf seiner Kleidung. Im Brustbereich stand: »Protex Druck«. Das Unternehmen aus Wurzen gehörte Thomas Persdorf und residierte unter derselben Adresse wie dessen Nazi-Label Front-Records. Ein weiterer Werbepartner des schlagkräftigen Nazis: Bandogs Security Chemnitz – ein Unternehmen, das sogenannte Sicherheitsdienstleistungen erbringt. In den Ring marschierte Rico Malt zu einem Schlägersong der »Lunikoff-Verschwörung« ein, dem Bandprojekt des verurteilten »Landser«-Sängers Michael Regener: »Mundschutz und Schienbeinschoner gehören zu unserer Garderobe. In dieser Stadt weiß jedes Kind: Wir sind die Jungs fürs Grobe.«

Allerdings fehlte der angekündigte Gegner von der Polizei. Ralf K. hatte abgesagt. Für ihn sprang ein Tscheche ein: Radek Marianka. Er kämpfte mit Malt nach K-1-Regeln. Im Internetlexikon *Wikipedia* steht: »K-1 kombiniert Techniken aus dem Boxen, Karate, Muay Thai, Taekwondo, Kickboxen, Savate und vielen anderen Kampfsportarten.« Malt wich den Schlagversuchen seines Gegners tänzelnd aus und boxte nach 50 Sekunden erstmals auf ihn ein, angefeuert von johlenden Fans. Einige Sekunden später nahm er Anlauf und trat im Sprung gegen Mariankas Brust. Der Tscheche ging zu Boden, k.o. nach einer Minute und 23 Sekunden. Sieg für den

Nazi.

Diese Brutalität, als Sport verbrämt, derart nahe zu erleben, hat mich schockiert. Das also drohte mir, wenn ich bei einem Neonazi-Konzert mit meiner versteckten Kamera erwischt werden würde. Ohne Regeln und ohne Ringrichter. Ein lebensbedrohliches Risiko, wie mir an diesem Abend eindrücklich vor Augen geführt wurde.

Einen Tag, nachdem ich im Chemnitzer Backstreet Noise den Fightclub entdeckt hatte, sah ich im Pirnaer Crime-Store (dessen Verkäufer mich spaßeshalber mit »Shalom« begrüßte), dass auf den dort angebotenen Textilien der »Fußballkrieg 2006« beziehungsweise der »Official Worldcup Hooligan 2006« angekündigt wurde. Ich beschloss, auf die Fußball-Weltmeisterschaft hin eine Hooligan-Recherche zu beginnen und mich unter die gewaltbereiten Fans zu mischen.

Während Hooligans mit traditionellem Selbstverständnis nur gegeneinander kämpfen und sich teilweise sogar fern des Stadions zur »dritten Halbzeit« verabreden, schlagen gewalttätige Ultras unmittelbar nach den Fußballspielen los und gefährden dabei andere Stadionbesucher. Als Ultras gelten Fans, die choreografische Aktionen vorbereiten, um im Stadion für Stimmung zu sorgen. Dazu gehört auch der Einsatz von Feuerwerkskörpern.

Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken am 2. Dezember 2011 mitgeteilt, dass Polizeibehörden »eine zunehmende Steigerung der Aggressivität von Angehörigen der ›Ultra-Gruppierungen‹ sowie eine Solidarisierung gegenüber Ordnungsdiensten und Einsatzkräften feststellen, wenn diese gegen die Mitglieder der jeweiligen Gruppe einschreiten«. Teile der »Ultragruppierungen« könnten in die Fan-Kategorien B (gewaltbereite Störer) und C (gewaltsuchende Störer) eingestuft werden. »Nach den geschätzten Angaben der Polizeibehörden über Personen der Kategorie B und der Kategorie C summiert sich in den Anhängerschaften der 1. und 2. Bundesliga die Anzahl der Störer auf zirka 9685 Personen (7240 Kategorie B und 2445 Kategorie C).« Zum Vergleich: In der Saison 1999/2000 habe die Zahl noch bei 6805 Personen gelegen. »Für den Bereich der 3. Liga betrug die geschätzte Gesamtzahl 3024 und für die Regionalligen 2230 Personen« – Ende des Jahres 2011. Am 16. November 2011 waren in der bundesweit geführten Datei »Gewalttäter Sport« 12 996

Personen erfasst, wie die Bundesregierung mitgeteilt hat. Rund 10 Prozent davon seien »dem Bereich Rechtsextremismus zuzuordnen«.

Die Auswirkungen beschreibt die Bundesregierung wie folgt: »Gewalttätige Ausschreitungen bewegen sich seit Jahren auf einem hohen Niveau, jedoch kann langfristig betrachtet eine zunehmende Steigerung der gewalttätigen Handlungen festgestellt werden. […] Die Anzahl von insgesamt 846 Verletzten an den Standorten beider Bundesligen stellt einen Höchststand dar.« In der Saison 2010/2011 seien mehr als 1,5 Millionen Polizeiarbeitsstunden »zur Bewältigung der Einsätze bei Fußballspielen« erforderlich gewesen. In den vergangenen zwölf Spielzeiten (seit dem Jahr 2000) seien allein bei Begegnungen der beiden Profiligen insgesamt 41 335 Personen festgenommen und 51 806 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Störer eingeleitet worden.

Bei meinen Recherchen habe ich Radau und Randale in Stadionnähe sowie bei der An- und Abreise dokumentiert. Bei den Tätern dürfte es sich daher in der Mehrzahl um Ultras und nicht um Old- School-Hools gehandelt haben. Eine Differenzierung gestaltet sich jedoch als schwierig. Die Bundesregierung hat den Bundestag darüber informiert, »dass sich ein Teil der gewaltbereiten Hooliganszene in Ultragruppierungen integriert hat«. In öffentlichen Debatten werden Fußballgewalttäter in der Regel als Hooligans bezeichnet.

Das erste Spiel habe ich mir am 2. April 2006 angesehen, Wismut Aue gegen Dynamo Dresden, eine Partie der Zweiten Bundesliga. Pyrotechniker der Dresdner Ultras machten dort erwartungsgemäß mit Rauchzeichen im Fanblock auf sich aufmerksam. Und nach dem Spiel musste ich feststellen, dass ich einmal mehr an Nazis geraten war. Aggressive Dresdner Fans skandierten: »Wismut Aue – Jude, Jude, Jude.« Das fand ich kurios. Denn auch in Aue gab es eine Nazi-Szene und einen Nazi-Laden, den Sonnentanz. Tags zuvor hatte ich dort eingekauft und im Verkäufer den Sänger der einschlägigen Band »T.H.O.R.« erkannt.

Mir wurde bewusst, dass es bei den Schlachten nach Fußballspielen passieren kann, dass Nazis gegen Nazis losschlagen. Das Landesamt für Verfassungsschutz berichtete auf Anfrage: »Im Freistaat Sachsen existieren personelle Schnittmengen zwischen Rechtsextremisten und Hooligans. Schätzungsweise 15 Prozent der

Angehörigen der Hooliganszene weisen Bezüge zum Rechtsextremismus auf. Ein Beispiel für eine solche Schnittmenge ist die Hooliganszene im Umfeld des 1. FC Dynamo Dresden. Bei dieser gibt es personelle Überschneidungen mit der rechtsextremistischen Szene in Dresden und der Sächsischen Schweiz.« Eine mögliche Folge: »Die bestehenden Verbindungen bergen die Gefahr, dass sich die beiden – zweifelsohne gewaltbereiten – Szenen anlassbezogen gegenseitig mobilisieren können, um gewalttätig gegen vermeintliche Gegner vorzugehen.«

Politisch klare Fronten herrschten am 22. April 2006 in Berlin, beim Oberliga-Lokalderby des türkischen Clubs Türkiyemspor gegen den BFC Dynamo. »Etwa 5 Prozent der beim Verfassungsschutz gespeicherten Rechtsextremisten sind zugleich polizeilich bekannte gewaltbereite oder gewaltsuchende Hooligans« – so der damaligen Kenntnisstand der Verfassungsschutzabteilung innerhalb der Berliner Senatsverwaltung. Der Anteil der Neonazi-Sympathisanten im BFC-Fanblock schien mir jedoch um ein Mehrfaches höher zu liegen, grob geschätzt bei 70 bis 80 Prozent. Das ließen nicht nur T-Shirts von Thor Steinar und Co. erahnen, sondern das machten auch die Sprechchöre beim Abmarsch deutlich. Verächtliche »Asylanten, Asylanten«-Rufe ertönten. Einige BFC-Fans stimmten das neonazistische *U-Bahn-Lied* an: »Eine U-Bahn, eine U-Bahn, eine U-Bahn bauen wir .« Die Passage »von Jerusalem bis nach Auschwitz« verkniffen sich die meisten allerdings in Anwesenheit der Polizei, die den Tross eskortierte und sich immer wieder jemanden aus der Menge griff und abführte.

Am Bahnsteig angekommen, preschte ein einzelner Bereitschaftspolizist in den Fanpulk hinein. Er hatte einen dunkelhäutigen Jungen entdeckt, der gerade aus der U-Bahn stieg. Das fünf- oder sechsjährige Kind vor Augen, das bereits von dem Beamten geschützt wurde, sagte ein BFC-Hool vor mir: »Lasst mal den Neger-Bastard durch.« Diesen Menschenverachtung derart konkret zu erleben, gegen einen kleinen Buben gerichtet, erschütterte mich wie kein zweites Erlebnis in knapp 15 Recherchejahren. Einer der Skinheads hatte sich seine Gesinnung sogar in den Nacken tätowieren lassen: »Menschenfeind«.

Wenn solche Menschenfeinde angreifen, greift die deutsche Polizei zu Schlagstöcken und Wasserwerfern – die Schweizer Polizei zu

brutaleren Mitteln: Sie hält Steine- und Flaschenwerfer mit Gummigeschossen auf Distanz. Damit habe ich mich auseinandergesetzt, nachdem ich in Internetforen darauf aufmerksam geworden war, dass Mannheimer und Basler Fußballgewalttäter eine »Fan«- Freundschaft zu pflegen scheinen. Und in Basel stand eine besonders konfliktträchtige Begegnung an: FC Basel gegen FC Zürich, der Tabellenerste gegen den Zweiten, am letzten Spieltag der Saison, am 13. Mai 2006. Ich wollte mich auch dort unter gewaltbereite Ultras mischen und nach Mannheimern Ausschau halten, fürchtete jedoch die Gummigeschosse, die in Deutschland verboten sind. Nach Informationen der deutschen Gewerkschaft der Polizei (GdP) muss beinahe jeder zweite Getroffene ins Krankenhaus, in Nordirland seien sogar Todesopfer zu beklagen gewesen. Trotzdem habe ich den Undercover-Einsatz in Basel riskiert. Um einen Puffer im Rücken zu haben, falls mich eines der Geschosse beim Wegrennen treffen sollte, setzte ich einen Rucksack auf und machte dann aus der Not eine Tugend, indem ich darin eine zweite versteckte Kamera installierte. Die andere trug ich, wie üblich, im Brustbereich. Das versprach spektakuläre Bilder zu geben. Egal, ob Angriff oder Flucht: Die Hools hinter mir würde ich aus dem Rucksack heraus von vorne filmen können, jene vor mir von hinten. Das war der Plan.

Doch es kam erstens anders und zweitens, als ich dachte. Als ich, vermeintlich pünktlich zum Spielende, nach stundenlanger Fahrt die Stadt Basel erreichte, kamen schon die ersten Krawallmeldungen im Radio. Ich war zu spät dran, offenbar war ich einer falschen Uhrzeit im Internet aufgesessen. Und als ich vor dem Stadion Sankt Jakob eintraf, herrschten dort bürgerkriegsähnliche Zustände. Das Stadtquartier lag im Tränengasnebel, aus verschiedenen Richtungen war das Knallen zu hören, das vom Abfeuern der Gummigeschosse herrührte. Es bot sich ein Bild der Zerstörung. Ein Auto stand demoliert auf einer gesperrten Hauptverkehrsstraße. Eine große Mülltonne lag umgekippt am Boden und brannte. Ein Verkehrsschild war herausgerissen. Der FC Zürich hatte in der 93. Minute, also in der Nachspielzeit, das 1:2 geschossen und damit die Meisterschaft errungen. Daraufhin rasteten gewaltbereite Basel-Fans aus. Laut Medienberichten stürmten sie das Spielfeld. Der Polizeieinsatz begann auf dem Rasen des ausverkauften Stadions, buchstäblich eine

dritte Halbzeit. Ich hatte das meiste verpasst, aber dafür auch kein Gummigeschoss abbekommen.

Ein Jahr später, im Frühjahr 2007, begann das Schweizer Fernsehmagazin *Rundschau* mit Hooligan-Recherchen auf die Fußball-Europameisterschaft hin, die 2008 in der Schweiz und in Österreich ausgetragen werden sollte. Wieder spielte Zürich in Basel, am 22. April 2007. Ich reiste überpünktlich an und filmte mit einer Mini-DV-Kamera bereits den Extrazug für Fans aus Zürich, als er am Stadionbahnhof einfuhr. Noch bevor er stand, flogen Flaschen aus den Fenstern und ein Böller explodierte. Auf dem Bahnsteig brannte eine Rauchbombe.

Wie Löwen im Zirkus mussten die FC-Anhänger zwischen Gittern hindurch zu den Stadioneingängen laufen. Anschließend wechselte ich die Seiten, zu den Basel-Ultras hinüber. Deren Botschaft lautete: »Tod und Hass dem FCZ!« Eine homophobe Aggression habe ich ebenfalls dokumentiert: »Alle Zürcher sind schwul.« Neonazistische Äußerungen im engeren Sinne waren keine zu vernehmen – sogar die Hooligans schienen gewissermaßen dem politischen Neutralitätsanspruch den Schweiz zu genügen.

Dieser Eindruck verkehrte sich am 25. August 2007 ins Gegenteil. Die *Rundschau* wollte das Spiel Luzern gegen Basel aus drei Kameraperspektiven verfolgen: Die Autorin sollte den Einsatzleiter der Polizei begleiten, ein Kameramann des Schweizer Fernsehens mit Helmkamera zwischen den Bereitschaftspolizisten an der Front stehen und ich mich mit meinen zwei versteckten Kameras einmal mehr unter die Hooligans mischen.

In Basel bestieg ich den Extrazug für FC-Fans, in einem Waggon voller Ultras nahm ich Platz. Kaum hatte die Fahrt begonnen, bezogen sie singend Stellung: »Scheiß Polizei.« Es folgte der Sprechchor: »All Cops Are Bastards – A.C.A.B.« Und da kam sie auch schon, die Polizei. Die Beamten wollten durchsetzen, dass der Schaffner auch in diesem Abteil die Fahrkarten kontrollieren konnte – vergeblich. Die Hooligans verschanzten sich im hinteren Drittel des Waggons und bestiegen die Sitzbänke. Ihre Ansage: »Hier regiert der FCB.« Antisemitisches Geschrei folgte: »Luzern, Luzern – Juden Luzern. Luzern, Luzern .« Statt unmittelbar die Personalien festzustellen, um ein Ermittlungsverfahren einleiten zu können, zogen Polizisten und Schaffner unverrichteter Dinge wieder ab. Die

Hools riefen ihnen hinterher: »Auf Wiedersehn, auf Wiedersehn!« Und: »Eure Eltern sind Geschwister.« Die letzten Hemmungen waren gefallen. Einige grölten »Sieg Heil« und zeigten den Hitlergruß. Und es wurde das altbekannte *U-Bahn-Lied* angestimmt, wobei die U-Bahn in diesem Fall »von Luzern bis nach Auschwitz« gebaut wurde.

Im Luzerner Bahnhof angekommen, verließen die meisten das Abteil durch die Fenster. Und schon detonierte die erste Rauchbombe auf dem Bahnsteig. Die Protagonisten hatten sich inzwischen vermummt. Auf der anschließenden Busfahrt donnerten sie ihre Fäuste gegen Decke und Scheiben. Das Empfangskomitee der Polizei am Stadion begrüßten sie mit der Beleidigung: »Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform.«

Auf dem direkten Fußweg ging es in die Luzerner Fußballarena. Mir ist es gelungen, meine zwei versteckten Kameras durch die Leibesvisitation des Sicherheitsdienstes zu schleusen – den Basel-Ultras gelang das mit Feuerwerkskörpern. Sie zündeten im Laufe des Spiels Rauchbomben und ein bengalisches Feuer. Dazu sangen sie: »Wenn das ganze Stadion brennt .« Wie schon im Zug ertönte im Block der Gästefans der Sprechchor »Luzern, Luzern – Juden Luzern«.

Von der Polizei auch auf dem Rückweg professionell abgeschirmt, setzten die Hooligans auf dem Bahnsteig alles auf eine Karte: Sie stürmten auf eine Polizeisperre los, ich mittendrin, aber natürlich nur in der dritten, vierten Reihe. Kurz vor dem Erreichen der Sicherheitskräfte setzten jene Tränengas und Gummigeschosse ein – eines traf mich beim Wegrennen unterhalb des Rucksacks am Rücken. Zum Glück war die Entfernung schon so groß, dass nur ein blauer Fleck zurückblieb. Was allerdings ärgerlich war: Praktisch gleichzeitig versagten meine beiden Kamerasysteme den Dienst, eines davon aus unerfindlichen Gründen, das andere, weil der Akku leer war. Die Hooliganattacke im Luzerner Bahnhof konnte ich daher nicht dokumentieren, sondern nur die Atmosphäre anschließend, geprägt von Tränengasnebel und dem Knallen von Gummigeschossen. Diesen Tumult gab es übrigens, obwohl der FC Basel 4:2 gewonnen hatte.

Gegen 21.30 Uhr stieg ich im Baseler Bahnhof aus. Zu spät, um das kulturelle Rahmenprogramm noch nutzen zu können, das Hooligans an diesem Abend in der Schweiz geboten bekamen: ein konspirativ

organisiertes Konzert mit der Bremer Band »Kategorie C«. Der Name ist Programm, angelehnt an die bereits erwähnte polizeiliche Einteilung der Fans in die Kategorien A, B und C. Am Bahnhof in Wiesendangen bei Winterthur hatten sie sich verabredet, knapp eineinhalb Autostunden von Basel entfernt. Ab 17.30 Uhr sollte sie von dort aus ein Shuttlebus zum Konzertort bringen, da war das Spiel in Luzern noch nicht einmal angepfiffen. Auf 20 Uhr war der Konzertbeginn terminiert, viel zu früh für Baseler Hools.

Was in der Schweiz – und nicht nur dort – noch im Verborgenen lief, wollte »Kategorie C« in den folgenden Monaten in den öffentlichen Raum verschieben, aus der Braun- in die Grauzone. Denn je mehr Leute Konzerte besuchen können, desto mehr Geld ist zu verdienen. Damit diese Rechnung aufgeht, hieß »Kategorie C« plötzlich »Hungrige Wölfe«. Und für deren Konzert am 10. November 2007 im sächsischen Adorf unter dem Motto »Fußball ist Fußball – Politik ist Politik« gab es Eintrittskarten im Internet zu bestellen, bei der Kartenhaus Ticketservice GmbH. Bei dieser Gelegenheit sollte, im Vergleich zu konspirativen Rechtsrockkonzerten, ein höheres Preisniveau etabliert werden: 12,80 Euro für nur zwei Bands. Als Vorgruppe war »Fate« angekündigt, die ich nicht kannte.

Ich wählte die Abendkasse, da es sich bei mir erst im Laufe jenes Samstagnachmittags klärte, dass ich dafür Zeit hatte. Es wurde allerdings relativ spät, bis ich nach Adorf aufbrechen konnte. Die Kleinstadt liegt in einem südlichen Zipfel Sachsens, der in die Tschechische Republik hineinragt. Rund fünf Kilometer tschechisches Staatsgebiet trennen die mehr als 5000 Einwohner von der bayerischen Grenze.

Angesichts der knappen Zeit war ich froh, dass ich den Konzertort mit meiner Wegbeschreibung aus dem Internet schnell gefunden hatte – dachte ich zumindest, als ich im Zentrum Jugendliche in Thor-Steinar- und Flecktarnbekleidung herumstehen sah, wo mein Routenplan endete. Aber wo war die Kneipe The Rock? Ich fragte ein paar junge Leute. Sie erklärten mir zu meiner Überraschung, dass sie im Stadtteil Remtengrün liege. Auf Verkehrsschildern konnte ich den Ort aber nicht entdecken, also kramte ich meinen Laptop mit der Reiseplanungssoftware heraus. Wie schon im Internet bekam ich den falschen Zielort gezeigt. Es begann eine Irrfahrt durch die Dunkelheit. Denn auf der richtigen Strecke (wie ich später erkannte)

hatte ich zunächst umgedreht, weil ich glaubte, sie würde ins Niemandsland führen – eine Kreisstraße, die teilweise den Ausbaustand eines besseren Feldwegs aufwies.

[Bild vergrößern]



Hände zum Hitlergruß erhoben – bei einem Auftritt der rechtsextremen Hooligan-Band »Kategorie C« im thüringischen Zella (bei Krölpa) am 29. August 2009.

Gegen 23 Uhr kam ich endlich an. Eintritt musste ich keinen mehr bezahlen. »Kategorie C«, pardon, »Hungrige Wölfe« spielten gerade ihr vorletztes Lied für den Abend, wie sich zu meinem Leidwesen herausstellte. Überraschend früh, für mich schon nach einer runden Viertelstunde, war Schluss. Immerhin einen ersten Eindruck von so einem angeblich unpolitischen Hooligankonzert konnte ich gewinnen. Besuchermäßig war kein Unterschied zu einem klassischen Rechtsrock-Gig festzustellen. Lediglich der Thekendienst mit Rastalocken schien hier nicht hineinzupassen. Der junge Mann zeigte aber keine Berührungsängste gegenüber der Skinhead-Szene.

Am Tresen entdeckte ich ein Flugblatt: »Wir trauern um unseren Sportfreund Rico Malt, der im Alter von 32 Jahren viel zu jung verstorben ist.« Was war mit dem Fightclub-Recken passiert? Laut einem Eintrag in einem entsprechenden Forum ist er als Gerüstbauer bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommen. Manche Antifaschisten vermeldeten sein Ableben auf pietätlose Weise im Internet: »Der 32-jährige Nazi Rico Malt ist endlich tot. […] Ein Hoch auf die Gerüstbauerinnung!« Im August 2007 sei er von einem Gerüst gefallen. In einem Blog schrieben Neonazis gegen frohlockende Antifa-Aktivisten an: »Mit Rico verloren wir einen großen deutschen Krieger. Es war uns eine Ehre, mit und neben ihm zu kämpfen.« In einem seiner letzten Kämpfe in sportlicher Hinsicht oder gar in

seinem letzten war er k.o. gegangen – am 7. April 2007 im Fightclub zu Plauen. Er hinterließ einen fünfjährigen Sohn und eine hochschwangere Lebensgefährtin. Das Flugblatt beim Hooligankonzert rief dazu auf, für seine Familie zu spenden.

Die Nutzung etablierter Vorverkaufsstrukturen dürfte sich an diesem Abend für alle Beteiligten ausgezahlt haben. Die »Hungrigen Wölfe« konnten auf diese Weise 200 bis 300 Zuschauer in die sächsische Provinz locken. Und der Kneipier konnte in dieser entlegenen Gegend vermutlich selten so viele trinkfreudige Gäste empfangen. Sie waren teilweise mehrere hundert Kilometer weit angereist und passten kaum in seinen Saal. Tropische Temperaturen waren die Folge – das Bier floss in Strömen. Eine Win-win-Situation: Ohne einen wohlgesinnten Wirt, der gegebenenfalls polizeilichem Druck trotzt, muss eine Band wie »Kategorie C« konspirativ arbeiten. Und das kostet Besucher.

Der Ticketverkauf via Internet-Kartenhaus blieb allerdings eine Ausnahme in der Bandgeschichte – vermutlich, weil es an geeigneten Gaststätten fehlte. Auch das Etablissement The Rock stand nicht mehr lange zur Verfügung. Am zweiten Weihnachtsfeiertag 2007 brannte es dort, wie die örtliche Tageszeitung *Freie Presse* schrieb. Der Berichterstattung zufolge ging die Polizei von Brandstiftung aus, der oder die Täter konnten nie ermittelt werden. Im Gegensatz zur Gaststube blieben der Saal und die sanitären Anlagen vorerst nutzbar. »Kategorie C« gab dort am 9. Februar 2008 zwar noch ein weiteres Konzert, aber ein Termin im Mai wurde abgesagt.

Die Band wollte unbedingt raus aus dem Untergrund, wohl um kommerziellen Erfolg zu erzielen. Im Laufe der Zeit entstanden KC-die-Firma für den Tonträger- und T-Shirt-Verkauf, KC-Events für den Ticketvorverkauf und der Fanclub Rückendeckung. Bereits Anfang 2008 schaltete »Kategorie C« eine ganzseitige Werbeanzeige im Musikmagazin *Metal Hammer,* deren Abdruck der Zeitschrift im eigenen Internetforum einige Leserkritik einbrachte. Der Sänger Hannes Ostendorf meldete sich augenscheinlich am 24. Februar 2008 dort an, um für seine Truppe Stellung zu beziehen. »Hannes O.«, so der Forennickname, schrieb: »Für meinen Teil war die Anzeige im *Metal Hammer* ein voller Erfolg, und wir werden weiter mit solchen Aktionen die etablierten, eingefahrenen, nach festen Regeln lebenden Gutmenschen ärgern und damit neue und alte Fans dazu

bringen, unsere Musik zu hören und nicht den von oben gesteuerten kommerziellen Scheiß.«

Gut informierte Metaller konfrontierten ihn mit seinem politischen Sündenregister. Zum Beispiel damit, dass »Kategorie C« am 21. Oktober 2006 bei einer Solidaritätsveranstaltung der NPD unter dem Motto »Freiheit für Lunikoff« in Berlin aufgetreten war, wo »Landser«-Sänger Michael »Lunikoff« Regener gerade im Knast saß. Die Hooligan-Kapelle hatte dafür sogar ihren Song *Ha ho he – Kategorie C* umgetextet, wie auf einem Szenevideo festgehalten ist: »Ha ho he – Luni ist okay.« Dieser Einsatz bei der NPD-Aktion gipfelte darin, dass Hannes Ostendorf im selben Lied die Legende von der unpolitischen Band fortschrieb: »Denn Fußball ist Fußball – Politik bleibt Politik. Nur der Bessere gewinnt.« Verbunden mit dem Hinweis, der wie eine Drohung klang: »Wenn die Schlacht beginnt, weißt du, wer wir sind.«

Die Reaktion von »Hannes O.« im Metaller-Forum: »Berlin war vor zwei Jahren.« So nach dem Motto: Lange ist’s her. Und die Neonazi-Band »Nahkampf«, als deren Sänger er galt, habe sich schon »vor 7 Jahren aufgelöst«. Und was es mit dem Song *Deutschland dein Trikot* auf sich hatte? Darin hieß es: »Deutschland, dein Trikot, das ist schwarz und weiß, doch leider auch die Farbe deiner Spieler. In München, Rom und Bern, da gab’s nur echte Deutsche, solche Jungs, und diese Siege hätten wir gerne wieder. Deutschland ist der Schlachtruf, für Deutschland stehen wir alle ein. Doch Deutschland ist nicht BRD.« Hannes teilte im Metaller-Forum mit, es habe sich dabei nur um »eine Probenraumaufnahme« gehandelt, die »ohne unsere Zustimmung« auf einen »rechten Sampler gepresst« worden sei.

Darauf reagierte der Nationale Sozialist, rechte Liedermacher und Musikproduzent – so seine Selbstbeschreibung – Michael Müller auf dem Informationsportal »Widerstand« im Internet: »Fans und mindestens ein Mitglied von KC (Hannes) – vielleicht mehrere sogar in Personalunion – haben gehörige Distanzierungsarbeit und Anbiederungsversuche unternommen, die mir die Galle hochkommen lassen.« Es sei »eine himmelhochschreiende Frechheit«, den Machern des Fußball-Samplers vorzuwerfen, sie hätten das Lied *Deutschland dein Trikot* ohne Zustimmung von »Kategorie C« missbraucht, und es habe sich nur um eine Probenraumaufnahme

gehandelt. »Ich weiß, wann und wo das Lied aufgenommen wurde, da ich persönlich wirkend dabei war«, schrieb Müller und erzählte noch eine Anekdote: »Hannes war sehr wohl glühender Nationalist. Ich stand mit ihm auch zusammen auf der Bühne anlässlich des ›Freiheit-für-Lunikoff‹-Konzertes, welches er nun als Fehler bewertet. Wie dem auch sei, ich glaube ihm den Absprung von unserer ›Szene‹, wenngleich dies entweder ein radikales Umdenken oder eine verlogene bisherige Einstellung voraussetzt.«

Wohingegen »Hannes O.« im Forum des *Metal Hammer* betonte: »›Hungrige Wölfe‹ (›Kategorie C‹) war keine Nazi-Band, ist keine Nazi-Band und wird auch keine sogenannte Nazi-Band sein!« Idee und Selbstverständnis der Band seien »absolut politisch neutral«. Und: »Wir dulden keine politischen oder volksverhetzenden Abzeichen oder Aufdrucke oder sonst irgendeine politische Propaganda auf unseren Konzerten. Leute, die rechte oder linke Parolen schreien, werden des Konzertes verwiesen. Ihr habt auf unseren Konzerten nichts zu suchen!!!«

Der Verfassungsschutz in Bremen, wo die Gruppe verortet ist, schien derlei Behauptungen zu glauben. Im Jahresbericht 2007, herausgekommen im Juni 2008, wurde »Kategorie C« nicht einmal erwähnt. Aufgefallen ist dem Inlandsgeheimdienst aber Folgendes: »Die Kontakte zwischen Bremer Neonazis und Skinheads zu Teilen der gewaltbereiten Bremer Hooliganszene verfestigten sich im Verlaufe des Jahres. [.] Die Neonazi- und Skinhead-Szenen entwickeln sich zunehmend zu einer ›Mischszene‹. Zusammen mit Skinheads und Hooligans traten Bremer Neonazis bei gezielten Übergriffen gegen Aktivisten aus dem antifaschistischen Spektrum in Erscheinung.« Demnach war es hier zu einer Verbrüderung gegen politische Gegner der Nazis gekommen, wie sie bereits die sächsischen Szenebeobachter befürchtet hatten.

Im Bremer Verfassungsschutzbericht 2008 kam »Kategorie C« dann immerhin vor, aber nicht als rechtsextremistische Gruppe: »Neben den drei rechtsextremistischen Skinhead-Bands gibt es im Bremer Raum die überregional bekannte Hooligan-Band Kategorie C (KC) – Hungrige Wölfe‹. ›KC – Hungrige Wölfe‹ ist besonders wegen ihrer gewaltverherrlichenden Lieder in der Skinhead-Szene beliebt und trat in der Vergangenheit zusammen mit rechtsextremistischen Skinhead-Bands bei Konzerten auf.« Zudem wurde auf die Hooligan-

Gruppierungen »Standarte Bremen«, »City Warriors« und »Nordsturm Brema« hingewiesen, ohne dass »auch diese Gruppierungen« als rechtsextremistisch eingestuft worden wären. »Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, dass einzelne Mitglieder sehr wohl Rechtsextremisten sind und auch entsprechend eingestuft werden. Hooligans sind fanatische, gewaltbereite Fans eines Vereins und in der Regel unpolitisch, lediglich ein kleiner Teil ist fremdenfeindlich motiviert. Seit den 80er Jahren versuchen Rechtsextremisten, sowohl Hooligans gezielt abzuwerben als auch die Hooligan-Szene zu unterwandern. In Bremen bestehen enge Verbindungen zwischen der Hooligan- und der Neonazi-Szene. […] Diese enge Verflechtung führte dazu, dass Mitglieder der ›Standarte Bremen‹ immer häufiger an rechtsextremistischen Veranstaltungen teilnahmen.«

Eine abstruse Logik. Zu behaupten, dass eine Hool-Truppe mit Rechtsextremisten, deren Mitglieder zunehmend bei rechtsextremistischen Veranstaltungen anwesend sind, noch lange nicht rechtsextremistisch sein muss – das ist Verfassungsschutzformalismus. Homepage-Anmelder der »Standarte Bremen« ist übrigens Henrik Ostendorf, ein Bruder von »Kategorie C«-Sänger Hannes Ostendorf.

Polizei und Ordnungsbehörden hatten die rechtsextreme Hooligan-Band zumindest mancherorts auf der Agenda. In der Folge gab es immer wieder Konzertabsagen. Zum Beispiel, wenn die Polizei einen Saalverpächter dazu bewegen konnte, den Mietvertrag zu widerrufen. Oder wenn ein Ordnungsamt feststellte, dass am fraglichen Ort keine Großveranstaltung stattfinden dürfe – etwa aus brandschutzrechtlichen Gründen.

Die Band stellte sich darauf ein. Sie entwickelte eine teilkonspirative Organisationsform: Der Termin wurde bekannt gegeben, aber zum Saal wurde – wie aus der klassischen Rechtsrockszene bekannt – per Handy und über einen Treffpunkt gelotst, so dass eine Gesichtskontrolle möglich war. Dieses System ermöglichte es der Band, einen eigenen Kartenvorverkauf zu etablieren, was das finanzielle Risiko minimierte. Ist erst einmal eine Lautsprecheranlage gemietet, muss sie schließlich auch bezahlt werden, selbst wenn der Gig kurzfristig platzt. Das sorgte unter den Fans teilweise für zusätzlichen Unmut. Manchmal waren sie schon

unterwegs oder gar vor Ort, wenn sie von der Absage erfuhren: Sie hatten also für Sprit und Karten gelöhnt, aber kein Konzert erlebt. Teilweise bekamen sie zu einem späteren Zeitpunkt ein Ersatzkonzert geboten. Aber einigen ging es womöglich so wie mir bei der Recherche: Dann passt es zum Nachholtermin zeitlich nicht, und das Geld ist futsch.

Sänger Hannes Ostendorf reagierte auf diese Problematik, indem er nach einem verbotenen Konzert am 30. Mai 2009 im Raum Rostock eine Videobotschaft an die Fans richtete. Er wollte ihnen »mal so einen kleinen Einblick geben, was der Staat in Verbindung mit Ordnungsamt« und »in Verbindung mit Antifa« versuche, »um so ein unpolitisches ›KC‹-Konzert zu verhindern, wo viele Jugendliche einfach abends ihren Spaß haben wollen«. Seine Schilderung: »Es wurde angezweifelt, ob wir einen Gewerbeschein haben, für unseren T-Shirt-Verkauf. Alles wurde angezweifelt, und wir haben alle Beweise und alle Erweise erbracht, damit die Polizei und der Staat nichts dagegen tun können. Trotzdem wurde dann einfach ganz zum Schluss auf den Hof gefahren, und es wurde gesagt: ›Diese Veranstaltung ist untersagt.‹« Die Band werde »kriminalisiert«, klagte der Sänger: »Und so werden wir eben halt auch gezwungen, praktisch wieder in den Untergrund zu gehen und dort wieder Konzerte zu organisieren, mit Telefon, mit Heimlichtuerei und so weiter und so fort.« Wenn »Kategorie C« offensiv nach vorne gehe, einen Vorverkauf mache und Hallen bekanntgebe, dann habe das nämlich Konsequenzen: »Das wird einem nicht gedankt, sondern im Endeffekt wird das nur ausgenutzt, um Druck auf die jeweiligen Vermieter und Besitzer der Läden und der Kneipen und der Restaurants zu machen, und teilweise wird sogar mit Enteignung gedroht.« Im Rostocker Fall sei die Band »extra schon ausgewichen aus der Innenstadt, damit es dort nicht zu Streitigkeiten kommt mit anderen Demonstranten, die uns noch mehr hassen« (als der Staat). »Trotzdem werden uns Steine, ganze Felsblöcke in den Weg gelegt, um dieses Konzert nicht stattfinden zu lassen. Und letztendlich hat’s der Staat ja auch geschafft. Einer der Gründe war, dass ›KC‹ ja politische Lieder spielt.« Ostendorf behauptete: »Wir haben in unserem ganzen Leben noch auf keinem Konzert politische Lieder gespielt.« Und: »Auf unseren Konzerten kommt es weder zu Ausschreitungen noch zu politischen Handlungen. Das wird von

unserem Ordnungsdienst und von uns selber sofort unterbunden.«

Das klang unglaublich . – das wollte ich sehen. Am 29. August 2009 fuhr ich deshalb zu meinem zweiten »Kategorie C«-Konzert und dieses Mal rechtzeitig ab. Die Band sollte bei dem Festival Stadionzeit Rock’t (sic!) auf dem Gelände des Waldhauses bei Zella spielen, das zur thüringischen Gemeinde Krölpa gehört. Die Polizei kam den Hooligans dort nicht in die Quere, ich habe sie nicht einmal gesehen. Warum auch, bei einem unpolitischen Konzert?

Als ich ankam, spielten gerade »Die JungZ«, die keine »Böhse Onkelz«-Coverband sind, auch wenn es die Schreibweise ihres Namens vermuten lässt. Ich kannte die Gruppe nicht – aber manche ihrer Lieder. So coverte sie den Song *The Voice Of Britain,* der von Ian Stuart Donaldsons Kultband »Skrewdriver« stammt. Darin ist unter anderem von »media Zionists« die Rede, »that like to keep us quiet«. Ich war noch am Staunen, was eine vermeintlich unpolitische Band so alles im Repertoire hat, da stimmten die »JungZ« das Lied *Kraft für Doitschland* von der Rechtsrockgruppe »Störkraft« an: »Die Köpfe kahl, unsere Fäuste hart wie Stahl. Unser Herz schlägt treu für unser Vaterland. Was auch geschehen mag, wir werden niemals von dir gehen. Wir werden treu zu unserem Deutschland stehen.« Der Titel endet mit dem Aufruf: »Deutschland erwache!«

Wenn sich schon die Polizei zurückhielt, war vielleicht wenigstens der Thüringer Verfassungsschutz im Bilde? Bei der Lektüre des Jahresberichts 2009 konnte dieser Eindruck immerhin entstehen: Die Behörde vermeldete, dass es bei der Band »Die JungZ« Anhaltspunkte »für eine etwaige rechtsextremistische Ausrichtung« gebe. Sie sei daher als »Verdachtsfall« bewertet worden. Aber dieser Verdacht hat sich offensichtlich nicht bestätigt – im Jahresbericht 2010 tauchten »Die JungZ« nicht mehr auf. Im Jahr 2011 fanden die Verfassungsschützer dann wieder »Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung«, weshalb »Die JungZ« erneut zum »Verdachtsfall« erklärt wurden. Merkwürdig.

Beim Open-Air am Waldhaus Zella spielte als Nächstes die Skinhead-Band »Jung und Frei«. Von ihr habe ich keine politischen Lieder vernommen, die Besucher schienen sich zunehmend zu langweilen. Viele forderten den Auftritt des Headliners ein: »Ha ho he – Kategorie C.« Ein ganz Ungeduldiger im Shirt der Bremer Band zeigte schon mal mit dem rechten Arm, wie hoch am Waldrand die

Heil-Kräuter wachsen. Endlich waren »Jung und Frei« am Ende.

Während der Umbaupause trat vor der Bühne ein Publikumschor zusammen: »Wenn bei Danzig die Polenflotte im Meer versinkt und das Deutschlandlied auf der Marienburg erklingt, zieht die Wehrmacht mit ihren Panzern in Breslau ein. Und dann kehrt Deutschlands Osten endlich wieder heim.« Die »Kameraden« hatten sich offenbar im Text geirrt: Das ist ein »Landser«-Lied, keines von »Kategorie C«. Und der folgende Titel, ebenfalls von Besuchern angestimmt, stammt ursprünglich von »Radikahl«, den selbst ernannten Rettern Deutschlands: »Hängt dem Adolf Hitler, hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um. Hisst die rote Fahne, hisst die rote Fahne, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz.« Vergeblich schaute ich mich nach den »Kategorie C«-Mitgliedern und dem Ordnungsdienst um – niemand griff ein.

Als sich der Soundcheck abzeichnete, war nur noch ein Sprechchor zu hören: »Ha ho he – Kategorie C.« Hannes Ostendorf, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Antifa halt's Maul« angezogen hatte, begann seinen Auftritt im Stile eines guten Demokraten: »Morgen müsst ihr alle zur Wahl gehen.« In Thüringen stand am 30. August 2009 die Landtagswahl an, und die NPD wollte ins Parlament einziehen. Um es vorwegzunehmen: Sie kam auf 4,3 Prozent und scheiterte damit an der 5-Prozent-Hürde.

Ähnlich unpolitisch ging es weiter. Ein Fan grölte nach dem ersten Lied: »Scheiß auf die Antifa.« Während des nächsten Songs waren einzelne Hitlergrüße zu sehen, im weiteren Konzertverlauf wurden es mehr. Zwischendurch kam Stimmung gegen die abwesende Polizei auf: »All Cops Are Bastards – A.C.A.B.« Und dann war wieder die Antifa das Hassobjekt. »Hasta la vista, Antifascista«, schrie das Publikum. Daran knüpfte Hannes Ostendorf im nächsten Song an: »Jeden Tag haben wir sie im Nacken, den Haufen von der Antifa. […] Wir sagen ›Auf Wiedersehn‹. Denn wir scheißen auf euch. […] Fahrt zur Hölle mit eurer Moral.« Danach feierten die Fans: »Scheißt auf die Antifa – schalalalala. Scheißt auf die Antifa – schalalala .« Dazu gingen rechte Arme in verbotener Weise nach oben. Weder von den Bandmitgliedern noch vom Ordnungsdienst wurde das unterbunden.

»Kategorie C« bedauerte einige Lieder später: »Patriotismus und Kampfgeist seh'n die rote Karte, nur Multikulti-Mannschaften, Kommerz und Größenwahn.« Und selbstverständlich gab es auch

Mucke für den klassischen Hooligan: »Ich bin gewalttätig, stehe zum Kampf bereit. Habt ihr damit ein Problem, dann zeigt mir, wer ihr seid. Auge um Auge, Zahn um Zahn, auf der Straße herrscht Krieg. Wir kommen immer wieder, bis der Letzte von euch liegt.« Direkt vor der Bühne feierte übrigens ein führender Vertreter der Kleidermarke Erik & Sons mit.

Die passende Kleidung für »Kategorie C«-Anhänger verkauft ein weiterer Bruder des Sängers: Marten Ostendorf. Sein Ladengeschäft Sportsfreund liegt an einer Bremer Einkaufsstraße. Dorthin führte mich die nächste Etappe meiner Recherche, am 5. Februar 2010. Außer der Bandbekleidung fand ich beispielsweise Mode von Thor Steinar vor und T-Shirts mit Aufdrucken wie »Sport frei Feld Wald Wiese« und »Spezialist für Körperverletzung«. Ein anderes Motiv bestand aus Polizisten und dem Schriftzug: »Während ihr versucht, uns zu stoppen, besuchen Nachbarn eure Frauen.« Manche Hooligans versuchen offenbar, humorvoll zu sein. Noch ein T-Shirt: »Hey, Mister Taliban, wolln wir heut zur Hölle fahrn.«

Wenn sich aus den Aktivitäten einer Szene heraus ein besonderer Lifestyle mit eigener Mode und Kultur entwickelt, dann wächst sie. Was ich im klassischen Nazi-Milieu erlebt hatte, sah ich jetzt im Hooliganbereich. Krawall, Konzerte und Kleidung harmonierten miteinander, und immer wieder traf ich auf Nazis. Als ich am 28. Februar 2010 mit Fans des 1. FC Kaiserslautern zum Zweitligaspiel nach Karlsruhe fuhr, skandierten gewaltbereite Ultras im Bus zum Stadion: »SS, SS – es eskaliert. SA, SA – es artet aus.« Anschließend sangen sie das mir schon vertraute *U-Bahn-Lied.* Dieses Mal legten sie die Gleise von Karlsruhe bis nach Auschwitz.

Im Fanzug des Berliner Fußballclubs (BFC) Dynamo, in dem Hooligans am 12. März 2010 nach Cottbus fuhren, hörte sich das ähnlich an: »Alle Türken sind Schweine, alle Türken sind Schweine . « Am Stadion des Gastgebers angekommen, durchsuchte mich ein Ordner, der Thor-Steinar-Kleidung trug – während Fans etwa in den Bundesligastadien von Dortmund, Wolfsburg und Bremen mit Thor-Steinar-Klamotten nicht ins Stadion dürfen. Die Modemarke ist übrigens darauf eingestellt. Sie produziert Jacken, auf denen ihr Schriftzug nur angeklettet ist, so dass er im Fall eines Falles einfach abgezogen werden kann.

Von der polizeilich definierten »Kategorie C« wandte ich mich

wieder der gleichnamigen Band zu. Am 17. April 2010 spielte sie abermals in Thüringen, in der »Erlebnisscheune« des Hotels Romantischer Fachwerkhof in Kirchheim, mitten im Ort. Die angeblich unpolitische Gruppe brachte sich wie folgt in Stellung: »Ich scheiß' auf Indymedia und die Antifa sowieso …« In einer seiner Moderationen drückte sich Hannes Ostendorf vergleichbar deutlich aus: »Antifa halt's Maul, verdammte Fotze.« Zum Repertoire zählten an diesem Abend die Lieder *Mein Kampf* und *Hoch auf dem gelben Wagen sitz ich beim Führer vorn.* Zwischendurch wusste der Frontmann mit Affenlauten – »uh-uh-uh-uh« – zu begeistern. Bevor er die Polizei beleidigte, gab er sich rechtschaffen: »Aus rechtlichen Gründen müssen wir erstmal fragen: Ist hier irgendjemand Polizist?« Als sich niemand meldete, folgerte er: »Okay, dann sind ja keine anwesend.« Und er brüllte los: »All Cops Are Bastards – A.C.A.B.«

Hitlergrüße im Publikum und die Parole »Hasta la vista, Antifascista« ergänzten das Abendprogramm. Nach dem Konzert dröhnte klassische Nazi-Musik aus den Boxen, was die Besucher zu einer Gesangseinlage animierte: »Wir sind stolz, Deutsche zu sein. Keine Macht kriegt uns heute klein. Heil-froh stehen wir hier. Wir sind Deutsche – was seid ihr?«

Dem Thüringer Verfassungsschutz ist die Lokalität bestens bekannt. Schon im Jahresbericht 2009 stand, dass der Fachwerkhof vornehmlich zu Vortragsveranstaltungen und Schulungen und die Erlebnisscheune überwiegend für Rechtsrockkonzerte und Großveranstaltungen der NPD angemietet werde: »So fanden im Berichtszeitraum unter anderem sieben der insgesamt zehn rechtsextremistischen Konzerte, die Parteitage des NPD-Landesverbandes Thüringen sowie weitere Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Bezug in dem Objekt statt.« Für das Jahr 2010 stellte das Landesamt fest: »So fanden im Berichtszeitraum sechs der insgesamt 13 rechtsextremistischen Konzerte, Parteitage des NPD-Landes- und des DVU-Bundesverbandes, ›Treffen der Generationen‹ sowie weitere Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Bezug in dem Objekt statt.« Diese Aufzählung ist umfangreich, aber unvollständig: Das »Kategorie C«-Konzert vom 17. April 2010 fehlte in der Statistik.

Im Jahr 2011 ließ das Geschäft mit den Nazis nach. »Nur fünf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen in Kirchheim mit zum Teil

nur wenigen Teilnehmern« haben die Verfassungsschützer registriert. Zumindest einen Teil der Umsatzeinbußen dürfte das Bundeskriminalamt ausgeglichen haben, im Volumen von 2700 Euro. Das kam bei einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken heraus. Das Bundesinnenministerium antwortete: »In der Zeit vom 21. bis 23. September 2011 waren anlässlich des Papstbesuchs in Erfurt insgesamt 20 Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) im Hotel ›Romantischer Fachwerkhof‹ untergebracht« – also gewissermaßen im Auftrag des Herrn. Das Bundesverwaltungsamt, das als Dienstleister des BKA über »ein großes Hotelbuchungsportal« die Übernachtungen geordert hatte, war jedoch weit davon entfernt, mit göttlichem Allwissen gesegnet zu sein. Die Bundesregierung erklärte, wie es zu der Zimmerbestellung gekommen war: »Wegen des Papstbesuchs war die Hotelsituation im Raum Erfurt im genannten Zeitraum sehr angespannt. Daher mussten die 350 Beamten in 22 verschiedenen Einrichtungen, davon 20 Beamte im ›Romantischen Fachwerkhof‹, untergebracht werden.«

Ein Blick in den Thüringer Verfassungsschutzbericht oder ein Anruf beim dortigen Innenministerium hätte genügt, um das Malheur zu verhindern. Auf die Bundestagsanfrage hin hat sich die Informationslage in Berlin verbessert: »Bei Nutzung des ›Romantischen Fachwerkhofs‹ für rechtsextremistische Veranstaltungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Straftaten wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder Verstöße gegen des Versammlungsgesetz beziehungsweise Waffengesetz festgestellt.« Folgt man der Einschätzung des Bundesinnenministeriums, so könnte wenigstens die Vorsehung in die Hotelbuchung hineingespielt haben: »Die Bundesregierung sieht keine Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit ihres Eintretens gegen Rechtsextremismus.« Na dann Halleluja!

Dem »Konzertort in Kirchheim« maß der Thüringer Verfassungsschutz im Jahr 2011 »nur noch eine untergeordnete Bedeutung« bei: »Bevorzugte Veranstaltungsstätte war in diesem Jahr ein Objekt in Unterwellenborn und nicht, wie in den vergangenen Jahren, die ›Erlebnisscheune‹.« Es handelte sich um das Alte Labor, das frühere Materialforschungslabor der örtlichen Maxhütte. Ich war dreimal dort, jeweils bei Konzerten. Beim ersten Mal, am 30. Mai 2009, befanden sich Neonazis im Publikum, aber

nicht auf der Bühne. Es spielten die »Böhse Onkelz«-Coverband »Kneipenterroristen« aus Hamburg und die Deutschrockband »Morgenrot« aus dem Raum Saalfeld. Unter den Fans waren unzählige mit Klamotten von Erik & Sons und Thor Steinar sowie einzelne mit Shirts von Nazi-Gruppen wie »Sleipnir« und »Sturm 18« anzutreffen. Ein Besucher zeigte ein paarmal den Hitlergruß.

Im Jahr 2010 hat der Thüringer Verfassungsschutz zwei »rechtsextreme Veranstaltungen« in der Immobilie registriert. Der Thüringer Innenminister Jörg Geibert hat am 16. Februar 2011 auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Katharina König von der Linken mitgeteilt: »In dem Objekt ›Altes Labor‹ in Unterwellenborn fand neben der Musikveranstaltung am 4. Dezember 2010 noch ein weiteres rechtsextremistisches Konzert am 15. Mai 2010 statt. Dabei trat die Band ›Noie Werte‹ (Baden-Württemberg) auf. Auch für dieses Konzert zeichnete ein Rechtsextremist aus Pößneck verantwortlich. Darüber hinaus fanden in dem Objekt Konzerte des nichtpolitischen Spektrums statt.«

Zu den unpolitischen Konzerten zählt das Innenministerium Auftritte von »Kategorie C«. Die Nazi-Hooligan-Band hat wiederholt in Unterwellenborn gespielt, zum Beispiel am 11. Dezember 2010. Sänger Hannes Ostendorf intonierte: »Eine U-Bahn, eine U-Bahn .« – und das Publikum sang weiter: ». bauen wir. Von Jerusalem bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir.« Überhaupt waren die Besucher wieder entsprechend drauf: »Hasta la vista – Antifascista. Hasta la vista – Antifascista.«

»KC« hatte ihr angeblich unpolitisches Programm inzwischen um eine Kapitalismuskritik ergänzt: »Spekulanten werden immer frecher. Gier und Betrug sind jetzt die Regel, wir kennen die Kapitalverbrecher. Für Banken stehen Milliarden bereit, dafür büßen nun die Armen. Wir sind die Lügen restlos leid, Kapitalisten kennen kein Erbarmen. […] Lass die Schweine ruhig kommen, einen nehme ich mit. Ich ziehe ihn runter zu mir und denke dabei an dieses Lied. […] Wir schlagen zurück – wir schlagen zurück, denn wer aufgibt, der verliert. Liegen wir auch am Boden, ist das kein Grund zu kapitulieren. Wir schlagen zurück.«

Am 11. Juni 2011 stand die Band schon wieder auf der Bühne des Alten Labors. Dieses Mal machte der Frontmann mit den Zuhörern »ein kleines Spielchen«, wie er es nannte: »Wir trennen den Saal in

zwei Hälften. Einmal die verhasste linke Seite und die schöne rechte Seite.« Dann startete ein Gesangswettbewerb im Wechsel: »So sind wir und das ist unser Leben, so wird es immer weitergehen, für immer Kategorie C.« Wertungsrichter Hannes meinte nach der ersten Runde: »1:0 für Rechts – aber die Linken kriegen noch ne Chance.« Außer dem Gesang waren die bekannten Sprechchöre zu hören: »All Cops Are Bastards – A.C.A.B.« Und: »Hasta la vista, Antifascista«. Sowie: »Hier marschiert der nationale Widerstand.« Und sogar: »Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz.« Außerdem forderten Fans: »Wir wolln das Handtuch sehn.« Sie meinten das schwarz-weiß-rote Handtuch von Hannes Ostendorf, das in Farben und Gestaltung der Reichsfahne nachempfunden war.

Als nach dem Konzert eine Horde Nazi-Hools im Freien den *Polackentango* von »Landser« anstimmte, hätte das die Polizei problemlos vernehmen können – wenn sie ihre Alkoholkontrollen nicht außer Hörweite vorgenommen hätte. Unter diesen Umständen konnten die Krawallkameraden ungestraft ankündigen: »Dann zieht die Wehrmacht mit ihren Panzern in Breslau ein, und dann kehrt Deutschlands Osten endlich wieder heim.«

Musikveranstaltungen mit »Kategorie C« wurden generell »nicht als rechtsextremistische Konzerte bewertet«, wie das Innenministerium am 3. Mai 2011 auf eine neuerliche Anfrage der Abgeordneten König erklärte. Kurz darauf erläuterte der Inlandsgeheimdienst auf eine Presseanfrage hin: »Dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz sind zirka 10 Prozent der Hooligans aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt. Der weitaus überwiegende Teil der Szene ist vorwiegend unpolitisch und lässt sich von Rechtsextremisten auch nicht anlassbezogen rekrutieren.« Aber: »Bei einigen sportlichen Veranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, wurden vereinzelt rechtsextremistische Parolen beziehungsweise das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen festgestellt.« Das war für die Behörde kein Grund, Alarm zu schlagen: »Es liegen hier keine Informationen vor, die auf einen Zusammenhang zwischen gewaltbereiten Fangruppen und der rechtsextremistischen Szene in Thüringen hindeuten. Auch liegen keine Hinweise auf eine planmäßige Kooperation oder gezielte Einflussnahme organisierter Rechtsextremisten auf die hiesige Hooligan-Szene vor.« Die

Thüringer Nazi-Hools und »Kategorie C« wissen so viel Ignoranz und Inkompetenz zu nutzen: Am 3. Dezember 2011 fand das nächste Konzert im Alten Labor statt.

Im Jahr 2011 zählte der Verfassungsschutz insgesamt vier rechtsextreme Konzerte in Unterwellenborn. Abermals fehlten die Auftritte von »Kategorie C« – und das, obwohl zwischenzeitlich die Magazine *Panorama* (in der NDR-Sonderausgabe *Panorama Nord*) und *Frontal21* (ZDF) Videomaterial von »Kategorie C«-Auftritten in Thüringen ausgestrahlt hatten, so dass der politische Charakter dieser Gigs öffentlich bekannt war.

Trotz der unvollständigen Statistik stellte Minister Geibert am 8. Mai 2012 in seiner Antwort auf eine weitere Anfrage der Abgeordneten König fest: »Die in der Auflistung angeführten rechtsextremen Veranstaltungen zeigen, dass das Objekt Silberberg 6 in Unterwellenborn für eine Vielzahl von Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene genutzt wurde.« Ob es sich damit als populärer Veranstaltungsort der rechtsextremen Thüringer Musikszene etabliert habe, wie die Landtagsabgeordnete wissen wollte, bleibt laut Jörg Geibert »abzuwarten und bedarf der weiteren Beobachtung«.

Abwarten und beobachten – das war die Strategie des Thüringer Innenministers gegen Nazis. Rund ein halbes Jahr, nachdem der Nationalsozialistische Untergrund aufgeflogen war.

Kapitel 12

RECHTSROCK UND RECHTE ROCKER

»60 Prozent von denen sind sowieso der gleichen Meinung.«

Ein rechtsextremer Prospect (Anwärter) des Motorradclubs Red Devils in Stadthagen über die politische Gesinnung seiner neuen Brüder

Da braut sich etwas zusammen, nicht nur im Alten Labor: die Verschmelzung von Nazi-, Hooligan- und Rockerszene. Das ergibt eine explosive Mischung, deren Sprengkraft den demokratischen Rechtsstaat bedroht – in Saalfeld-Unterwellenborn und anderswo.

»Rechtsextremistische Konzerte finden seit Jahren gelegentlich auch in Räumlichkeiten von Rockerclubs statt.« Das antwortete die Bundesregierung am 5. Juni 2012 auf eine Kleine Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, die Fragen zur »Kooperation von Rechtextremen und Rockerclubs« gestellt hatten.

Als Rockervereinigungen gelten Motorradclubs, deren Mitgliedern der jeweilige Club wichtiger ist als ihre leibliche Familie und die den Regeln ihrer Bruderschaft mehr gehorchen als staatlichen Gesetzen. Die prominentesten Vertreter in Deutschland sind der Hells Angels MC und der Bandidos MC, gefolgt vom Gremium MC und dem Outlaws MC. Höllenengel und Banditen haben die Eigenart, sogenannte Supporter-Clubs um sich zu scharen, um ihre Vorherrschaft im jeweiligen Gebiet zu dokumentieren und zu sichern. Diese »Unterstützer« gehören folglich zum erweiterten Kreis der verschworenen Gemeinschaft, und sie haben deshalb dieselben Clubfarben. Im Falle der Hells Angels ist das eine Kombination aus rot und weiß, die daher auch der Red Devils MC verwendet, der international als größter Supporter-Club der Höllenengel gilt. Die Clubs gliedern sich in Ortsvereine, die sie Charter (Hells Angels und Red Devils) oder Chapter (Bandidos, Gremium, Outlaws) nennen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im Bereich der Organisierten Kriminalität (OK) eine Zunahme von Verfahren registriert, die sich gegen Rockergruppierungen oder Gruppierungen mit Verbindungen

zur Rockerszene richten. Laut BKA-Statistik des Jahres 2010 betrug ihr Anteil an den OK-Verfahren insgesamt fast 10 Prozent. Ermittelt wurde unter anderem wegen des Verdachts auf Erpressung, Drogen- und Waffenhandel sowie Körperverletzung.

Was die »Verbindungen von Rechtsextremisten und Rockern« betrifft, hat das BKA am 8. Juni 2010 eine »Sonderauswertung« fertiggestellt: »Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch«. Darin finden sich auch die Erkenntnisse der Landeskriminalämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In diesem Dossier schreibt das BKA:

> »Hauptbetätigungsfelder krimineller Rockergruppen sind Rauschgifthandel, Förderung der Prostitution, Schutzgelderpressung und Handel mit Waffen. Darüber hinaus werden legale Geschäftsbereiche eingenommen, um hierdurch finanzielle Gewinne und Einfluss zu steigern. Typische Betätigungsfelder dafür sind private Wach- und Sicherheitsdienste sowie Tattoo- Studios, die offiziell gewerblich angemeldet sind. Staatsschutzerkenntnisse aus den Bundesländern belegen in Einzelfällen kommerziell begründete, vereinzelte Kontakte auf lokaler Ebene im Bereich des Handels mit szenetypischen Artikeln beider Subkulturen bis hin zum illegalen Waffenhandel. Durch die Nutzung von Clubräumen der Rockergruppen ist eine Zusammenarbeit im Bereich der Organisation von rechtsextremistischen Skinheadkonzerten mehrfach belegbar. […] Diese Örtlichkeiten ermöglichen es, die Konzerte von der Öffentlichkeit abzuschirmen, um somit staatliche Maßnahmen zu erschweren.«

Die Bundesregierung erläuterte am 5. Juni 2012 auf die oben erwähnte Anfrage aus dem Bundestag hin: »Lokalitäten werden in solchen Fällen von den Hells Angels, den Bandidos, dem Gremium MC sowie weiteren Rockerclubs zur Verfügung gestellt. Beispielhaft kann ein ehemaliges Clubhaus des Red Devils MC in Unterwellenborn (Thüringen) angeführt werden, welches mehrfach für entsprechende Veranstaltungen genutzt wurde.« Dieses Clubhaus war das Alte Labor. Ich habe dort bei drei Konzerten erlebt, wie bis zu 300 Neonazis, Hooligans und Rocker gemeinsam gefeiert haben – Skinheads und Red Devils teilweise in Personalunion.

Der Motorradclub der roten Teufel aus Saalfeld unterstützte die Hells Angels in Erfurt – sowie Nazis und Nazi-Hools, indem er seine Clubräume zur Verfügung stellte. »Ende 2004 wurde das Objekt durch eine Eigentümergemeinschaft erworben und bis Dezember 2010 als Vereinsheim genutzt«, teilte der Thüringer Innenminister Jörg Geibert am 8. Mai 2012 der Landtagsabgeordneten Katharina König von der Linken mit. Waren die Red Devils Saalfeld Ende 2010 ausgezogen? Am 17. April 2011 fragte jemand im Online-Gästebuch der Hells Angels Erfurt: »Wieso wurde RDMC Saalfeld aufgelöst?« Die Antwort: »Ist nicht aufgelöst.« Als ich am 11. Juni 2011 in Unterwellenborn ein »Kategorie C«-Konzert gefilmt habe, war nur der Schriftzug des Motorradclubs an der Fassade verschwunden. Aber innen zeigten die Hells-Angels-Supporter nach wie vor Präsenz.

Am 15. August 2011 haben sich die früheren Betreiber des Skinhouse Menfis in Neustadt an der Orla nach längerer Pause mit einem Flyer zurückgemeldet: »Wir sind wieder da. Nur 10 Kilometer vom alten Menfis entfernt.« Gute zwei Wochen später, am 3. September, ging im Alten Labor ein Konzert mit »Selbststeller«, »I don’t like you« und »Old Glory« über die Bühne. Zu diesem Menfis-Come-back befragte das Skinhead-Fanzine *Feindkontakt* den Betreiber Andreas »Bigge« Bicker:

Feindkontakt: »Nachdem du das Skinhouse in Neustadt dichtmachen musstest, wird ja jetzt in U … [sic] gefeiert und getrunken! Erstmal herzlichen Glückwunsch zur neuen Möglichkeit. Wie kam’s dazu?«

Bigge: »Die Jungs aus U … [sic] kannten das ›Skinhouse Menfis‹ schon aus alten Tagen und sind unserer Musik gegenüber nicht voreingenommen. So hat es sich ergeben, dass ich ein gutes Angebot von ihnen bekam, was ich auf gar keinen Fall ausschlagen konnte. Die nächsten Konzerte in dieser genialen Lokalität sind also abgesichert.«

Feindkontakt: »Das Gelände in U … gehört ja eigentlich dem Motorradclub, und in letzter Zeit feiert die Skinheadszene zunehmend in Rockerclubs. Wie siehst du diese Entwicklung? Gab es keine andere Lokalität? Macht man sich da in gewisser Weise abhängig? Freundlich sind die Jungs ja …«

Bigge: »Ich sag mal so … Eigentlich ist es ja egal, wer uns eine Möglichkeit gibt, Konzerte zu machen. Wenn es passt, dann passt es

… Diese Entwicklung finde ich nicht dramatisch. Mit den Jungs kann man prima zusammenarbeiten. Wir sind ja schließlich alle alt genug, um zu wissen, was wir tun. In der heutigen Zeit ist es nun mal nicht leicht, Skinhead-Konzerte frei von jeglichen Vorurteilen zu veranstalten. Da ist man über jede helfende Hand erfreut.«

Während sich Konzertveranstalter Bicker über die »helfende Hand« der Rocker freute, deren Clubhaus zu diesem Zeitpunkt von außen nicht mehr als Clubhaus erkennbar war, sah das Landesamt für Verfassungsschutz in der teuflischen Unterstützung der »rechtsextremistischen Musikszene« keinen Idealismus, wie es im Herbst 2011 auf eine Presseanfrage hin mitteilte: »Hierbei dürfte der finanzielle Aspekt ausschlaggebend gewesen sein.« Das klingt kurios. Demnach wäre neben Prostitution und Co. auch die Saalvermietung zum gewinnträchtigen Betätigungsfeld von Rockern geworden.

In der Skinhead-Szene wurde bereits eine drohende Abhängigkeit von den Clubstrukturen der Rocker thematisiert, wie die entsprechende Frage des *Feindkontakt* dokumentiert – die Besorgnis des Thüringer Verfassungsschutzes über diese Verbrüderung hielt sich hingegen in Grenzen: »Eine strukturelle Zusammenarbeit und ideologische Beeinflussung zwischen Rechtsextremisten und kriminellen Rockergruppierungen ist jedoch nicht zu erkennen.« Es hätten nur »vereinzelt Verbindungen zwischen kriminellen Rockergruppierungen und Rechtsextremisten aufgrund persönlicher Bekanntschaftsverhältnisse festgestellt werden« können. Persönliche Bekanntschaften? Bei Rockern gibt es Bruderschaften, bei Nazis Kameradschaften – beide basieren *ausschließlich* auf persönlichen Bekanntschaftsverhältnissen. Diese Gruppierungen führen schließlich kein Mitgliederverzeichnis, das sie über V-Leute in ihren Reihen dem Verfassungsschutz zuspielen könnten.

»Überschneidungen von rechtsextremistischen Aktivitäten mit gleichzeitigem Engagement in kriminellen Rockergruppierungen« konnte der Verfassungsschutz jedenfalls nicht identifizieren. »Einzelpersonen fanden jedoch nach dem Ende ihrer rechtsextremistischen Karriere‹ eine neue Betätigung bei kriminellen Rockergruppierungen.« Das klingt so, als böten Motorradclubs ein Resozialisierungsprogramm für Nazi-Aussteiger.

Ein Begriff wie »Einzelpersonen« entlarvt die verbale

Schaumschlägerei des Verfassungsschutzes. Jede Person ist zwangsläufig eine Einzelperson, Mehrfachpersonen gibt es nicht. Indem die Behörde von »Einzelpersonen« spricht, erweckt sie den Eindruck, als handle es sich um Einzelfälle. Das ist irreführend. Neonazis fühlen sich im Rockermilieu augenscheinlich wohl, sei es nun als Mitglieder, Anwärter oder Sympathisanten der Clubs – das habe ich vielfach gesehen und gefilmt. Die Immobilien einiger Chapter und Charter sind ein Teil der Infrastruktur geworden, die Neonazis für Konzerte zur Nachwuchsrekrutierung nutzen. Denn Rocker kündigen keine Mietverträge, wenn die Polizei Druck macht.

Trotzdem ist mit Nazi-Konzerten im Alten Labor in Unterwellenborn vorübergehend Schluss – weil Brandschutzauflagen nicht erfüllt wurden, wie die Landtagsabgeordnete König am 25. Juni 2012 in einer Kleinen Anfrage feststellte. In der Antwort vom 8. August 2012 schreibt das Thüringer Innenministerium: »Das Gebäude wird gegenwärtig zu Wohnzwecken genutzt. Die Gewerbeerlaubnis für das ›Alte Labor‹ zum Betrieb eines Jugendtreffs mit Schankwirtschaft und Imbiss zur Durchführung von regelmäßigen Tanzveranstaltungen wurde am 31. Mai 2012 rückwirkend zum 31. Dezember 2011 abgemeldet. Darüber hinausgehende Erkenntnisse zur aktuellen Nutzung liegen nicht vor. Die Gebäudeeigentümer waren zum Zeitpunkt des Erwerbes des Gebäudes Mitglieder des inzwischen aufgelösten Motorradclubs ›Red Devils MC Saalfeld‹, einem Supporterclub der ›Hells Angels‹. Wenngleich es sich bei den Eigentümern nicht um aktive Rechtsextremisten handelt, nahmen einzelne von ihnen zumindest in einem Fall an einem rechtsextremistischen Konzert in dem Objekt teil. […] Es liegen Hinweise darauf vor, dass die drei Bewohner des Gebäudes dem ›Blood Red Section Hof‹, einem Supporterclub der ›Hells Angels Hof‹ angehören.« Und: »Es wurden bislang weder die Brandschutzauflagen erfüllt, noch deren Erfüllung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt angekündigt.« Bereits am 3. Juli 2012 hatte jemand im Online-Gästebuch der Bremer Band »Kategorie C« nachgefragt: »Kann man sich dieses Jahr noch auf ein Konzert im Raum Saalfeld freuen oder eher nicht?« Die Antwort: »Abwarten.«

[Bild vergrößern]



Auf Stoff zur Schau gestellte Militanz: Dieses Ku-Klux-Klan-Shirt gab es 2010 im Seesener Ladengeschäft von Thomas »Pit« Wipperich zu kaufen, der auch als »Presi« der »Red Devils Seesen« fungierte, ehe sie ohne Begründung wieder von der Bildfläche verschwanden.

Der Verfassungsschutz an der Heimatfront der Bremer Stadtmusikanten sieht zwischen rechtsextremistischer und Rockerszene ebenfalls »keine strukturellen Verbindungen«. Auch wenn das Landesamt eingestandenermaßen nur die Nazi-Szene beobachtet und die Rocker rechts liegen lässt, hätten den Hansestädtern die Verbindungen auffallen müssen. Außer »Kategorie C« stammt auch »Endstufe« aus Bremen. Wes Geistes Kind diese, eigenem Zeugnis zufolge, älteste deutsche Skinhead-Band ist, wurde beispielsweise bei einem Auftritt am 6. November 2010 vor rund 1000 Leuten in einem belgischen Clubhaus der Red Devils in Leffinge nahe Ostende deutlich. Antifaschistisch gesinnten Sharp-Skins (Skinheads against racial prejudice) drohte ihr Frontmann Jens »Brandy« Brand in einem Lied: »Wir kriegen euch alle!« Und noch ein Bekenntnis zur Szene: »Skinheads, Hooligans, Straßenschläger, wilde Partys die ganze Nacht. Heute, da hört uns die ganze Stadt: Wir sind die Macht!« Das Publikum feierte den Auftritt mit Hitlergrüßen. Einige Fans versuchten sich a cappella: »Hisst die rote Fahne, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz.« Im Schankraum des Gebäudekomplexes trafen Rote Teufel in Kutte auf Vertreter verschiedener Divisionen von Blood & Honour. Um es in der Logik mancher Verfassungsschützer zu sagen: Es muss in Europa unglaublich viele persönliche Bekanntschaftsverhältnisse geben, massenhaft Einzelpersonen und Einzelfälle .

[Bild vergrößern]



Ein Schwarzafrikaner, affenartig karikiert: Rassistische Mode gehörte genauso zum Sortiment des Seesener Tätowierers Thomas Wipperich wie Alkohol der Hells-Angels-Marke Original 81.

Es dürfte im Interesse der Rockerbosse liegen, dass diese Einzelfalltheorie nicht überstrapaziert wird, damit sich neben den klassischen Kriminalisten nicht auch noch die Staatsschützer an ihre Fersen heften. Möglicherweise mussten sich die Red Devils Saalfeld deshalb etwas zurückziehen oder gar auflösen.

Schon vor der jüngsten Welle der polizeilichen Charter-Auflösungen und Charter-Selbstauflösungen ist der Seesener Ortsverein im Laufe des Jahres 2010 ohne Begründung von der Bildfläche verschwunden, obwohl ihn die Bruderschaft der Roten Teufel erst Anfang September 2009 als »Prospect Charter« aufgenommen hatte. Und diese Anwartschaft der Red Devils Seesen hatte insbesondere für ihren Präsidenten Thomas »Pit« Wipperich vielversprechend begonnen. Bei der Tattoo-Convention der Hannoveraner Höllenengel am 19. und 20. September 2009 in der Steintor Event Hall hatte er mit seinem Stand eine Art Ehrenplatz bekommen, neben den Künstlern aus dem Umfeld der Gastgeber, neben 81 Tattoo und Piercing. Die 81 steht, wie könnte es anders sein, für den achten und den ersten Buchstaben des Alphabets, also für HA wie Hells Angels.

Ich kannte »Pit« damals noch nicht. Erst seine Arbeitsproben weckten mein Interesse. So fanden sich in seinem Tattoo-Book eine Triskele, ein Keltenkreuz und eine Schwarze Sonne – alles Symbole, die gerne von Nazis verwendet werden. Und als ich ging, fiel mir ein Geländewagen der amerikanischen Marke Hummer auf dem Parkplatz auf, dessen Kennzeichen die Zahl 1488 beinhaltete. Ein Zufall oder der Zahlencode für den rassistischen Schwur aus »14

words« und für »Heil Hitler«? Der Wagen schien Thomas Wipperich zu gehören, denn darauf prangte Werbung für die Homepage www.tapout-store.de, die auf seinen Namen registriert war, aber inzwischen stillgelegt ist.

Ein halbes Jahr später steuerte ich die fragliche Geschäftsadresse in Seesen an und landete in einem Nazi-Laden mit angeschlossenem Tätowierstudio. Vor der Tür unterhielt sich Wipperich gerade mit einem Kunden. »Angels Welcome« war auf einem Schild mit stilisierten Flügeln im Eingangsbereich zu lesen. Im Schaufenster standen alkoholische Getränke der Hells-Angels-Marke Original 81, die ich im Raum Hannover überraschenderweise auch in Tankstellen von Shell, Aral und Esso sowie in Märkten von Real und Edeka entdeckte. Der Seesener Einzelhändler bot unter anderem Original 81 Pussydriver an, einen Sahnelikör. Ansonsten gab es Stuff für Biker and Babes sowie Nazi-Klamotten. Band-Shirts von »Gigi« Gieses »Stahlgewitter« und seinen »Braunen Stadtmusikanten« gehörten gleichermaßen zum Sortiment wie ein Shirt, das mit seiner Aufschrift »Zillertaler Reloaded« an eine der menschenverachtendsten Nazi-Bands erinnerte: die »Zillertaler Türkenjäger«. Ebenfalls an den Ständern hing ein Fan-Shirt des Ku-Klux-Klan, das einen vermummten Kämpfer mit Sturmgewehr zeigte. Und ein weiteres, mit dem der Rassenhass konkret zur Schau gestellt wurde: »Alle Menschen sind gleich!« stand darauf, und abgebildet war ein affenartig karikierter Schwarzafrikaner. In diesem niedersächsischen Laden war die kommerzielle Fusion von Nazi- und Rocker-Geschäft sichtbar, und das höchstwahrscheinlich nicht erst seit dem Tag meines Einkaufs, dem 22. März 2010.

Am 18. März 2010 beantwortete das niedersächsische Innenministerium eine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Hans-Christian Biallas und Angelika Jahns: »Der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde liegen keine Erkenntnisse über eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und Rocker vor.« Am 16. Juni 2010 reagierte das Innenministerium auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Pia-Beate Zimmermann und Victor Perli von der Linken:

> »Zwischenzeitlich hat sich das Charter des Red Devils MC in Seesen aufgelöst. Gründe hierfür sind nicht bekannt. […] Dem

> Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse über eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und Rockern in Niedersachsen vor. Es ist jedoch bekannt, dass es Kontakte zwischen Rechtsextremisten und Mitgliedern von Rockerklubs wie den ›Red Devils‹ gegeben hat. In Einzelfällen haben sich Kameradschaftsangehörige aus der rechtsextremistischen Szene gelöst und sind in Rockerklubs eingetreten. […] Wie bereits dargestellt, ist bekannt, dass lediglich in Einzelfällen Mitglieder der Red Devils der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen sind.«

Es gibt also zwei Arten von Einzelfällen bei den Rockern: jene, die sich von der rechtsextremistischen Szene gelöst haben, und jene, die der rechtsextremistischen Szene noch angehören. Ob sich in Niedersachsen wohl alle Gruppierungen, Kameradschaften und Bruderschaften aus Einzelfällen zusammensetzen?

Es muss demnach einer dieser Einzelfälle gewesen sein, der mich beim »Run to Hannover«, einer Party der dortigen Red Devils, am 28. Mai 2011 ansprach, weil er mich für einen »Kameraden« hielt. Seine Lederkutte wies ihn als Prospect (Anwärter) der Red Devils Stadthagen aus. Er wollte wissen, ob ich meine Klamotten »bei Silar« gekauft hätte. Ich bejahte. Tatsächlich hatte ich meine Mütze ein paar Stunden vorher bei Stefan Silar gekauft, in dessen Geschäft Streetwear Tostedt. »Das ist ein guter Kumpel von mir«, sagte der Nachwuchsrocker. Dann deutete er voller Stolz auf seine Clubkutte: »Ich bin jetzt da … – erst angefangen.« Ich fragte, ob er einen langen Weg vor sich habe, bis er Full-Member werde. »Ja, mehr oder weniger«, meinte er. Wie lange das geht? »Hänger ist man drei Monate, Prospect ein Jahr. Wenn du gut bist, wenn du dich gut angestellt hast, dann wirst du Mentor irgendwann.«

Der junge Mann begann in seinen Erinnerungen zu schwelgen. Er erzählte von einem Bauern, bei dem er früher oft zu politischen Sonnwendfeiern gewesen sei: »Da darf ich ja auch nicht mehr so offiziell hin.« Ich wollte wissen, ob das bei den Red Devils verboten sei. Seine Antwort: »Wir dürfen uns keiner politischen Richtung irgendwo zuordnen lassen.« Als ich mich verwundert äußerte, erläuterte er: »Ja, ich meine, 60 Prozent von denen sind sowieso der gleichen Meinung … Aber wir dürfen’s nicht offen sagen.« Ich

bedauerte ihn. Seine Reaktion: »Ich mein', was bringt einem das auf Dauer, auf Demos zu gehen?« Er habe seinerzeit »Spaß am Kloppen« gehabt. Steine und Flaschen seien geflogen und Lieder gesungen worden. »Anzeige über Anzeige« habe es gehagelt. Und immer, wenn ihn der Staatsschutz zu sich beordert habe, sei es »ein Stückchen schlimmer« geworden.

Plötzlich bekam der Rote Teufel Nasenbluten. Ich gab ihm ein Tempo, und er nannte mir die Ursache, einen früheren Nasenbeinbruch. Er habe damals einem andern mit einer Eisenstange eins über den Schädel gezogen, doch dann seien dessen Kumpels gekommen – Hooligans aus Hamburg: »Die haben mich dann richtig bearbeitet.«

Dieser Rocker fühlte sich, obwohl schätzungsweise erst um die 25 Lenze, als Oldschool-Nazi. »Gigi und Luni kenn' ich auch noch«, prahlte er. Über den ehemaligen »Landser«-Sänger »Lunikoff« Regener und den »Stahlgewitter«-Frontmann »Gigi« Giese, zwei der größten deutschen Rechtsrockstars, sagte der junge Szeneveteran: »Das sind ganz duftige Typen. Die haben wirklich Terror.« Mit Luni sei er zwar »nicht nahe bekannt, aber den Sänger von ›Stahlgewitter‹, den kenn' ich besser«. Woher? »Der kommt aus Meppen, ist hier oben um die Ecke.« »Stahlgewitter« sei auch an Bandprojekten beteiligt, wusste er, zum Beispiel an »In Tyrannos«, die politischen Metal spielen. Mit Hatecore, der stilistisch dem Hardcore verwandt ist, schien der Teufel im Anwärterjahr hingegen nicht so viel anfangen zu können. Bezüglich der jungen Nazis, die das bevorzugt hören und sich von der Skinhead-Kultur abgrenzen, meinte er: »Ja, neue Generation, ne. Läuft unauffälliger rum.«

Um Hannover herum schossen die Charter der Red Devils im ersten Jahr meiner Rockerrecherche wie Pilze aus dem Boden. Dreizehn Neugründungen in Niedersachsen registrierte die Landespolizei 2009, so dass insgesamt 18 Charter der Hells-Angels-Supporter existierten. Das Innenministerium informierte am 18. März 2010 den Landtag: »Dem Landeskriminalamt Niedersachsen liegen Hinweise darüber vor, dass die Expansion des Red Devils MC auf Betreiben des Hells Angels MC Hannover erfolgt ist, der dadurch seinen Gebietsanspruch in Niedersachsen unterstreichen will.« Da das »grundsätzliche Geschäftsgebaren von Rockergruppierungen belegbar auf Territorial- und Machtzuwachs gegenüber anderen

konkurrierenden Motorradclubs ausgelegt ist«, wollte das Ministerium Auseinandersetzungen nicht ausschließen.

Gebietsanspruch und Auseinandersetzungen – müssen sich die Mitglieder von Motorradclubs um jeden Meter Autobahn prügeln? Diese Frage stellt sich, wenn man liest, dass die deutschen Hells Angels darauf Wert legen, »ein Motorradclub, keine Gang« zu sein. Das niedersächsische Innenministerium sieht das nur bedingt so. Es differenziert, wie aus einer Antwort an den Landtag vom 28. August 2009 hervorgeht: »In Niedersachsen sind 215 Motorradclubs bekannt, von denen aktuell 37 den sogenannten Outlaw-Motorcycle-Gangs (OMCG) zugeordnet werden.« Im Rahmen der bekannten von A bis C reichenden Klassifizierung werden diese Organisationen der Kategorie C zugeordnet. Hells Angels und Red Devils, aber auch Bandidos, Gremium und Outlaws sind demnach unter den Motorradclubs das, was Hooligans unter den Fußballfans sind. Sie selbst verstehen sich als Onepercenter: als das eine Prozent der Biker, das sich nicht nach den bürgerlichen Gesetzen richtet, sondern nach seinen eigenen.

»Die Zahl der Mitglieder in diesen OMCG liegt derzeit bei zirka 300 Personen«, schrieb das niedersächsische Innenministerium 2009. »Über etwa die Hälfte dieser Personen liegen kriminalpolizeiliche Erkenntnisse vor.« Was die Rocker in Niedersachsen machen? »Die Mitglieder entfalten ihre Aktivitäten unter anderem in den Bereichen Rotlichtmilieu, Event-Gastronomie sowie dem Sicherheitsgewerbe. Der niedersächsischen Polizei sind im vergangenen Jahr« – also 2008 – »insgesamt 49 Straftaten, begangen durch Mitglieder von OMCGs, bekannt geworden, denen 56 Tatverdächtige zugeordnet werden können. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Gewaltdelikte (Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Erpressung und Sachbeschädigung), Eigentumsdelikte, Verstöße gegen das Waffengesetz und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.«

Derartige Straftaten werden in der Regel in kleinstem Kreise verübt, teilweise ist das Opfer der einzige Zeuge. Im Rahmen einer journalistischen Undercover-Recherche ist es daher schwierig bis unmöglich, entsprechende Handlungen zu dokumentieren. Während Nazis bei ihren Veranstaltungen mit Hitlergrüßen, »Sieg Heil«-Geschrei und strafbaren Liedern dokumentiert werden können, lässt sich bei Rockerpartys in der Regel nur feststellen, welche Personen

anwesend und folglich im Umfeld eines Clubs angesiedelt sind. Es sei denn, es treten dort einschlägige Bands auf …

Was ich beim »Tanz in den Mai« am 30. April 2010 der Hells Angels in Solingen drehen konnte, blieb eine Ausnahme. Vor dem Clubhaus standen zu vorgerückter Stunde Rocker am Kofferraum einer Limousine, unter ihnen Hells Angels, welche die Schriftzüge »Nomads« und »Turkey« auf ihren Kutten trugen. Sie sahen sich etwas an, das ich nicht erkennen konnte. Dann wechselte ein paar Meter vor meiner Kamera ein Bündel Geldscheine den Besitzer.

Dass Geld im Rockerleben eine zentrale Rolle spielt, ist den luxuriösen Motorrädern und Autos vor den Clubhäusern anzusehen. Das niedersächsische Innenministerium kam im Jahr 2011 zu dem Ergebnis: »Sämtliche dieser Outlaw Motorcycle Gangs« – erwähnt wurden Hells Angels, Bandidos, Outlaws und Gremium – »verfolgen das Ziel, bestimmte Territorien beziehungsweise Einflussbereiche zu beherrschen, um insbesondere wirtschaftliche Interessen wie beispielsweise im Rotlichtmilieu (unter anderem Türsteherdienst, Wirtschaftertätigkeiten) durchzusetzen. Dabei ist festzustellen, dass die im beziehungsweise am Randbereich der organisierten Kriminalität agierenden Rocker bestrebt sind, gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen, um Gewinne auch in legalen Geschäftszweigen investieren zu können und um öffentlichem Druck weitestgehend zuvorzukommen.« Ihrem strategischen Vorgehen entspreche das Verhalten von Wolfgang Heer, der in Walsrode als Geschäftsmann und Sponsor auftrete und zugleich »ein führendes Mitglied des Hells Angels MC« in Hannover sei.

Das Charter in der niedersächsischen Landeshauptstadt galt als besonders mitgliederstark, sein »President« Frank Hanebuth als mächtigster Hells Angel in Deutschland. Ein Handschlag zwischen ihm und Peter Maczollek von den Bandidos sollte am 26. Mai 2010 den Friedensschluss zwischen den zwei Rockerclubs in Deutschland besiegeln: in den Räumen des Hannoveraner Rechtsanwalts und Notars Götz von Fromberg, mit dem damals noch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in Kanzleigemeinschaft verbunden war. Die Rocker waren längst in der High-Society angekommen. Der Friedenschluss wurde in einem Blitzlichtgewitter vollzogen, als hätte es sich bei dem Hells Angel, dem Bandido und ihren Begleitern um Staatsmänner gehandelt. Im vorangegangenen Konflikt zwischen

ihren Clubs hatte es sogar Tote gegeben. Nur weil Motorradfahrer Streit hatten? Auf Sportvereine übertragen wäre das so, als würden sich die FCs und die FSVs bundesweit bekämpfen, unterstützt von den SCs und SVs als Supporter-Clubs. Absurd.

Das staatsmännische Auftreten der Rockerführer kam nicht von ungefähr. Die Clubs bauen eigene Staaten im Staate auf. Wie Staaten setzen sie ihre territorialen Ansprüche mit Gewalt durch, ihre Außenpolitik gegenüber anderen Clubs ist teilweise von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt. Damit kennen sich Hells Angels und Bandidos aus, auch aufgrund ihrer Historie: Die Hells Angels wurden 1948 von Angehörigen einer amerikanischen Bomberstaffel aus dem Zweiten Weltkrieg gegründet, die Bandidos 1966 von Vietnam-Veteranen der US-Marines. In den Einflussbereichen der Rocker gelten ihre Regeln, ihre »Gesetze«. Ein Leitspruch: »Our Town – Our Rules.« Innenpolitisch scheinen sie ein föderalistisches System zu pflegen. Bei den Bandidos besteht es aus Chaptern, bei den Hells Angels aus Chartern. Als Pressesprecher der deutschen Hells Angels tritt immer wieder Rudolf »Django« Triller in Erscheinung – um beispielsweise zu betonen, dass es gar keine bundesweite Struktur seines Clubs gebe. Er assistierte Hanebuth beim Friedensschluss mit den Bandidos, der für ganz Deutschland gelten sollte. Folglich besiegelten sie das Abkommen stellvertretend für alle Charter.

Jahrelang war der Hannoveraner Hells-Angels-Boss der ungekrönte König des Steintorquartiers, des Vergnügungsviertels der Landeshauptstadt. Ich war in den Jahren 2009 und 2010 sowie im ersten Halbjahr 2011 mehrfach dort unterwegs. Die Insignien des Rockerclubs prägten das Stadtbild und Akteure aus seinem Umfeld das Geschehen. Kneipen und Kioske schenkten Original-81-Bier und hochprozentigeren Alkohol der Marke aus, die »81« zierte die Arbeitskleidung in der Steintor Event Hall. Vor den Party-Paradiesen hatten sich Türsteher der GAB Security GmbH aufgebaut, deren Gesellschafter Frank Hanebuth und sein Rockerbruder Wolfgang Heer sind. Zu ihrem »Unternehmensgegenstand« zählen, neben Sicherheitsdienstleistungen wie Geldtransporte und Personenschutz, unter anderem Hostessendienste, der Handel mit Druckerzeugnissen, Geldforderungen (Inkasso), der Betrieb von Fitnessstudios und Solarien sowie der Vertrieb von Kosmetikprodukten und

Modeaccessoires. Und das ist nur ein Teil des Gemischtwarenladens, an dem der Hells Angel Hanebuth beteiligt ist. Er hat ein Netzwerk aus Firmen aufgebaut, die im Bereich der Unternehmensberatung, der Handelsvermittlung (Import, Export), des Glücksspiels, des Immobilien- und Versicherungsgeschäfts und der Gastronomie tätig sind. Ein Rundumservice für das Steintorviertel, das von Bars und Bordellen geprägt ist. Salopp formuliert hat Hanebuth den MC zur GmbH umgebaut. Er war und ist als Gesellschafter und Prokurist in mehreren Firmen aktiv.

Allein mit der Zimmervermietung für Prostituierte lässt sich im Hannoveraner Kiez ein Vermögen verdienen. Im Gespräch mit Huren habe ich erfahren, dass 100 Euro pro Tag eine übliche Zimmermiete sein sollen. Rund 300 solcher Räume dürften die Bordelle bieten, wie ich nach einem Rundgang durch mehrere Laufhäuser, wie die billigsten Puffs genannt werden, hochgerechnet habe. Sofern sie voll besetzt wären, kämen Mieteinnahmen von 30 000 Euro pro Tag zusammen. 25 bis 30 Euro verlangten die Sexarbeiterinnen im Frühjahr 2010 für einen »Quickie«. Dauer: 15 bis 20 Minuten. Um die Tagesmiete bezahlen zu können, mussten sie vier Freier am Tag bedienen. Manchmal kämen aber nicht so viele Männer, erzählten mir Prostituierte, obwohl sie sich vom späten Vormittag bis in die Nacht hinein anböten. Damit unter diesen finanziellen Bedingungen keine Schulden entstehen, der Lebensunterhalt bestritten werden kann und gelegentlich ein Heimaturlaub in Afrika oder Asien möglich ist, müssten die Freier Schlange stehen, um sich im Akkord befriedigen zu lassen. Tun sie aber nicht. Um auskömmlich verdienen zu können, müssten die Frauen ihre Preise erhöhen. Das würde voraussetzen, dass die Zimmermieterinnen nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft als Selbstständige arbeiten können. Was dagegen spricht: In keinem der Bordelle, in denen ich mich von Zimmer zu Zimmer durchgefragt habe, konnte ich Preisunterschiede feststellen. Und in den Häusern, wo der Mindestpreis nicht bei 25, sondern bei 30 Euro lag, wurde der Quickie fünf Minuten länger angeboten. Dieser niedrige Einheitspreis bei mäßiger Nachfrage dürfte tendenziell zu konstanten Mietverhältnissen geführt haben. Denn etwaige Verbindlichkeiten gegenüber dem Zimmervermieter erhöhen die Abhängigkeit der Frauen und erschweren ihnen den Ausstieg aus der Prostitution.

Auf finanzielle Abhängigkeit ausgerichtet ist auch eine Strategie von Zuhältern aus dem Rockermilieu, von der ich in Ostdeutschland erfahren habe. Das Prinzip: Sexarbeiterinnen werden fest angestellt, die angeblichen Barauszahlungen ihres Lohns müssen sie im Voraus blanko quittieren, ohne dass dafür jemals Geld fließen würde – zumindest nicht vom »Arbeitgeber« an seine Angestellten. Stattdessen müssen die Frauen sämtliche Sozialversicherungsabgaben bezahlen und die Hälfte ihrer Einnahmen an ihren Zuhälter abführen. Das sei sogar großzügig, erzählte mir eine Prostituierte, die viel herumgekommen war. Als ihre Familie in Geldnot geraten sei, habe ihr neuer »Chef« außerdem Kredit gewährt, berichtete sie dankbar. Allerdings sei jetzt der Weg in die Privatinsolvenz versperrt, »denn Schulden beim Zuhälter bleiben« – und wer sie nicht abbezahlen könne, müsse Konsequenzen fürchten. Die Frau hatte Angst.

Ein weiterer »Service« ihres Zuhälters: Wenn etwas repariert werden musste, wusste er jemanden aus dem Umfeld seines Rockerclubs, der das übernehmen konnte – angeblich günstig, da schwarz. Das ganze Leben der Frau wurde von ihrem »Arbeitgeber« organisiert und damit kontrolliert. Auf diese Weise kommt legale Sexarbeit einer Zwangsprostitution sehr nahe. So eine Frau sitzt in der Schuldenfalle: Sie muss weiterarbeiten, um die Zinsen bezahlen zu können. Auf die Tilgung dürfte es nicht einmal ankommen. Denn für einen Zuhälter ist es wichtig, dass die Abhängigkeit bestehen und ihm dadurch die Arbeitskraft erhalten bleibt, die mindestens die Hälfte ihrer Einnahmen abgibt.

Zuhälter und Zimmervermieter verdienen auf Kosten der Frauen, auch im Bahnhofsviertel von Frankfurt am Main: Wie muss es einer Afrikanerin gehen, die in holperigem Deutsch »Blasen ohne Gummi« schon für 50 Euro anbietet? Als ich das fragliche Bordell betreten hatte, lief ich im Eingangsbereich auf ein Veranstaltungsplakat der örtlichen Hells Angels zu, deren Clubhaus ich anschließend noch einen Besuch abstattete – sie hatten »Open Day«. Das Charter wurde inzwischen verboten.

Im Sexgeschäft sind in deutschen Großstädten unzählige Millionen zu verdienen. Um diesen Markt dürfte es in den Kämpfen mancher Motorradclubs gehen, nicht um die schönsten Routen für sonntägliche Ausfahrten.

Außerdem gehören die Türen von Clubs und Discotheken zu den Rockerrevieren. Wer in diesen Läden mit Drogen dealen will, muss am Türsteher vorbei. Man braucht nicht viel Fantasie, um zu erahnen, dass sich Dealer diesen Zugang erkaufen. Eine Türstehervereinigung kann also am Drogengeschäft verdienen, ohne sich unmittelbar daran zu beteiligen, was das strafrechtliche Risiko minimiert. Wer sich das Security-Monopol sichert, kann das außerdem ausnutzen, um – getarnt als Zahlung für den Sicherheitsdienst – Schutzgeld zu kassieren.

Das niedersächsische Innenministerium hat am 28. August 2009 darauf hingewiesen, dass »die in Einzelfällen auch belegte Gefahr« bestehe, »dass Rockergruppierungen ihre straffe netzwerkartige Organisationsform gezielt und gewerbsmäßig zur Begehung schwerer Straftaten nutzen«. Bestandteil einer solchen Organisationsform können Supporter-Clubs sein.

Dass die Red Devils und andere Unterstützer wie die Brigade 81, der Clan 81, das Commando 81, die Legion 81 und die Garde 81 (zur Erinnerung: 8 für H, 1 für A, 81 also für Hells Angels) nur als Thekendienst für Hells-Angels-Partys gebraucht werden, erscheint eher als unwahrscheinlich. Sie sind ein Sammelbecken für schlagkräftige Männer, beispielsweise für Hooligans und Neonazis. Einer der bekanntesten Ex-Hooligans in Deutschland heuerte allerdings direkt bei den Hells Angels an: Markus Warnecke. Er hatte fünf Jahre im Gefängnis gesessen, weil er, wie ein französisches Gericht befand, bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1998 daran beteiligt war, als der Gendarm Daniel Nivel ins Koma geprügelt wurde. Warnecke fungierte später als »Secretary« des Charters Hannover.

Plus/minus 30 Rockerclubs, die sich zu den Hannoveraner Höllenengeln hingezogen fühlen, haben sich unter Führung der Roten Teufel aus Hannover in der North Association zusammengeschlossen. Rund die Hälfte davon sind Red-Devils-Charter. Als offiziellen Grund für die Kooperation geben sie an, »dass es einigen an gemeinsamen Aktivitäten gefehlt hat«. Deshalb hätten sich »Gleichgesinnte« zusammengetan, »um gemeinsam Motorrad zu fahren, zu feiern und sich miteinander auszutauschen«. Die Kameradschaft stehe »an erster Stelle«.

Kameradschaft? Mit diesem Begriff konnten beziehungsweise

können sich nicht nur Red Devils aus Seesen und Stadthagen in besonderem Maße identifizieren, sondern auch jene aus Salzwedel. Unter ihnen sind braune Brüder aus der Kameradschaft Altmark-West, sogar in der Charter-Leitung. Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stendal wegen Waffen- und Betäubungsmittelkriminalität führte am 15. September 2011 zu polizeilichen Durchsuchungen. Unter der Überschrift »Rechtsextremistisch beeinflusste Hooligan- und Rockerszene« berichtete der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt über die Razzia: »Bei dem Präsidenten der Rockergruppierung ›Red Devils‹, Kai Schweigel (Salzwedel, Altmarkkreis), wurden Tonträger mit rechtsextremistischer Musik aufgefunden. Schweigel ist als Führungsperson des neonazistischen Personenzusammenschlusses ›Freie Nationalisten Altmark-West‹ (FNAW) bekannt geworden.« Im Unterschied zu den Behörden anderer Bundesländer kam der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt zu dem Ergebnis: »Rechtsextremisten sind mittlerweile in anderen subkulturellen Szenen wie der Rocker- und der Hooliganszene anzutreffen und dort ebenfalls bereit, Gewalttaten zu verüben.«

Auch die Red Devils Helmstedt sind politisch durchsetzt. Sie hatten ihren Treffpunkt zeitweise mit einer »White Pride«-Flagge ausgeschmückt. Und sie gehören ebenfalls zur North Association, der das Clubhaus der Hells Angels Hannover als Treffpunkt diente.

Was macht es für Neonazis so reizvoll, ihre Bomberjacke gegen eine Lederweste zu tauschen, die Kameradschaft gegen eine Bruderschaft und den Führer gegen einen »President«? Schon aus der Fragestellung ergibt sich: Die Szenen ähneln sich. Beide sind streng hierarchisch und als Männerbünde organisiert, beide treten martialisch in der Öffentlichkeit auf, und beide pflegen einen Männlichkeitskult, der auf Muskeln und Kampfkraft basiert. Neonazis können aber ihre patriarchalen Vorstellungen in ihrer angestammten Szene so recht nicht ausleben, weil ihnen dazu die Frauen fehlen. Deren Anteil liegt nur bei rund einem Viertel: ein »Mädel« für drei Neonazis, die nicht kameradschaftlich teilen wollen. Und die Rocker? Deren Lederladys, GoGo-Tänzerinnen, Stripperinnen und Nutten lassen die kahlgeschorenen Nazi-Renees noch unattraktiver erscheinen, als sie es ohnehin sind. Hinzu kommt, dass Rocker in Kutten auf der Straße noch mehr Eindruck schinden

als Nazis in Bomberjacken: weil sie aufgrund ihres organisierten Gewaltpotenzials noch mehr gefürchtet werden, aber gleichzeitig gesellschaftlich anerkannter sind. Sie profitieren vom Mythos der freiheitsliebenden Easy Rider. Zusammengefasst: Nazis finden im Rockermilieu die Rahmenbedingungen vor, die sie gewohnt sind – plus mehr Sex und vor allem mehr Geld.

Wirtschaftsräume werden mit Hilfe von Security-Dienstleistungen nicht nur erobert, sie beinhalten auch Jobs für Member, Prospects, Hangarounds und andere Sympathisanten des jeweiligen Rockerclubs. Und das unterscheidet die Outlaw-Biker von anderen Subkulturen: Sie bieten Arbeitsplätze und damit eine Existenzgrundlage. Für geschäftstüchtige Onepercenter bleibt die Work-Life-Balance ein abstraktes Fremdwort: Beruf und Freizeitgestaltung werden vereint. Die Bruderschaft beinhaltet mehr als eine Familie. Dazu passt der Anspruch, dass der Club für die Member vor ihrer tatsächlichen Familie rangieren muss.

Um diesen Familienbetrieb dauerhaft gegen andere Clubs zu verteidigen, bedarf es neuer Mitglieder und Supporter. Weil die ebenfalls Jobs brauchen, muss der Herrschaftsbereich wachsen. Um jenen wiederum zu schützen, müssen weitere Mitglieder und Supporter verpflichtet werden. Dann sind einmal mehr Jobs erforderlich. So entsteht eine Wachstumsspirale, die mit zunehmender Wahrscheinlichkeit zur Gewaltspirale wird. Je schneller und umfangreicher sich solche Clubs ausdehnen, desto häufiger kommen sie sich in die Quere. Und wenn die Rocker-Staaten größer werden, geraten sie zu einer Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat. Auch dadurch, dass zwangsläufig immer mehr Bürger darauf angewiesen sind, in den expandierenden Wirtschaftsimperien eine Stelle zu bekommen oder zu behalten: Sie müssen sich nach den dortigen Regeln richten.

Das angebliche Freiheitsstreben der Rocker bezahlen andere mit Unfreiheit, vor allem ihre Prostituierten. Onepercenter schaffen nicht nur Parallelstrukturen zum Staat, sondern antistaatliche Strukturen. Sie verweigern gewöhnlich jede Zusammenarbeit mit der Polizei. Sogar, wenn sie Opfer eines Rockers aus einem anderen Club geworden sind. Sie setzen auf Selbstjustiz, sie sind letztlich Staatsfeinde.

Der Verfassungsschutz wäre gut beraten, diese Staatsfeinde

generell zu beobachten – unabhängig davon, wie viele »Einzelpersonen« inzwischen aus der Neonazi-Szene übergelaufen sind, die der Verfassungsschutz sowieso beobachten soll.

Politisch halten sich die Rocker – zumindest bisher – zurück, um sich keinen zusätzlichen Ärger mit den Behörden einzuhandeln und möglichst in Ruhe ihren Geschäften nachgehen zu können. Trotz ihrer wirtschaftlichen Prioritätensetzung könnten die Outlaw-Biker aber eine Gefahr für politische Gegner der Nazis werden. Lautet doch ein Leitspruch der Hells Angels: »Wenn jemand deinen Bruder angreift, stehst du ihm bei. Dein Bruder hat nicht immer Recht, aber er ist immer dein Bruder.« Und was Rocker mit Angreifern machen, ist hinlänglich bekannt. Am 17. März 2010 hat der Beamte eines Sondereinsatzkommandos einen polizeilichen »Angriff« mit seinem Leben bezahlt: Ein Höllenengel hat ihn in Anhausen bei Koblenz durch seine Haustür hindurch erschossen.

Polizisten und Politiker sind inzwischen bundesweit für die Rockerproblematik sensibilisiert. Von August 2009 bis Mai 2012 sind sieben Hells-Angels-Charter und zwei Unterstützer-Charter verboten worden, außerdem zwei Bandidos-Chapter und sechs ihrer Supporter-Clubs. Laut Bundesregierung wurde allen Vereinen »zum Vorwurf gemacht, dass ihr Zweck und ihre Ziele den Strafgesetzen zuwiderlaufen, da ihnen durch ihre Mitglieder begangenen Straftaten zuzurechnen seien«. Sechs Hells-Angels-Charter haben sich von Mai bis Juli 2012 selbst aufgelöst, darunter das Hannoveraner. Möglicherweise wollten sie sich nicht länger dem Risiko eines Verbots aussetzen, weil dann das Club-Vermögen eingezogen worden wäre.

Vor allem im Norden hat das Hells-Angels-Netzwerk Löcher bekommen: Die Charter in Flensburg (April 2010), Kiel (Januar 2012) und Berlin-City (Mai 2012) wurden verboten – wobei Berlin-City sich einen Tag vorher aufgelöst haben will, genauso wie das Berliner Charter Nomads. Potsdam, Southport (Hamburg), Hannover und Schwerin folgten. Auf der Deutschlandkarte der Höllenengel ist ein großer weißer Fleck entstanden.

Wismar liegt mitten drin. In den Monaten vor den meisten Charter-Auflösungen und -Verboten hatten sich die Angels um Kontakt zum Motorradclub Schwarze Schar aus Wismar bemüht, obwohl jener im Internet betont: »Wir supporten niemanden.« Während bei einer

Party des Clubs im Oktober 2011 noch kein Besucher mit geflügeltem Totenkopf zu sehen war, wurden Vertreter des Charters Rostock bei der Drei-Jahres-Party am 3. Dezember 2011 vorstellig. Und das schien der Schwarzen Schar so bedeutsam zu sein, dass sie eine Club-Gästeliste im Internet veröffentlichte. Von den vier bekanntesten Outlaw-Biker-Gruppen in Deutschland war zudem der Gremium MC mit zwei Chaptern vertreten, ähnlich wie bei früheren Feiern im Clubhaus Zum Schwarzen Herzog.

Beim »Osterfeuer« am 7. April 2012 sah die Anwesenheitsliste etwas anders aus: Vom Gremium war offenbar niemand gekommen, aber Vertreter der Hells Angels Rostock, East Gate (Helmstedt), Schwerin, Nomads und Southport (Hamburg) – ihnen dankte die Schwarze Schar auf ihrer Homepage für ihren Besuch. Drei dieser Charter gibt es inzwischen nicht mehr.

Abgesehen davon haben Schwarze Schar und Hells Angels neuerdings denselben Rechtsanwalt: Sven Rathjens aus Rostock, der als »Bikerkanzlei« firmiert. Er hat wiederholt Hells Angels vor Gericht vertreten, wirbt mit »weitreichenden Erfahrungen als MC-Charter Anwalt« und verkündete am 26. Juli 2012 bezüglich der Schwarzen Schar im Internet: »Es erfüllt mich mit Stolz, als Anwalt eures Vertrauens auserkoren worden zu sein, und ich danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen.«

Wer ist diese Schwarze Schar aus selbst ernannten Onepercentern, an deren Bekanntschaft den berühmt-berüchtigten Hells Angels gelegen ist?

Rückblende und Szenenwechsel: 12. August 2006, mitten in der Wismarer Altstadt. Etwa 150 Antifaschisten demonstrieren vor dem Werwolf-Shop, eine Hand voll Neonazis erwartet den politischen Gegner im Eingangsbereich. Plötzlich greifen die Skinheads nach Baseballschlägern, die sie hinter der Tür bereitgestellt hatten. Mehrere Polizisten ziehen ihre Pistolen, um die gewaltbereiten »Kameraden« in Schach zu halten. So ist es in einem Clip des Videoportals Youtube zu sehen.

Einer der schlagkräftigen jungen Männer war Philip Schlaffer, der Eigentümer des Ladens und heutige Präsident des Rockerclubs Schwarze Schar MC Wismar. Er betrieb damals einen der größten deutschen Nazi-Versände – den H8Store, gesprochen »Hatestore«. Ein Geschäft mit dem Hass. Geboten wurden in den Verkaufsräumen

des Werwolf-Shops »T-Hemden« für Sympathisanten der Terrorgruppe Combat 18. Ebenfalls zum Sortiment gehörten CDs, deren Cover und Lieder Straftatbestände erfüllen – in einem Koffer, der hinter der Ladentheke versteckt war. Dort stand bei der Eröffnung am 3. Juni 2006 Eigentümer Philip Schlaffer, der dem eigentlichen Verkäufer an der Kasse erklärte, wie er das mit den (illegalen) CDs aus dem Koffer zu regeln hatte: »Das musst du separat machen.« Von diesen Tonträgerverkäufen sollte wohl nicht nur das Finanzamt nichts erfahren .

Anfang des Jahres 2007 kam es für Schlaffer knüppelhageldick: Szeneversände aus ganz Deutschland kritisierten seine Geschäftspraxis und riefen zum Boykott gegen ihn auf. In Internetforen wurde er als »Szene-Jude« gehandelt, weil es ihm bei seinen Geschäften vor allem um den Profit ginge. Außerdem wurde ihm eine Nähe zur Polizei unterstellt, weil er »Kram« (gemeint waren wohl CDs) verkauft hätte, »wofür anderen in der Vergangenheit durch staatliche Repressalien der Laden dichtgemacht wurde, ihre Existenz zerstört wurde und teilweise jahrelange Haftstrafen folgten«. Was hinzukam: Nach der Neujahrsnacht lag in einer Wismarer Neonazi-Wohnung ein Toter. Tatverdächtig waren »Kameraden«, darunter zwei Mitarbeiter von Schlaffers CD- und Bekleidungshandelsimperium, zu dem auch das Tonträger-Label NorthX gehörte.

Den Boykott seines Flaggschiffs H8Store hielt Schlaffer nur wenige Monate durch: Zum 5. April 2007 übergab er die Geschäfte an seinen bisherigen Mitarbeiter Norman Peters. Und der versuchte unter dem Namen Totenkopfversand einen Neustart, indem er sein wachsendes Sortiment an Combat-18-Klamotten bewarb und Klamotten mit dem Zahlencode 28, der für Blood & Honour steht, ins Programm nahm. Und er wollte das »größte legale deutsch-nationale Meinungsforum der Bewegung« schaffen – unter der Adresse: www.combat18.de.

Schlaffer verkündete bei der Firmenübergabe im April 2007: »Wer immer in der Vergangenheit mit seinem Versand aufhörte, kehrte auch der Bewegung den Rücken. Dies wird bei mir nicht geschehen, da die Bewegung und der national-sozialistische Grundgedanke mein Lebensinhalt ist. […] Dem Klub, in dem ich immer noch aktiv bleibe, habt ihr auch ermöglicht, dass hier in Wismar eine Kameradschaft mit Klubhaus geschaffen wurde.«

Rund eineinhalb Jahre später, am 1. Dezember 2008, gründete sich sein neuer Club: der Schwarze Schar MC Wismar. Wieder zählt Norman Peters zu Schlaffers Gefolgsleuten. Der hatte bereits im Sommer desselben Jahres den »Neuigkeiten-Rundbrief« (Newsletter) des Totenkopfversandes aufgegeben. Dadurch bekam er Zeit für das Rockerleben. Zeit zum Schießtraining hatte er ebenfalls. Entsprechende Bilder präsentierte er bei Facebook.

Was sagte das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern zu den Nazis im Rockermilieu, knapp drei Jahre nach der Gründung der Schar im Herbst 2011? »In sehr wenigen Einzelfällen gibt es aufgrund persönlicher Beziehungen Kontakte zwischen Mitgliedern von Rockerclubs und Personen der rechten Szene. Eine strukturierte Zusammenarbeit beziehungsweise ein aufeinander abgestimmtes Wirken ist nicht bekannt. […] Gemeinsame Aktivitäten zwischen Personen der rechten Szene und Mitgliedern von Rockerclubs zur Erreichung gemeinsamer Ziele sind nicht feststellbar.«

In Wismar haben nicht nur Mitläufer, sondern auch Drahtzieher der Neonazi-Szene einen Rockerclub gebildet, dessen Mitglieder sich zu ihrer »deutschen Herkunft bekennen«. Die Initialen der Schwarzen Schar, die ihren Namen einem Freikorps aus der Zeit der Napoleonischen Kriege entliehen hat: SS. Dementsprechend lautet der Leitspruch der Mitglieder: SSFI – Schwarze Schar Für Immer! Hinter dem Clubhaus finden sich die Buchstaben in runenartiger Schrift auf Pfählen. Im Schein des Lagerfeuers erinnern die beiden verschnörkelt gestalteten »S« an Hakenkreuze. Auf ihren Lederkutten tragen die Rocker den Namen »Seestadt«. Das war die amtliche Bezeichnung Wismars während der Nazi-Diktatur.

Noch einmal das Landesinnenministerium: »Rocker-Clubs gehören in Mecklenburg-Vorpommern auch Personen an, welche ehemals der rechten Szene zuzuordnen waren. Diese Personen haben sich in den vergangenen Jahren entsprechend neu ausgerichtet. Kommerzielle Interessen haben die politischen Aktivitäten abgelöst.« Das klingt nach einem groß angelegten Ausstiegsprogramm, das sich Wismarer Neonazis selbst verordnet haben – darunter Neonazis, die seit jeher kommerzielle Interessen verfolgt haben. Unter anderem mit dem Handel von Terror-Fanartikeln für braune Brüder.

Norman Peters, der angeblich neu ausgerichtete Ex-Chef des Totenkopfversandes, postete am 18. Oktober 2011 bei Facebook

einen Liedtext der Band »Bloodshed«, die der Brandenburger Verfassungsschutz als rechtsextreme Gruppe führt: »Der Feind bringt uns zum Schweigen, um ungestört zu raffen. Political Correctness ist eine seiner Waffen. Er will an die Macht, er will immer weiter und er hat dafür seine Wegbereiter. Er steht mit feuchten Augen vor der Medienmeute, die uralten Geschichten nutzen ihm bis heute.« Ein Song voller Anspielungen: Neonazis dürften ihn so interpretieren, dass »der Feind« die Juden sind und mit den »uralten Geschichten« der Holocaust gemeint ist.

Die Liste mit Rockern, die aus dem nationalistischen und fremdenfeindlichen Lager stammen, ließe sich mit Gremium- und Bandidos-Membern fortsetzen. Wie bei den Hooligans kann es in der Bikerszene zu Auseinandersetzungen kommen, bei denen sich Nazis gegenüberstehen – und Ausländer aus ihren Clubs jeweils als »Brüder« an ihrer Seite. Von ihrer Ideologie her ergibt das keinen Sinn. Aber Widersprüche sind Nazis gewohnt, weil sie nach einer irrationalen Weltanschauung leben, geprägt von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Außerdem scheinen sie in deutschen MCs allenfalls mit Südeuropäern zu tun zu haben. Einen Schwarzafrikaner habe ich noch bei keiner Rockerparty gesehen.

Die vermutlich prominentesten Rechtsrocker sind der ehemalige NPD-Landesvorsitzende aus Schleswig-Holstein, Peter Borchert, und das ehemalige NPD-Bundesvorstandsmitglied Sascha Roßmüller, die beide beim Motorradclub Bandidos anheuerten – Borchert in Neumünster und Roßmüller in Regensburg. Während Borchert (wieder einmal) ins Gefängnis ging, blieb Roßmüller in der NPD aktiv, als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Bayern. Von Berufs wegen geht er einer rockertypischen Beschäftigung nach: Er ist einer von zwei Leitern des Taranis-Sicherheitsdienstes in Rain bei Regensburg.

Fazit: Rockermilieu und Neonazi-Szene wachsen zusammen, auch wenn Verfassungsschutzämter nur von Einzelfällen oder Aussteigern wissen. Verschlafen die Schlapphüte nach dem Rechtsterrorismus die nächste bedrohliche Entwicklung – die Verschmelzung des Rechtsextremismus mit der Organisierten Kriminalität? Der Informationsstand der Bundesregierung lässt das befürchten. Am 5. Juni 2012 hat sie in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage geschrieben:

> »Ausweislich von Informationen, welche als Randerkenntnisse bei der Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen anfallen, sind lediglich einige wenige, einzelfallbezogene Kontakte von Rechtsextremisten zu Angehörigen von Rockerclubs feststellbar. Dabei handelt es sich überwiegend um persönliche Kontakte, teilweise auch personelle Überschneidungen meist auf lokaler Ebene. Diese betreffen vorzugsweise Verbindungen zum Hells Angels MC, den Bandidos und dem Gremium MC.«

Eine Politisierung der Rocker durch Rechtsextremisten sei nicht zu erwarten: »Im Gegensatz zu Rechtsextremisten verfolgen Rocker kein politisches Ziel. Sie streben danach, kommerzielle Gewinne aus ihren legalen und illegalen Aktivitäten zu erzielen.« Ein bundesweiter Trend zum Eintritt von Rechtsextremisten in Rockerclubs bestehe nicht. »Vereinzelt feststellbar« sei aber eine Neuorientierung von Rechtsextremisten, weg von der politischen Aktivität, nachdem sie Rockerclubs beigetreten seien.

Wenn diese Analyse der Bundesregierung stimmen würde, dann wären Hells Angels und Co. auf dem besten Wege, das erfolgreichste Nazi-Aussteigerprogramm aller Zeiten in Deutschland aufzuziehen. Innenpolitiker, die das glauben, sollten über Zuschüsse für Rockerclubs diskutieren und nicht über deren Verbote.

Kapitel 13

WENN ES IN DER NEONAZI-SZENE HAARIG WIRD …

»Wir haben den Endsieg errungen. Für Germanien!«

Ronald »Wolf« Möbus, Frontmann der Black-Metal-Band »Absurd«

Musik mögen es die wenigsten nennen: Underground-Black- Metal ist Lärm gewordener Hass – Hass, der sich unter anderem gegen Christen und Juden richtet. Heiden, Neonazis und Satanisten schmieden in dieser Szene unheilige Allianzen. Mähnige Metaller und Kahlköpfe zeigen sich vereint, sogar bei öffentlichen Pagan-Festivals.

Mörder gehören zu ihren Vorbildern, grausame Tötungsrituale feiern sie in ihren Liedern, und statt Konzerten sprechen sie von »Hellstorms« oder »Battles«, die sie hinterher beispielsweise als »cruel and violent mass of chaos« glorifizieren. Doch als eine »chaotische Messe« tatsächlich »grausam und gewalttätig« zu werden drohte, waren die Black-Metaller verärgert – beim Calling for Battle II am letzten Maiwochenende des Jahres 2006 im sächsischen Wurzen: Ein Skinhead nahm das Motto des Abends wörtlich und zog mit seinen zweieinhalb Zentnern Kampfgewicht in die Schlacht vor der Bühne. Rund 20 Headbanger räumte er mit seinem durchtrainierten, fast zwei Meter großen Körper zur Seite. Es begann ein Schlagabtausch, hart an der Grenze zur Massenschlägerei. Die Langhaarigen versuchten vergebens, das kahlköpfige Kraftpaket zu bändigen.

Seinem Gesichtsausdruck nach zu urteilen, verstand der Skinhead aus einem östlichen Nachbarland die Welt nicht mehr, als ihm auf einmal geballter Hass entgegenschlug, den er sogar in Form einer Hand an seiner Kehle spürte. Er wollte nur Pogo tanzen, was in seiner Heimat offenbar ruppiger als in Deutschland üblich ist. Deutsche Hools wussten kurz vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 schon, dass es bei den polnischen Kollegen brutaler zugeht, bis zu den langhaarigen Nazi-Metallern hatten sich die nationalen

Szeneunterschiede allerdings noch nicht herumgesprochen. Als auf der Bühne zwischen zwei Songs kurz Funkstille herrschte und der Pogo-Streit für einen Moment zum Erliegen kam, formierte sich im Publikum ein Metaller-Chor, der den *Polackentango* der Nazi-Band »Landser« anstimmte. Und weil der vermeintliche Pole (der in Wirklichkeit ein Tscheche zu sein schien) die »Scheiß Polacke«-Rufe mangels Sprachkenntnissen nicht verstand, verstärkten die Langhaarigen ihre Botschaft, indem sie dem Skinhead mehrfach den Hitlergruß zeigten.

Was – rein optisch – nach einem Rollentausch aussah, ist typisch für die Untergrund-Schwarzmetaller. Die Szene wird von Neonazis vereinnahmt. Das angeblich unpolitische Calling for Battle fand in einer ehemaligen Fleischerei statt, dem Sitz des Neonazi-Labels Front-Records. In seinem Internet-Shop hatte der Versand eine Black-Metal-Ecke eingerichtet, wie fast alle Nazi-Vertriebe in Deutschland. Die früher von der Skinhead-Szene als »Zecken-Züchter« verspotteten Black-Metaller sind längst als langhaarige Arier anerkannt. Die Kahlköpfe haben scheinbar bemerkt, dass ihre mannigfach besungenen Vorbilder – Wikinger und Germanen – selten Glatze trugen.

Indem sich die ursprünglich satanisch dominierten Metaller zunehmend zum heidnischen Deutschtum bekannten, wurden sie für die braune Rassenideologie empfänglich. Das erkannten die Neonazis. Seit Ende der 90er Jahre versuchen sie, die Musikszene zu unterwandern. Black-Metal-Bands wurden zu Skin-Konzerten eingeladen, und nach anfänglichen Berührungsängsten begann sich das Publikum zu mischen. Das Ergebnis: Der Hass gegen die Weltreligionen verschmilzt mit dem politischen Hass gegen das Judentum. Während meiner Black-Metal-Recherchen von 2004 bis 2009 hat dieser Prozess an Eigendynamik gewonnen. Antifaschisten haben darauf mit Öffentlichkeitsarbeit reagiert. In der Folge scheiterten einige Black-Metal-Gigs. Teilweise haben Behörden eingriffen, teilweise haben auch Saaleigentümer die Mietverträge aufgelöst, weil Propagandadelikte zu befürchten waren.

Die Headbanger mussten von den Skins lernen, ihre Konzerte konspirativ zu organisieren – wie jenes bei der Wurzener Neonazi-Firma Front-Records. Diese hatte Deutschland zum »No Go Area« erklärt. So stand es samt der Hooligan-Losung »Sport frei« auf T-

Shirts, die der Versand mit angeschlossenem Ladengeschäft passend zu den damaligen Warnungen des Afrika-Rates, des Dachverbandes afrikanischer Vereine und Initiativen, vor der Fußball-Weltmeisterschaft herausbrachte. »No Go Areas« sind Orte, an denen sich dunkelhäutige Menschen in Deutschland nicht sicher fühlen können – die Nazi-Läden dürften dazugehören.

In solchen Gegenden herrschen ideale Bedingungen, um rassistisches Gedankengut in unpolitische (Musik-)Szenen hineinzutragen. Bands wie »Nachtfalke« haben sich darauf spezialisiert, mit dem Feuer zu spielen. Und das betrifft nicht nur ihre Feuerspucker-Show, die in Wurzen ausfallen musste, weil der Raum zu klein und vor allem zu niedrig war: 12 Meter lang, 6 Meter breit und 2,50 Meter hoch. Nazi-Bezüge wiesen die Musiker übrigens von sich. Beim Calling for Battle II hatten sie das Front-Records-Transparent hinter der Bühne sogar mit ihrem Bandbanner verdeckt. Allerdings zeigte ihre eigene Dekoration ein Keltenkreuz, wie es Neonazis gerne als Symbol verwenden.

Die Black-Metaller in Ostdeutschland liebten die weißgesichtigen Musiker mit den falkentypisch schwarzen Augenbinden insbesondere für einen Song, den »Nachtfalke« gewöhnlich als Zugabe spielte: *Hail Teutonia*. Der Titel stammt von der CD *Hail Victory Teutonia*. Das ist zwar kein Reichs deutsch, aber »Sieg Heil« heißt es trotzdem. Die Fans nutzten das Lied regelmäßig zum Abhitlern. Jedes »Hail« im Refrain wurde mit dem verbotenen Gruß quittiert – so war es auch am 27. Mai 2006.

»Nachtfalke« waren nicht die einzige Band an diesem Abend, die Nazi-Metaller anlockte. Die Leipziger Band »Kankra« bezeichnete auf ihrer Homepage die Bassgitarre beispielsweise als »Holocaust-Bass«. Ihre Liedtexte waren allenfalls bruchstückartig zu verstehen. Das schützt im Zweifel vor strafrechtlicher Verfolgung, weil der Vorwurf der Volksverhetzung voraussetzt, dass die musikalische Botschaft verständlich ist.

Beim Opener, der Newcomer-Band »Suicide Solution«, verhielt sich das ähnlich. Eine der Gitarren bediente ein Mitorganisator des Calling for Battle, der als »Zyankali-Carsten« bekannt war. Der übergewichtige Scheitelträger streifte für den Auftritt sein Bubi-Image samt seinem T-Shirt ab und bemalte seinen Oberkörper mit blutigem Rot. Zumindest was die kärgliche Bühnenbeleuchtung

betraf, von der er das meiste abbekam, mutierte er an diesem Abend zur Lichtgestalt des »Unholy German Black Metal«. Grausam waren Musik und Show gleichermaßen. Der Sänger malträtierte sich, indem er mit einem Beutel voller Glasscherben auf seinen Rücken schlug.

Welch unheiligen Gesellen es gelungen war, sich die gut 100 Karten des konspirativ organisierten Konzertes zu reservieren, das offenbarten T-Shirts und Aufnäher. Einschlägige Bands wie »Absurd«, »Burzum« und »Ad Hominem« waren mit ihren schnörkeligen bis unleserlichen Schriftzügen vielfach vertreten. »Ad Hominem« ist eine französische NS-Black-Metal-Kapelle, auch wenn sie sich selbst nicht so einordnet – NS steht für nationalsozialistisch. Bekannt wurde sie mit Liedern wie *Shoot the Pope* und *Auschwitz Rules.* Bilder mit Leichenhaufen, wie sie aus den Konzentrationslagern der Nazis bekannt sind, nutzte die Band zur Illustration ihrer Homepage. Der Refrain der »Auschwitz-Herrschaft« ist ein Rundumschlag gegen die Weltreligionen: »Auschwitz rules over the torah. Auschwitz rules over the coran. Auschwitz rules over the bible. Auschwitz rules over you bastards.« In der ersten Strophe des Stückes heißt es (übersetzt): »Zusammengepfercht wie Tiere, ihr seid der Abfall aller Existenz, verdammt zur Unwissenheit, ihr werdet verschwinden in Schande und Schmerz.« Zu hören ist das auf einer Scheibe namens *Planet ZOG*. ZOG steht in der »nazionalen« Verschwörungstheorie für eine zionistische Weltherrschaft. Zu kaufen gab es die CD beim Calling for Battle in Wurzen.

Ein Deutschlandauftritt von »Ad Hominem« wurde am 28. Februar 2004 nahe Abbendorf in Sachsen-Anhalt gefeiert. Schleuser hatten von einem Parkplatz aus rund 250 Black-Metaller ins Niemandsland gelotst – in eine Art ehemaligen Landgasthof. Das Publikum skandierte unter anderem: »Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz.« Und als die Polizei kam, wurde der Konzertsaal verbarrikadiert, was mir die Filmarbeit erschwerte. Denn ich konnte nicht nach draußen, um zwischendurch meine Technik zu kontrollieren. Den Saalschutz übernahmen Skinheads des »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« – ihr Kürzel: SS.

Ein zweites Mal habe ich mir »Ad Hominem« am 4. April 2009 im belgischen Hekelgem angesehen und angehört. Im düsteren Konzertkeller des dortigen Clubs 162 war die Bühne ähnlich hergerichtet wie weiland bei den Auftritten Hitlers: Sie war seitlich

von zwei raumhohen Bannern begrenzt, die den einstigen Nazi-Flaggen nachempfunden waren. Statt des Hakenkreuzes prangte eine Triskele im weißen Kreis, umgeben von rotem Tuch. Der Sänger, der sich »Kaiser Wodhanaz« nannte, hatte eine gleichermaßen gestaltete Armbinde über den linken Oberarm gestreift, die an die Führer-Armbinde erinnerte.

Einer der Roadies an diesem Abend trug stilistisch passend eine SS-Mütze. An den Verkaufsständen fanden sich Black-Metal-CDs und Werke von Skinhead-Bands wie »Endlöser«, »Stahlgewitter« und »Blutstraße«. Auch »Die Braunen Stadtmusikanten« waren als Tonträger vertreten.

Nicht nur die Bühnenshow wirkte bei diesem Konzert teilweise wie eine schwarze Messe, sondern auch die Art und Weise, wie politische Botschaften vermittelt wurden. »White Power!« Diese Parole hämmerte »Ad Hominem« in einem Song immer und immer wieder in die Köpfe, mit einer Penetranz, wie man sie von gebetsmühlenhaften Gesängen aus Sekten kennt. Genauso: »ZOG is dead, dead, dead!« So sollte wohl das Ende der angeblich zionistischen Weltherrschaft herbeigeschrien werden.

In einem Szeneinterview erklärte der »Ad Hominem«-Sänger, wie seine Endlösung aussehen würde (übersetzt): »Der totale Völkermord, um die Erde zu reinigen. Das ist die einzige Lösung in meinen Augen.« Und er schilderte, wie »einfach« man im Black-Metal- Milieu berühmt werden könne: »Töte einen Jungen, dann wirst du eingesperrt und ein Star sein.«

Diese Aussage bezog er auf Hendrik Möbus, der als Gründungsmitglied der Gruppe »Absurd« gilt. Er saß bis 2007 im Gefängnis, weil er mit zwei anderen Bandmitgliedern einen Mitschüler umgebracht hatte. Das Verbrechen, begangen 1993, machte als »Satansmord« Schlagzeilen. Ende der 90er Jahre hätte er wieder auf freiem Fuß sein beziehungsweise bleiben können, wenn er nicht einige Wochen nach seiner Haftentlassung mit Hitlergruß auf der Bühne gestanden und »Sieg Heil« geschrien hätte, wie ein Gericht erörterte. Und das während der Bewährungszeit. Der Thüringer Verfassungsschutz stellte in seinem Bericht über das Jahr 1999 fest: »Aus Äußerungen Möbus’ in verschiedenen Interviews lässt sich der Schluss ziehen, dass aus dem früheren Satanisten heute ein Neonazi geworden ist.«

»Absurd« ist aufgrund dieser Vorgeschichte in der deutschen Black-Metal-Szene das, was »Burzum« international ist: Kult. »Burzum« ist ein Projekt des Norwegers Varg Vikernes. Er wurde 1994 zu einer 21-jährigen Haftstrafe wegen Mordes an einem anderen Musiker und Brandstiftung in mehreren Kirchen verurteilt. Nach 15 Jahren, anno 2009, kam er auf Bewährung frei. Er dürfte der berühmt-berüchtigtste Black-Metaller weltweit sein.

Aber nicht weit dahinter rangiert Hendrik Möbus. Während seiner Haft profitierte sein älterer Bruder von der satansmörderischen Legendenbildung: Ronald »Wolf« Möbus. Er hatte bei »Absurd« das Mikro übernommen und kämpfte in der Szene darum, als Repräsentant der Band akzeptiert zu werden. Über das Verbrechen von Hendrik sagte er in einer Befragung, die im Dezember 2003 auf der Internetseite des Online-Musikportals HatecoreTK veröffentlicht wurde:

> »Zum Tatzeitpunkt im April 1993 war das Opfer 15 Jahre und die Täter waren 17 Jahre alt, mir ist jetzt also nicht ganz klar, wer in dieser Sache nun das Kind sein soll … Ich kann die Tat im Nachhinein zwar trotzdem nicht gutheißen, da es ein völlig unnötiger Exzess war, der dort ausgetragene private Zwist hätte sich gewiss auch anders zu einem Ende bringen lassen. Mit Satanismus, Opferritualen und dergleichen hatte es auf jeden Fall nichts zu tun. Dieser Mord liegt nun mehr als zehn Jahre zurück, und ich wüsste eigentlich nicht, warum noch großartig jemand daran Gedanken verschwenden sollte.«

»Wolf« pflegte den Mythos »Hendrik Möbus«, indem er mit dessen Vergangenheit kokettierte. Er sang: »In meiner Jugend, den Wolfe mir zum Bruder nahm, fühl’ ich sein wildes Wesen in mir und seine Kraft und Macht im Arm. In finsterer Stund’ war der Ritus vollzogen, der heilige Bund mit den Wesen der Nacht. Dort wurde aus dem Knaben ein Krieger, in dem eine blutige Bestie erwacht.«

[Bild vergrößern]



Der Hitlergruß ist auch bei manchen Black-Metal-Konzerten eine gerne gezeigte Geste – hier bei einem Auftritt der Band »Absurd« im Gremsdorfer Gasthof Göb im März 2006.

»Absurd«-Auftritte werden vom Publikum mit Hitlergrüßen und »Sieg-Heil«-Geschrei gefeiert: im Ausland hemmungslos, in Deutschland aus rechtlichen Gründen etwas verhaltener. Bei einem Auftritt im belgischen Waregem am 29. Mai 2004 hätten die Metaller beinahe Krämpfe bekommen – derart penetrant reckten sie ihre rechten Arme mit flacher Hand gen Bühne empor. Dort stand ihr Heilsbringer, Ronald Möbus. Und er wusste die Masse anzuheizen. In einem Lied bezeichnete er »Untermenschen« als »widerliche Brut«, und er brüllte ins Mikro: »Wir sind Germaniens Krieger. Wir haben den Endsieg errungen. Für Germanien!«

In Deutschland trat »Wolf« Möbus etwas zahmer auf, wenn auch nicht im Schafspelz. Den überließ er – im Wortsinn – beispielsweise beim Gig im fränkischen Gremsdorf am 4. März 2006 seinem Gitarristen, der im felligen Heidenumhang im Akkord schwitzte. Der »Absurd«-Sänger selber bestritt die angebliche Geburtstagsfeier mit 200 Gästen im Kettenhemd und teilweise mit Helm. Obendrein mit einer Henkersaxt bewaffnet sang er: »Wenn sich die rote Flutergießt und der Tod nimmt seinen Teil, in mir gleich neues Leben sprießt – im Töten liegt mein Heil.« Etwas später bat er zum *Pesttanz,* in diesem Lied heißt es: »Was da atmet, muss nun sterben, dass die Welt gereinigt wird. Mordend Juden und Christenheit, lüstern, voller Grausamkeit. Massengräber füllen sich. Holde Pest, wir grüßen dich!«

Das Publikum verstand die Botschaft, ohne dass sich die Band strafbar machen musste. In einem englischsprachigen Interview, das am 20. April 2004, also am Hitler-Geburtstag, geführt und auf einer Homepage mit dem Adresstitel »kill to survive« veröffentlicht wurde, erklärte Ronald Möbus die Taktik (übersetzt): »Die Political Correctness kümmert uns nicht. Doch man muss sich bewusst sein,

dass es einen in Deutschland ins Gefängnis bringen kann, wenn man die Worte ›Jude‹ oder ›Juden‹ im falschen Kontext verwendet – genauso wie man bestraft werden kann, wenn man die ›falsche Art‹ von Sonnenrädern und Runen verwendet. Wir haben schon derartigen Ärger gehabt und gelernt, so dass wir intelligentere Wege nutzen müssen, um uns auszudrücken.«

Die Band »Totenburg«, die aufgrund personeller Überschneidungen oft gemeinsam mit »Absurd« auftrat und auch in Gremsdorf mit von der Partie war, wagte in ihren Texten mehr. Was auf einer CD *harmlos* Ausklang heißt, klingt folgendermaßen: »Wir wollen euren Jesus nicht, das alte Christenschwein. Denn zu Kreuze kriechen, kann nichts für Germanen sein. Die Bibel und das Kruzifix, die soll der Geier holen. Wir wollen eure Pfaffen nicht und euren Schweinepapst aus Polen.« Es folgt der Refrain: »Walvater Wotan soll unser Herrgott sein. Walvater Wotan wird Germanien befrei'n.« Live hat die Band diesen Song am 4. März 2006 in Franken nicht riskiert. Dafür warf Sänger »Asemit« alias Jens Fröhlich eine blauweiße Flagge ins Publikum, und zwar nicht die bayerisch-karierte, sondern die israelische. Eine Horde Metaller brachte mehrere Minuten damit zu, das schlecht brennende Tuch mit Feuerzeugen abzufackeln. Sie waren abgelenkt, während »Asemit« auf der Bühne mit den Texten beziehungsweise seiner Erinnerung an dieselben kämpfte – und immer wieder verlor.

Jens Fröhlich war Sänger mehrerer Bands. Neben »Totenburg« krächzte und grölte er für die Glatzenband »Eugenik« und das Black-Metal-Projekt »Epithalium«. Er engagierte sich zudem als Tonträgerhändler bei Konzerten und als Mann am Mischpult bei Black-Me- tal-Gigs. Auch beim Festival Rock gegen Krieg (später umbenannt in: Rock für Deutschland) in Gera war er im Jahr 2004 augenscheinlich als Helfer im Einsatz. Doch selbst ein White-Power-Aktivist wie er musste mit Schminke nachhelfen, um als »Totenburg«-Sänger mit arisch astrein-weißem Gesicht auftreten zu können.

Am 9. Juni 2007 drängten sich mehr als 300 NS-Black-Metaller in einem Wirtshaussaal, abermals im fränkischen Gremsdorf. Für die langhaarige Neonazi-Szene in Deutschland war das eine rekordverdächtige Beteiligung. Wie schon am 4. März 2006 war sie im Landgasthof von Thomas Göb zu Gast. Göb machte seit Jahren mitten im Ort mit Neonazi-Veranstaltungen Kasse. Bei ihm gingen

nach Recherchen der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle aus München unter anderem ein Europa-Kongress der NPD-Jugendorganisation JN, ein NPD-Landesparteitag und eine Hauptversammlung der Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene (HNG) über die Bühne. Auch am 9. Juni 2007 floss das Bier gewinnträchtig: Im verqualmten Saal, in dem zumindest in früheren Zeiten vermutlich Dorfhochzeiten gefeiert worden sind, herrschten Saunatemperaturen.

Der schweißnassen T-Shirts hatten sich einige längst entledigt, als nach Mitternacht die Band erschien, derentwegen die meisten angereist waren: »Absurd«. Die nationalsozialistische Black-Metal-Szene rechnete mit einem Comeback von Hendrik Möbus, der kurz zuvor, im Frühjahr 2007, aus der Haft entlassen worden war und alsbald wieder Kontakt zu seinem angestammten Milieu aufgenommen hatte.

Die Spannung stieg, als er zu später Stunde die Gasthofbühne betrat. Im Gegensatz zu den schwarzen Metallern im Publikum trug er weder Springerstiefel noch Patronengürtel. Der hochgewachsene Schlacks erschien in Turnschuhen aus Segeltuch. Er bewegte sich langsam, wirkte fast phlegmatisch. Auf »Hendrik!«-Rufe hin hob er kurz die Hand, um etwas verlegen lächelnd seinen Fans zuzuwinken. Für einen Augenblick schien es so, als wolle er sich tatsächlich hinter die »Schießbude« setzen. Unbeholfen trommelte er mit den Fingern auf einer Snare-Drum herum, dann lief er zögerlich weiter. Eine bescheidene Ausstrahlung der Kultfigur. Möbus lächelte auf der Konzertbühne wie ein großer Junge, für den Weihnachten und Ostern auf einen Tag fallen. Er schien einfach die Freiheit zu genießen, die an diesem Abend nach Zigarettenrauch und Schweiß roch.

Nach dem Aufbau trat er wieder ab, sein Bruder übernahm. Und nach fast jedem Lied beschimpfte Ronald »Wolf« Möbus die Zuhörer als »Affen«. Einem Fan zentrierte er von der Bühne herunter einen Faustschlag, Mikroständer und Schlagzeugbecken warf er mitten in die Menge. Statt sich wie sonst in ein martialisches Rittergewand zu zwängen, hatte der »Absurd«-Frontmann zu tief ins Trinkhorn geschaut. Er merkte nicht einmal, dass seine Unterhose während des gesamten Auftritts über den Jeansbund hinausragte – ziemlich uncool für einen der »Tyrants of German Black Metal«, wie »Absurd« bezeichnet werden.

Zum Leidwesen mancher Zuhörer wollte »Wolf« auch das heisere Krächzen nicht mehr gelingen, wie es für den Blackmetal üblich ist. Er sang »normal«, was die Texte verständlicher werden ließ – zum Beispiel den Song *Werwolf:* »Ihr könnt meinem Blutdurst nicht entrinnen! Ich stille meine Gier mit Menschenfleisch, mit Zyklon B, mit Gift und Blut.« Die Fans begleiteten den Auftritt, wie üblich, mit Hitlergrüßen und einzelnen »Sieg Heil«-Rufen. Zwischen den Liedern trat hin und wieder ein Publikumschor zusammen und schmetterte traditionelle Nazi-Lieder wie das bekannte »Blut«, dass da »knüppelhageldick« fließen soll.

Derlei Gesänge wollte der damalige Fürther NPD-Kreisvorsitzende Matthias Fischer an der Heimatfront nicht hören. Er saß im Landesvorstand der Partei und fungierte an diesem Abend als »Security« – unmissverständlich im NSBM-Shirt. NSBM steht für »National Socialist Black Metal«. Vier Monate vorher, im Februar 2007, hatte er bei einem Blood & Honour-Konzert in Ungarn selbst die Hand zum Hitlergruß erhoben und mitgefeiert, wo der bayerische Musiker Manfred Edelmann, bekannt als »Edei«, aufgetreten war und unter anderem »Bomben auf Israel« gefordert hatte. In Gremsdorf galt es für Fischer hingegen, Ärger mit der Polizei zuvermeiden. Jenen Black-Metaller, der anscheinend das antisemitische Blut-Lied angestimmt hatte, brachte er mit körperlichem Einsatz zum Verstummen – um dann dem »Absurd«-Sänger das Mikro zu entreißen und »Schnauze!« hineinzubrüllen. Vier Mal gesungen wurde der Refrain trotzdem, und den Polackentango stimmten die Metaller ebenfalls ungeniert an.

Wo »Absurd« spielte, war oft auch ein Stand von »Wolfs« Black-Metal-Label Nebelfee-Klangwerke präsent. Die beiden Möbus-Brüder versuchten frühzeitig, ihre Aktivitäten auf eine geschäftsträchtige Basis zu stellen. Während das Label Darker Than Black Records für das Geschwisterpaar mit einer Hausdurchsuchung endete, war Ronald Möbus im zweiten Anlauf mit seiner damaligen Lebensgefährtin Heike Langguth erfolgreicher. Sie gründeten ein kleines Szeneversandimperium mit Mittelalter- und Black-Metal-Devotionalien. Dolche, Trinkhörner und CDs gehörten zum Sortiment. Die Mutter von »Wolfs« Kind erwies sich als Organisationstalent. Sie mischte obendrein beim Germanischen Freyfrauen-Bund mit und betrieb die Solidaritäts-Homepage für

Hendrik Möbus.

Nachdem die junge Frau zur leidenschaftlichen Thai-Boxerin geworden war und mit Ronald Möbus nicht mehr viel außer dem Sohn gemeinsam zu haben schien, zerfiel die »Absurde« Firmenstruktur. Der Drachenhort in Jena, wie der Laden hieß, hat geschlossen. Die Nebelfee-Klangwerke sind – dem Homepage-Eigentümer nach zu urteilen – an neue Besitzer übergegangen. Die Kasse klingelte ab sofort bei anderen. Einige Zeit nach der Freilassung von Hendrik Möbus tauchte Darker Than Black Records jedoch wieder im Internet auf, um erklärtermaßen an die Firmengeschichte aus den 90er Jahren anzuknüpfen. Den »exklusiven Vertrieb« für Darker Than Black Records hat der Berliner Black-Metal-Versand Merchant Of Death übernommen, der unter anderem mit »Absurd«-T-Shirts handelt. Inhaber ist Hendrik Möbus.

Fanartikel für Nazis boten Händler auch auf unpolitischen Festivals wie dem Ragnarök im fränkischen Lichtenfels an. Das größte heidnische Black-Metal-Event in Deutschland zieht mehrere tausend Metaller, die Wotan oder Odin vergöttern und teilweise die Christen hassen, in die katholische Stadt. Etliche von ihnen verehren obendrein Bands wie »Absurd«, was auf dem Parkplatz nicht zu überhören war, als ich dort am 8. April 2006 einlief. Hätten die Veranstalter einschlägige Händler aus der Stadthalle verbannt, hätten sie sich im Nachhinein die Zeit sparen können, um sich von der Nazi-Szene zu distanzieren. Zu kaufen gab es Fanbedarf von »Absurd«, »Burzum« und »Magog«, einer weiteren deutschen NS-Black- Metal-Combo, sowie von »Ad Hominem«. Nazis musste man unter selbst ernannten »Germanischen Gotteskriegern« im Publikum nicht lange suchen. Eine junge Frau kam beispielsweise im »Race War«-Shirt daher. Ein junger Mann im »Crew 28«-Hemd bekannte sich zu Blood & Honour. Und sein Kumpel trug ein »Aryan Rebels«-Shirt mit dem Aufdruck »2yt4u«. Too white for you? Naja, vor allem war er zu blau, um sich ohne seine Freundin auf den Beinen halten zu können.

Ein ähnliches Bild bot sich auf dem Festival Ultima Ratio in Krefeld, das ich am 6. Mai 2006 besucht habe. Shirts von »Ad Hominem« und »Burzum« gehörten ebenso zum Händlersortiment wie CDs von »Magog«. In deren *Feuer der Dunkelheit* lautet der

Refrain: »Wir marschieren in eine neue Zeit, die uns von Juden und Christen befreit.« Die CD mit diesem Titel war damals weder indiziert noch verboten, obwohl sie seit Jahren auf dem Markt war. Wahrscheinlich hatten Ermittler und Jugendschützer das Gekreische nicht verstanden.

Die als unpolitisch geltenden »Stormwarrior« aus Hamburg hatten es beim Ultima Ratio schwer, obwohl sie sich mit *Valhalla* gleich zu Beginn zum Germanentum bekannten. Selbst Lieder wie *Odin's Warriors* konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nordmänner nur Heavy-Metal machen. Mindestens ein Drittel der elitären Black-Metal-Gemeinde verließ den Saal. Draußen war es schließlich nicht nur sonnig, sondern aus Autoboxen röhrten Songs wie *Für Germanien* von »Absurd«. Das vermochte das handgemalte Anti-Nazi-Papier am Kassenhäuschen nicht zu verhindern – es überstand nicht einmal den morgendlichen Publikumsansturm. Selbst ein Fan der Neonazi-Band »Spreegeschwader« stellte beim Konzert seine Gesinnung auf einem T-Shirt zur Schau.

»No Politics in Metal« schreiben manche Konzertveranstalter auf ihre Plakate – und meinen, sich dadurch von Neonazis ausreichend abgegrenzt zu haben. Ignoranz, Unwissen und eine hasserfüllte Lebensphilosophie bilden die Rahmenbedingungen, unter denen das Milieu politisch durchsetzt wird – teilweise, ohne dass es die Schwarzmetaller merken. Stammt beispielsweise das folgende Zitat eher von einem Neonazi oder eher von einem Antifaschisten? »Jeder gehört zu einem Volk, und jeder hat das Blut seines Volkes in sich.« So hat sich Zagan in einem Interview mit dem Fanzine *Metalspheres* geäußert. Zagan ist der Sänger der Essener Band »Black Messiah«, die schon bei Anti-Rassismus-Festivals aufgetreten ist. Doch von ihrem Frontmann gibt es noch mehr Zitate, die auf ein völkisches Rassedenken hindeuten: »Beschäftigt euch mal damit, was wirklich in eurem Blut ist.« Zagan bemängelte, dass viele »gar nicht mehr wissen, aus welchem Volksstamm sie eigentlich entspringen«. Und das Ausmaß des Holocausts relativierte er folgendermaßen: »Dass die Nazis das Ansehen unserer Vorväter so in den Schmutz ziehen, weil sie ihre alten Symboliken und Runen verwenden, ist fast genauso ein großes Verbrechen wie ihre Völkermorde.«

»Black Messiah« hetzen nicht gegen Juden – aber gegen Christen. Zum Beispiel beim Ultima-Ratio-Festival: »Mein Hass, mein Ekel,

meine Wut gilt nur der schwachen Christenbrut. Christenfeind, so heiße Schwert, deren Leben hat keinen Wert. Verteidiger des alten Glaubens sollst du sein, ihr Leben rauben. Gleiches taten sie mit mir, ihr Blut, ihr Leben holen wir. […] Ich will nicht ruhen und nicht schlafen, bis ich euch alle totgeschlagen.« Wiederum im *Metalspheres*-Interview erklärte der Sänger: »Im Endeffekt haben auch die Christen nichts anderes getan als die Nazis. Sie begingen Völkermord, um ihre Ideale durchzusetzen. Also warum sollte ich Nazis hassen und Christen nicht?« Die Christenfeinde fiedeln und flöten in ihren Zwischenspielen allerdings engelsgleich. Sie sollten eigentlich auch beim Ragnarök-Festival 2006 auftreten, daraus wurde jedoch aufgrund einer Programmänderung nichts. Dafür ließen »Creature« ihrem *Heidenzorn* freien Lauf. »Euer Gott ist tot«, lautete ihre Botschaft, die in einer Kirche eindeutig, bei einem heidnischen Konzert aber missverständlich ist. Meinten sie Odin oder Wotan? Nein, es war doch der christliche Gott. Das wurde deutlich, als sie den *March Against The Cross* besangen. Die Band aus Baden-Württemberg hatte eine ihrer CDs bei einem Label mit dem passenden Namen Christhunt Productions herausgebracht. Und ihr Album *Kreuzlaub* stellte sie im Jugendclub in Plüderhausen vor, einer Gemeinde östlich von Stuttgart.

Während Skinhead-Bands in den 90er Jahren in ostdeutschen Jugendhäusern auftraten, machten das Black-Metal-Bands im neuen Jahrtausend vorzugsweise im Westen. »Morrigan« und »Forgotten Darkness« waren solche Spezialisten, die mit NS-Bands wie »Absurd« gleichermaßen musizierten wie an Orten, an denen man normalerweise Sozialarbeiter vermuten würde. »Morrigan« ließ sich am 29. April 2006 zum Festival Hellstorm Over Harz verpflichten. Der Veranstalter, das Label Obscure Abhorrence Productions, war die deutsche Vertretung einer schwedischen Firma mit dem programmatischen Namen Total Holocaust Records. Neben CDs von »Absurd« & Co. fanden sich die Werke von Bands mit Namen wie »Toxic Holocaust« am Verkaufsstand. Immerhin scheint einer dunkelhäutigen Frau im Publikum nichts passiert zu sein – das »Bläck Mädel« hatte womöglich missverstanden, was es mit »Bläck Mättel« auf sich hat. Und mancher Skin beglotzte die Lady wie eine Außerirdische, was nicht (nur) an ihrem tiefen Dekollete und der prallen Oberweite gelegen haben dürfte.

Doch nicht immer geht es beim Auftritt von Black-Metal-Kapellen so friedlich zu. »Absurd«-Sänger Ronald Möbus rastete bei einem Konzert der Aktiven Frauen Fraktion am 21. August 2004 in Schwaben offenbar regelrecht aus. Auf der Homepage der Frauenorganisation stand hernach, dass »die Band ›Absurd‹ unnötig Ärger gemacht« habe und »einem Ami (der extra wegen ›Absurd‹ anreiste) das Nasenbein zerschmettert« worden sei. Der Schlagzeuger von »Act of Violence« schilderte einer meiner falschen Identitäten diesen Auftritt von »Wolf«: »Der hat einen Blick aufgelegt, als möchte er jetzt sofort jemanden töten.« Und weiter: »Er hat dann mit seinem Kopf gegen Wände geschlagen, irgendwelche Dinge umhergeschmissen, und am Ende ist er auf unseren Sänger losgegangen. Und zugepackt hat er immer am Hals.« Möbus' Bandkollegen haben es offenbar locker genommen. »Das ist eben ›Absurd‹«, sollen sie gesagt haben.

Neonazis, denen das zu derb ist, finden in der Neofolk- oder Gothic-Szene eine Heimat. Denn deutschnationale Ideologen haben es nicht nur auf die Black-Metal-Horden abgesehen. Scheitelträger und Zopfmaiden, allesamt adrett reichsdeutsch gekleidet, dominierten beispielsweise am 13. April 2006 das Publikum beim Auftritt von »Der Blutharsch« in Karlsruhe. Der Headliner aus Österreich fabrizierte mit teilweise phantasievoll gestalteten Instrumenten – darunter eine Art Blasebalg – eine Form von Neuer Deutscher Härte, wie ein Musikstil genannt wird, für den eine tiefe Stimme und maschinell klingender Rock charakteristisch sind. Als Vorband trat ein Künstler solo auf, der betrunken zum Sprechgesang anhob, seinen Soundcomputer nicht mehr richtig bedienen konnte und seine Zuhörer mit Federboas aus Kunststoff schmückte. Das Publikum feierte ihn begeistert – oder war das nur höflich?

Mal abgesehen von den optischen Eindrücken wäre das »Blutharsch«-Konzert politisch unverdächtig geblieben, hätte nicht am Eingang Hartwin Kalmus, der ehemalige Vize der badischen Sektion von Blood & Honour, gestanden, um den Eintritt zu kassieren. Er schien gelangweilt zu sein. Auch Black-Metal-CDs verkaufte er, obwohl er mit dem Musikstil nichts anfangen konnte, wie er mir verraten hat.

Für Teile der Neonazi-Szene werden die heidnischen Black-Metaller mit ihrer kreideweißen bis blutigroten Bemalung, ihren

hoch gestimmten Gitarren und dem heißeren Gekrächze wohl »too evääääl« bleiben, obwohl sie ein Gefühl verbindet: Hass – zum Beispiel gegen Juden. Der Schulterschluss, den Freie Nationalisten mit ihnen vollzogen haben, rief aber sogar die NPD auf den Plan, die mit Skinhead-Musik gute Erfahrungen in der Nachwuchswerbung gemacht hatte. Im April 2005 war in der Discothek Wodan im ostsächsischen Mücka, wo die Partei beziehungsweise ihre Jugendorganisation JN regelmäßig als Veranstalter fungierte, ein Gig mit »Absurd« angekündigt. Gescheitert ist das Vorhaben, nachdem antifaschistische Computerhacker die Gästeliste im Internet veröffentlicht haben.

Am Tag vor der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt haben Black-Metaller im südlichsten Zipfel des Bundeslandes, in Zeitz, gerockt, ohne dass NPD-Politiker mit Reden gestört hätten. Als »Nachtfalke« *Hail Teutonia* anstimmte, war der Wahltag schon angebrochen. In die Parteiarbeit werden sich die langhaarigen Neonazis wohl nur vereinzelt einbinden lassen, wohingegen Kameradschaften frisurenübergreifend gepflegt werden.

Manche haben gar den Marsch in die Öffentlichkeit angetreten. Bands wie »Krater« und »Eternity«, die ich bei konspirativ organisierten Nazi-Konzerten gefilmt habe, spielten am 8. April 2012, ganz offiziell, in der Ingolstädter Musikhalle Ohrakel. Sie sind in der politisch-kulturellen Grauzone angekommen, die sich zunehmend bräunlich verfärbt, aber zivilgesellschaftlich kaum wahrgenommen oder gar bekämpft wird.

Kapitel 14

WIE BRAUN IST DIE GRAUZONE?

»All die Leute, die nicht arisch sind und nichts als Unruhe stiften, gebt mir ein MG, und ich werde sie vernichten.«

Die norditalienische Deutschrockband»Frei.Wild« in einem ihrer Songs

»Süüüd-tiii-roool!« Gebrüllt aus 12 000 Kehlen, zwei Tage nach Weihnachten anno 2011, in der Stuttgarter Schleyerhalle. Das Konzert gehörte zur X-Mas-Tour »Die Welt brennt«, bei der die vier Südtiroler Onkels von »Frei.Wild« in vier Großstädten auftraten, in Frankfurt, Stuttgart, Dresden und Hamburg. Und *Südtirol* ist einer ihrer Songs: »Südtirol, du bist noch nicht verloren. In der Hölle sollen deine Feinde schmoren.«

Die Botschaft der norditalienischen Deutschrocker ist völkisch und nationalistisch geprägt. Das »Heimatland« besingen seine »stolzen Söhne« als »Herzstück dieser Welt«, auf das »schon unsere Ahnen mächtig stolz« gewesen seien: »Kurz gesagt, ich dulde keine Kritik an diesem heiligen Land, das unsere Heimat ist.« Die Band gibt sich in diesem Lied kampfbereit: »Heimatland, wir geben dich niemals auf.« Und zum Schluss heißt es: »Südtirol, du bist mein Leben.« Die Fans in Stuttgart jubelten. »Und eure Heimat ist euer Leben«, rief ihnen Frontmann Philipp Burger zu.

»Frei.Wild« ist es gelungen, sich bei Rock-Festivals wie in Wacken zu etablieren – mit Identitätsrock, einer Domäne, die aus der Neonazi-Szene bekannt ist. So erklärte vor einigen Jahren die inzwischen aufgelöste Esslinger Rechtsrockinitiative »Identität durch Musik«, der deutsche Ableger einer europäischen Identitätsrockbewegung: »Die Identitätsrockbands verfolgen das grundsätzliche Ziel, mit ihren Texten Denkanstöße zu politischen Problemen zu geben, nationale Inhalte zu vermitteln und dabei diese Inhalte so weit wie möglich aus der politischen Isolation herauszubekommen.« »Frei.Wild« hat sich nie an dieser Initiative beteiligt, ist aber das Paradebeispiel einer Identitätsrockband.

Die Heimathymne *Südtirol* ist laut der offiziellen Bandbiografie in »den letzten Wochen der ›Kaiserjäger‹ geboren«. Sänger der Skinhead-Gruppe »Kaiserjäger« war ebenfalls Philipp Burger, der die Truppe im Rückblick zunächst so umschrieb: »rechts angeschlagen, aber keine Nazimucke«. Später räumte er gegenüber dem Online-Magazin *Laut.de* ein, »in jungen Jahren in einer Nazi-Band« gewesen zu sein.

Den Schlusspunkt in der »Kaiserjäger«-Geschichte setzte ein Konzert, das in einer Massenschlägerei mündete – zwischen Deutsch und Italienisch sprechenden Neonazis. Und das in einer Phase, über die es in der »Frei.Wild«-Biografie heißt: »Ohne es zu merken, entfernt sich Philipp von der Szene und ändert seine Einstellung.« Er und seine Freunde hätten sich in der Pflicht gesehen, die Veneto Fronte Skinheads zu dem Konzert einzuladen: eine italienische Organisation, die zwar eine faschistische Einstellung propagiere, bei deren Veranstaltungen jedoch auch Punkbands auftreten dürften. »Alles ist erlaubt: Skins, Faschisten, Rockabillys, Punks, aber auch hier gibt es keine Probleme. Eher wirken ihre Veranstaltungen wie Volksfeste, inklusive Senioren und Kindern.«

Die Veneto Fronte Skinheads sind jedoch keineswegs so weltoffen wie in der »Frei.Wild«-Biografie dargestellt. Bei dem offiziell als Kulturvereinigung anerkannten Fronte handelt es sich in Wirklichkeit um eine Neonazi-Truppe, die den B&H-Divisionen anderer Länder in Europa vergleichbar ist. Auf ihren Festivals spielen Bands wie die »Bully Boys«, die für Titel wie *Six Million More* und *Fire Up The Ovens* bekannt sind, in denen der Holocaust verherrlicht wird. Ich habe einen ihrer Auftritte beim österlichen Fest der Veneto Fronte Skinheads und der United Skingirls Italy am 22. März 2008 in Spiazzo di Grancona miterlebt.

Zum »Kaiserjäger«-Konzert kam die Veneto-Truppe offenbar mit Baseballschlägern, weil ihnen Südtiroler Skins Prügel angedroht hatten. »Eine gewaltige Massenschlägerei« machte dem Auftritt der Burger-Band ein Ende, wie in der »Frei.Wild«-Biografie nachzulesen ist. Dieser 11. Februar 2001 soll demnach das Ende der »Kaiserjäger« markiert haben.

»Frei.Wild« gibt es seit September 2001. Im Sommer 2008 hieß es auf der Bandseite im Internet: »›Frei.Wild‹ ist frei von politischen Einflüssen und wird auch in Zukunft keine politische Richtung

unterstützen.« Für Ende September 2008 war »Frei.Wild« allerdings für ein Konzert der Freiheitlichen Jugend angekündigt worden. Das ist die Jugendorganisation der Freiheitlichen, einer Art Südtiroler Schwesterpartei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die damals nicht nur »Südtirol zuerst« forderte, sondern auch einen Einwanderungsstopp. Wie sich herausstellte, gehörte Philipp Burger ihrer Bezirksgruppe Eisacktal an.

Die Partei wurde in Deutschland zum Imageproblem für die Band: »Frei.Wild« verloren ihren Manager und ihre Plattenfirma. In Südtirol schien hingegen Burger zum Imageproblem für die Partei zu werden. Deren Generalsekretärin Ulli Mair erklärte am 2. Oktober 2008, dass der Sänger der Partei nicht mehr angehöre: »Wir lassen es nicht zu, dass im Namen der Freiheitlichen Spannungen und sinnlose Polemiken erzeugt werden.« Burger ist ausgetreten – und »Frei.Wild« hatte das geplante September-Konzert abgesagt.

Drei Jahre später ist die Band angeblich wieder unpolitisch: »Wir sind keine Neonazis und keine Anarchisten. Wir sind einfach gleich wie ihr, von hier.« Das singt Burger in seinem Lied über *Das Land der Vollidioten,* als das er bei seinem Stuttgarter Auftritt, Ende 2011, Südtirol, Österreich, die Schweiz und Deutschland gleichermaßen bezeichnete. Zuvor hatte er auf »viele Pressevertreter« verwiesen, die sich dächten: »Oha, da ist ne Südtiroler Rechtsrockkapelle hier in der Schleyerhalle, da passiert etwas.« Das Publikum bedachte die Pressevertreter mit einem Pfeifkonzert, um dann sogleich mitzusingen, was das Land der Vollidioten ausmacht: »Kreuze werden aus Schulen entfernt, aus Respekt vor andersgläubigen Kindern.«

»Frei.Wild« hat die Marktlücke besetzt, welche die »Böhsen Onkelz« nach ihrer Auflösung 2005 hinterlassen haben. Die »Onkelz« hatten sich von ihrer Neonazi-Vergangenheit in den 80er Jahren offiziell verabschiedet. Danach haben sie mit Plattenverkäufen und Konzerten Kasse gemacht. In einem »Onkelz«-Song heißt es: »Mit scheinheiligen Liedern erobern wir die Welt.« Das gelang ihnen, obwohl ihre CDs von manchen Plattenläden nicht verkauft, ihre Lieder nicht im Radio gespielt und ihre Musikvideos nicht im Fernsehen gezeigt wurden. Eine Reaktion der ehemaligen Rechtsrocker war der Titel *Keine Amnestie für MTV.*

Obwohl von einigen Neonazis als Verräter verachtet, werden alte

Scheiben der »Onkelz« bis in die Gegenwart hinein auf manchen Konzerten des Netzwerks Blood & Honour gehandelt. Als Rarität gilt beispielsweise das VHS-Video des Szenelabels Rock-O-Rama, das die »Onkelz« am 9. November 1985 bei einem Auftritt im Berliner Bunker der Neonazi-Band »Kraft durch Froide« zeigt, am Jahrestag der Reichspogromnacht – garniert mit massenhaft Hitlergrüßen aus dem kahlköpfigen Publikum.

Seit dem Abschiedskonzert der »Onkelz« im Juni 2005 verdient ein Heer von Coverbands am Geld der Fans, die jährlich zu Tausenden zur G.O.N.D. pilgern – zur Größten Onkelz-Nacht Deutschlands. »Frei.Wild« war dort wiederholt zu Gast, obwohl keine »Onkelz«-Songs mehr zum Repertoire gehören. Dieses Bekenntnis der Südtiroler reichte offenbar: »Böse Menschen, böse Lieder, ihr habt Recht behalten, ›Onkelz‹ immer wieder. Diese Lieder haben Leben geprägt. Wir sind mit so was groß geworden.«

Nicht alle »Onkelz«-Nachmacher legen Wert auf so viel Distanz zur Neonazi-Szene, wie es das Original zuletzt getan hat. So trat die Bielefelder Band »Exitus Letalis« mit alten Songs wie *Stolz* auf, bei einem Konzert, das die Rockergruppe Red Devils Hannover am 14. Februar 2009 in Lüneburg veranstaltete: »Deutschlandfahne, denn darauf bist du stolz. Man lacht über dich, weil du Arbeiter bist. Doch darauf bin ich stolz, ich hör nicht auf den Mist. Du bist Skinhead, du bist stolz.« Liedgut der aktuellen Rechtsrockband »Sleipnir« hatten die böhsen Bielefelder ebenfalls im Programm. Zu sehen und zu hören waren »Exitus Letalis« auch schon im Vorprogramm der rechten Hooligan-Band »Kategorie C«.

Fankleidung der »Onkelz« trugen beim »Frei.Wild«-Konzert in der Stuttgarter Schleyerhalle viele der Skinheads unter den Besuchern. Andere hatten sich politische Shirts über den Glatzkopf gestreift, wie »Südtirol ist nicht Italien« oder »Todesstrafe für Kinderschänder«, das für die gleichnamige Neonazi-Initiative steht. In einem Video heißt Sänger Burger solche Fans willkommen: »In Südtirol gibt’s nun mal Skins, die auch das Recht haben, auf Konzerte zu gehen. Solange sich die Leute benehmen, bin ich sicher der Letzte, der sagt: ›Du darfst nicht reinkommen.‹ Warum? Mit welchem Recht? Nur, weil er anders denkt, weil er was anderes wählt? Wenn er die Leute nicht vollquatscht, denen nicht seine Meinung aufbindet und so weiter, dann kann ich ehrlich zu ihm sagen: Willkommen, aber benimm,

dich!‹«

Im Titel *Schlauer als der Rest* will »Frei.Wild« sich mit Ironie von der Nazi-Szene distanzieren, wobei fraglich ist, inwiefern die Ironie als solche erkennbar ist: »All die Leute, die nicht arisch sind und nichts als Unruhe stiften, gebt mir ein MG, und ich werde sie vernichten. Denn nur ich, ich bin in Ordnung.« Über den Hauptverantwortlichen für die Judenvernichtung im deutschen Nazi-Reich heißt es anschließend lapidar: »Adolf Hitler, Ehrenmann, war ein Teil vom ›Arschloch-Clan‹.« Dass die Bandmitglieder nach eigenem Bekunden Faschisten und Nationalsozialisten hassen, begründen sie übrigens patriotisch: »Unsere Heimat hat darunter gelitten.«

In der Schleyerhalle postulierten »Frei.Wild«, was sie für *Wahre Werte* halten: »Sprache, Brauchtum und Glaube sind Werte der Heimat. Ohne sie gehen wir unter, stirbt unser kleines Volk.« An Andersdenkende gerichtet, heißt es in dem Lied: »Wann hört ihr auf, eure Heimat zu hassen? Wenn ihr euch ihrer schämt, dann könnt ihr sie doch verlassen.« Das erinnerte mich an einen Titel, den ich beim Sommerfest der sächsischen NPD am 27. Juni 2009 in Jänkendorf von der Neonazi-Band »Hauptkampflinie« gehört hatte: »Hey, wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen, weil wir alle dreckigen Volksverräter hassen.«

Wie einst für die »Onkelz« scheint sich das Böhse-Buben-Image für die Südtiroler auszuzahlen. Für 100 000 verkaufte Exemplare ihres Albums *Gegengift* erhielten sie vor ihrem Auftritt in Stuttgart eine Goldene Schallplatte. Und zum Abschluss des Konzerts sang die Metal-Ikone Doro Pesch zusammen mit Philipp Burger auf der Bühne im Duett, wozu Matthias »Gonzo« Röhr von den »Böhsen Onkelz« die Gitarre spielte. In einem Interview im *Pressure Magazine* sagte Doro über »Frei.Wild«: »Die Leute suchen halt immer nach irgendwelchen negativen Sachen, aber bei den Jungs von ›Frei. Wild‹ habe ich von Anfang an ein total gutes Gefühl gehabt.« Sie erklärte: »Wenn man Deutsch singt, dann haben einige Leute immer ein Problem damit.« Bereits früher hatten die Südtiroler auf ihrem Album *Allein nach vorn* triumphiert, weil sie trotz politischer Medienschelte auf großen Festivals wie in Wacken spielen durften: »Dieselbe Hetze schon seit etlichen Jahren, wir müssen die Menschen vor ›Frei.Wild‹ bewahren, und es hat nix gebracht, uns nur bekannter gemacht.« Damit

verbindet die Band die Ankündigung: »Wir wollen und werden uns niemals ändern, scheißegal, ob euch das passt.«

Im neonazistischen Thiazi-Forum, gegen dessen Betreiber die Staatsanwaltschaft Rostock spätestens seit Juni 2012 »wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt, wurde »Frei.Wild« trotz seiner Distanzierungen von der Szene gewürdigt: »Ich denke, dass ›Frei.Wild‹ das genau richtig macht – eine rechte Einstellung in der Öffentlichkeit zu zeigen, bedeutet unterzugehen, die unpolitische Schiene zu benutzen, bedeutet, eine große Masse ansprechen zu können.« Ein anderer pflichtete bei: »Sie hatten immer ihren patriotischen Standpunkt in den Texten, ohne ins Extreme abzuschweifen. Das finde ich sehr hilfreich (im nationalen Sinne), denn damit erreichen sie gut ›normale‹ Leute, welche dadurch schneller ihre Vorbehalte gegenüber Patriotismus und Nationalstolz verlieren.« Teilweise haben sogar Nazi-Händler die CDs von »Frei. Wild« verkauft, zum Beispiel bei einem NS-Black-Metal-Konzert am 4. April 2009 in Belgien.

Die rund 12 000 Fans in Stuttgart feierten auch die Vorgruppe »Unantastbar« aus Südtirol, in der ein weiteres Ex-Mitglied der Skinhead-Band »Kaiserjäger« singt – Texte wie diesen: »Für immer Skins, für immer frei. Seit vielen Jahren schon dabei. Was ihr uns sagt – scheißegal. Ob verboten, ob legal.« »Unantastbar« ist beim »Frei.Wild«-Label Rookies & Kings unter Vertrag – wie die zweite Vorband, »Serum 114«. Diese hatte in der Schleyerhalle sogar einen musikalischen Mordaufruf gegen »Politiker und Manager« im Angebot: »Hängt sie höher, höher, höher. Sie hängen noch nicht hoch genug. Und lasst sie hängen, dann sieht jeder, wir schauen nicht mehr länger zu.«

Eine ähnliche Botschaft hatte ich schon von der eigentlich politisch unverdächtigen Saalfelder Deutschrockband »Morgenrot« vernommen, als sie am 30. Mai 2009 – vor einem mit Nazis durchmischten Publikum – bei den Red Devils im thüringischen Unterwellenborn auftrat: »Stürm auf den Bundestag, entmachte die Verräter. Zeig kein Erbarmen, es sind Überzeugungstäter. Lass keinen von ihnen übrig, wir müssen sie besiegen.« Das klang für mich wie ein Mordaufruf gegen alle Bundestagsabgeordneten. Im Widerspruch dazu behauptet die Band auf ihrer Internetseite: »›Morgenrot‹ ist sozialkritisch, aber nicht politisch. ›Morgenrot‹

spielt keine politischen Veranstaltungen und auch nicht mit politischen (extremistischen) Bands zusammen.« Bei dem Konzert im Rocker-Clubhaus waren anschließend die »Kneipenterroristen« dran, eine »Onkelz«-Coverband, die von der G.O.N.D. her bekannt ist und vom Unterwellenborner Publikum, auch von den Nazis, gefeiert wurde.

Insbesondere in Ostdeutschland ist mir aufgefallen, dass junge Leute verschiedener Subkulturen kein Problem haben, mit Nazis zu festen. Neben heidnischen Black-Metallern haben angeblich unpolitische Oi!-Skins keine Berührungsängste. So traten im Skinhouse Menfis in Neustadt an der Orla Oi!- und Nazi-Bands gleichermaßen auf. »Roimkommando« coverte dort am 19. August 2009 *Schwarze Division* von »Stahlgewitter«: »Eine türkische Stadt auf deutschem Boden, Millionen Fremde, die sich hier austoben. Wie soll ich das denn meinen Kindern erklären, dass wir Deutschen so blöd sind und uns selber zerstören. Multi-Kulti-Terror, Kriminalität, eine sterbende Stadt, es ist schon fast zu spät. Meint ihr nicht auch, dass es langsam reicht, macht ganz Kreuzberg dem Erdboden gleich. Eine Division nach Kreuzberg, eine Division in Schwarz. Keine Gnade mehr für Kreuzberg, keine Gnade, eine Division, und das war's.« Im Menfis habe ich auch erlebt, wie ein Punker mit Irokesenschnitt, der unter den Gästen war, von einem Sänger das Mikro hingehalten bekam und den soeben angestimmten Rechtsrocktitel auswendig mitsingen konnte.

Rechts rockt – die nationalistische Protestkultur hat sich über jenen Personenkreis hinaus ausgebreitet, den Verfassungsschützer als »rechtsextreme Szene« klassifizieren. Die Braunzone geht fließend in eine Grauzone über. Und »Frei.Wild«-Frontmann Philipp Burger bewegt sich wie ein Chamäleon in diesem Farbspektrum. Während der Fußball-Europameisterschaft 2012 veranlasste ihn ein Foto, das eine abgebrochene Deutschlandfahne an einem Auto zeigt, die ein unbekannter Aktivist durch einen Flyer gegen Nationalismus ersetzt hatte, zu folgendem Statement:

> »Leider Gottes ist Deutschland auf einem Weg, der jedem Verstand mit Bravour den Atem raubt. Ganz ehrlich, das ist die logische Konsequenz dieser ›Wir alle müssen ewig für die Taten unserer Vorfahren büßen‹-Politik!!! Aber man wollte es so, hat

> Kinder so erzogen und trägt nun die Konsequenz, selber schuld!!! Ich kann mich nicht erinnern, dass sich Italiener, Russen, Amerikaner oder zum Beispiel auch Chinesen ihrer Herkunft geschämt hätten, obwohl deren Diktatoren und Regime gleich viele und um viele Millionen Menschen mehr auf dem Gewissen haben, als es unter Scheiß-Hitler-Deutschland der Fall gewesen ist. Der Blick geht Richtung Zukunft und verdammt nochmal nicht ewig in Richtung Vergangenheit. Meiner Meinung nach langt es auch irgendwann mit dieser ewigen ›Selbstscham‹ und diesem niemals enden wollenden ›Selbsthass‹ jedes deutsch sprechenden Bürgers. […] Auch macht man Vergangenes nicht ungeschehen, indem man schon seit Jahrzehnten davon finanziell Profitierende, lechzend nach einer Daseinsberechtigung für ihr klägliches Dasein, weiter unterstützt und ihre Meinung blind unterstreicht, nur um ja nicht dagegen zu pissen.«

Wen er damit wohl meint, der politisch geläuterte Philipp Burger? So allgemein, wie er seine Aussage formuliert hat, bezieht er sie unter anderem auf Holocaust-Überlebende und andere Opfer des Nazi-Regimes. Zur Erinnerung: Anlass für die Burger'schen Ausführungen war doch bloß ein Foto von einem zerstörten Deutschlandfähnchen aus Plastik.

Rund eineinhalb Monate später kündigte das Label Rookies & Kings das neue »Frei.Wild«-Album *Feinde deiner Feinde* an: »Die Band mit dem Geweih, der salzige Finger in der Wunde der Gesellschaft. Hart, non-konform und eines ganz bestimmt nicht – belanglos und leicht verdaulich.« Das bedeutet für die neue CD: »Dass einige Songs ganz bestimmt wieder für einen Aufschrei in der deutschen Medienlandschaft sorgen können, ist der Band durchaus bewusst.«

Die Musikpostille *Rock Hard* bestätigte das in ihrer Ausgabe vom August 2012, nach einer Vorabpräsentation der Lieder in Südtirol: »Die Zeile ›Nichts als Richter, nichts als Henker, heut' gibt's den Stempel, keinen Stern mehr‹ ist Öl ins Feuer der Bandhasser.« Statt die politischen Aussagen der Gruppe zu analysieren, berichtet das Hochglanzmagazin über die Band aus der Grauzone in schillernden Farben: »›Frei.Wild‹ sind – und da können PC-Rocker und Schlips-und-Kragen-Feuilletonisten noch so viel meckern – einer der

erfolgreichsten deutschsprachigen Rockacts.« Als ob es um Political Correctness oder bloße Meckereien ginge. Es geht um nationalistisch und völkisch geprägte Botschaften, gerichtet an junge Leute, für die »Frei.Wild« eine immer größere Bühne bekommt.

Auch das Metal-Magazin *Legacy* erwähnte in einem Bericht über *Feinde deiner Feinde* nur, dass, und nicht, warum die Südtiroler Formation umstritten ist: »Viel mussten ›Frei.Wild‹ in der Vergangenheit über sich ergehen lassen, davon einiges überraschenderweise von anderen Bands« – zum Beispiel von den »Ärzten«. Die Punkrock-Band hatte ihren Anti-Nazi-Song *Schrei nach Liebe* umgetextet. Ursprünglich hieß es dort in der Beschreibung eines Neonazi-Lebens: »Und Romantik ist für dich nicht bloß graue Theorie, zwischen ›Störkraft‹ und den ›Onkelz‹ steht ne Kuschelrock-LP.« Daraus wurde live: »Zwischen ›Frei.Wild‹ und den ›Onkelz‹ steht ne Kuschelrock-LP.« Der *Legacy*-Berichterstatter kündigte an: »Darauf haben die vier Südtiroler nun mit *Wir gehen wie Bomben auf euch nieder* eine musikalische Antwort parat« – eine eher militaristische als musikalische Antwort. »Da Gonzo [gemeint ist Matthias ›Gonzo‹ Röhr; Th. K.] mit den ›Onkelz‹ auf diesem Themengebiet ebenfalls sehr viel Erfahrung sammeln durfte, war es ihm eine Herzensangelegenheit, hier mit Gitarrenarbeit zu unterstützen««, fuhr der *Legacy*-Autor fort. Bei diesem Vergleich übersah er, dass die »Onkelz« zwar jahrelang noch mit ihrer Skinhead-Vergangenheit kokettiert, aber keine nationalistischen oder völkischen Bekenntnisse verbreitet haben. Das Metal-Magazin prophezeite: *»Gutmenschen und Moralapostel* wird die Nation spalten wie kein anderer ›Frei.Wild‹- Song zuvor.« Zitat aus dem Songtext: »Ich scheiß auf Gutmenschen, Moralapostel, selbst ernannt politisch correct, die Übermenschen des Jahrtausends, ich hasse sie wie die Pest.« Hass gegen »Gutmenschen«: Mit diesem Text kehrt Philipp Burger, der sich nach Wahrnehmung des Musikkritikers »in der Märtyrerrolle mit gigantischen Fanmassen im Rücken wohler denn je fühlt«, offiziell in Rechtsrockgefilde zurück. Der politische Erfolg des Propagandasängers: Mit den »Kaiserjägern« hätte er ein paar tausend Leute erreicht, mit »Frei.Wild« kann er Zigtausende beeinflussen.

Im Herbst 2012 beginnt die Tour zur neuen CD. Die Band erobert – unterstützt von renommierten Musikmagazinen und den jeweiligen

Vermietern – vollends die Großstadthallen und das Massenpublikum in Deutschland. Ihr Frontmann Philipp Burger ist der erste Rechtsrockstar im klassischen Sinne, denn sein Wirken ist auf keine Szene beschränkt, er erreicht auch das bürgerliche Spektrum, ohne dass sich bislang politischer oder zivilgesellschaftlicher Widerstand regen würde. »Frei.Wild« verkauft und etabliert Nationalismus und Anti-Antifaschismus als hippe Protestkultur.

Kapitel 15

RECHTSROCK UND RECHTSRUCK
Ein Nachwort

67 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sind Neonazis längst ein Teil des bundesdeutschen Alltags geworden. Und wenn nicht gerade eine braune Terrorgruppe auffliegt, stehen die Rassisten nur bedingt im Fokus der Öffentlichkeit. Viele Politiker, Journalisten und Bürger scheinen sich daran gewöhnt zu haben, dass NPD-Aktivisten in Landtagen sitzen, Nationale Sozialisten in Städten aufmarschieren, Propagandabands rocken und die Zahl der Todesopfer durch fremdenfeindliche Gewalt steigt.

Zunehmend als störend empfunden wird hingegen die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen und das daraus resultierende Tabu, mit dem der Nationalismus in der Bundesrepublik belegt war. Gegen »Gutmenschen« und »Political Correctness« wenden sich junge Deutschrockfans und »böhse Onkelz« aus dem nationalkonservativen Lager gleichermaßen; sie bilden eine generationenübergreifende Grauzone. Wer Ausländer diffamiert, kann eine Hessenwahl gewinnen (wie Roland Koch 1999) oder ein Vermögen machen. Dass Thilo Sarrazins Thesen zum Thema Migration ein Verkaufsschlager geworden sind, hat allerdings nur bedingt mit dem Zeitgeist zu tun – da haben Medienvertreter kräftig mitgeholfen, indem sie ihn beispielsweise zum Dauergast in Talkshows gemacht haben. Einmal mehr haben es viele Berichterstatter im Wettlauf um die schnellere Nachricht versäumt, zu analysieren, zu hinterfragen und einzuordnen, bevor sie geschrieben oder gesprochen haben.

Dieser journalistische Herdentrieb – immer den Säuen hinterher, die gerade durchs Dorf getrieben werden – hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten sogar dazu beigetragen, dass Kriege mit hanebüchenen Behauptungen vorbereitet und legitimiert werden konnten: Was der angebliche Hufeisenplan der serbischen Regierung (zur Vertreibung der Albaner) vor der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg war, waren vor dem US-geführten Irak-Krieg (ab 2003) die angeblichen Massenvernichtungsmittel von Saddam Hussein. Ehe

die Kriegsgründe gegenrecherchiert waren und begründet bezweifelt oder widerlegt werden konnten, waren die Kämpfe in vollem Gange oder gar vorbei.

Logischerweise kann nicht alles und vor allem nicht alles schnell recherchiert werden – erst recht dann nicht, wenn ein Thema erst noch erarbeitet werden soll, das akut zur Veröffentlichung ansteht. Sofern jedoch Sender und Verlage ohne aktuellen Anlass Grundlagenrecherchen betreiben, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass politische und andere Überraschungsangriffe mit PR-Charakter fehlschlagen. Das würde allerdings Geld kosten, zum Teil viel Geld, und deshalb werden diese Recherchen häufig der Rendite oder den ebenfalls teuren, aber massenkompatibleren Sportübertragungen geopfert. Karrieristen in den Medienhäusern haben diese Prioritätensetzung verinnerlicht und vollziehen sie in einer Selbstverständlichkeit, die jungen Journalisten teilweise schon während der Ausbildung vermittelt wird. Cross-medial zu denken ist heute Einstellungsvoraussetzung, kritisch zu denken allenfalls eingeschränkt. Auf dem heutigen Medienmarkt sind Redakteure gefragt, die aus einer Nachricht viele Berichte (in Schrift, Ton und Bild) machen, und nicht Rechercheure, die einen Bericht aus vielen Nachrichten erarbeiten.

Die Medienerfahrungen, die ich während meiner Nazi-Recherchen gesammelt und in diesem Buch geschildert habe, sind nur ein Fallbeispiel. Ich weiß von Kolleginnen und Kollegen, die andere Themengebiete tiefgehend bearbeiten, dass sie auf dasselbe Desinteresse vieler Redaktionen oder sogar noch auf größeres Desinteresse stoßen; das Nazi-Thema hatte wenigstens ab und zu »Konjunktur«. Manche Journalisten passen sich an, manche orientieren sich beruflich um, und manche ruinieren sich existenziell. Nur wenige haben das Glück, eine Nische gefunden zu haben, in der sie ein Berufsethos pflegen können und sollen, wie es vor 20 bis 30 Jahren weit verbreitet gewesen ist.

In meinem Fall war es der finanziellen Unterstützung meiner Eltern und dem außergewöhnlichen Verständnis »meines« Hausbankers zu verdanken, dass die Rechtsrocker nicht schon seit 2006 wieder ungestört abhitlern konnten. Damals stand ich zum ersten Mal kurz vor der Privatinsolvenz und seither immer wieder.

Die Fahrt zum ungarischen »Tag der Ehre« im Februar 2007 wurde

für mich zum beruflichen Showdown. Mein Girokonto war über dem Dispolimit; was die Kreditkarte hergab, musste reichen. Mit dem Offenbarungseid im Hinterkopf bereitete ich mich 200-prozentig vor. Nahe an der Paranoia, dass meine Kameratechnik versagen könnte, überprüfte und testete ich sogar noch in meinem Budapester Hotelzimmer die Ausrüstung unzählige Male.

Im Anschluss an das nachmittägliche Antreten auf dem Heldenplatz führte der teilweise holperige Weg zum Konzert nach Nogradsap. Die ländliche Gegend, knapp 70 Kilometer nordöstlich von Budapest, wirkte zwar nicht wie der Arsch der Welt, aber so, als könne man ihn von dort aus sehr gut sehen. Ich kämpfte wie immer vor solchen Undercover-Drehs mit meiner Angst, als ich mein Auto am Straßenrand parkte und meine Kamera einschaltete – und dann zu meinem Entsetzen eine Fehlermeldung erhielt: kein Videosignal. Die Strapazen der Fahrt, die nervliche Belastung aufgrund des finanziellen Risikos und der Ärger über die Panne als solche drohten mich schlagartig arbeitsunfähig zu machen. Gefühlsmäßig irgendwo zwischen Wutanfall und Depression rang ich mit meiner Beherrschung und mit der Technik, während um mich herum immer mehr Nazis ankamen. Schnittstelle für Schnittstelle untersuchte ich meine Geräte und Kabel. Und glücklicherweise fand ich die Ursache: Ein Stecker an der Kamera war gebrochen. Mit Klebeband gelang es mir, das Videokabel notdürftig zu fixieren. Dann konnte es losgehen. Die Erleichterung pushte mich für einige Stunden, ehe sie der Ermüdung wich. Stundenlang dröhnte ungarischer und damit für mich unverständlicher Hatecore aus den Boxen, nur eine britische Band kam als inhaltlich analysierbare Abwechslung dazwischen. Es wuchsen die Zweifel, ob der angekündigte deutsche Beitrag überhaupt noch kommen würde.

Mitten in der Nacht war es endlich so weit: Der bayerische Nazi-Hetzer Manfred Edelmann alias »Edei« betrat mit seiner Gitarre die Bühne und spielte Lieder, von denen eines menschenverachtender als das andere war. Er leugnete den Holocaust, kündigte den »letzten entscheidenden Schlag« gegen »die jüdische Drecksau« an und forderte dazu auf, Schwarzafrikaner »wie Scheiße« das Klo hinunterzuspülen. So einen Auftritt hatte ich in all den Jahren noch nicht erlebt.

Mit diesem Rechercheerfolg im Gepäck machte ich mich auf den

Weg ins Hotel. Ich war mir sicher: Diese Geschichte würde mir von den Fernsehredaktionen aus den Händen gerissen werden. Gleich am nächsten Tag rief ich eine BBC-Reporterin an, die in diesen Tagen in Ungarn unterwegs war, weil aufgrund innenpolitischer Spannungen größere Demonstrationen stattgefunden hatten. Der EU-Staat war gerade mal ein Topthema. Was als Nachrichtenfaktor hinzukam: Bei dem Konzert war die britische Band »Section 88« aufgetreten. Diese hatte ich knapp ein halbes Jahr vorher bereits beim Ian-Stuart-Memorial-Konzert in England gefilmt, das Material war noch unveröffentlicht. Ein BBC-Bericht schien mir eine reine Formsache zu sein. Doch weit gefehlt: Die Kollegin hatte kein Interesse.

Noch auf der Rückfahrt traf ich zutiefst frustriert die Entscheidung, meine verdeckten Recherchen in der Nazi-Bewegung zu beenden. Ich hatte schon in den Wochen und Monaten davor darüber nachgedacht und mit mir gerungen. Der Entschluss war mir schwergefallen, weil ich wusste, was es in diesem Sumpf noch alles zu untersuchen und zu enttarnen gegeben hätte. Aber was bringt eine fundierte Videodokumentation, wenn Fernsehredaktionen daran kaum Interesse haben? Rechercheerfolg um Rechercheerfolg geriet zum Angebotsmisserfolg. Ein wirtschaftliches Desaster. Was Ungarn betraf, fand ich in der *Panorama-Redaktion* des NDR zwar noch einen Abnehmer, aber das änderte an der Medienlage insgesamt nichts und folglich auch nichts an meiner Entscheidung, aufzuhören. Am Wochenende vor der Sendung am 15. März 2007 drehte ich noch ein letztes Konzert, ein SS-Memorial von Blood & Honour in Flandern. Danach fuhr ich nach Hamburg.

Beim NDR ergab es sich, dass das Medienmagazin *Zapp* einen Tag vor *Panorama* über meinen Rechercheausstieg und über das Desinteresse der Medien an meinen Themenvorschlägen berichtete. Die Konzertausschnitte im Beitrag waren ein Best-of der ungesendeten Drehs aus den Jahren 2006 und 2007. Während des Beitrags soll sich die Einschaltquote von *Zapp* ungefähr verdoppelt haben, wie mir am nächsten Tag gesagt wurde.

Ich merkte an den Zuschauerreaktionen, die beim NDR eingingen, auf welches Interesse meine Erkenntnisse und Einschätzungen stießen. Denn ich hatte erstmals ein Interview gegeben, was ich bis dato aus Sicherheitsgründen abgelehnt hatte. Die Nazis wussten nun, dass all die Einsätze mit versteckter Kamera, über die sie sich im

Internet ereifert hatten, auf mein Konto gingen. Weitere Drehs schienen ab sofort undenkbar zu sein. Mein Unterbewusstsein hatte meine Entscheidung bereits verinnerlicht: Ich bekam keine Albträume mehr.

Aufgrund der Zuschauerresonanz entstand die Idee, einen Dokumentarfilm über meine Recherchen zu fertigen. Da sich kein Sender fand, der das finanziert hätte, ging der Filmemacher Peter Ohlendorf in Vorleistung. Und weil sich weiterhin kein Sender fand, der Interesse gehabt hätte, geriet das Vorhaben zum wirtschaftlichen Wahnsinn, was sich auf die Produktionsdauer auswirkte. Deshalb entschied ich mich – wohlwissend, wie unprofessionell und verdammt gefährlich das war -, nochmal mit der versteckten Kamera loszuziehen. Und das im Laufe der Jahre immer wieder, wenn auch nicht mehr so häufig wie vor 2007. Weil ich mit der Arbeit gedanklich abgeschlossen gehabt hatte und um das zusätzliche Risiko wusste, fielen mir diese Drehs noch viel schwerer als die früheren. Aber es half alles nichts: Ich musste erstens aktuelles Videomaterial beschaffen und zweitens auf dem neuesten Informationsstand bleiben. Am 16. Februar 2012 durften wir Peter Ohlendorfs Film *»Blut muss fließen« – Undercover unter Nazis* auf der Berlinale präsentieren – und anschließend habe ich dieses Buch geschrieben. Auch kurz vor Redaktionsschluss, im August 2012, war ich noch einmal undercover in der Rechtsrockszene unterwegs.

Die Auswirkungen des Abschlussprogramms meiner Recherche sind unangenehm: Wenn ein Undercover-Rechercheur in einem Film, in einem Fernsehtalk oder vor Kinopublikum auftritt, dann ist das die berufliche Bankrotterklärung. Bisherige und – theoretisch – künftige Zielpersonen solcher Recherchen erfahren dadurch trotz Pseudonym und optischer Tarnung immer ein paar Details, die zu einem Mosaik zusammengesetzt werden und im schlimmsten Fall zur Enttarnung führen können. Hätte ich meine inhaltlichen Erkenntnisse über die vorangegangenen Jahre hinweg nicht nur teilweise, sondern umfassend publizieren können (immer anonym oder unter wechselnden Tarnnamen), dann hätte meine Arbeit ihren Zweck erfüllt gehabt, und ich wäre niemals aus der Deckung gegangen – auch nicht nach dem Ende meiner Recherchen, wann immer das gewesen wäre. Das zusätzliche Risiko, das die »Geburt« und der öffentliche Auftritt von »Thomas Kuban« mit sich brachten und

bringen, hätte ich allzu gerne vermieden!

Ich wünsche Kolleginnen und Kollegen, die künftig ähnliche Projekte angehen, dass sie ihre Arbeit professionell, das heißt als maximal verschleiertes Phantom, zu Ende bringen können. Und das geht nur mit einer fairen Bezahlung ihrer Leistung. Um ihnen handwerklich die Arbeit nicht unnötig zu erschweren, äußere ich mich nicht dazu, wie meine High-End-Technik der letzten Jahre beschaffen war und mit welchen Kniffen ich die Nazi-Saalschützer überlistet habe.

Ich fürchte jedoch, dass sich an der »Rendite statt Recherche«-Mentalität von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie an der Infotainmentstrategie der öffentlich-rechtlichen Senderbürokratie nichts ändern wird, zumindest nicht kurz- oder mittelfristig. Es *muss* sich aber schnell und nachhaltig etwas ändern, weil die Rechercheleistung der Medien maßgeblich beeinflusst, wie gut die Bürger informiert sind. Von ihrer Informationsbasis hängt es ab, wie handlungsfähig die Zivilgesellschaft ist – beispielsweise, wenn es Krisen des Wirtschaftssystems und der parlamentarischen Demokratie zu überwinden gilt, mit denen auch das Nazi-Problem verknüpft ist.

Vor diesem Hintergrund möchte ich einen Vorschlag machen.

Journalisten, die tiefgehend recherchieren wollen, und Bürger, die sich gegenwärtig unzureichend informiert fühlen, könnten sich zusammenschließen. Sie könnten eine Mediengenossenschaft gründen, die journalistische Selbsthilfegruppe und Bürgerinitiative zugleich ist. Ergänzend wäre eine Recherchestiftung sinnvoll, in die Spenden und Nachlässe fließen können.

Die genossenschaftliche Organisation wäre der Garant dafür, dass dieses Medium von keinem Multimillionär a la Silvio Berlusconi aufgekauft werden kann. Die Mitgliederversammlung als entscheidendes Organ könnte zusätzlich als eine Art Presserat fungieren, der die basisdemokratische Kontrolle der Mediengenossenschaft und ihre Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen sicherstellt.

Zum Auftakt würde sich aufgrund der vergleichsweise niedrigen Produktionskosten und der großen Reichweite ein Online-Magazin anbieten, das mit Video- und Audiosegmenten ergänzt und stetig ausgebaut wird. Bei entsprechender Nachfrage könnte eine Auswahl

von Berichten monatlich oder wöchentlich als Printmagazin herausgegeben werden, auch ein Radio- oder Fernsehkanal könnte perspektivisch möglich sein.

Eine Medienstruktur, die nach journalistischen und nicht nach profit- oder quotenorientierten Grundsätzen gestaltet ist, würde nebenbei nationalistischen Bestrebungen entgegenwirken. Nationalisten sind bekanntlich auf Ländergrenzen und Völker fixiert. Dabei handelt es sich nicht um Errungenschaften, die das Leben eines Menschen positiv beeinflussen – demokratisch geprägte Werte und Normen hingegen sehr wohl, sofern sie eingehalten werden oder wieder eingehalten werden würden. Dazu kann eine Recherchegenossenschaft beitragen, indem sie Entwicklungen und Bestrebungen identifiziert und publik macht, die Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand gefährden.

Je mehr Bürger sich als Mitglieder, Stifter oder Abonnenten daran finanziell beteiligten, desto leistungsstärker würde so ein gesellschaftliches Unternehmen – und damit tatsächlich zur Vierten Gewalt im demokratischen Rechtsstaat. Ich gehe davon aus, dass es in Deutschland Hunderttausende von Bürgern gibt, die daran Interesse haben könnten.

So weit die Idee. Sobald es mir zeitlich möglich ist, werde ich den Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen suchen, die über ähnliche Vorhaben nachdenken oder schon an der Realisierung arbeiten.

Ihr
Thomas Kuban
(August 2012)

REGISTER

[Zurück zum Text]



Das Bühnen-Comeback von »Race War« unter dem Namen »Heiliger Krieg« haben Neonazis am 22. März 2008 in Norditalien gefeiert. Dass Gitarrist Gerhard M. kein Skinhead ist, kompensierte er mit musikalischem Können.

[Zurück zum Text]



Ein Ausstieg aus dem Ausstieg? Auch »Race War«-Sänger Max Hirsch stand nach seiner politischen Läuterung, von der das Stuttgarter Landgericht bei seiner Verurteilung ausgegangen war, mit »Heiliger Krieg« wieder bei einem Neonazi-Konzert auf der Bühne.

[Zurück zum Text]



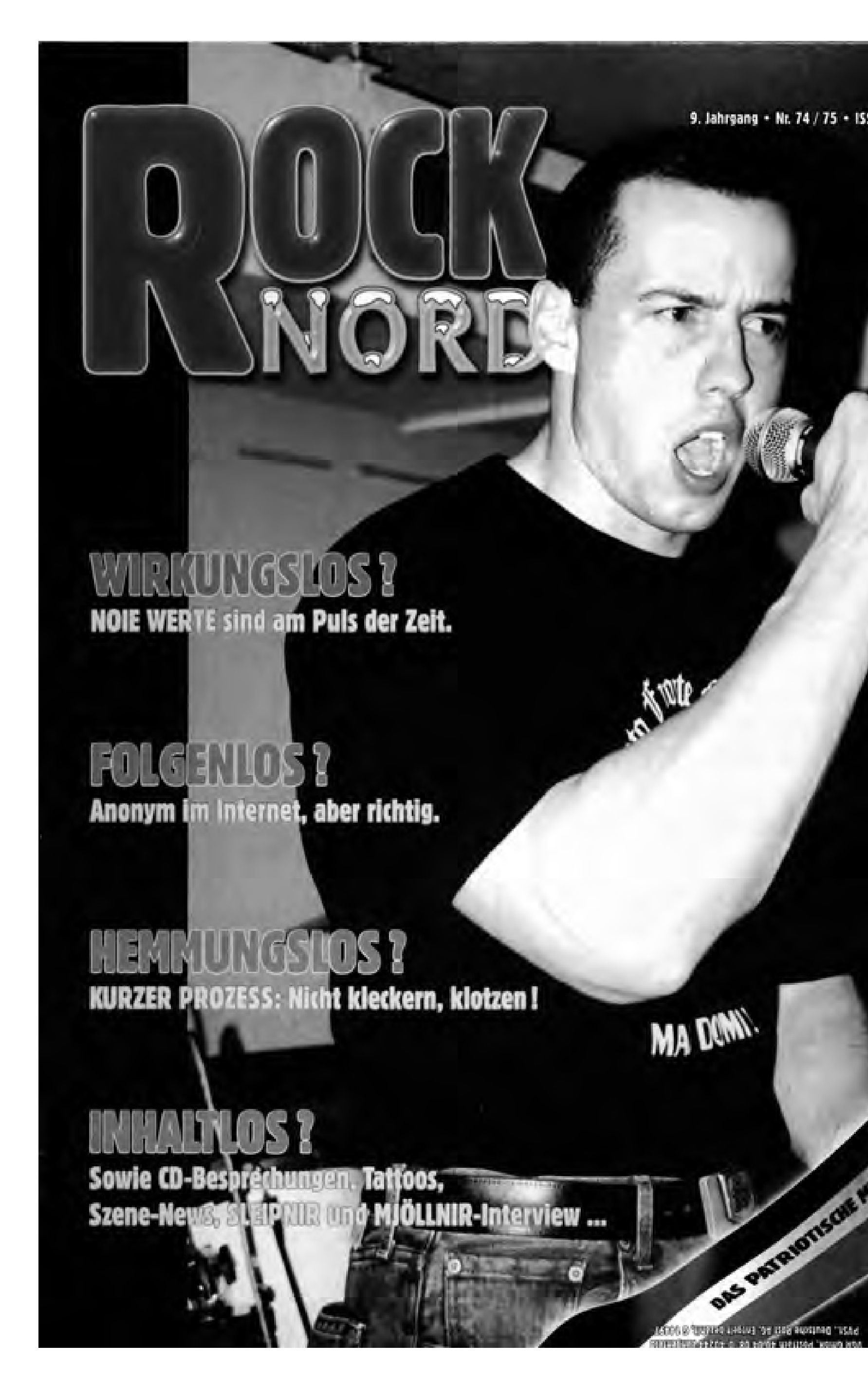
Die Nummer 8 des Skin-Zines »Landser« erschien mit Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß auf dem Titel – auf die Heftrückseite schaffte es eine Rechtsrockband, die ihn verehrte: »Noie Werte« mit Rechtsanwalt Steffen Hammer (links) als Sänger.

[Zurück zum Text]



Ein Rechtsanwalt, dem der Hitlergruß entboten wird: »Noie Werte«-Sänger Steffen Hammer am 2. September 2006 bei einem Auftritt in Italien.

[Zurück zum Text]



»Noie Werte«-Sänger Steffen Hammer in Aktion, auf dem Titel von »Rock Nord«, einem Hochglanzmagazin der Rechtsrockszene.

[Zurück zum Text]



Von seiner weißen Hautfarbe ist auf dem tätowierten Oberkörper nicht viel übrig geblieben: Ken McLellan, Sänger der Band »Brutal Attack«, ist ein Veteran der Blood & Honour-Bewegung.

[Zurück zum Text]



Eine CD des internationalen Blood & Honour-Netzwerks, die nach dem Verbot der deutschen Division herausgekommen ist – trotzdem haben deutsche Neonazi-Bands Lieder auf diesem Tonträger veröffentlicht: Neubeginn, Race War und Rassen Hass.

[Zurück zum Text]



Ziemlich zugedröhnt, nicht nur von der Musik, war dieses Skingirl beim Ian-Stuart-Donaldson-Memorial am 23. September 2006 in England.

[Zurück zum Text]



Ein T-Shirt für Terror-Fans im Neonazi-Geschäft »Streetwear Tostedt« anno 2006: Dem militanten Arm des »Blood&Honour«-Netzwerks »Combat 18« werden unter anderem Briefbombenanschläge zugeschrieben.

[Zurück zum Text]



Beim »Day of Honour«, an dem Neonazis der verlorenen SS-Schlacht um Budapest gedenken, kam der damalige NPD-Funktionär Matthias Fischer im Shirt von »Blood and Honour Hungaria«- dem ungarischen Zweig des internationalen Netzwerks, dessen deutscher Ableger verboten ist.

[Zurück zum Text]



Nicht nur Neonazis hatten bei einem Konzert in Österreich am 9. Dezember 2006 gut lachen – auch die Polizei amüsierte sich, ehe sie abzog, so dass die Skinheads abhitlern konnten.

[Zurück zum Text]



Nachdem sich die österreichische Polizei am 9. Dezember 2006 aus dem Konzertsaal in Mitterding verabschiedet hatte, zeigten die Neonazis unverhüllt, wessen Geistes Kind sie sind.

[Zurück zum Text]



Diese CD des deutschen Bandprojekts „Hassgesang" hat die Firma Micetrap Records aus den USA herausgebracht. Das Backcover mit Hakenkreuz und Abbildung des Tores des Konzentrationslagers Auschwitz trägt die Aufschrift „Der Verkauf dieser CD ist in Deutschland und Österreich verboten.“ Im Wismarer Werwolf-Shop gab es sie trotzdem zu kaufen. Das justiziable Sortiment stand in einem Koffer hinter der Ladentheke bereit.

[Zurück zum Text]



Hände zum Hitlergruß erhoben – bei einem Auftritt der rechtsextremen Hooligan-Band »Kategorie C« im thüringischen Zella (bei Krölpa) am 29. August 2009.

[Zurück zum Text]



Auf Stoff zur Schau gestellte Militanz: Dieses Ku-Klux-Klan-Shirt gab es 2010 im Seesener Ladengeschäft von Thomas »Pit« Wipperich zu kaufen, der auch als »Presi« der »Red Devils Seesen« fungierte, ehe sie ohne Begründung wieder von der Bildfläche verschwanden.

[Zurück zum Text]



Ein Schwarzafrikaner, affenartig karikiert: Rassistische Mode gehörte genauso zum Sortiment des Seesener Tätowierers Thomas Wipperich wie Alkohol der Hells-Angels-Marke Original 81.

[Zurück zum Text]



Der Hitlergruß ist auch bei manchen Black-Metal-Konzerten eine gerne gezeigte Geste – hier bei einem Auftritt der Band »Absurd« im Gremsdorfer Gasthof Göb im März 2006.

Impressum

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Umschlagmotiv: © Getty images/Stone Sub © Walter B. McKenzie
Redaktion: Klaus Gabbert, Büro Z

Konvertierung in EPUB: Beltz Bad Langensalza

ISBN der Printausgabe: 978-3-593-39802-0
ISBN ePub-Ausgabe: 978-3-593-41884-1

www.campus.de